REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 412 · 12.3.1998

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 51 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Schröder hat euch lieb
2. Auf der Straße - die neue A-Klasse - gw.
3. Keine Wahl, aber eine Stimme! Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen - ch.
4. Anmerkungen zum Kommunistischen Manifest. Protokoll einer nicht abgeschlossenen Diskussion der ak-Redaktion
5. Irak-USA: Friede den Palästen? - Kt.
6. Vom Golf-Krieg zum Golf-Frieden. Chronologie - Kt.
7. Die Krise ist nicht ausgestanden. Der Irak und die Mächte des Weltsicherheitsrats - Clemens Ronnefeldt
8. Bundeswehr: Der größte Skandal ist Rühe - Kt.
9. Rühe, Roeder und die " Schlacht um Königsberg" - Gudrun Hentges/Andreas Plake
10. Protestaktion gegen Abschiebungen in die Türkei wächst. Zahl der Zufluchtsuchenden steigt - jh
11. Heimliche Helfer. Bundesgrenzschutz arbeitet mit Bürgerwehr zusammen - ch.
12. Auf zum antirassistischen Sommer. Zum Stand der Kampagne "kein mensch ist illegal" - M., AG3F
13. Erst Sondergesetze, dann Aushungern. Die Bundesländer verschärfen das Asylbewerberleistungsgesetz - Dirk Hauer
14. Castor-Alarm in Ahaus! Kann Gorleben tatsächlich überall sein? - Bernd Schmidt
15. Unabhängigkeit für Kanaky. Probleme des Befreiungskampfes in einer der letzten französischen Kolonien - Vo
16. "Ich bin ein Champion der Demokratie". Daniel arab Moi bleibt weiter Präsident Kenias - ch.
17. Mitverantwortung für den Völkermord. Wachsende Kritik an der französichen Politik in Ruanda - Bernhard Schmid
18. Ausnahmezustand in der Beqaa-Ebene. Armee- Einsatz gegen Hisballah-Abspaltung - Brigitte al-Jaber, Libanon
19. Trouble in Paradise - Tourismus in die Dritte Welt. Buchrezension - SE
20. Barricada eingestellt! Die Zeitung der FSLN gibt es nicht mehr - ein neues Projekt soll her - Falko Malessa
21. The WTO kills people - kill the WTO. Globale Aktion gegen "Frei-Handel" und Welthandelsorganisation - Stefan Armborst, Tom Kucharz
22. Politiker, Polizisten und Killer. "Susurluk- Report" soll Verbindungen aufdecken - Jan Keetmann
23. Tödliche Barriere. Südgrenze der USA ähnelt einer Free Fire Zone (Interview mit Roberto Martinez)
24. Medizin gegen die Menschlichkeit. NS-Ärzte werden zu angesehenen Medizinern, die Opfer werden vergessen - at.
25. Die Republik von Salò. Zur Geschichte des Faschismus, Teil 6: "Neubeginn" und Untergang - Js.
26. Die Revolution von 1848 und das Recht auf Arbeit - Gunter Hildebrandt
27. Der neue Kohl heißt Schröder. Gelungener Auftakt des Wahljahres 1998 - fragt sich nur: für wen? - mb., Berlin
28. Polizeispitzel in Antirassismusgruppen. Sozialdemokratische Eiertänze - j., Hamburg
29. Maulkörbe gegen linke ASten - Peter Nowak
30. Gründen wir "ne Mega-Gewerkschaft. Wann kommt die "Dienstleistungsgewerkschaft" - Susanne Fröhlich und Günter Frech
31. Eingekauft und vorgeführt. Grüne an der Regierung - das Beispiel Hamburg - Dk.
32. "Wir wollen etwas ganz Normales." Sieben Monate Streik gegen "Feudalherrschaft" - Günter Frech
33. Eine unendliche Geschichte. Interview mit Monika Haas
34. Außer Späßen nichts gewesen? Verfahren gegen Berliner Autonomen-Infoblatt "Interim" eingestellt - mb., Berlin
35. "Den Volkszorn ins Rathaus tragen". Rechtes Wahlbündnis in Lübeck - Peter Nowak und ari
36. Nie wieder Hetendorf? Schulungszentrum der Neonazis geschlossen - ari

37. Von Autonomen und HumanistInnen. Hess/Linder: Antirassistische Identitäten in Bewegung - Michael Hahn
38. Kiel: CDU-Nachwuchs und Neonazis - Antifa- Uniplenum Kiel
39. "Noch einmal Raubbau treiben!" Zum Tode von Ernst Jünger - ef.
40. "... und sah, daß es nicht gut war..." Gremliza, Bissinger und der Herr, der über uns wohnt - Js.
41. Berlinale: RegisseurInnen, Südkorea, Brecht - Heike Stange
42. Zeugnisse zu Asche, Noten zu Staub! - LiSA, Berlin
43. Zahlungsgrund: Arbeiterkampf
44. Quelldatei 31.htm
45. Quelldatei 39.htm
46. Jetzt droht Verlängerung!
47. Krieg und Frieden am Golf
48. Kein Mensch ist illegal!
49. Kanaky
50. Nach den Wahlen in Kenia
51. Quelldatei spend975.htm

1. Schröder hat euch lieb

Rubrik: SPD; Grüne (und Vorläufer); Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/alf.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:alf

Wird 1998 als Jahr der zwei großen deutschen Kulturrevolutionen in die Geschichte eingehen? Folgt auf die Ablösung von "Schlagerkaiser" Ralf Siegel durch Alf Igel und Guildo Horn die Entthronung Helmut Kohls durch Gerhard Schröder? Die Chancen für einen Wechsel stehen nach Schröders triumphalem Superwahlsieg in Niedersachsen vorzüglich. Fast zwei Drittel der BundesbürgerInnen rechnen mit einem Erfolg der Opposition bei der Bundestagswahl, nur noch 26 Prozent trauen der Regierung zu, daß sie erneut den Bauch vorn hat. "Wenn morgen Bundestagswahl wäre...", lägen laut Bild-Umfrage Rot-Grün bei 52%, CDU/ CSU/FDP bei 39%.

Alles klar? Nein, noch nicht ganz. Erstens sahen die Demoskopen auch 1990 und 1994 bis kurz vor dem Wahltag Helmut Kohl nur auf dem zweiten Platz. Außerdem ist noch keineswegs ausgemacht, daß auf Helmut Kohl unbedingt Rot-Grün folgt. Sicher ist lediglich, daß die politische Relevanz dieser Bundestagswahl nicht nennenswert größer sein wird als die der Grand-Prix-Vorentscheidung.

Denn es wird sich, so oder so, durch die Wahl nichts Wesentliches verändern. Das ist auch logisch und letztendlich sogar demokratisch, denn, um den Meister Guildo Horn zu zitieren: Jedes Volk bekommt die Interpreten, die es verdient. In Deutschland gibt es sicher eine satte Mehrheit, die der Aussage zustimmen würde, daß es so nun wirklich nicht mehr weitergehen darf und kann. Es gibt aber keine Mehrheit und noch nicht einmal eine beachtliche Minderheit, die sich darüber einig wäre oder wenigstens absehbar einig werden könnte, was und vor allem wie die Dinge verändert werden sollten.

Schröder steht in erster Linie für Kontinuität. Das ist er seiner mehrheitlich konservativen Wählerschaft, der deutschen Wirtschaft und den NATO-Verbündeten schuldig. Er steht erklärtermaßen deutlich rechts von seiner eigenen Partei, und selbst die hat schon seit Jahren kein ernsthaftes Programm von Alternativen und Reformen mehr anzubieten. "Schröder muß der SPD noch seine Wirtschaftspolitik vermitteln", stellt die Süddeutsche Zeitung fest und macht damit auf ein grundsätzliches Problem aufmerksam: Die SPD hat sich für den rechtesten aller möglichen Kanzlerkandidaten entschieden, und der wird die Partei, soweit überhaupt noch nötig, in seinem Sinn formieren. Das gilt für die Wirtschaftspolitik ebenso wie für die Sicherheits- und Außenpolitik. Daß Deutschland nach der Wahl linker regiert werden wird, ist äußerst unwahrscheinlich, aber daß die SPD dann noch rechter sein wird, ist absolut sicher.

Und die Grünen? Sie bewegen sich mit der gleichen Logik wie die SPD zügig nach rechts, entfernen sich immer weiter von politischen und sozialen Gegenentwürfen, reduzieren sich in ihrem maßgeblichen Personal auf Machtgier pur. Schatten-Außenminister Joschka Fischer verspricht, wie Schröder, Kontinuität: "Eine rotgrüne Regierung wird auf der Grundlage der außenpolitischen Verpflichtungen und Traditionen der Bundesrepublik Deutschland stehen." Wie Genscher lügt er, zu den obersten Geboten deutscher Außenpolitik gehörten "Verpflichtung auf Gewaltfreiheit und Einhaltung der Menschenrechte."

Vorbei die Zeiten, wo Grüne, zumindest in der Theorie, eine Regierungsbeteiligung noch davon abhängig machen wollten, daß irgendwelche Voraussetzungen erfüllt wären. Wer als Grüner jetzt noch sagt, Bundeswehr-Einsätze in aller Welt oder Zwangsarbeit für Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen wären mit seiner Partei nicht zu machen, der irrt sich ganz entsetzlich oder lügt. Wer sich mit Schröder an den Koalitionstisch setzen will, der bringt auch die Bereitschaft mit, alles zu schlucken, was serviert wird.

Seite 25

2. Auf der Straße - die neue A-Klasse

Autor: gw. · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:46

Unter diesem Motto stand der zweite bundesweite Aktionstag gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung am 5. März. Zwar fanden wiederum in mehr als 200 Orten Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen statt. Die Beteiligung an den Protesten lag aber in der Regel unter der des ersten Aktionstages vor einem Monat. Die Bandbreite reichte dabei von Besetzungsaktionen der Filiale der Deutschen Bank in Oldenburg bis zur lahmarschigen Veranstaltung in Hamburg, wo de facto Wahlkampf für die SPD betrieben wurde.

Der Aktionstag im Vormonat war von den Medien noch zum großen Ereignis hochstilisiert worden. Damit hatten sie immerhin zur Mobilisierung beigetragen. Da der zweite Aktionstag in der Öffentlichkeit gänzlich ignoriert wurde, waren die Veranstalter auf ihre eigenen Mobilisierungsfähigkeiten angewiesen. Die sind in den einzelnen Städten sehr unterschiedlich ausgeprägt. Insofern ist die leicht sinkende Tendenz bei den TeilnehmerInnenzahl nicht nur durch das schlechte Wetter zu erklären. Die Hoffnung auf eine sich spontan herausbildende Massenbewegung ist allerdings vollkommen verfehlt. Die Vertreter der französischen Erwerbslosenbewegung AC! (Agir ensemble contre le chômage!) stellten eines bei ihrer Veranstaltungsrundreise deutlich heraus: Nur eine mit langem Atem angelegte kontinuierliche Arbeit kann eine solche Bewegung hervorbringen, wie sie sich in Frankreich herausbildete. Was für die lokale Ebene gilt, gilt natürlich auch für die bundesweite Arbeit.

Insofern ist es erfreulich, daß es mittlerweile wieder zu Arbeitstreffen unterschiedlicher Gruppen und Initiativen gekommen ist. Daran teilgenommen haben Vertreterinnen und Vertreter des Arbeitslosenverbandes Deutschland e.V., der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Initiativen gegen Erwerbslosigkeit und Armut, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen und der Bundeskoordination Euromarsch. Diese Treffen sollen zumindest vorläufig auf der informellen Ebene weiter stattfinden.

Diese informelle Koordination der Arbeitslosen- und Sozialhilfeberechtigten-Initiativen hat einige Forderungen verabschiedet, die eine gute Grundlage für die weitere Arbeit darstellen können. Und vor allem wurde sich darauf verständigt, neben den monatlich stattfindenden Aktionstagen am 11. September in Berlin eine Großdemonstration in Berlin zu organisieren und schon jetzt mit der lokalen und regionalen Mobilisierung zu beginnen. Die organisatorische Vorbereitung bleibt bis auf weiteres bei der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (Kontaktadresse siehe unten).

Mit einer solchen Demonstration vor den Bundestagswahlen könnten von der Bewegung eindeutige Signale gesetzt werden, die sich von der DGB-Kampagne "Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" abheben.

Deutlich wird das an den von den Initiativen aufgestellten gemeinsamen Forderungen:

- 300 Mark Urlaubsgeld für alle sofort

- Sofortige Rücknahme der neuen Kürzungen und Schikanen des SGB (Sozialgesetzbuch) III

- Soziale Grundsicherung/Mindesteinkommen/Existenzgeld für alle, die nicht arbeiten (können oder wollen) - ohne Rücksicht auf Nationalität, Geschlecht und Alter

- Existenzsichernde, tariflich regulierte Arbeit und Ausbildung für alle, die arbeiten können und wollen, durch radikale Arbeitszeitver-kürzung

- Umverteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit/ der Erwerbs- und Hausarbeit - gegen die geschlechtshierar- chische Arbeitsteilung.

Es handelt sich hier um Forderungen, die im Rahmen der Aktionstage und bei Veranstaltungen immer wieder vorgetragen werden sollten. Dabei ist es offensichtlich, daß sich gerade linkere Kräfte innerhalb der Erwerbslosengruppen vor Ort für die Aufnahme dieser Forderungen einsetzen müssen. In Hamburg beispielsweise wurde keine dieser Forderungen im Rahmen der Mobilisierung aufgegriffen. Die Flugblätter der gewerkschaftlichen Erwerbslosengruppen und des DGB zierte lediglich der A-Klassenspruch, der

Demonstrationsort und die weiteren Termine. Eigene Forderungen wurden nicht formuliert - der sozialdemokratische Kanzlerkandidat soll auf Deibel komm raus geschont werden.

Daß es auch anders geht, zeigt die Aktion in Oldenburg. Nach der Protestveranstaltung im Arbeitsamt besetzten rund 90 DemonstrantInnen spontan die Filiale der Deutschen Bank. Nicht nur die oben dargestellten Forderungen wurden propagiert, sondern in einem weiteren Flugblatt an die Noch-Beschäftigten der Deutschen Bank wurde auf die bevorstehenden Rationalisierungen der Bank und die geplanten Stellenstreichungen hingewiesen und der Versuch gestartet, gemeinsam der zunehmenden Verschlechterung der Arbeits- und Lebensverhältnisse entgegenzuwirken. Ein Fortschritt wäre es allemal, wenn dem Beispiel des Wolfsburger VW-Betriebsrats weitere folgen würden; der hatte nämlich die örtlichen Arbeitslosen- und Sozialhilfe-Initiativen eingeladen, vor der Belegschaftsversammlung zu sprechen.

Möglichkeiten, sich aktiv einzumischen, bieten die nächsten Aktionstage am 7. April, 8. Mai, 9. Juni, 7. Juli, 6. August. Am 24./25. April wird auf einer Konferenz gegen Massenarbeitslosigkeit in Erfurt das weitere Vorgehen von linker Seite zu diskutieren sein. Vorbereitet wird diese Konferenz von der ALSO in Oldenburg, dem DGB Thüringen, dem ALV Thüringen und von Kollegen aus Euromarschzusammenhängen aus dem Ruhrgebiet.

Weitere Informationen zur dieser Konferenz über: Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg e.V., Kaiserstr. 19, 26122 Oldenburg, Tel.: 0441/16313, Fax: 0441/16394

gw.

Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Marktstr. 10, 33602 Bielefeld, Tel.: 0521/ 17 99 22, Fax: 0521/179930

3. Keine Wahl, aber eine Stimme! Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Autor: ch. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:40

Ein Bündnis von über 20 Flüchtlingsgruppen und UnterstützerInneninitiativen plant eine bundesweite Demonstration gegen die zunehmenden Angriffe auf Flüchtlinge. Sie soll im August (wahrscheinlich in Bremen) beginnen und kurz vor der Bundestagswahl (in Köln) enden. In sechs Wochen soll die Karawane durch möglichst viele Städte ziehen. In Städten, in denen die Karawane anhält, werden zu unterschiedlichsten flüchtlings- und migrationspolitischen Themen politische Aktionen geplant. Auf diese Art wollen sich die Gruppen und Initiativen in den Wahlkampf einmischen.

Da MigrantInnen und Flüchtlinge kein Wahlrecht haben, wollen sie sich mit der Karawane in den Wahlkampf einschalten. Denn, so die Initiatoren vom Internationalen Menschenrechtsverein (IMRV) in Bremen, im Wahlkampf werden sie Thema sein.

"Wir müssen uns deshalb Gehör verschaffen! Wir müssen all unsere Kräfte zusammennehmen und ein Bündnis zwischen Flüchtlingen, MigrantInnen, Anti-RassistInnen und all denen schaffen, die sich für Menschenrechte einsetzen. Wir müssen versuchen, Solidarität und ein Bündnis mit den Teilen der deutschen Gesellschaft zu schaffen, die von Arbeitslosigkeit, niedrigen Löhnen und Sozialabbau betroffen sind. Während in Deutschland die Arbeitslosigkeit steigt, werden gleichzeitig die Reichen immer reicher. Zynische und opportunistische PolitikerInnen werden das System und den jetzigen Zustand verteidigen, in dem sie versuchen werden, die berechtigte Wut, die die Armen auf die Reichen haben, auf die Flüchtlinge zu lenken.

Das dürfen wir nicht zulassen! Wir werden der wachsenden Zahl von Armen in Deutschland zeigen, daß die Flüchtlinge von den gleichen Verantwortlichen angegriffen werden wie sie - nur viel stärker. Der neueste Vorstoß, die Sozialhilfe für alle Flüchtlinge mit Duldung zu streichen, ist das beste Beispiel. Wir dürfen nicht zulassen, daß uns der gemeinsame Feind gegeneinander aufhetzt. Wir müssen uns vereinigen!" (aus dem Aufruf zur Karawane) Damit dies gelingt, werden alle Flüchtlinge und MigrantInnen aufgerufen, sich mit dem IMRV in Verbindung zu setzen und ihre Ideen und Vorschläge einzubringen.

Das nächste Vorbereitungstreffen findet am 27./28. März in Bremen statt. Dort geht es um die konkrete Planung und Koordination der Karawane. Für Gruppen, die in das Projekt einsteigen wollen, wird es am Freitagabend eine Einführung in das Projekt und den Diskussionsverlauf geben.

ch.

Kontakt:

Internationaler Menschenrechtsverein

Kornstraße 51, 28201 Bremen

Tel: 0421-5577684, Fax: 5577094

E-mail: mail@humanrights.de

homepage: http://www.humanrights.de

Spenden: Internationaler Menschenrechtsverein, Stichwort: Karawane, Sparkasse in Bremen, Kto. 10739282, BLZ 29050101

4. Anmerkungen zum Kommunistischen Manifest. Protokoll einer nicht abgeschlossenen Diskussion der ak-Redaktion

Rubrik: KB und AK; Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:18

Am 19.2.1998 diskutierte das Redaktionskollektiv von "analyse & kritik - Zeitschrift für linke Debatte und Praxis" den Text "Manifest der Kommunistischen Partei" von Karl Marx und Friedrich Engels. Anlaß war der 150. Jahrestag des Erscheinens dieses äußerst bedeutenden Dokuments (Februar 1848). Die intensive Diskussion folgte dem Prinzip Einheit-Kritik-Einheit. Im Redaktionskollektiv konnten nach mehrstündiger Debatte die folgenden Positionen vereinheitlicht werden, die eine schöpferische Weiterentwicklung der im "Manifest der Kommunistischen Partei" niedergelegten Gedankengänge darstellen und die wir unseren LeserInnen zum Zwecke der politischen Orientierung in unübersichtlichen Zeiten hiermit kund und zu wissen tun:

1. Das "Manifest der Kommunistischen Partei" ist ein Männer-Text. Von Männern für Männer. Frauen kommen nur als Objekte vor (und werden überdies meist in einem Atemzug mit Kindern genannt). Akteure sind stets und ausschließlich Männer: "Bourgeois und Proletarier", "Proletarier und Kommunisten". Auch der Sturz der Bourgeoisherrschaft und der Durchbruch zum Reich der Freiheit ist Männersache: Die Bourgeoisie "hat auch die Männer gezeugt (!), die diese Waffen führen werden - die modernen Arbeiter, die Proletarier". Ein solcher, die "Hälfte des Himmels" ausblendender Ansatz, schafft - gelinde gesagt - Probleme für revolutionäre Politik.

2. Das, was Marx/Engels in der Perfekt-Form beschreiben ("Die große Industrie hat...", "Die Bourgeoisie hat..."), nämlich die Herstellung des Weltmarktes, die Durchkapitalisierung aller Ecken und Enden der Erde und aller Segmente heutiger Gesellschaften, ist ein noch heute sich vollziehender Prozeß. Die Auffassung von Marx und Engels, daß dieser Prozeß bereits in den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts weitgehend abgeschlossen, daß der Kapitalismus mithin bereits voll entfaltet gewesen sei, hat die enormen Entwicklungspotenzen von Kapital und Bourgeoisie, die im "Manifest" durchaus mit großer Wortgewalt geschildert werden, doch noch maßlos unterschätzt (wie wir Nachgeborenen erst wissen können). Selbst Lenin hat Jahrzehnte später mit seiner Einschätzung vom "Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus" insofern daneben gelegen, als die mit dem Begriff "höchstes Stadium" verbundene Vorstellung von einem baldigen Ende des Kapitalismus ziemlich irrig war. Und auch wir tun heute sicher gut daran, nicht von "Spätkapitalismus" zu reden. Der Kapitalismus hat noch so manches "Stadium" vor sich (wenn handelnde Menschen ihm nicht den Garaus machen). Das, was heute mit dem Modewort "Globalisierung" belegt wird, sind Formen der Durchkapitalisierung der Weltgesellschaft, von denen Marx/Engels sich noch keinen Begriff machen konnten. Sich "mitten drin" im Kapitalismus zu befinden (und nicht in irgendeinem höchsten, späten oder letzten Stadium desselben) schafft Probleme für revolutionäre Politik.

3. Der Prozeß der Konstituierung des Proletariats zur Klasse "an sich" ebenso wie zur Klasse "für sich" ist nicht so gelaufen wie von Marx/Engels erwartet. Marx/Engels mußten sich zur Zeit der Abfassung des Kommunistischen Manifests mit der Tatsache auseinandersetzen, daß es ein einheitliches Proletariat noch nicht gab, und daß dieses im Entstehen begriffene Proletariat eine kleine Minderheit in der damaligen Gesellschaft war. Es gab äußerst heterogen zusammengesetzte "arbeitende Klassen" (Handwerksgesellen, Tagelöhner, Handlungsgehilfen, Dienstboten, Eisenbahnbauarbeiter usw. - und eine zahlenmäßig äußerst kleine Fabrikarbeiterschaft). Lebens- und Bewußtseinslagen sowie Interessen dieser "arbeitenden Klassen" waren äußerst unterschiedlich. Marx/Engels unterstellten nun einen Prozeß der Vereinheitlichung dieser "arbeitenden Klassen" in Richtung der Herausbildung eines nach seiner Stellung im Produktionsprozeß und damit auch bewußtseins- und interessenmäßig einheitlichen Industrieproletariats. Als Kulminationspunkt der Entwicklung erschien ihnen "die große Fabrik des industriellen Kapitalisten", in der "Arbeitermassen .. zusammengedrängt" und "soldatisch organisiert" werden. "Aber mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat; es wird in größeren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst, und es fühlt sie mehr. Die Interessen, die Lebenslagen innerhalb des Proletariats gleichen sich immer mehr aus, indem die Maschinerie mehr und mehr die Unterschiede der Arbeit verwischt und den Lohn fast überall auf ein gleich niedriges Niveau herabdrückt". Nun hat es zwar die Entwicklung gigantischer industrieller Großbetriebe

gegeben, doch zeigt sich gerade heute, daß dies keineswegs die Endstation der Entwicklung des Kapitalismus sein muß. Der Riesenindustriebetrieb ist nicht die Organisationseinheit, die heutige kapitalistische Gesellschaften wesentlich prägt. Entsprechend hat es auch die Vereinheitlichung von "Interessen" und "Lebenslagen" nicht gegeben. Im Gegenteil: Proletarische Lebenslagen differenzieren sich gerade im heutigen "Stadium" des Kapitalismus sehr stark aus, es gibt höchst unterschiedliche Lohnarbeitsverhältnisse, kurz: auch heute gibt es (noch, wieder) sehr heterogene "arbeitende Klassen", und auch heute ist das Industrieproletariat nur eine Minderheit in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Bereitete Marx/Engels diese Heterogenität und diese Minderheitenposition der Arbeiterklasse seinerzeit ziemliche Probleme für praktische revolutionäre Politik, so konnten sie doch auf den Gang der Entwicklung hoffen, der ihrer Auffassung nach zur Homogenisierung des Proletariats und zu seiner zahlenmäßigen Dominanz führen würde. Wir Nachgeborenen wissen es heute besser und müssen uns nach wie vor mit der Heterogenität proletarischer Lebenslagen auseinandersetzen. Das schafft Probleme für revolutionäre Politik.

4. Daß es mit der Herausbildung der Klasse "an sich" nicht so gelaufen ist wie erwartet, hat auch zu Problemen bei der Herausbildung der Klasse "für sich", also der Herausbildung von proletarischem Klassenbewußtsein, der Bewußtwerdung der Stellung der ProletarierInnen im Produktionsprozeß und in der kapitalistischen Gesellschaft generell und damit der Politisierung der Klasse im Klassenkampf, geführt. Marx/Engels gingen noch davon aus, daß mit der Reduzierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse auf das nackte Warenverhältnis diejenigen Menschen, die nur ihre Ware Arbeitskraft zu verkaufen haben, sich von allen religiösen, ideologischen usw. Illusionen befreien würden und zur Erkenntnis ihrer Lage, die im Wesen geprägt ist von ihrem antagonistischen Verhältnis zur Kapitalistenklasse, gelangen würden. Mehr noch: Marx/Engels gingen davon aus, daß "die Organisation der Proletarier zur Klasse" gleichbedeutend sei mit ihrer Organisation "zur politischen Partei": "Diese Organisation der Proletarier zur Klasse, und damit zur politischen Partei, wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst. Aber sie ersteht immer wieder, stärker, fester, mächtiger". So läuft es offensichtlich nicht. Von proletarischem Klassenbewußtsein (im Marx/Engelsschen Verständnis) und entsprechender Politik ist bei den real existierenden Lohnabhängigen heute in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften nur wenig zu bemerken. Das heißt nicht, daß nicht heute tagein, tagaus Klassenkampf geführt würde (von "oben" allemal). Auch kollektiver, organisierter "Absentismus" zum Beispiel ist eine Form von Klassenkampf. Ebenso sind die vielfältigen sozialen und ökonomischen Bewegungen und Kämpfe heute Formen des Klassenkampfs. Nur: Um Kämpfe mit dem Ziel der Aufhebung des Kapitalverhältnisses handelt es sich dabei nicht. Aber genau das muß nach Marx/Engels der eigentliche Inhalt proletarischen Klassenkampfes sein. Allein solche Formen des Klassenkampfes wären dann auch politische Kämpfe. Marx/Engels konstatieren schlicht: "Jeder Klassenkampf ist aber ein politischer Kampf". Damit reden sie über das Problem glatt hinweg: Wie bekommt man die Politisierung der Klassenkämpfe, die Organisierung der ProletarierInnen "zur politischen Partei", die Vermittlung von ökonomischen, sozialen usw. Kämpfen und politischem Kampf, auf die Reihe? Das haben Marx/Engels in ihrer praktischen Politik in der Revolution von 1848 nicht hinbekommen, als sie sich dafür entschieden, Politik als linker Flügel der Demokraten zu machen, aber die ökonomischen und sozialen Kämpfe der "arbeitenden Klassen" (notgedrungen) nachrangig behandelten. Und das haben Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten, Marxisten/Leninisten in der späteren Geschichte nicht auf die Reihe bekommen. Das heute zu verzeichnende Nebeneinander von anti-rassistischem, anti-nationalem, anti-militaristischem, anti-patriarchalem, anti-umweltzerstörerischem, anti-faschistischem usw. Kampf und die Unverbundenheit dieser Kämpfe untereinander sowie ihre Unverbundenheit mit den Kämpfen in der "Produktionssphäre" (also in der Sphäre des vormals so genannten "Grundwiderspruchs" von Lohnarbeit und Kapital) ist Ausdruck dieser Schwierigkeiten in der gegenwärtigen Etappe der Klassenkämpfe. Eine alle diese Kämpfe bündelnde und auf die "Machtfrage" zuspitzende Avantgarde-Organisation (= Kommunistische Partei im Sinne des "Marxismus-Leninismus seligen Angedenkens) ist nicht in Sicht und nach den historischen Erfahrungen der Klassenkämpfe der letzten Jahrzehnte wohl auch nicht die Lösung dieser Schwierigkeiten. Was aber dann? Die Ratlosigkeit in dieser Frage schafft Probleme für revolutionäre Politik.

5. Marx/Engels haben sowohl die Potenzen des Kapitalismus zur Integration und zur Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der lohnarbeitenden Klassen als auch die Dimensionen, in denen Menschen im Kapitalismus aus der Lohnarbeit freigesetzt werden können, unterschätzt. Wenn es im "Kommunistischen Manifest" heißt, die Bourgeoisie sei "unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen,

wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden" - so stimmt das mit den Realitäten des entwickelten Kapitalismus nicht überein. Der Kapitalismus hat sich bisher als so elastisch und reformfähig erwiesen, daß er der Mehrheit der Lohnabhängigen eine durchaus materiell einigermaßen komfortable Lage gewährleisten kann. Das Problem ist heute eher, daß große Massen von Menschen, die sich gern ausbeuten lassen würden (sowohl in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften als auch ganz besonders in der sog. Dritten Welt), vom Kapital gar nicht gebraucht werden. Das Millionenheer der Arbeitslosen, von denen viele gar keine Chance mehr bekommen, irgendeinmal Mehrwert produzieren zu dürfen und dafür ihre Ware Arbeitskraft bezahlt zu bekommen, war als Dauererscheinung von Marx/Engels nicht vorhergesehen (allenfalls als Begleiterscheinung kapitalistischer Überproduktionskrisen). Daß immer mehr Menschen aus dem Kapitalverhältnis herausfallen (bzw. gar nicht erst in es einbezogen werden), schafft in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften nicht so sehr nackte materielle Not als vielmehr sozial-psychische Probleme, ist aber auch nicht umstandslos politisierbar im Sinne der Entwicklung von "Klassenbewußtsein". In den vom Weltmarkt abgekoppelten Regionen der Dritten Welt kann diese "Weigerung" bzw. dieses "Desinteresse" des Kapitals, sich lebendige Arbeitskraft einzuverleiben, einerseits zwar zur Verelendung führen, eröffnet andererseits aber auch Chancen zur Bewahrung vor- bzw. nicht-kapitalistischer Produktionsformen und Lebensweisen. Wie man mit diesen Problemen der Integration des "Proletariats" in die bürgerliche Gesellschaft einerseits, der Ausgrenzung der "Arbeitslosen" andererseits umgehen soll, schafft Probleme für revolutionäre Politik.

6. "Die Arbeiter haben kein Vaterland". Gut und schön. Gleichwohl heißt es im "Kommunistischen Manifest" dann weiter: "Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national...". Die Rede vom Proletariat, das "sich selbst als Nation konstituieren muß" macht zwar deutlich, daß "Nationen" nichts "Essentielles", Wesensmäßiges sind. Gleichwohl ist Kritik angebracht: Denn auch wenn man die Historizität, die Zeitgebundenheit des Textes in Rechnung stellt, scheint hier eine gewisse Unbekümmertheit in Hinblick auf das Problem von Nation und Nationalismus auf. Freilich: Angesichts der reaktionären deutschen Kleinstaaterei vor 1848 war es eine zentrale Aufgabe der bürgerlichen Revolution, die deutsche Einheit herzustellen, weil sich nur unter diesen Bedingungen der Kapitalismus, die bürgerliche Herrschaft und Gesellschaft (und in ihrem Schoße dann eben auch das revolutionäre Proletariat) gegen die feudale Reaktion entwickeln konnten. Daher war auch die erste und oberste der siebzehn "Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland" während der 48er Revolution: "Ganz Deutschland wird zu einer einigen, unteilbaren Republik erklärt". Die Gefahren einer reaktionären und chauvinistischen Wendung des (deutschen) Nationalismus wurden (so läßt sich zumindest im Nachhinein sagen) von Marx/Engels nicht angemessen berücksichtigt - obschon es bereits zu Zeiten der 1848er Revolution ziemlich drastische Manifestationen von deutschem Nationalismus und Chauvinismus gab (auch und gerade bei den Revolutionären inklusive der linken Demokraten). Marx/Engels hatten jedenfalls allzu harmonisch-harmlose Vorstellungen von Nation und Nationalismus: "Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander". Nationen und Nationalismus schaffen revolutionärer Politik jedenfalls weit größere Probleme als Marx/Engels annahmen.

7. Es bliebe zu fragen, ob andere Linke seinerzeit schon weit- und hellsichtiger waren. Daß die "Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ... die Geschichte von Klassenkämpfen" ist, ist eine großartige Erkenntnis, die es gerade angesichts des heute so modischen, auf der Erscheinungsebene verbleibenden Geredes von ethnischen, religiösen, kulturellen etc. Konflikten hochzuhalten gilt. Ebenso großartig ist die Zielbestimmung der Klassenkämpfe im Kapitalismus: "An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist". Allerdings gibt es da Probleme: Was sind heute "Klassen", was "Klassenkampf" (s.o.), wie ist diese "Assoziation" politisch zu gestalten und wie kommt man da politisch hin. Die allgemeinen Aussagen hierzu im "Kommunistischen Manifest" helfen nicht viel weiter: "Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat". Nun ja - das alles schafft Probleme für revolutionäre Politik.

8. Der das gesamte "Kommunistische Manifest" durchziehende Fortschrittsoptimismus ist heute nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die grandiose Entfaltung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus war gleichbedeutend mit der Entfaltung ebenso großer Destruktivkräfte. Die Menschheit ist heute in der Lage, sich selbst zu vernichten, sei es durch den Einsatz der in den letzten Jahrzehnten angehäuften Massenvernichtungsmittel, sei es durch den weiteren "Fortschritt" der Produktivkräfte, von denen AKW's oder

die chemische Industrie nur die Spitze des Eisbergs bilden. Marx' später im "Kapital" getroffene Aussage: "Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter" hat sich - jedenfalls was "die Erde" anbelangt - in einem Maße bestätigt, wie es Marx, der in gewissem Maße selbst einem "Fetischismus der Produktivkräfte" (Bourdieu) unterlag, selbst kaum vorhersehen konnte. Der Prozeß der weltweiten Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise ist zugleich der Prozeß globaler ökologischer Zerstörung der natürlichen Bedingungen, auf denen die bürgerliche Gesellschaft wie jede andere Gesellschaft auch beruht. Die Alternative "Sozialismus oder Barbarei", die Rosa Luxemburg Jahrzehnte nach dem "Kommunistischen Manifest" formuliert hat, steht heute real. Marx/Engels deuten eine solche Alternative zumindest an, wenn sie schreiben, daß die Klassenkämpfe auch "mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen" enden können. Allerdings nehmen sie diese Option für den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat wieder zurück, wenn sie sagen, der Untergang der Bourgeoisie "und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich". Diesen Optimismus zu teilen haben wir heute keinen Grund mehr. Das hat Konsequenzen für das Verständnis von Revolution und revolutionärer Politik. Vielleicht ist heute der "reaktionäre" Kampf um die Bewahrung vor- bzw. nicht-kapitalistischer Produktions- und Lebensweisen die wahre "revolutionäre" Politik?! Walter Benjamin hat dazu jedenfalls etwas ziemlich Kluges ausgeführt: "Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotive der Weltgeschichte. Aber vielleicht ist dem gänzlich anders. Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zuge reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse".

9. Schaut mensch sich die Punkte 1. bis 8. genauer an, kann man/frau zu dem Schluß kommen: Wir im ak-Redaktionskollektiv sind alle RenegatInnen. Deswegen zum Schluß noch ganz schnell:

10. Das "Manifest der Kommunistischen Partei" ist eine geniale Schrift.

5. Irak-USA: Friede den Palästen?

Autor: Kt. · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Irak; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:37

Der angedrohte große Militärschlag der USA gegen den Irak fand nicht statt, was aber vielleicht nicht mehr bedeutet als einen zeitlichen Aufschub. UNO-Generalsekretär Annan konnte durch Verhandlungen in Bagdad den aktuellen Konfliktpunkt erst einmal aus dem Weg räumen.

Saddam Hussein versprach, den Rüstungsinspektoren der UNO Zugang zu allen für verdächtig gehaltenen Gebäuden, einschließlich seiner Paläste, zu gewähren, damit sie dort nach chemischen und bakteriellen Waffen (oder Unterlagen über solche Waffen) suchen können. Die vereinbarte Formulierung lautet: unbeschränkt, ohne zeitliche Begrenzung und so oft wie erforderlich. Ein kleines Entgegenkommen gegenüber dem Irak besteht darin, daß die Inspektoren - deren Auftreten auch von westlichen Beobachtern als gelegentlich "cowboyhaft" geschildert wird - künftig von internationalen Diplomaten begleitet werden sollen.

Außerdem darf der Irak mit Erlaubnis der UNO künftig doppelt soviel Erdöl wie bisher exportieren - grob gerechnet wäre das jetzt wohl etwa die Hälfte der Fördermenge vor dem Krieg. Allerdings wird fast ein Drittel der Verkaufserlöse von vornherein als Reparationsleistung an Kuwait einbehalten; weitere 5 Prozent gehen als Kostenerstattung an die UNO; 13 Prozent müssen an internationale Hilfsorganisationen für die Unterstützung der kurdischen Bevölkerung überwiesen werden. Den Rest darf die irakische Regierung nur zweckgebunden - und ebenfalls unter internationaler Kontrolle - für den Import von Lebensmitteln und Medikamenten verwenden.

Den USA und Großbritannien, die sich schon total auf eine mehrtägige Militäraktion eingestellt hatten, blieb angesichts dieser Vereinbarung nichts anderes übrig, als zögerlich, mürrisch und mit viel "Skepsis" einzugestehen, daß damit erst einmal die Forderungen, für die sie die Krise entfesselt hatten, vollständig erfüllt sind. Clinton mußte sich deswegen von der rechten Opposition als feiger Opportunist beschimpfen lassen, der die nationalen Interessen der USA an die UNO abgetreten habe - aber Annans hundertprozentiges Verhandlungsergebnis ließ tatsächlich für eine militärische Eskalation keinen Spielraum mehr. Wer dennoch gern den Irak "in die Steinzeit zurückbomben" möchte, wird darauf warten müssen, daß Saddam Hussein schon recht bald den nächsten Vorwand liefert und dann, wie vor dem Golfkrieg 1991, den letzten möglichen Zeitpunkt zu einem "ehrenvollen" Rückzieher verpaßt.

Mit der Resolution des UNO-Sicherheitsrats vom 2. März haben die USA aus ihrer Sicht die Weichen für eine solche Entwicklung gestellt. Dem Irak werden "schwerste Konsequenzen" für den Fall angedroht, daß er noch einmal die Arbeit der Inspektoren behindert. Absurdes Theater: Um die präzise Formulierung, "schwerste" oder "sehr schwere" Konsequenzen, war im Sicherheitsrat tagelang zäh gestritten worden, als ob diesem kleinen Unterschied irgendeine praktische Bedeutung zukommen würde.

Frankreich, Rußland und China, die den Kriegskurs der USA zu bremsen versuchen, argumentieren jetzt: Die neue Resolution liefere keine Grundlage für einen Handlungsautomatismus. Das heißt, im Fall einer unterstellten Vertragsverletzung durch den Irak dürften die USA nicht einfach eigenmächtig losschlagen, sondern müßten vorher erneut den UNO-Sicherheitsrat bzw. dessen maßgebliche Mitglieder konsultieren. Das sieht die amerikanische Regierung völlig anders: Sie betrachtet, wieder einmal, die UNO-Resolution als einen Blankoscheck, der sie zu beliebigen militärischen Alleingängen ermächtigt, ohne irgendwen vorher um Zustimmung bitten zu müssen.

Daß man in den USA die Resolution in genau dieser Weise interpretieren und benutzen würde, war selbstverständlich von vornherein klar. Vor diesem Hintergrund mutet es geradezu unglaublich an, daß sich erwachsene, gebildete und zweifellos gut bezahlte Menschen eine mehrtägige Alibi-Schlacht um die absolut unerhebliche Frage des "schwerst" oder "sehr schwer" geliefert haben. Dieser Vorgang ermöglicht es, den teilweise maßlos überschätzten und hochgespielten Widerspruch von Staaten wie Frankreich, Rußland und China gegen den globalen Hegemonieanspruch und die militärische Konfrontationspolitik der USA auf sein tatsächliches, recht bescheidenes und wenig wirkungsvolles Ausmaß zu reduzieren.

Seit dem Ende des 2. Golfkriegs, Februar 1991, haben die USA, teilweise gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich, teilweise auch mit Zustimmung der russischen Regierung, schon eine ganze Reihe von Militärschlägen gegen den Irak durchgeführt. Ungefähr zwei Drittel des Landes, bis hart an die Vororte

Bagdads, wurden zu "Flugverbotszonen" erklärt, d.h. dort dürfen sich keine irakischen Flugzeuge und Hubschrauber bewegen; anderenfalls werden sie ohne weiteres abgeschossen. Nicht einmal Flugabwehrwaffen darf der Irak in diesen Zonen stationieren, denn damit könnte man ja die amerikanischen "Überwachungsflüge" bedrohen.

Das schon vor dem Krieg verhängte Wirtschaftsembargo ist größtenteils immer noch in Kraft. Mit Zahlen über die direkten Folgen dieser Einschnürung sollte man vorsichtig operieren, da es sich natürlich um eine propagandistisch hochgradig belastete Frage handelt. Behauptungen wie etwa, 700.000 Menschen seien aufgrund des Embargos (durch Hunger, Mangel an Medikamenten usw.) gestorben, lassen sich nicht überprüfen. Ganz sicher ist aber, daß die Säuglings- und Kindersterblichkeit sich aufgrund des Embargos vervielfacht hat und daß die dauerhafte, perspektivlose Not der Bevölkerungsmehrheit ernste Ausmaße angenommen hat.

Es ist also nicht zuviel gesagt, wenn man die in manchen friedensbewegten Kreisen anzutreffende Befürwortung von Boykott-Maßnahmen als angeblich humanere Alternative zur militärischen Konfliktlösung zumindest im Fall des Iraks als Ausdruck einer eigentlich nicht mehr entschuldbaren Gedankenlosigkeit kritisiert. Höchstwahrscheinlich hat das Embargo gegen den Irak sehr viel mehr Opfer gefordert als der Krieg selbst, einschließlich der nachfolgenden "Militärschläge".

Das Embargo soll nach dem Willen des UNO-Sicherheitsrats in Kraft bleiben, bis der Irak alle an ihn gestellten Forderungen restlos erfüllt hat. Für diese Ausgangslage sind auch Rußland und Frankreich mitverantwortlich, die nun endlich wenigstens halbherzige Bemühungen machen, aus der Falle wieder herauszukommen, die sie sich selbst gestellt haben.

Denn was heißt das: restlos? In der Hauptsache geht es um die Auslieferung und Vernichtung der irakischen Massenvernichtungswaffen: chemische und biologische Waffen sowie die Produktionsstätten für entsprechende Stoffe; Nuklearanlagen; außerdem alle Raketen mit mehr als 150 km Reichweite. Seit sieben Jahren sind nun die UNO-Inspektoren auf der Suche; sie haben große Menge entsprechender Waffen und Ausgangsstoffe aufgespürt bzw. von den Irakern erhalten. Beispielsweise fehlen in der Bilanz nur noch zwei Scud-Raketen, deren Verbleib nicht mehr aufzuklären ist.

Die jetzt vorgetragenen Behauptungen, der Irak besitze immer noch Hunderttausende Liter chemische Kampfstoffe sowie bakteriologische Waffen, die zur zweimaligen Vernichtung der Weltbevölkerung ausreichen würden, sind rein spekulativ und propagandistisch. Es liegt in der Natur der Sache, daß hinreichend zuverlässige, beweisbare Angaben darüber gar nicht möglich sind. Selbst wenn die UNO-Inspektoren endlich einen "zeitlich unbegrenzten" Blick unter Saddam Husseins Bettdecke werfen und "so oft wie erforderlich" in jedem Schafstall des Landes gründlich herumschnüffeln durften, wird man nicht hundertprozentig ausschließen können, daß irgendwo anders vielleicht doch noch riesige Bestände raffiniert versteckt lagern - zumal diese mengenmäßig wohl nicht sehr viel Platz beanspruchen würden.

Es kommt hinzu: Dem Irak wird bereits vorgeworfen, er habe einen Teil seiner Massenvernichtungswaffen (und vielleicht auch der zugehörigen Produktionsanlagen) rechtzeitig ins Ausland verschoben. Der Sudan wird in diesem Zusammenhang konkret genannt und, wen wundert's, der jahrelange Oberschurke Gaddafi, der früher die feinste Adresse für regelmäßige Militärschläge der USA war, aber schon seit etlichen Jahren sehr vernachlässigt wurde. Aufhorchen lassen auch die jüngsten Behauptungen, der Irak habe insgeheim eine enge Zusammenarbeit mit seinem früheren Erzfeind, dem Iran, vereinbart.

Das bedeutet, es gibt kein definitives Kriterium, um dem Irak zu bescheinigen, jetzt habe er endlich sämtliche Forderungen vollständig erfüllt, und folglich könnten die Sanktionen aufgehoben werden. Aus Sicht der USA stellt offenbar allenfalls der Sturz Saddam Husseins einen solchen Punkt dar, und nicht einmal das ist wirklich ganz sicher. Die politische Logik spricht jetzt eher dafür, den Kreis der Oberschurken wieder einmal auszuweiten und auch Libyen, den Iran, Sudan (und wen noch?) militärisch unter Druck zu setzen. Gründe dafür werden sich finden lassen. Der plausibelste: Ohne ein Feindbild von angemessenem Format läßt sich die Existenz eines riesenhaft aufgeblähten Militärapparats nicht legitimieren.

Kt.

6. Vom Golf-Krieg zum Golf-Frieden. Chronologie

Autor: Kt. · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Irak; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:38

Nach der Besetzung Kuwaits durch irakische Truppen am 2. August 1990 lösen die USA an der Spitze einer breiten Kriegskoalition am 17. Januar 1991 die "Operation Wüstensturm" aus. Nach mehr als einem Monat massiver Angriffe aus der Luft beginnt am 24. Februar die Bodenoffensive, die innerhalb von nur 100 Stunden die Kapitulation der irakischen Streitkräfte erzwingt. Die USA geben die Zahl ihrer eigenen Verluste, einschließlich der Verbündeten, mit 343 getöteten Soldaten an. Am 3. April unterzeichnet der Irak die Waffenstillstandsbedingungen; am 6. April akzeptiert er auch die Resolution 687 des UNO-Sicherheitsrats. Sie sieht, unter internationaler Kontrolle, die Zerstörung aller chemischen, biologischen und nuklearen Waffen, Stoffe und Produktionsstätten des Irak vor, ebenso wie aller Raketen mit einer Reichweite von mehr als 150 km.

Das vor dem Krieg vom UNO-Sicherheitsrat verhängte totale Handelsembargo bleibt als Druckmittel für irakisches Wohlverhalten weiter in Kraft.

Nach dem Krieg versucht die schwer angeschlagene irakische Armee, die Kurden im Norden und die Schiiten im Süden des Landes mit militärischer Gewalt wieder unter Kontrolle zu bekommen. Durch die Resolution des UNO-Sicherheitsrats vom 5. April 1991 werden die Kurdengebiete im Nordirak zur "Schutzzone" erklärt. Die irakische Regierung wird aufgefordert, die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung sofort einzustellen und internationalen humanitären Organisationen Zugang zu allen Teilen Iraks zu gewähren.
US-Verteidigungsminister Cheney befürwortet, eine UNO-Friedenstruppe zu bilden, die zum Schutz der Flüchtlinge Pufferzonen im Irak einrichten soll. Der am 8. April tagende EU-Gipfel unterstützt diesen Vorschlag.

Am 10. April 1991 gibt die US-Regierung bekannt, sie betrachte das Gebiet nördlich des 36. Breitengrads als "Flugverbotszone"; das bedeutet, dort auftauchende irakische Flugzeuge und Hubschrauber würden sofort abgeschossen. Mehrere tausend US-Soldaten werden eingesetzt, um eine internationale Versorgungsaktion für etwa 700.000 kurdische Flüchtlinge zu unterstützen. Am 16. April teilt US-Präsident Bush mit, er habe angeordnet, unverzüglich mit der Anlage mehrerer Flüchtlingslager im Nordirak zu beginnen. Die Sicherheit der Lager solle durch amerikanische, britische und französische Truppen - insgesamt etwa 11.000 Mann - gewährleistet werden.

1. August 1992: Die USA teilen mit, daß sie zusätzliche 2.400 Soldaten nach Kuwait schicken werden. Sie sollen zwei Monate lang, zusammen mit den dort schon stationierten amerikanischen Truppen (2.000 Mann) und kuwaitischen Einheiten, Manöver durchführen. US-Verteidigungsminister Cheney sagt, die USA wollten mit dieser Aktion ihre Fähigkeit zu einer raschen Rückkehr in die Region im Fall einer Krise demonstrieren.

Der Einsatz war eigentlich erst für September geplant gewesen. Die Vorverlegung war ein Droh- und Druckmittel im Streit um den Zugang der UNO-Inspektoren ins irakische Landwirtschaftsministerium; dort wurden angeblich Unterlagen über Massenvernichtungswaffen vermutet.

21. August 1992: Die USA, Frankreich, Großbritannien und Rußland informieren den UNO-Generalsekretär, daß in den nächsten Tagen eine "Luftkontrollzone" ("Flugverbotszone") über dem Südirak (südlich des 32. Breitengrades) eingerichtet werde. Boutros-Ghali erklärt, er billige diese Maßnahme. Sie tritt am 27. August in Kraft. Als Begründung dient die militärische Repression Bagdads gegen die überwiegend schiitische Bevölkerung im Südirak.

16. Oktober 1992: Die Türkei gibt bekannt, daß sie eine "grenzüberschreitende Militäroperation" (mit etwa 5.000 Soldaten) im Gebiet der nordirakischen Stadt Zakho begonnen hat, um Stützpunkte der kurdischen PKK zu bekämpfen. Der türkische Vorstoß läuft parallel zum gemeinsamen Versuch der irakisch-kurdischen Organisationen KDP und PUK, die PKK aus dem von ihnen beanspruchten Machtbereich zu vertreiben. Am 18. November kündigt die Türkei den Rückzug ihrer Truppen an.

Anfang Januar 1993: Die irakische Armee bringt entlang und südlich des 32. Breitengrads, der die Grenze der "Flugverbotszone" markiert, mobile Luftabwehrraketen in Stellung. Die USA verlangen, mit Unterstützung Rußlands, am 6. Januar ultimativ, daß die Raketen innerhalb von 48 Stunden abgezogen werden müssen.

11. Januar 1993: Das "Eindringen" von 120 Irakern auf kuwaitisches Gebiet wird gemeldet; sie hätten dort Lagerhäuser abgerissen und Material abtransportiert. Ein ähnlicher Vorfall ereignet sich auch am folgenden Tag.

Hintergrund: Der UNO-Sicherheitsrat hatte eine rechtlich höchst zweifelhafte Verschiebung der irakisch-kuwaitischen Grenze zugunsten Kuwaits angeordnet. Insbesondere waren dadurch Teile der irakischen Hafenstadt Umm-Qasr an Kuwait gefallen. Die Iraker transportierten also lediglich ab, was ihnen tatsächlich gehörte. - Der UNO-Sicherheitsrat verurteilte das Vorgehen des Iraks als Verstoß gegen die Waffenstillstandsresolution.

13. Januar 1993: Mehr als 100 Flugzeuge der USA, Großbritanniens und Frankreichs greifen Raketen- und Radarstellungen in der südlichen "Flugverbotszone" an.

17. Januar 1993: Die USA schießen 40 Marschflugkörper auf einen rund 20 km vom Stadtzentrum Bagdads entfernten Fabrikkomplex ab. - Angeblich handelte es sich um eine Anlage zur Anreicherung von nuklearen Stoffen. Der Irak hingegen behauptete, es sei eine Maschinenfabrik, die schon mehrmals von UNO-Inspektoren besucht worden sei. Tatsächlich war es offenbar eine ehemalige Nuklearanlage, die nach dem Golfkrieg auf zivile Produktion umgestellt wurde.

18. Januar 1993: Amerikanische, britische und französische Flugzeuge bombardieren Radar- und Flugabwehrstellungen im Norden und Süden des Irak.

19. Januar 1993: Amerikanische Flugzeuge greifen Ziele in der nördlichen - überwiegend von Kurden bewohnten - "Schutzzone" an.

9. und 18. April 1993: US-Flugzeuge greifen irakische Luftabwehrstellungen an.

27. Juni 1993: Die USA schießen 23 Cruise Missiles auf einen Gebäudekomplex in Bagdad ab, in dem sich angeblich die Zentrale des irakischen Geheimdienstes befindet. Die Aktion wird von Clinton als Vergeltungsschlag für einen angeblichen irakischen Attentatsplan gegen seinen Vorgänger Bush gerechtfertigt.

28. Januar 1994: Türkische Flugzeuge bombardieren das 110 km von der Grenze entfernte PKK-Lager Saleh im Nordirak.

14. April 1994: US-Kampfflugzeuge schießen über dem Nordirak irrtümlich zwei Hubschrauber der UNO ab. Alle 26 Passagiere, darunter 15 Amerikaner, kommen ums Leben.

Anfang Oktober 1994: Es wird gemeldet, daß die irakische Armee mehr als 60.000 Mann in der Nähe der kuwaitischen Grenze zusammengezogen habe. Clinton ordnet die Verlegung von 4.000 amerikanischen Soldaten nach Kuwait an, zusätzlich zu den dort schon stationierten 12.000; außerdem wird die US-Flotte im Golf um einen Flugzeugträger und weitere Kriegsschiffe verstärkt. Großbritannien und Frankreich bekunden ihre Bereitschaft, sich an einem "raschen und entschlossenen" militärischen Eingreifen zu beteiligen.

Am 9. Oktober gibt die US-Regierung bekannt, daß sie ihre Streitkräfte in der Golfregion auf 36.000 Mann verstärken will. Am 11. Oktober wird gemeldet, daß der Rückzug der Iraker begonnen hat. Nach einem Besuch des russischen Außenministers in Bagdad zeigt sich der Irak am 14. Oktober bereit, die kuwaitische Grenze anzuerkennen - wenn im Gegenzug die internationalen Sanktionen beendet würden. Die Vertreter der USA und Großbritanniens in der UNO erklären am 20. Oktober, daß ihre Staaten sofortige "militärische Gegenmaßnahmen" ergreifen würden, falls die irakische Armee noch einmal ihre sog. Elitetruppen in die "Schutzzone" südlich des 32. Breitengrads schickt.

10. November 1994: Die irakische Regierung erkennt die Unabhängigkeit und die Grenzen Kuwaits offiziell an. Frankreich fordert, ebenso wie Rußland, den UNO-Sicherheitsrat auf, diesen Schritt mit ersten "Gesten" zu honorieren. Das scheitert am Widerspruch der USA. Am 15. November beschließt der Sicherheitsrat die Fortsetzung des Wirtschaftsembargos, da die Mechanismen zur Kontrolle der irakischen Waffenbestände noch nicht wunschgemäß funktionieren.

20. März 1995: Einmarsch türkischer Truppen in einer Gesamtstärke von 35.000 Mann in den Nordirak. Als Zweck wird die Zerstörung von Stützpunkten der kurdischen PKK angegeben. Die NATO-Partner der Türkei,

insbesondere die USA, lassen zwar mehr oder weniger "Verständnis" für die Militäraktion erkennen, fordern aber deren baldige Beendigung. Keinesfalls werde man die dauerhafte Stationierung türkischer Soldaten im Nordirak akzeptieren.

Am 4. Mai gibt Ankara den Abschluß der Operationen und des Rückzugs bekannt.

5. bis 11. Juli 1995: Türkische Truppen dringen erneut zur Bekämpfung "kurdischer Terroristen" in den Nordirak ein. Ministerpräsidentin Ciller erklärt, die Türkei werde immer wieder solche Vorstöße unternehmen, bis die PKK von dort vertrieben wäre.

August 1995: Mit der Begründung, der Irak plane einen Angriff auf Jordanien, beginnen die USA gemeinsame Manöver mit jordanischen und kuwaitischen Truppen. Jordanien hatte während des Golfkriegs noch den Irak unterstützt.

20. Mai 1996: Bagdad akzeptiert - nach monatelanger Ablehnung - die Bedingungen des UNO-Sicherheitsrats für eine begrenzte Wiederaufnahme seiner Erdölexporte. Danach darf der Irak, umgerechnet aufs Jahr, für etwa 4 Milliarden Dollar Öl verkaufen; das entspricht knapp einem Viertel der Fördermenge vor dem Golfkrieg. Die Regierung in Bagdad darf aber über die Einnahmen aus dem Export nicht frei verfügen: 30% sollen als Reparationen an Kuwait gehen, 5% zur Kostendeckung ihrer "Friedensmission" an die UNO; 13% müssen den Hilfsorganisationen der UNO zur Unterstützung der kurdischen Bevölkerung im Nordirak zur Verfügung gestellt werden. Der Rest muß zweckgebunden für Lebensmittel und Medikamente ausgegeben werden. Eine weitere für Bagdad demütigende Klausel: Der Irak darf das Öl nicht selbst verschiffen lassen, sondern muß es über eine Pipeline in die Türkei liefern.

August 1996: Irakische Truppen intervenieren im Kurdengebiet, das nach dem Golfkrieg 1991 von den USA und ihren Verbündeten zur "Schutzzone" erklärt worden war. Ende August besetzen die Iraker die Hauptstadt des Gebiets, Erbil.

Hintergrund: Zwischen den beiden größten Organisationen der irakischen Kurden, KDP und PUK, war - nachdem sie sich zeitweise gegen Bagdad verbündet hatten - wieder einmal eine heftige militärische Konfrontation ausgebrochen. Der Einmarsch der Iraker in die "Schutzzone" erfolgte offenbar mit Billigung und Unterstützung der KDP-Führung.

Die USA versetzen daraufhin ihre in der Golfregion stationierten Streitkräfte in höchste Alarmbereitschaft und kündigen an, daß die Verletzung der "Schutzzone" nicht unbeantwortet bleiben werde. Die UNO setzt die Durchführung der Vereinbarung über den Ölexport aus dem Irak vorläufig aus. Am 2. September ziehen sich die Iraker wieder aus Erbil zurück.

3. September 1996: Die USA schießen 27 Cruise Missiles auf angebliche militärische Ziele im Irak ab. Das sei, wie US-Außenminister Christopher erläutert, "die einzige Sprache, die Saddam Hussein versteht".

Am selben Tag gibt Präsident Clinton bekannt, daß die "Flugverbotszone" im Südirak vom 32. auf den 33. Breitengrad ausgedehnt sei; sie reicht damit bis unmittelbar an die Vororte Bagdads heran.

4. September 1996: Weitere 17 amerikanische Marschflugkörper werden gegen Ziele im Südirak eingesetzt.

Großbritannien erklärt seine "uneingeschränkte Unterstützung" für das amerikanische Vorgehen. Der deutsche Außenminister Kinkel nennt es "richtig, angemessen und gerechtfertigt". Sein französischer Kollege hingegen äußert die Ansicht, daß diese Angriffe hätten vermieden werden sollen, da sie nichts zur Problemlösung beitrügen. Auch Rußland bezeichnet die amerikanische Reaktion als "übertrieben" und bringt sie mit der Schlußphase des Präsidentschafts-Wahlkampfs in Zusammenhang.

5. September 1996: Die türkische Luftwaffe greift "Stützpunkte der kurdischen Rebellen" im Nordirak an.

7. September 1996: "New York Times" und "Washington Post" melden, daß der irakische Vorstoß in das Kurdengebiet die CIA gezwungen habe, eine umfangreiche Operation zum Sturz Saddam Husseins überstürzt abzubrechen. Den amerikanischen Agenten sei gerade eben noch die Flucht in die Türkei gelungen, während etwa 100 ihrer kurdischen Helfer gefangen genommen worden seien.

10. September 1996: Die USA drohen mit einem weiteren Militärschlag, da die Iraker angeblich wieder Luftabwehrstellungen in der südlichen "Flugverbotszone" errichtet hätten und damit die amerikanischen "Überwachungsflüge" bedrohen könnten.

9. Dezember 1996: Der UNO-Sicherheitsrat setzt nach Verhandlungen mit Bagdad die Erlaubnis zum eingeschränkten Ölexport wieder in Kraft. Sie gilt zunächst für ein halbes Jahr und kann dann bei irakischem Wohlerhalten alle sechs Monate erneuert werden. Die irakische Regierung läßt das Ereignis mit Jubelkundgebungen feiern. Saddam Hussein setzt am 10. Dezember per Knopfdruck die Pipeline in die Türkei in Betrieb und verkündet: "Die triumphierende irakische Willensstärke hat einen neuen Sieg errungen!"

Kt.

7. Die Krise ist nicht ausgestanden. Der Irak und die Mächte des Weltsicherheitsrats

Der Irak und die Mächte des Weltsicherheitsrates

Autor: Clemens Ronnefeldt · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Interventionspolitik und Kriege; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:45

Henry Kissinger brachte bereits im November '97 in der "Los Angeles Times" die Sache auf den Punkt: "Zwar wird Saddam Hussein oft als Verrückter beschrieben. Aber seine Strategie zur Lockerung und schließlichen Aufhebung jener Einschränkungen, die ihm durch die UNO-Inspektionen auferlegt werden, ist bemerkenswert rational".

Mit der neuen UN-Resolution, nach der das Land nun statt 2,14 Milliarden $ ab sofort Erdöl für 5,2 Milliarden $ pro Halbjahr ausführen kann, hat Saddam Hussein einen Teilsieg errungen. Allerdings müßten zunächst für rund 30 Milliarden Dollar die im 2. Golfkrieg zerstörten Anlagen wiederaufgebaut werden, bevor diese Menge überhaupt gefördert werden kann. Mit einem humanitären Hilfspaket über 20 Millionen DM Soforthilfe beruhigt die EU-Kommission in Brüssel vorerst ihr schlechtes Gewissen, seit 1990 am Hungertod von rund 800.000 Menschen im Irak mitschuldig zu sein. Ohne die von Saddam Hussein provozierte Krise wäre dieser Skandal wohl nicht in die breitere Weltöffentlichkeit gedrungen.

Laut neuem Vertrag sollen nicht mehr nur UNSCOM-Mitarbeiter, sondern auch Diplomaten die Paläste Saddam Husseins durchsuchen. Die irakische Führung erhofft sich davon, daß die Rückmeldung an den UN-Sicherheitsrat darüber, ob das Land frei von Massenvernichtungswaffen sei und das Embargo aufgehoben werden kann, nicht mehr so leicht wie bisher von den US-dominierten Inspektoren-Teams verzögert wird.

Daß Saddam Hussein seine acht Privatresidenzien inclusive der islamischen Tabuzonen nun auch feindlich eingestellen Ausländern zeigen muß, ist für ihn kulturpsychologisch ein erheblicher Imageverlust in der arabischen Welt. Angesichts seines taktischen Geschicks, die entscheidenden Mächte des Weltsicherheitsrates gegeneinander auszuspielen und sich selbst ins Bild eines honorigen Staatsmannes zu rücken, scheint dieser Verlust allerdings verschmerzbar.

USA und Großbritannien

Die Widersprüchlichkeit der US-Politik gegenüber dem Irak faßt Henry Kissinger in dem bereits erwähnten Beitrag folgendermaßen zusammen: "1996 ließ Saddam die Führung der in einem autonomen Gebiet im Norden lebenden Kurden umbringen, denen die USA Schutz zugesagt hatte. Washington reagierte völlig inkonsequent mit Angriffen auf Radarstellungen im tiefen Süden Iraks - rund tausend Kilometer vom Ort der Provokation entfernt. Das überzeugte Saddam, daß er von amerikanischen Militäraktionen wenig zu befürchten habe, und er sah eine politische Chance, dem Inspektionsprogramm der UNO die Zähne zu ziehen".

Bill Clintons vollmundige Erklärung im November 1998, das Ende des Embargos von der Beseitigung Saddam Husseins abhängig zu machen, war von keiner UN-Resolution gedeckt und dürfte ein schwerwiegender Fehler gewesen sein. Weil dem US-Kongreß die eigentlichen Ziele der USA unklar blieben, konnte Clinton in entscheidenden Momenten keine Mehrheit hinter sich bringen. Wie gespalten zudem die US-Bevölkerung war, zeigte das CNN-TV-Ohio-Debakel.

Nur einen Tag nach dem Verhandlungserfolg Annans wurde in den USA eine US-Heeres-Studie veröffentlicht, die die gleichzeitige Eindämmung des Iraks und des Irans wegen der zu hohen Kosten und Risiken als falsch bezeichnet.

"Clintons ‚nationale Interessen` im Irak buchstabieren sich wie Öl", titelte die FR am 15.2.98 - warum eigentlich erst so spät? - und führte aus: "Ein Land mit zerstörter Infrastruktur und neu herbeigebombter Feindschaft gegenüber den USA dient weder einer sicheren Energieversorgung noch den Geschäften der ebenfalls mächtigen amerikanischen Ölgesellschaften. Also ist eine vertretbare diplomatische Lösung, die vielleicht in überschaubarer Zeit die Wirtschaftssanktionen überflüssig machen und US-Firmen zurück ins Irak-Geschäft bringen könnte, eher im nationalen Interesse der USA".

Nachdem die USA es immerhin fertiggebracht hatten, den damals noch amtierenden UN-Generalsekretär Boutros-Ghali erfolgreich an einer Wiederkandidatur zu hindern, mußten sie diesmal erkennen, daß die Weltmacht Nummer eins nicht in der Lage ist, die UN völlig für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Großbritanniens Unterstützung war zwar politisch für die USA von großer Wichtigkeit, im Falle eines möglichen Krieges allerdings ist sie militärisch nahezu bedeutungslos.

UNO und UNSCOM

Nachdem die UNO im Bosnien-Krieg von der NATO entmachtet worden war und sich auf einem Tiefpunkt ihrer Bedeutung befand, erfuhr sie durch dem Erfolg Kofi Annans wieder eine erhebliche Aufwertung.

Richard Butler, der Leiter der UNSCOM, hatte die Krise sehr früh verschärft, indem er im amerikanischen Fernsehen behauptet hatte, Saddam Hussein wolle Führer der arabischen Welt werden. Butler rechtfertigte so den frühzeitigen Einsatz von Gewalt.

Die Schwäche und Gefahr der in sich gespalteten UNSCOM-Delegation wurde diesmal überdeutlich. Die USA gingen sogar so weit, den russischen Inspektoren vorzuwerfen, irakische Stellen vor Inspektoren vorzuwarnen. UN-Inspektoren - laut "The Independent", 12.2.98, häufig ehemalige Geheimdienstagenten -, stehen im Verdacht, ihr Wissen nicht nur an die UN, sondern auch an die jeweiligen nationalen Verteidigungsministerien weiterzugeben. Wie kritisch dies werden kann, zeigte ein "FAZ"-Beitrag am 6.2.98 über das Vermessen der Präsidentenpaläste durch die UNSCOM: "Landvermessen im Irak ergibt auch Zielkoordinaten für Marschflugkörper".

Frankreich und Rußland

Für die Europapolitik in der Irak-Krise war die eigentliche Frage, ob sich die britische Haltung durchsetzen würde, die sich an den USA orientierte, oder die auf mehr europäische Eigenständigkeit hinarbeitende französische. In den entscheidenen Telefonaten zwischen Chirac und Clinton soll es dabei (laut "Liberation") "stürmisch" zugegangen sein.

Die Drohung Jelzins mit einem Weltkrieg zeigte die militärische Hilflosigkeit der einstigen Weltmacht, die allerdings auf diplomatischer Ebene Frankreich sehr gut zuarbeitete. Frankreich und Rußland haben erhebliche Milliarden-Kredite an den Irak vergeben, wünschen deren baldige Rückzahlung und erhoffen sich über ihre bereits im Land tätigen Ölgesellschaften entsprechende wirtschaftliche Vorteile.

Israel

Daß der israelische Ministerpräsident erstmals seit 1973 wieder die israelischen Atomraketensilos öffnen wollte und nur mit viel Mühe davon abgebracht werden konnte, weist ihn als erhebliches Sicherheitsrisiko für die gesamte Region aus.

In UNSCOM-Berichten, die auf Wunsch des US-Außenministeriums nachträglich abgeändert wurden (vgl. "Le Monde Diplomatique", Dez. 97), ist nachzulesen, daß vom Irak wegen der Zerstörung der Raketensysteme keine Gefahr mehr für die Nachbarstaaten ausgeht. Clinton selbst mußte zugeben, daß Tel Aviv diesmal nicht von Saddam Husseins Raketen bedroht ist. Vor diesem Hintergrund diente das Schüren massiver Ängste in Israel wohl mehr innenpolitischen Gründen sowie der Legitimation eines Militärschlages.

Die Arabische Welt

Nur wenige Golfmonarchien unterstützten diesmal die USA und Großbritannien. Am gleichen Tag, als die amerikanische Außenministerin in Kairo um Unterstützung für die USA warb, die die arabische Welt vor den Waffen Saddam Husseins schützen wollten, machte der Sprecher der arabischen Liga ebenfalls in Kairo deutlich, daß diese Art von Schutz die eigentliche Bedrohung darstelle. "Bedrohlicher als die Bedrohung empfinden die Bedrohten offensichtlich den angedrohten Schutz vor der Bedrohung". (FR, 25.2.98).

Die nationalen amerikanischen und britischen Interessen wurden der arabischen Welt schonungslos offengelegt. "Laut Gerüchten aus Saudiarabien soll der amerikanische Verteidigungsminister Cohen bei seinem Besuch in Riad auch schon einen Kostenvoranschlag für den Truppenaufmarsch in zweistelliger Milliardenhöhe vorgelegt haben. Der saudische Kronprinz Abdallah soll darauf geantwortet haben, der Schutz

vor möglichen Schäden durch den Irak komme sein Land bald ebenso teuer zu stehen wie diese selbst". (Neue Zürcher Zeitung, 24.2.98)

Deutschland

Am kürzesten formulierte Jochen Hippeler äußerst zutreffend: "Die USA rasen am Golf mit Volldampf in die Sackgasse. Kinkel steht mit entschlossener Fassungslosigkeit treu zur hilflosen Politik der Amerikaner". (Freitag, 6.2.98) Helmut Kohl, von amerikanischen Senatoren auf der Wehrkundetagung in München entsprechend bearbeitet, fragte erst gar nicht mehr seine Regierungsmannschaft, als er den USA politische Unterstützung versprach. Von Kohl war kaum etwas anders zu erwarten, aber der Auftritt Scharpings stellte einen Skandal allererster Ordnung dar.

Die Erosion politischer Grundsätze und Pfeiler der Demokratie wie des Grundgesetzes scheint in Deutschland mit einer Geschwindigkeit voranzuschreiten, die allen demokratischen Gesinnten dieser Republik größte Sorge machen müßte.

1990 u.a. noch von der Angst angetrieben, im Falle langanhaltender Ölbrände vielleicht selbst in Europa noch vom Golfkrieg betroffen zu sein, kamen diesmal die Friedensbewegten erst sehr spät in die Gänge. In den USA erwachten die AktivistInnen sehr viel früher aus dem politischen Tiefschlaf als in Europa.

Ausblick

Die Krise ist keineswegs ausgestanden. Sollte in absehbarer Zeit - die der Irak vermutlich in Monaten bemißt - das Embargo nicht aufgeboben werden, sind neue Provokationen Sadddam Husseins nicht ausgeschlossen. Was derzeit fehlt, ist ein schlüssiges Nahost-Konzept für die Zukunft, wie es Johan Galtung bereits nach dem zweiten Golfkrieg eingefordert hat. Sicherheit und Frieden wird es für alle Staaten des Nahen Ostens nicht gegeneinander geben können. Daher wäre eine Konferenz über eine ABC-waffenfreie Zone überfällig

Wenn die Industriestaaten zur Befriedung des Nahen Ostens beitragen wollen, lautet die Hauptbotschaft, müssen sie eine 180-Grad-Wende in der Energiepolitik vollziehen.

Clemens Ronnefeldt

8. Bundeswehr: Der größte Skandal ist Rühe

Autor: Kt. · Rubrik: Bundeswehr; CDU/CSU; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:36

Der Untersuchungsausschuß des Bundestages tagt. Nunmehr schon seit mehr als zwei Monaten. Inzwischen haben wir in fast allen Einzelheiten erfahren, wie es zur Einladung des Nazis Manfred Roeder zum Vortrag in der Führungsakademie der Bundeswehr (im Januar 1995) kam, wer dafür verantwortlich war - und warum der Stabschef des Kommandeurs der Akademie, Oberst Norbert Schwarzer, sich schließlich (im Juni 1995) aus Gründen der Bundeswehr-Ehre dafür entschied, den Vorgang nicht seinem Vorgesetzten zu melden: Peinliche Geschichte passiert, Maul halten, Gras drüber wachsen lassen!

Oberst Schwarzer hatte im Sinne seines Ministers und des von Bundesregierung bis Bundeswehr vorherrschenden Geistes ganz gewiß die richtige, die einzig mögliche Entscheidung getroffen. Und es wäre ja auch wohl alles einigermaßen gut ausgegangen, wenn Manfred Roeder nicht das Bedürfnis gehabt hätte, den Vorfall in die Öffentlichkeit zu tragen. Das war nicht vorauszusehen. Da wird Oberst Schwarzer, der eigentlich nur nach reiflichem Abwägen eine mutige Entscheidung getroffen hat, die Sache nun "auf seine Kappe nehmen" und "den Kopp hinhalten" müssen. Aber dieses Risiko hatte er sicher vorausgesehen und bewußt in Kauf genommen. Und höchstwahrscheinlich wird er weder besonders tief noch hart fallen.

Mit solch läppischem Schnickschnack beschäftigt sich der Bundestagsausschuß nun Sitzung für Sitzung. Bei diesem Arbeitstempo wird er der eigentlich interessanten Frage nach den weitverbreiteten rechtsextremen Vorfällen und Einstellungen in der Bundeswehr wohl auch in den nächsten Monaten nicht viel näher kommen. Die Vertreter von CDU/CSU und FDP sind sich ohnehin einig und sagen das auch ganz offen: Der Ausschuß ist überflüssig und teuer, reine Wahlkampftaktik der Opposition. Richtig, denn das Gesamtergebnis steht doch von vornherein fest: Es gibt in der Bundeswehr keinen Rechtsextremismus, sondern nur a) Einzelfälle, b) verantwortungslose Dummejungenstreiche, c) gemeine Verdrehungen der regierungsfeindlichen Medien und d) bedauerliche Pannen.

Minister Rühe geht mit unerschrockenem Einsatz allen Leugnern, Verschweigern und Vertuschern beispielhaft voran. Soldaten, die sich an die Öffentlichkeit wenden und über ihre Erfahrungen berichten, beschimpft er als "anonyme Denunzianten". Aber nun sind die Zeugen durchaus nicht immer anonym. Noch besser: Dann kann Rühe sie auch gleich ganz persönlich attackieren und mit Prozeßdrohungen einschüchtern.

Aber das "Meldeklima" in der Bundeswehr ist gut, sagt Rühe Anfang März vor dem Untersuchungsausschuß aus. Ach, was heißt hier gut, es ist geradezu vorzüglich, wie folgender Bericht aus der "Bild am Sonntag" vom 1. März, gerade drei Tage vor Rühes Auftritt, schlagend beweist: "Ein Rekrut hatte seinem Vorgesetzten gemeldet, daß Kameraden rechtsradikale Parolen gegrölt und den ‚Hitlergruß` gezeigt hätten - daraufhin verprügelten zwei Soldaten den Rekruten, der einen Nasenbeinbruch erlitt. Die Täter bekamen 21 Tage Arrest (Höchststrafe), wurden wegen Körperverletzung angezeigt."

Das "Meldeklima" beim Bund ist sogar so saugut, daß rechtsextreme Vorfälle zumeist überhaupt nicht oder erst nach vielen Monaten gemeldet werden. Einige Soldaten, die sich an ihre Vorgesetzten gewandt hatten, wurden schlichtweg ausgelacht; anderen wurde erst einmal väterlich klar gemacht, daß man solche Dinge doch nicht so bierernst nehmen dürfe; und manche erlebten einfach nur, daß es null Reaktion gab. Auf jeden Fall kann man den Umgang mit solchen Meldungen und mit den Meldern als außerordentlich erfrischend und ermutigend bezeichnen. Bis hin zum Minister selbst, der ungeniert und sicher wohlüberlegt das Wort "Denunziant" in den Mund nimmt - und der seine Hände in Unschuld wäscht, wenn manche Leute dies zum "Denunziantenschwein" weiterdenken und den Petzern auf die Glocke hauen.

Ach ja, der Rühe. In Ländern mit einer funktionierenden bürgerlich-demokratischen Öffentlichkeit würde dieser Mann, der kritische Medien als "Dreckschleuderer" beschimpft, von den Gescholtenen und von den Oppositionsparteien so konsequent mit Kritik eingedeckt, daß sein Regierungschef ihn, wenige Monate vor der Wahl, ganz schnell fallen lassen müßte wie eine heiße Kartoffel.

Statt dessen läuft es hierzulande so: Am 30. Januar berichtete die taz, daß es bei einer feuchtfröhlichen Feier in der Führungsakademie der Bundeswehr am 18. Dezember vergangenen Jahres "Sieg-Heil!"-Rufe gegeben habe. Noch bevor die Meldung überhaupt im Druck erschienen war, stand Rühes Urteil bereits fest: "Die taz

versucht ihre Dreckschleudererkampagne fortzusetzen. Das ist eine üble Methode. Ich finde, unsere Soldaten haben Vertrauen verdient." (taz vom 30.1. und 4.2.98)

Zur selben Zeit lautete allerdings die sachliche Auskunft der Führungsakademie: Man untersuche die - von mehreren Zeugen erhobenen - Vorwürfe; bis jetzt sei es aber nicht möglich gewesen, die Teilnehmer aller Veranstaltungen zu erreichen, die an jenem Tag in der Akademie stattfanden.

Einen Monat später: Auftritt Rühes vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages. Eigentlich ist er nur als Zeuge geladen. Aber niemand stört ihn, als er statt dessen das öffentliche Forum für eine flammende Anklagerede nutzt. Mit den Berichten über rechtsextremistische Vorfälle solle die Bundeswehr "in den Dreck gezogen werden"; einige Medien wollten die Streitkräfte "vorsätzlich diskreditieren". "Üble Verdrehungen" gebe es da. Als Beispiel nennt Rühe den taz Bericht über die Feier in der Führungsakademie. Die Ermittlungen hätten inzwischen ergeben, daß nicht etwa "Sieg Heil!", sondern "Wild Sau!" gerufen worden sei, was ein zwar befremdlicher, aber ganz bundeswehrüblicher Trinkspruch zu sein scheint.

Es mag allenfalls sein, daß sich mehrere voneinander unabhängige Zeugen tatsächlich verhört haben könnten. Aber daraus "üble Verdrehungen" zu machen und so zu tun, als könnten damit gleichzeitig auch die zig anderen Vorfälle dieser Art ins Reich einer böswilligen regierungs- und bundeswehrfeindlichen Meinungsmache verwiesen werden, ist schon mehr als dreist.

Überhaupt, die Hörprobleme! Betrunkene sprechen ja meist völlig undeutlich, das weiß man bereits von Harald Juhnke. Die wollen vielleicht einfach nur ganz freundlich "Na denn Prösterchen!" oder "Danke für Ihre Hilfe, aber ich komme allein wieder hoch" lallen - und ein paar Überempfindliche verstehen gleich wieder: "Verpiß dich, du Scheißnigger!"

So ließ sich auch ein vom ZDF-Magazin "Kennzeichen D" berichteter vermeintlicher rechtsextremistischer Vorfall plausibel entschärfen. Angeblich hatten am 8. Oktober 1997 zwei in Bosnien-Hercegovina stationierte Bundeswehroffiziere albanische Soldaten angepöbelt. Worte wie "Scheißjuden" und "Kanakenschweine" sollen gefallen sein, und auch Sätze wie: "Adolf Hitler hätte euch in die Gaskammer gesteckt" und "Ihr gehört auf die Erschießungsanlage".

Die Ermittlungen des Verteidigungsministeriums ergaben nun: Erstens waren die beiden deutschen Offiziere so hacke, daß sie schwere Artikulationsprobleme hatten, zweitens wurde bei der Feierei auch noch laute Musik gespielt und drittens überhaupt kräftig herumgelärmt. (FR, 19.2.98) Also Entwarnung. Verständlich, daß die zwei fröhlichen Zecher sich nicht mehr daran erinnern können, was sie den Albanern denn nun wirklich mitteilen wollten. Vielleicht wäre es für Sprachwissenschaftler interessant, sich damit zu beschäftigen, welcher garantiert harmlose deutsche Satz im Suff ungefähr so ähnlich klingen könnte wie "Adolf Hitler hätte euch in die Gaskammer gesteckt".

Sage jedenfalls keiner, es fehle den Deutschen an Phantasie und Humor! Allein im Bundesverteidigungsministerium sitzen offenbar mehr Witzbolde als bei Monty Python.

Kt.

9. Rühe, Roeder und die " Schlacht um Königsberg"

Autor: Gudrun Hentges/Andreas Plake · Rubrik: CDU/CSU; Rechtsradikale, Neonazis; Revanchismus; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:05

Kurt Reumann berichtet in der FAZ von einem Witz, der angeblich in Kaliningrad - dem ehemaligen Königsberg - erzählt wird: Jelzin will die Lage in dieser russischen Exklave erkunden und ruft kurzerhand an. Was er denn erfahren habe, wollen seine Berater von ihm wissen. "Sie haben gesagt: ‚Es ist alles in Ordnung`. Warum er dann so bedenklich dreinschaue, fragen die erstaunten Berater, und Jelzin schimpft: ‚Die haben auf Deutsch geantwortet.`"

Dieser Witz spricht einen Punkt an, der in den Berichten und Stellungnahmen zu dem Auftritt des bekennenden Faschisten Roeder bei der Führungsakademie der Bundeswehr weitgehend vernachläßigt wurde - nämlich das Thema seines Vortrags: "Die Ansiedlung von Rußlanddeutschen in Königsberg." Daß sich die Führungsakademie der Bundeswehr mit diesem Thema beschäftigt, ist allerdings angesichts der politischen Brisanz des Themas Kaliningrad/Königsberg ein unerwünschtes Problem für die deutsche Außenpolitik. Die Bundesregierung bemühte sich denn auch, diesen Punkt möglichst schnell vom Tisch zu bekommen. Verteidigungsminister Rühe sah sich genötigt, in der Bundestagsdebatte zu erklären, das Thema widerspreche "diametral" der außenpolitischen Linie der Bundesregierung. Selbst Bundespräsident Herzog fragte sich, "was eine Führungsakademie veranlaßt, über eine Besiedlung des nördlichen Teils von Ostpreußen nachzudenken" (Frankfurter Rundschau, 29.12.1997). Die Veröffentlichungen deutscher Forschungsinstitute und Politikberatungsinstitutionen oder "Fragen zur Zukunft der Region Königsberg" der "Arbeitsgruppe Außenpolitik" der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, die am 19.1.1994 in der FR dokumentiert wurden, zeigen jedoch deutlich das besondere deutsche Interesse am Gebiet Kaliningrad. Die deutsche Außenpolitik verfolgt dort klare Strategien der Einflußnahme, in denen auch die Ansiedlung von Rußlanddeutschen eine Rolle spielt.

Eine europäische Germanisierung?

Das Gebiet zwischen der Ostgrenze der Bundesrepublik Deutschland und der Westgrenze der Russischen Föderation, im geopolitischen Vokabular "Zwischeneuropa", gilt als zentrales Konfliktfeld zwischen Rußland und Westeuropa. Die BRD als Führungsmacht in Europa ist darum bemüht, die Staaten dieser Region in die europäischen Institutionen einzubinden und damit sowohl das eigene Gewicht in der EU als auch das der EU selber zu stärken. Das geht nur in Konkurrenz zu Rußland, wobei es keine Rolle spielt, ob sich dort die "demokratischen" oder die "national-kommunistischen" Kräfte durchsetzen, so Heinrich Vogel, Direktor des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst): "Auch eine russische Führung, die Kurs auf demokratische politische und marktwirtschaftliche Reformen nimmt, ist noch kein Garant für einen Verzicht auf neoimperiale Politik. Es wäre eine Illusion zu glauben, Moskau werde nicht versuchen, verlorengegangene Einflußgebiete wieder anzubinden." In diesem "neoimperialen" Kräftemessen ist das Gebiet um Kaliningrad von besonderer Bedeutung.

Die explizite Beschäftigung deutscher Politik mit dem Thema Kaliningrad/Königsberg ist ziemlich genau zehn Jahre alt. Im Jahre 1988, noch vor den noch nicht absehbaren welt- und deutschlandpolitischen Umwälzungen, unterbreitete F. W. Christians von der Deutschen Bank der sowjetischen Führung den Vorschlag, in dieser Region eine Sonderwirtschaftszone einzurichten. Bereits ein Jahr später war dies beschlossene Sache, und Christians präsentierte einen konkreten Plan für eine Freihandelszone Kaliningrad. Die Reaktionen verdeutlichten schon die politische Brisanz des Themas: Am 25.7.1990 erschien in der Financial Times ein scharfer Protest gegen diesen Plan; die Deutsche Bank habe sich in die "Schlacht um Königsberg" gestürzt. Auch die Nachbarstaaten des Gebiets waren nicht sonderlich erfreut: Die liberale polnische Zeitung Polityka erklärte im Oktober 1990, schon wieder hinge ein germanisches Schwert über der nordöstlichen Grenze - nur diesmal eben ein wirtschaftliches.

Nach der Machtergreifung Jelzins und der Auflösung der Sowjetunion wurde das bisherige Sperrgebiet Kaliningrad geöffnet und die Freie Wirtschaftszone Jantar (russ.: Bernstein) eingerichtet. Der neue Gebietsgouverneur Jurij Matotschkin "ermutigte ohne ideologische Scheuklappen deutsche und rußlanddeutsche Zuwanderer zum Wiederaufbau des geschundenen Landes zwischen Pregel und Memel." (Spiegel 51/1997)

Vom 27. bis 30. August 1991 besuchte die erste deutsche Wirtschaftsdelegation Kaliningrad. Sie vertrat einen Fächer von Branchen, aus dem sich die potentiellen wirtschaftlichen Interessenschwerpunkte im Gebiet ablesen lassen: Schiffahrt, Hafenwirtschaft, Spedition, Werften, Maschinen-, Waggon- und Containerbau, Bauwirtschaft, Fischwirtschaft und Lebensmittelhandel, Kommunikationsbranche und Touristik. Aus der Sicht der deutschen Wirtschaft ist das Gebiet vor allem als Handelsstandort und Umschlagplatz für die Im- und Exporte des riesigen russischen Raums von Bedeutung.

Nach den ersten Sondierungen und Bestandsaufnahmen begann Ende 1991, Anfang 1992 in der Bundesrepublik eine Diskussion, in der - so Die Zeit - "die ferne Stadt an der Ostsee plötzlich nicht mehr nur als ökonomischer, sondern zunehmend auch als politischer Raum gedacht und geträumt wird und dabei eine europäische Zukunft bekommt, deren Pointe darin besteht, daß über die Zukunft Kaliningrads in keinem Fall die Russen allein und in jedem Fall die Deutschen ein bißchen mitbestimmen sollen."

Die deutsche Außenpolitik hat dabei zumindest eines aus der Geschichte gelernt: Nie wieder allein! Für Wilfried Böhm, Mitglied der CDU/CSU-Arbeitsgruppe Außenpolitik, würde sich die BRD bei einem Alleingang in dieser Region wirtschaftlich und politisch überheben, "weil Deutschland spätestens seit der Wiedervereinigung ohnehin vielen als zu mächtig erscheint ... und sich endgültig dem Verdacht aussetzen würde, eine umfassende Grenzrevision anzustreben." Und auch Böhms Kollege Hartmut Koschyk, zudem Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten, fordert, es müsse "in der Königsberg-Frage mit einem europäischen Konzept (...) offensiv vorgegangen werden."

Ein "deutsches Homeland" in Kaliningrad?

Genau das geschieht seit 1992. Es wurden und werden Konzepte erarbeitet, deren Pointe darin besteht, daß die Region Kaliningrad in irgendeiner Form an die EU angebunden werden soll, sei es als Freihandelszone, als assoziiertes Mitglied oder, so die favorisierte Lösung, in Form einer von Rußland weitgehend unabhängigen Euroregion. Exemplarisch für die dabei verfolgte Strategie ist die Arbeit der "Internationalen Studiengruppe ‚Hanseregion Baltikum`". Unter der Leitung von Hubertus Hoffmann, zugleich Vorsitzender des Deutsch-Estnischen Wirtschaftsrates, sollte der von der Studiengruppe erarbeitete Bericht dem Baltikum und Königsberg "eine europäische Zukunftsvision" eröffnen. Konkret wurden zwei Dutzend Maßnahmen zur Gestaltung einer "Hanseregion Baltikum" vorgeschlagen, unter anderem die Einrichtung von Treuhandanstalten nach deutschem Vorbild. Diese Region sollte die notwendige Vorstufe zur Integration der drei baltischen Staaten und einer "Euroregion Königsberg" in die EG sein. Für das Gebiet Kaliningrad war ein autonomer Status innerhalb der Russischen Föderation vorgesehen, der weitgehende Selbstbestimmungsrechte auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet beinhaltete, die formale Zugehörigkeit zum Territorium Rußlands aber nicht antastete. Anfang August 1992 reiste eine deutsche Gruppe mit Bundestags- und mit Europaabgeordneten nach Kaliningrad, um ihren russischen Gesprächspartnern die entsprechenden Pläne und Perspektiven zu erläutern. Dort stießen die Vorstellungen jedoch auf Skepsis: Die Jelzin-Beauftragte Tamara Polektowa "verhehlte gegenüber der deutschen Delegation nicht ihren Eindruck, daß hier ‚ein neuer Kolonialismus` des wirtschaftlich mächtigen Deutschland entstehe, denn die Vorschläge ließen außer acht, ‚daß wir zu Rußland gehören`" (Europäische Sicherheit, 10/1994)

Dennoch verfolgte die bundesdeutsche Außenpolitik ihre Linie weiter. Auf einer internationalen Konferenz in Kaliningrad Anfang September 1992 betonte Karsten Chrobog, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, die BRD würde keine Gebietsansprüche erheben, forderte aber "Dezentralisierung und entsprechende lokale Entscheidungsbefugnisse für die Gebietsbehörden". Vom 20.-24. September 1992 veranstaltete die "Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik" gemeinsam mit dem "Veranstaltungsforum Handelsblatt" in Kaliningrad ein "Hanse-Kolleg" mit 240 Teilnehmern, das unter der Fragestellung stand, "wie diese Ideen (die der Hanse) durch die Politik der Freihandelszonen und Wirtschaftssonderzonen unter heutigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen im Ostseeraum wiederbelebt werden können". Die Bundesregierung konnte dabei mit der erklärten Rückendeckung durch die SPD rechnen. So bestätigte der SPD-Abgeordnete Erler gegenüber dem BIOst ausdrücklich den breiten Konsens zwischen der Bundesregierung und der SPD in der Handhabung der "Königsberg-Frage".

Neuer "Drang nach Osten"?

Diese deutschen Bemühungen um die "Zukunft Königsbergs" wurden in anderen Ländern wenig wohlwollend betrachtet. Der vertrauliche Bericht eines US-amerikanischen Pentagon-Mitarbeiters kam im September 1992 gar zu dem Schluß, daß sowohl die Ansiedlung von Rußlanddeutschen als auch ein intensives Engagement des deutschen Handels und der deutschen Industrie in dieser Region ein "deutsches Homeland" innerhalb der russischen Föderation schaffen würden. Die russische Regierung sah das anscheinend ähnlich. Der damalige Außenminister Kosyrew begründete im März 1993 die Notwendigkeit einer starken russischen Militärpräsenz im Kaliningrader Gebiet sowohl mit der Gefahr auf Annexion gerichteter Bestrebungen in Deutschland als auch mit drohenden "jugoslawischen Zuständen" im Baltikum.

Ungeachtet dessen setzte die Bundesregierung weiter auf die Einbindung der EU in ihre außenpolitischen Interessen. Am 8. Februar 1994 debattierte das Europaparlament über einen Entschließungsantrag zum Thema Kaliningrad, der die deutschen Vorstellungen widerspiegelte, einen besonderen Status für dieses Gebiet und ein stärkeres Engagement der EG forderte. Grundlage der Debatte war ein Bericht der SPD-Europaabgeordneten Magdalene Hoff, Vorsitzende der Delegation des Europaparlaments für die Beziehungen zur GUS. Für die Europäische Kommission äußerte sich der Kommissar für Regionalpolitik, Bruce Millan, kritisch zu diesem Antrag: Die Kommission sei "nicht davon überzeugt, daß es möglich oder wünschenswert ist (...) dem Kaliningrader Gebiet eine Vorzugsbehandlung angedeihen zu lassen, bis hin zu einer besonderen Erwähnung in dem Abkommen über Partnerschaft und Kooperation. (...) Die Ansicht (...), daß die russische Regierung Kaliningrad eine Art ökonomischer Souveränität gewähren sollte, die dem Gebiet den Abschluß von Abkommen mit der Weltbank, der EBRD und der Europäischen Union erlauben würde, betrifft (...) entschieden die Angelegenheiten der russischen Regierung." Trotz dieser Skepsis stimmte das Europaparlament dem Entschließungsantrag mit überwältigender Mehrheit zu.

Die russische Regierung blieb daraufhin nicht untätig. Außenminister Kosyrew äußerte sich unter ausdrücklichem Hinweis auf die deutschen Königsberg-Debatten nun auch skeptisch bis ablehnend über die Bonner Pläne zur baldigen Errichtung eines deutschen Generalkonsulats in Kaliningrad. Der Spiegel meldete, Kosyrew wolle Bundesaußenminister Kinkel bei dessen Moskau-Besuch "vor Rückfällen ‚in den germanischen Drang nach Osten` warnen: Besonders die Anfang Februar auf Anregung deutscher Abgeordneter im Europa-Parlament angezettelte Königsberg-Debatte und das Verlangen nach einem ‚Sonderverhältnis` zwischen Europäischer Union und dem Gebiet Kaliningrad seien eine ‚glatte Unverschämtheit`."

Am 17.3.1994 erklärte der russische Verteidigungsminister Gratschow das Kaliningrader Gebiet zur Sonderverteidigungszone und stationierte weitere mobile Einsatztruppen. Und das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien mußte im Mai 1994 konstatieren, daß Rußland auf keinen Fall bereit sei, die Kontrolle über die Region aufzugeben und Einmischungen Dritter zuzulassen. Entsprechend wurde Anfang Juli 1994 das vorgesehene "Gesetz über den Status des Kaliningrader Gebiets" umgewidmet in ein "Gesetz über die Gewährleistung der Souveränität der Russischen Föderation auf dem Territorium des Kaliningrader Gebietes".

Von der offenen Schlacht zum Stellungskrieg

Nach dieser ersten "Schlacht um Königsberg" ist es ruhiger geworden um das Gebiet, die Auseinandersetzung wird als "Stellungskrieg" weitergeführt. Dabei sind insbesondere die Stellungen der deutschen Wirtschaft gut ausgebaut. Diese ist vor allem in strategisch wichtigen Bereichen präsent. So beteiligte sich die mehrheitlich deutsche Rossbahn GmbH am Bau der Autobahn Berlin - Kaliningrad, Krupp und Preußag übernahmen die vollständige Erneuerung der Eisenbahnlinie von Kaliningrad zur polnischen Grenze. Deutsche Firmen renovierten das Hafengebiet, die Lloyd-Werft Bremen erhielt einen Vertrag über die Reparatur und Modernisierung von Schiffen des riesigen russischen Fischereiunternehmens Reftransflot. Eine Mainzer Firma übernahm die Breitbandverkabelung des Gebiets, die Telekom-Tochterfirma Detemobil bekam die Lizenz für ein Mobilfunknetz für das gesamte Gebiet zwischen Moskau und den baltischen Staaten einschließlich Kaliningrads. Eine Münchner Firma vereinbarte im Dezember 1992 mit der Regionalverwaltung eine Investitionssumme von über einer Mrd. DM für den Bau von Hotels und Kaufhäusern sowie die Pachtung von Land für Musterbauernhöfe zur Ansiedlung von Rußland-Deutschen. Die Deutsche Bank schließlich ist gemeinsam mit RWE-DEA und Veba Oil an einem Ölprojekt in der Ostsee vor Kaliningrad beteiligt.

Auch in der Verwaltung und der Wirtschaft des Gebiets gelangten deutsche Berater in einflußreiche Positionen. Die Treuhand Osteuropa Beratungsgesellschaft aus Berlin, bis 1993 eine Tochtergesellschaft der

bundeseigenen Treuhandgesellschaft, schloß im September 1992 einen Vertrag mit der Gebietsverwaltung von Kaliningrad über die "Beratung und Begleitung der Region Kaliningrad bei der Vorbereitung und Realisierung des Übergangs von der zentralen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft durch entschlossene Privatisierung". Ebenfalls in der Gebietsadministration arbeiteten Mitarbeiter der Software Union, Gesellschaft für Unternehmensberatung, im Auftrag der Bundesregierung. Sie waren bei der Ausarbeitung des Privatisierungsprogrammes und bei der Erörterung des Gesetzesentwurfes über den Status des Kaliningrader Gebietes beratend tätig. Ein ständiger Vertreter der Gruppe arbeitete im zweitgrößten Betrieb des Gebiets, der zum Raumfahrt-/ Militär - Sektor gehört. Und auch beim Aufbau einer neuen Verwaltungsstruktur der Kühltransportflotte von Reftransflot leistete das Team Hilfestellung. Im Auftrag des Bundesumweltministeriums sollte ein Berater in der Gebietsverwaltung den Umweltschutz in der Region "auf Vordermann bringen".

Die Landespolizei Schleswig-Holstein übernahm eine "Patenschaft" für die Polizei des Gebiets, die auch "technische Hilfe" einschloß. Auf der Polizeiakademie in Kaliningrad wird inzwischen Deutsch als einzige Fremdsprache gelehrt. Deutsch ist allgemein zur zweiten Sprache in Kaliningrad geworden. 75% der Studenten an der Universität Kaliningrad haben Deutschkurse belegt, verschiedene deutsche Stiftungen finanzieren einen Dozentenaustausch mit deutschen Universitäten und deutsche Gastprofessuren an der Kaliningrader Universität, an Hochschullehrer aus Kaliningrad werden Stipendien vergeben.

Rußlanddeutsche

nach Kaliningrad

Auch die Ansiedlung von Rußlanddeutschen in Kaliningrad hat in den Planspielen und Aktivitäten der letzten zehn Jahre immer eine Rolle gespielt. Für alle Parteien und Organisationen rechts der Union ist es eine Selbstverständlichkeit, die deutsche Besiedlung ehemals deutscher Gebiete zu fordern. Der Bund der Vertriebenen fordert offiziell von der Bundesregierung, "die Voraussetzungen für die Ansiedlung von Rußlanddeutschen in dieser Region zu schaffen und die dortige Niederlassung der Rußlanddeutschen finanziell zu fördern". Auch der CDU-Abgeordnete Böhm bezeichnete diese Ansiedlung als "konstruktives Element", und der frühere Präsident der Universität Hohenheim und Wissenschaftsenator a.D. in Berlin, George Turner, kritisierte die Bundesregierung heftig, weil sie angeblich jede Unterstützung für eine solche Ansiedlung verweigere. Schließlich befürwortete 1992 auch der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Friedhelm Farthmann, ausdrücklich die Ansiedlung von Rußlanddeutschen im Kaliningrader Gebiet.

Für die Bundesregierung ist klar, daß die Argumente für ein deutsches Mitspracherecht in der Region an Gewicht gewinnen, je mehr Rußlanddeutsche dort leben. Jede offene Unterstützung der Ansiedlung aber ist kontraproduktiv. Gehandelt wird daher nach dem Motto: Tue Gutes, aber rede nicht darüber. So werden das Bundesinnenministerium und der zuständige Staatssekretär Waffenschmidt nicht müde, jede offizielle Förderung der Ansiedlung zu dementieren und diese zur individuellen Sache der einzelnen Rußlanddeutschen zu erklären. Gleichzeitig jedoch werden Jahr für Jahr Millionenbeträge ausgegeben, die eben diese Ansiedlung unterstützen. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Helmut Schäfer, läßt keinen Zweifel daran, "daß wir natürlich mit der gebotenen Sorgsamkeit, Vorsicht und auch mit diplomatischem Geschick mit Interesse verfolgen werden, wie die Entwicklung bezüglich dieses Gebietes in Zukunft verläuft, oder an dieser Entwicklung beteiligt sein werden."

In der Europäischen Sicherheit vom September 1996 wird das Kaliningrader Gebiet als "Alternative zur endgültigen Auswanderung" angepriesen, gerade dieses überschaubare Gebiet wäre als autonome deutsch-russische Republik innerhalb der Russischen Föderation geeignet. Diese Möglichkeit wurde in der Zeitschrift Osteuropa der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde im Oktober 1995 schon weiter gedacht: "Im Kaliningrader Gebiet wird eine zunächst von Rußland abhängige, später selbständige Republik der Rußlanddeutschen gegründet. Eine solche Entwicklung ist nicht von der Hand zu weisen, wenn man statistische Daten zum Zuzug von Rußlanddeutschen betrachtet."

Angesichts solcher Äußerungen wundert es nicht, daß in der Beilage zur Zeitschrift Das Parlament "eine gewisse Europa-Skepsis" in Rußland und Kaliningrad konstatiert wird: "Die EU-Einbindung wird als erster

Schritt zum Verlust der russischen Souveränität gesehen (...) Die Europäisierung wird - ebenfalls in Polen und den baltischen Ländern - nicht zuletzt als Deckmantel schleichender Germanisierung verstanden."

Gudrun Hentges / Andreas Plake

10. Protestaktion gegen Abschiebungen in die Türkei wächst. Zahl der Zufluchtsuchenden steigt

Autor: jh · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:35

Seit dem 21. Januar kämpfen illegalisierte kurdische Flüchtlinge aus der Türkei mit einer Protestaktion in Kölner Kirchen gegen ihre Abschiebung in die Türkei. Anfangs waren es drei Familien, die aus der Illegalität heraus an die Öffentlichkeit traten. Inzwischen haben gut 100 Menschen Zuflucht in diversen Kirchengemeinden gefunden. Unterstützt vom Netzwerk kein mensch ist illegal kämpfen sie jetzt für einen generellen Abschiebestopp in die Türkei. Und die Protestaktion wächst über Köln hinaus. Seit dem 7. März zieht eine Gruppe als Karawane für Bleiberecht durch nordrhein-westfälische Städte.

Im Herbst letzten Jahres trafen sich im Kölner Allerweltshaus etwa 35 Leute von großen und kleinen Gruppen und Organisationen, um die bundesweite Kampagne kein mensch ist illegal auch in Köln zu verankern. Und weil der Kölner und die Kölnerin gerne klüngelt, wurde alsbald ein Kölner Netzwerk gegründetet. Alle möglichen antirassistischen und linken Gruppen und Initiativen wurden angesprochen und um Unterstützung gebeten. Mit der üblichen Behäbigkeit, die solchen Kampagnen eigen ist, wurden konkrete Ziele und Vorhaben beschlossen.

Am 6. Januar war Schluß mit der Ruhe. Drei kurdische Familien, 21 Menschen, deren Asylanträge abgelehnt waren und die zum Teil keinerlei Aufenthaltsrecht mehr hatten, kamen zum Treffen der Kampagne. Die meisten von ihnen leben schon seit etlichen Jahren in Deutschland. Das deutsche Asylrecht hat sie zu "Illegalen" gemacht. Die Kurdinnen und Kurden forderten Unterstützung. Erstes Ziel war, eine Kirche zu finden, von der aus eine Protestaktion gegen die drohenden Abschiebungen und für ein Bleiberecht gestarten werden konnte. Kirchengemeinden, die bereit sind, Flüchtlingen in ihren Kirchen Zuflucht zu gewähren, bieten derzeit in Deutschland den einzigen halbwegs sicheren Schutz vor Abschiebung. Nicht etwa weil "Kirchenasyl" rechtlich abgesichert wäre, sondern wegen dem Gewicht der Kirchen als "moralische Instanz". Was freilich die Behörden in Niedersachsen und Bayern nicht davon abhielt, gerade kurdische Flüchtlinge aus der Kirche heraus in die Türkei abzuschieben. Am 19. Januar schließlich beschloß das Presbyterium der Evangelischen Gemeinde Köln (Mitte), als erste Kirchengemeinde die Aktion zu unterstützen. Die Familien sollten, so wurde beschlossen, wöchentlich in eine andere Kirche der Gemeinde umziehen, um die Unterstützung der gesamten Gemeinde deutlich zu machen.

Schon zwei Tage später begann die Protestaktion in der Antoniterkirche in der Kölner Innenstadt. Der Alltag in der Kirche und eine politische Kampagne waren nun zu organisieren. Mit Transparenten, Flugblättern und einem Infotisch wurde in der ersten Woche eine breite Öffentlichkeit erreicht. Die Medien hingegen berichteten so gut wie gar nicht. Die Woche verstrich mit der Organisation einer Vielzahl von Alltagsproblemen, ersten öffentlichen Aktivitäten und Infoveranstaltungen. Sämtliche antirassistischen und linken Gruppen und Initiativen wurden telefonisch mobilisiert. Auch wurde fast täglich in der Kirche ein öffentliches Plenum abgehalten.

Schon zu Anfang entschieden sich die TeilnehmerInnen an der Aktion, ihre Namen, Gesichter und Geschichte öffentlich bekannt zu machen. Kurz vor dem Umzug in die Kreuzkirche (29.1.) wurde auf dem Plenum beschlossen, für den letzten Samstag vor Karneval (14.2.) zu einer landesweiten Demonstration nach Köln aufzurufen. Mit Go-Ins in die Kantine des WDR und das Kölner Rathaus sollte das Schweigen der Medien gebrochen werden. Gleichzeitig wuchs die Zahl der Flüchtlinge, die sich der Aktion anschlossen. Sie sind alle illegalisiert oder von Illegalisierung bedroht. Dies machte die Suche weiterer Gemeinden erforderlich, die Flüchtlinge aufnehmen wollten. Relativ schnell entschloß sich die Evangelische StudentInnengemeinde, sieben Menschen aufzunehmen. Wenige Tage später zogen die Evangelischen Gemeinden Deutz/Poll und Nippes nach. Sie nahmen 14 bzw. 19 Menschen auf.

Die zweite und dritte Woche in der Kreuzkirche und der Lutherkirche waren geprägt von zahlreichen Bemühungen der Gemeinden, durch Gottesdienste, Konzerte und andere Veranstaltungen Öffentlichkeit herzustellen. Die Medien schwiegen aber weiterhin. Unterdessen lief die Mobilisierung für die Demonstration auf Hochtouren. Die Demonstration selbst fand am Tag nach dem Umzug der 21köpfigen Anfangsgruppe in die Christuskirche statt. Mit einer Beteiligung von 1.200 Menschen und dann doch einer recht starken Medienpräsenz wurde sie als Erfolg gewertet.

Mittlerweile haben über 100 kurdische Flüchtlinge in sechs verschiedenen Kölner Gemeinden Zuflucht gefunden. Der Forderung nach einem Gespräch ist der Innenminister des Landes bislang nicht nachgekommen. Dagegen hat Medienberichterstattung über die Aktion nun erheblich zugenommen. Sie ist auch - von einzelnen Ausnahmen abgesehen - bislang positiv. Die Einrichtung eines regelmäßigen "Runden Tisches" mit VertreterInnen der KurdInnen aus allen Gemeinden, der PfarrerInnen und des Netzwerks haben die Zusammenarbeit und den Informations- und Meinungsaustausch untereinander verbessert.

Am 7. März startet mit einer großen Veranstaltung und von einem Autokorso begleitet die "Karawane für Bleiberecht" nach Düren. Sie wird im "Wanderkirchenasyl" in den nächsten Wochen durch verschiedene Städte in Nordrhein-Westfalen ziehen. Es kann also mit einer Ausweitung der Aktion auf weitere Städte in ganz Nordrhein-Westfalen gerechnet werden. Zentrale politische Forderung ist der Abschiebestopp aus NRW in die Türkei. Am 6. April sollen rund 200 Menschen mit einem Schiff von Köln nach Düsseldorf fahren, um dort der Landesregierung die bislang gesammelten Unterschriften für ein Bleiberecht für die an der Aktion Beteiligten sowie Berichte über ihre Schicksale und die Lage der Menschenrechte in der Türkei zu übergeben. So erhält die Delegation, die unter Leitung ihres Landesinnenministers Kniola am 17. April in die Türkei reist, um die Menschenrechtsfrage vor Ort zu prüfen, schon einige Vorabinformationen.

Eines steht schon jetzt fest: Soviel Solidarität gab es noch nie für die öffentlich geächteten Illegalisierten. In Köln hat sich eine enge und solidarische Zusammenarbeit zwischen KurdInnen, den verschiedensten Gruppen im Netzwerk, Gemeindemitgliedern und PfarrerInnen entwickelt. Ob allerdings wirklich eine Bresche in die deutsche Abwehrfront gegen Flüchtlinge geschlagen wird, entscheidet das Ausmaß an Solidarität, das diese Aktion in den kommenden Wochen über den erreichten Stand hinaus erfährt.

jh

Kontakt: kölner netzwerk

c/o Allerweltshaus

Körnerstraße 77-79, 50823 Köln

Tel: 0221 - 510 30 44

c/o Netzwerk Asyl in der Kirche

Tel./Fax: 0221 - 3382-281

e-mail: J.Courage@link-lev.dinoco.de

Spendenkonto: Allerweltshaus, Stichwort "kein mensch ist illegal", Bank für Sozialwirtschaft, Kto. 707 44 00, BLZ 370 205 00

11. Heimliche Helfer. Bundesgrenzschutz arbeitet mit Bürgerwehr zusammen

Autor: ch. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:34

Nur dem engagierten Vorgehen zweier Betroffener ist es zu verdanken, daß die Zusammenarbeit zwischen BGS, Polizei und einer Bürgerwehr im grenznahen Ort Forst (Brandenburg) bekannt wurde.

Am 23. Januar wurden vier Jugendliche - einer von ihnen kommt aus Kenia - auf einem Radweg nahe der polnischen Grenze von Mitgliedern einer Forster Bürgerwehr angehalten und für mindestens eine halbe Stunde festgehalten. Die vier waren gegen 22 Uhr auf dem Weg nach Hause. Nach Aussagen eines Jugendlichen sollten sie so lange warten, bis der BGS komme und sie kontrolliere. Auch machten ihnen die Hilfssheriffs deutlich, daß sie sich dieser Anordnung nicht widersetzen sollten. Würden sie versuchen, weiterzufahren, dann werde man sie verfolgen. Auch sei dann klar, daß sie etwas zu verbergen hätten. (Lausitzer Rundschau, 27.1.98) Nach Aussagen des Pressesprechers des Bereichs Grüne Grenze, Klaus Müller, wurde dem BGS mitgeteilt, daß es sich bei den Jugendlichen um "illegale Grenzgänger" handeln könne, "weil ein Farbiger dabei sei."

Die Absicht der Mutter eines der Jugendlichen, Anzeige wegen Freiheitsberaubung zu erstatten, kommentierte ein Polizist nach ihren Aussagen mit den Worten: "Wenn ausländische Mitbürger dabei wären, könne er sich nicht vorstellen, daß ich [die Mutter] mit einer Anzeige wegen Freiheitsberaubung durchkäme." Auch glaubte er, sie mit dem Hinweis, daß es eben so sei in dieser Gegend, da es viele Einbrüche gebe, trösten zu können. (Lausitzer Rundschau, 27.1.98)

Für den Pfarrer der Ortes, Bodo Trümmer, war der Vorfall und sein Nachspiel der Anlaß, eine Diskussionsrunde zum Thema "Bürgerwehr" einzuberufen. Diese fand am 25. Februar statt. Neben rund 50 BürgerInnen kamen auch Vertreter des Bundesgrenzschutzes, der Schutzpolizei, einer Bürgerwehr, Landrat Friese und der stellvertretende Bürgermeister und Leiter des Ordnungsamtes. Die Vertreter der kommunalen Körperschaften zeigten sich überrascht von der Existenz der Bürgerwehren oder hatten gar in der Lokalpresse deren Existenz dementiert. (Lausitzer Rundschau, 30.1.1998)

Im Laufe der Veranstaltung wurde aber deutlich, daß es seit ca. 1991/92 Bürgerwehren in Forst gibt. Offensichtlich existieren in Forst mehrere Bürgerwehren, öffentlich bekannt wurden jetzt zwei, die Bürgerwehrgruppe (BWG) 9 bzw. BWG 39. Sie sind mit CB-Funkgeräten, Handschellen, starken Taschenlampen ausgerüstet und mit Schreckschußpistolen und Leuchtspurmunition bewaffnet. Einige der Hilfssheriffs gehen absichtlich mit Hunden und uniformiert auf Streife, damit sie Polizisten sehr ähnlich sehen - " so werden wir von Ausländern ohne weiteres akzeptiert", erzählt ein Vertreter der BWG 9. Nach seiner detaillierten Darstellung funktioniert die Zusammenarbeit der Bürgerwehr mit dem BGS reibungslos. Es gebe ein arbeitsteiliges Vorgehen bis hin zu "Auftragsvergaben von den Kollegen [des BGS und der Polizei]" an die Bürgerwehr. Wie dies vonstatten geht, erklärt er auch gleich. "Könnt ihr [von der Bürgerwehr] mal eure Gartenanlagen durchsuchen, uns sind fünf Leute abhanden gekommen!", so zitiert er einen Anruf vom BGS, nachdem diesem fünf Grenzgänger entwischen konnten. Besonders stolz sind die Hilfssheriffs auf ihre Erfolge: In sechs Jahren habe die Bürgerwehr der Polizei 18 gestohlene Autos übergeben und kürzlich habe sie dem BGS 63 "Asylanten zugeführt".

Dem Leiter der Grenzschutzinspektion Forst, Jan Christof Möller, war in der öffentlichen Versammlung die Nähe zur Bürgerwehr offensichtlich unangenehm. Er dementierte die "Auftragsvergaben", gleichzeitig hatte er aber großes Verständnis für diese - wie er es nannte - "Selbstorganisation". Die Vertreter der Schutzpolizei mochten sich ebenfalls nicht offen zum Fahndungsverbund bekennen, sie sprachen von dem Gewaltmonopol des Staates , das mit dem vom Brandenburger Innenministerium entwickelten Konzept der Kommunalen Kriminalitätsverhütung (KKV) und dem Konzept der Sicherheitspartnerschaften gestützt werde.

Allerdings hat es nachdem einige Praktiken der Bürgerwehr Ende Januar 1998 in die Öffentlichkeit gelangten, es nach Darstellung der Bürgerwehr-Vertreter am 3.2.1998 ein Treffen im Polizeipräsidium Forst gegeben. Dort wurde - so der Vertreter weiter - erstmalig über das mögliche Fehlverhalten der Bürgerwehr gesprochen. Das nächste Treffen soll am 10.3.1998 stattfinden. In der Diskussion befinden sich eine Schulung für die Mitglieder der Bürgerwehr und ihre Wahl zu "Sicherheitspartnern" auf Einwohnerversammlungen wie es das

Konzept d er Kommunalen Kriminalitätsverhütung des Innenministeriums vorsieht. Nach Ansicht der Berliner Forschungsgesellschaft Flucht und Migration und des Flüchtlingsrates Brandenburg drängt sich der Eindruck auf, das das langjährige Zusammenwirken von Polizei, BGS und Bürgerwehren weitergeführt werden soll und dies jetzt eine offizielle Legitimation erhalten soll.

ch.

12. Auf zum antirassistischen Sommer. Zum Stand der Kampagne "kein mensch ist illegal"

Autor: M., AG3F · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:26

Ende Juni letzten Jahres wurde der Aufruf zur Initiative "kein mensch ist illegal" von 30 Gruppen aus den antirassistischen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Bereichen der Flüchtlingsunterstützung beschlossen und seither mittels einer Reihe von Pressekonferenzen, Unterschriftensammlungen, einer Großanzeige in der Frankfurter Rundschau, einer achtseitigen taz-Beilage, Radiosendungen und lokalen Veranstaltungen weiter verbreitet. (siehe ak 405) Nach drei bundesweiten Arbeitstreffen mit steigender TeilnehmerInnenzahl soll nun eine Art Zwischenbilanz gezogen werden. Dies wird mit einem Ausblick auf die geplanten Aktivitäten im Sommer '98 verbunden.

In den Diskussionen antirassistischer Gruppen, die vor dem Aufruf geführt wurden und aus denen dieser dann hervorging, wurde festgestellt, daß die antirassistische Bewegung "auf politischer Ebene den (...) Verschärfungen, der sicherheitspolitischen Debatte über Innenstadtkontrollen und organisierte Kriminalität, den verstärkten Grenzkontrollen und dem Abschiebeterror wenig entgegenzusetzen" habe. "Aber wir sehen eine ganze Menge Gruppen und Zusammenhänge, die doch relativ beständig Unterstützungsarbeit leisten, die für sich Umgangsweisen oder Vermittlungen zwischen politischer Öffentlichkeitsarbeit und ‚sozialer Kleinarbeit` gefunden haben, die immer wieder Kontakte und Erfahrungen mit - auch illegalisierten - MigrantInnen haben oder suchen." (1)

Ziele der Kampagne

Der Aufruf zur Kampagne "kein mensch ist illegal" ist ein Versuch, den aktiven Gruppen und Zusammenhängen über die grundlegende Forderung nach uneingeschränkten Menschenrechten für Flüchtlinge und MigrantInnen hinaus einen gemeinsamen politischen Rahmen zu geben. Dieses "Angebot" wurde angenommen, wie mensch an der Breite der den Aufruf unterzeichnenden Gruppen und Einzelpersonen erkennen kann. Göttingen und Köln sind hier als besonders positive Beispiele zu nennen. In Göttingen wurde die Kampagne genutzt, nach jahrelanger Distanz zwischen antirassistischen und kirchlichen Gruppen ein gemeinsames Bündnis zu bilden. (siehe ak 409) In Köln wird die aktuelle Protestaktion illegalisierter kurdischer Flüchtlinge gemeinsam vom lokalen Kampagnen-Netzwerk und den Kirchen unterstützt. (siehe Seite 8) Auch in Berlin, München, Hamburg, Stuttgart sind lokale Initiativen und Bündnisse entstanden. Sie haben unterschiedliche Zusammensetzungen und Prioritäten. An weiteren Orten werden lokale Ereignisse mit der Losung "kein mensch ist illegal" verknüpft, so z.B. bei den Unterstützungsaktionen für Hungerstreikende im Abschiebeknast von Rottenburg, bei einer Bündnis-Demonstration gegen Massenabschiebungen in Oberhausen und beim Aktionstag zum Tag der Menschenrechte am Frankfurter Flughafen.

Die Kampagne bietet so einerseits ein Dach für ohnehin anstehende Aktionen der Unterstützung von Flüchtlingen, andererseits ist sie der Anlaß für gemeinsame politische und praktische Aktivitäten. Das kann bereits als Erfolg gewertet werden. Über lokale Bündnisse und Aktivitäten hinaus sind die bundesweiten Arbeitstreffen der Kampagne ein Forum, um einzelne Bereiche der Unterstützung illegalisierter Flüchtlinge gezielter zu thematisieren. So wird derzeit die Verbesserung der medizinischen Versorgung Illegalisierter diskutiert. Die bestehenden Büros und Anlaufstellen in Berlin, Bochum, Köln, Hamburg, Bielefeld sollen zudem vernetzt werden. Weitere Projekte zur medizinischen Versorgung Illegalisierter sind derzeit im Entstehen bzw. geplant. Auch hier kann von einer positiven Entwicklung gesprochen werden. Aber: erklärtes politisches Ziel dieser Projekte ist es, illegalisierten MigrantInnen den Zugang zur allgemeinen Gesundheitsversorgung zu verschaffen und sich letztlich wieder entbehrlich zu machen.

Ein weiteres wichtiges Thema bei den Arbeitstreffen ist die - private oder kommerziell betriebene - Fluchthilfe, gemeinhin bekannt und verteufelt als "kriminelle Schlepperei" und "Schleuserei". In der Arbeitsgruppe wurden erstmals Überlegungen angestellt, wie der bisher von seiten der FlüchtlingsunterstützerInnen tabuisierte Bereich notwendiger Flüchtlingshilfe "entdämonisiert" werden könne. Erste praktische Resultate sind der "Reader zu Fluchthilfe und deren organisierter Kriminalisierung" (2) und mehrere Veranstaltungen zum Thema. Darin wird die Notwendigkeit dieser Dienstleistung "Fluchthilfe" verdeutlicht.

Zur Umsetzung der Forderung, MigrantInnen Schulbesuch und Ausbildung zu ermöglichen, gibt es bislang erst wenige Initiativen. Ein Beispiel kommt aus Köln. Dort mußte eine Anweisung der Behörden an die Schuldirektionen, illegalisierten Kindern den Schulbesuch zu verweigern, nach öffentlichen Protesten, an denen auch das Kölner Kampagnen-Netzwerk mitwirkte, zurückgenommen werden. In Berlin fand zum Beginn des Schuljahres eine Aktion des FrauenLesben-Bündnisses gemeinsam mit illegalisierten MigrantInnen statt. Sie forderten das Recht auf "Schule für Alle". Auch bei einer GEW-Veranstaltung wurde das Thema daraufhin in den Mittelpunkt gestellt.

Schwierig ist es auch, die Forderung nach Arbeit für Illegalisierte zu verwirklichen. Diese müssen sie sich in der Regel selbst als "Schwarzarbeit" suchen. Es ist notwendig, diese Problematik auch mit GewerkschafterInnen zu diskutieren. Deren Führungen beteiligen sich aber bisher an der unsäglichen Kampagne "Illegal ist unsozial" oder lassen - wie bei der IG Bau - verbale rassistische Angriffe gegen ausländische ArbeiterInnen vom Stapel. Mit welchem Ziel solche Diskussionen geführt werden könnten, soll mit einem Passus aus einem Diskussionsbeitrag zur Kampagne verdeutlicht werden: "Die wachsende Zahl von Illegalisierten schafft bekanntlich einen Markt von extrem ausbeutbaren Arbeitskräften; dieser Markt wird genutzt, er drückt auf den ‚legal` verfaßten Arbeitsmarkt und hilft, die Deregulierung weiter voranzutreiben. Ein Zusammenhang, der nicht deshalb übersehen werden darf, weil auch Blüm ihn sieht. In Frankreich hat dieser Zusammenhang jedenfalls die Solidarität von Gewerkschaften und sans papiers begründet. (...) Die sans papiers haben den Gewerkschaften klar gemacht, daß eine alte Position der Arbeiterbewegung unter den Bedingungen von Konkurrenz zwischen illegalisierten und legalen Arbeitskräften in neuer Form praxisleitend sein muß. Der Konkurrenzkampf zwischen den verschiedensten Anbietern der Ware Arbeitskraft muß minimiert werden, deshalb gehören auch Illegalisierte in die Gewerkschaften, und beide kämpfen um dasselbe: um ‚soziale Menschenrechte`". (3)

"Eine Bewegung wie die der Papierlosen, der ‚sans papiers` in Frankreich (...) ist hier nicht in Sicht. Gleichwohl müssen wir uns konkret die Frage stellen, wie wir die Kontakte zu Projekten der Selbstorganisierung von MigrantInnen verbessern können, und wie wir ihre Ansätze flankieren können." (4) Gelegenheit dazu besteht im Sommer '98, wenn die vom Internationalen Menschenrechtsverein - eine Flüchtlings- und MigrantInnenorganisation in Bremen - initiierte "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" auf die Reise geht. (siehe Seite 2)

Kritik und Diskussionen

Nicht verschwiegen werden soll, daß die Kampagne "kein mensch ist illegal" nicht überall in der antirassistischen und Flüchtlingshilfebewegung ungeteilte Zustimmung erfährt. So wurde der Aufruf von einer antirassistischen Gruppe als "zu reformistisch" erklärt - gleichzeitig unterstützt sie die Kampagne als solche -, andere Gruppen sind abwartend oder distanziert. Begründungen hierfür sind schwer zu erhalten.

Auch haben sich z.B. Pro Asyl als "Dachverband" der Flüchtlingslobby und die Bundesarbeitsgemeinschaft "Asyl in der Kirche" bisher nicht zu einer Unterstützung der Initiative bereit erklärt. Letztere übrigens im Gegensatz zum Ökumenischen Netzwerk "Asyl in der Kirche" Nordrhein-Westfalen, das den Aufruf unterzeichnete, allerdings unter dem Vorbehalt, "was manche Formulierung und insbesondere die Feststellung angeht, wonach jeder Mensch das Recht hat, selbst zu entscheiden, wo und wie er leben will." Die Intention des Aufrufs, Menschen ohne Papiere politisch und praktisch zu helfen, unterstützt das Netzwerk dagegen vorbehaltlos.

Da die Kampagne von sehr unterschiedlichen Gruppen getragen wird, gibt es innerhalb der Kampagne Diskussionsbedarf. Die Antirassistische Initiative Berlin (ARI) kritisierte am Aufruf, daß dort keine Forderung an den Staat enthalten sei. Die ARI findet die "Forderung nach Legalisierung aller in Deutschland lebenden MigrantInnen im Rahmen der Kampagne" sinnvoll und notwendig als Teil eines politischen Vorschlags, der "andere gesellschaftliche Gruppen erreichen kann, also auch Gruppen, die ein anderes Verhältnis zum Staat haben wie wir" und der "im staatlichen Rahmen zu verwirklichen ist". (5)

Diese Vorstellung stieß auf vehemente Widerrede der InitiatorInnen des Aufrufs. Es gehe "im Moment vorrangig darum, eigene Strukturen, Netzwerke und Artikulationsformen auszumachen, aufzubauen und voranzutreiben, um der staatlichen Anerkennungs- und Abschiebemaschinerie entgegentreten zu können", erwiderte die Gruppe [n.s.i.a.m.p.] aus München. Sie sehe darin "die Chance zu einer sozialen und politischen

Praxis, die dem Staats-Rassismus auch tatsächlich etwas entgegenzusetzen hat - und sei es kurzfristig oder von vorübergehender Dauer." Und: "Jeder Forderung nach einer Legalisierung von Staats wegen muß, will sie keine Balkonrede sein, eine ‚Legalisierung von unten` vorangehen, die den Herrschenden zumindest keine andere Wahl läßt, als Teillösungen zu offerieren." (6)

Beim Arbeitstreffen der Kampagne in Göttingen wurde diese Debatte in einer Arbeitsgruppe fortgeführt. Diese stellte fest, daß "die vorgebrachten Standpunkte einander nicht notwendigerweise ausschließen". Letztlich werde "ein flexibler Umgang (...) einem statischen Verständnis, was zu tun oder zu lassen sei, vorgezogen. (...) Demnach stützten sich politische Forderungen auf die konkrete Lage vor Ort. Sinn mache dann eine regionale Vernetzung für die Unterstützung solcher Forderungen." (7) Das entspricht bereits der Praxis, denn bei lokalen, mit der Kampagne verbundenen Aktivitäten, wie z.B. den Protesten gegen das Schulverbot für illegalisierte Kinder in Köln, werden durchaus ganz konkrete Forderungen gestellt.

Resonanz

Wie jede Kampagne lebt natürlich auch diese von der Resonanz, die sie in der Öffentlichkeit erfährt. Erste Schritte, die Initiative über die "eigenen Kreise" hinaus bekannt zu machen, waren eine Pressekonferenz in Bonn im Oktober '97 und eine Großanzeige in der Frankfurter Rundschau wenige Tage später. Die darauf erhoffte überregionale Berichterstattung war mäßig. Erst später fand die Kampagne in regionalen Zeitungen und in verschiedenen Radiosendungen Beachtung. Erst eine taz-Beilage im Dezember führte zum verstärkten Medieninteresse. Mittlerweile sind auch zunehmend Fernsehsender interessiert.

Öffentlichkeit sollte kein Selbstzweck sein, deshalb sind die bisherigen Resultate durchaus zufriedenstellend, denn der Aufruf und seine Forderungen werden bei jenen bekannt, an die beides gerichtet ist.

Es besteht die Hoffnung und die Erwartung, daß die Kampagne auch zu einer politischen Kraft wird, die dem rassistischen Konsens mit seinen alltäglichen Konsequenzen und in Form weiterer Zuspitzungen der Angriffe auf Flüchtlinge und MigrantInnen wirkungsvoll entgegentreten möge. Der Ansatz dazu könnte der Vorschlag vom Berliner Kampagnen Bündnis sein, sich als bundesweite Initiative überall regional und lokal gegen die neuerliche Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes stark zu machen. (8)

Gibt es einen anti- rassistischen Sommer?!

Beim letzten Kampagnentreffen wurden mehrere überregionale Aktionen diskutiert. Schon beim letzten Treffen in Kassel gab es den Vorschlag, ein Aktionscamp an der Grenze zu Polen und Tschechien durchzuführen. Das Konzept der Einreiseverhinderung von BGS und seiner Hilfstruppen soll öffentlich gestört werden. Dies wurde konkretisiert. Vom 3. bis 7. Juli findet ein FrauenLesben-Camp statt. (9) Das (gemischte) Camp mit dem Motto "Spiel ohne Grenzen" findet einige Wochen später, vom 25. Juli bis 2. August statt. (10) Beide Camps werden nicht als gegenseitige Konkurrenz begriffen, sondern als sich wechselseitig verstärkend. In der "heißen Phase" des Wahlkampfes - von Mitte August bis 20. September - wird die "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" durch die BRD ziehen.

Auftaktveranstaltung für den "heißen Sommer" wird eine bundesweite Demonstration zum Frauenabschiebeknast in Neuss am 13. Juni sein. Nach den großen Demos der letzten Jahre zum größten Abschiebeknast in Büren soll mit der Demo in Neuss insbesondere die Situation illegalisierter Frauen thematisiert und den Forderungen nach einem eigenständigen Aufenthaltsrecht für Flüchtlingsfrauen und MigrantInnen und nach Anerkennung sexistischer und sexualisierter Verfolgung als Asylgrund Ausdruck verliehen werden. (11)

M., AG3F

Anmerkungen:

1) aus: "Entwurf für einen Begleittext zum Aufruf ‚kein mensch ist illegal`", Juni 1997

2) "Reader zu Fluchthilfe und deren organisierter Kriminalisierung", 60 S., 6 DM, Bezug: AG3F, Metzgerstr. 8, 63450 Hanau

3) aus: "Gedanken zur Debatte um Sinn und Inhalt der Kampagne" von A.K., Kölner Netzwerk "kein mensch ist illegal", 28.11.97, in: kmii-Rundbrief No. 2, Dez. 97

4) aus: "Einige gesellschaftliche und politische Einschätzungen" von der Berliner Initiative "kein mensch ist illegal", in: kmii-Rundbrief No. 1, Okt. 97

5) aus: "Eine klare Forderung stellen! Ein Beitrag zur Diskussion über die Kampagne ‚kein mensch ist illegal`" von Antirassistische Initiative (ARI) e.V. Berlin, u.a. in: kmii-Rundbrief No. 2, Dez. 1997

6) aus: "Eigene Strukturen schaffen! von n.s.i.a.m.p.* München, in: kmii- Rundbrief No. 2, Dez. 1997

7) aus: Protokoll der AG Inhaltliche Diskussion, in: kmii-Rundbrief No. 3, Febr. 1998

8) Kontakt: Berliner Initiative "kein mensch ist illegal", c/o FFM, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

9) Kontakt: Symbiose e.V., Stichwort: "Sommerfrische", Kinzigstr. 9, 10247 Berlin, Tel. 030/2947688, Fax 030/29492120

10) Kontakt: Fritz c/o FFM, s.o.

11) Kontakt: Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld

Die Rundbriefe zur Kampagne sowie weitere Informationen sind erhältlich bei: AG3F, Metzgerstr. 8, 63450 Hanau, Tel./Fax 06181-184892, Email: AG3F@OLN.comlink.apc

Das nächste Arbeitstreffen der Kampagne findet am 9. Mai in Bielefeld statt. Im Mittelpunkt stehen dort die Vorbereitung und Koordination der Sommer-Aktionen.

13. Erst Sondergesetze, dann Aushungern. Die Bundesländer verschärfen das Asylbewerberleistungsgesetz

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:04

Innerhalb nur eines Jahres soll das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zum zweiten Mal novelliert werden. Wieder sind es die finanzschwachen Bundesländer, die ihre Haushalte auf dem Rücken von Flüchtlingen sanieren wollen. Dabei greifen sie zu einem sozialpolitischen Novum: Flüchtlinge sollen in Zukunft keinerlei Rechtsansprüche auf Sozialleistungen mehr haben!

Am 6.2.1998 hat der Bundesrat dem "Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes" zugestimmt. Die ursprünglich vom Land Berlin eingebrachte Vorlage sollte bereits am 19.12.1997 beschlossen werden, ist dann aber in diversen Sitzungen des Innen- und Gesundheitsausschusses überarbeitet und auf Initiative der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen noch verschärft worden. Kern des beschlossenen Gesetzentwurfs ist der § 1a, mit dem für insgesamt drei Fallkonstellationen "Anspruchseinschränkungen" in das Asylbewerberleistungsgesetz aufgenommen werden sollen:

- wenn Flüchtlinge eingereist sind, um Leistungen zu beziehen (sog. "um zu - Regelung")

- wenn Flüchtlinge "aus von ihnen zu vertretenden Gründen" nicht abgeschoben werden können

- wenn Flüchtlinge nicht freiwillig ausreisen, obwohl dem "keine rechtlichen oder tatsächlichen Hindernisse entgegenstehen"

In diesen Fällen sollen Flüchtlinge und ihre Familien Leistungen nur noch erhalten, "soweit dies im Einzelfall nach den Umständen unabweisbar geboten ist". Nicht beschlossen wurde lediglich die im Antragsentwurf ebenfalls vorgesehene Anspruchseinschränkung für Flüchtlinge, die illegal in die Bundesrepublik gekommen sind.

Die Gewährung von Leistungen wird somit auf eine reine Almosenvergabe, auf Ermessensentscheidungen im Einzelfall, reduziert. Nach der herrschenden Rechtsprechung zur Sozialhilfe können Flüchtlinge zudem als "unabweisbare Leistungen" i.d.R. nur eine Rückfahrkarte plus Zehrgeld für die Rückreise bekommen. Verborgen hinter trockenem Juristendeutsch hat der Bundesrat also die komplette Streichung aller Sozialleistungen für Flüchtlinge und ihre Familien beschlossen: keine Hilfen zum Lebensunterhalt, keine Leistungen für die Unterkunft, keine medizinische Versorgung, Obdachlosigkeit, Aushungern, Kriminalisierung. Nach Schätzungen von Pro Asyl sind von der geplanten Neuregelung ca. 250.000 - 300.000 Menschen betroffen, unter ihnen viele afrikanische Flüchtlinge, die auf der Flucht ihre Ausweispapiere verloren oder weggeschmissen haben, aber auch bosnische und afghanische Kriegsflüchtlinge, Vietnamesen oder Kosovo-Albaner, denen unterstellt wird, sie könnten freiwillig ausreisen.

Mit der Hungerpeitsche ins Asylverfahren

Nach der Logik der Sozial- und Ausländerbehörden reicht für die Möglichkeit einer "freiwilligen Ausreise" (und damit der Leistungsstreichung) bereits die bloße Existenz von Rücknahmeabkommen aus. Schon im September 1996 hatte die Innenministerkonferenz für BosnierInnen unter Berufung auf das Rückführungsabkommen mit Bosnien-Herzegowina generell die Möglichkeit einer freiwilligen Ausreise festgestellt. Im unmittelbaren Anschluß daran hatten die Sozialbehörden begonnen, BosnierInnen nur noch abgesenkte Sozialleistungen zu gewähren. Erst in mühseligen und langwierigen Klageverfahren konnten in Einzelfällen die Möglichkeit einer "freiwilligen Ausreise" und damit die Rechtmäßigkeit der Leistungskürzungen per Gerichtsbeschluß zurückwiesen werden.

Im Sommer 1997 ist Berlin dazu übergangen, vor allem BosnierInnen und Menschen aus dem Kosovo keine Duldungen, sondern sog. "Grenzübertrittsbescheinigungen" auszustellen. Damit hielten sich diese Flüchtlinge nach offizieller Sprachregelung "illegal" in Berlin auf, und ihnen wurden die Leistungen nach dem AsylbLG

gestrichen. Diese Berliner Praxis der Illegalisierung ist im November 1997 vom Bundesverwaltungsgericht für rechtswidrig erklärt worden. Damit entfiel auch die Begründung für die Streichung der Sozialleistungen. Der ursprünglich bereits im September 1997 im Bundesrat eingereichte Berliner Antrag zur Novellierung des AsylbLG wurde nun nachgebessert: Ausdrücklich sollte es nun ermöglicht werden, auch geduldeten Flüchtlingen die Sozialhilfe zu streichen. "Wir können nicht alle ausreisepflichtigen Ausländer bis Ende ihrer Verfahren gegen die Bundesrepublik auch noch finanziell unterstützen", so Innensenator Schönbohm gegenüber der Presse (Berliner Morgenpost, 25.11.1997); 550 Mio. DM pro Jahr wollte Berlin mit dieser Maßnahme einsparen. Unterstützung erhielt Schönbohm nicht nur vom Bund der Steuerzahler. Für dessen Berliner Vorsitzenden Günter Brinker sei es "unerträglich, daß Illegale vom Staat verköstigt werden." Auch die Berliner Ausländerbeauftragte, Barbara John (CDU), äußerte sich zustimmend: "Wer ausreisen kann, aber sich verweigert, darf nicht mehr unterstützt werden." Wie Schönbohm auch zielte sie dabei in erster Linie auf VietnamesInnen und BosnierInnen.

Mit der verlockenden Aussicht einer nicht unerheblichen Entlastung für die katastrophalen Kommunal- und Landeshaushalte war auch auf Seiten der SPD-regierten Länder nicht mit nennenswertem Widerstand gegen diese Gesetzesvorlage zu rechnen. In der Bundesratsdebatte äußerte sich die Berliner Sozialsenatorin, Beate Hübner (CDU), hoch erfreut über die "konstruktive Mitarbeit" aller Bundesländer und über die "breite Unterstützung", die sie in den Ausschußberatungen erfahren habe. (Bundesratsprotokoll, 721. Sitzung, 6. Februar 1998) Darüber hinaus war es Kalkül vor allem der Stadtstaaten, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge auf diese Weise gleich ganz loszuwerden. So argumentierte z.B. die Hamburger Sozialsenatorin, die Betroffenen könnten ja aus dem "ungeregelten" ins "geregelte Verfahren" wechseln, sprich: einen Asylantrag stellen, wenn sie weiter Sozialleistungen beziehen wollten. Allerdings: AsylbewerberInnen werden im Bundesgebiet umverteilt, und ein Stadtstaat wie Hamburg, in dem überproportional viele Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge leben, hätte sich damit die teuren und ungeliebten Kostgänger elegant vom Hals geschafft. Diese Logik treibt Flüchtlinge aus reinem Umverteilungsinteresse in völlig aussichtslose Asylverfahren, an deren Ende wiederum nur die Ausreiseverpflichtung und die Duldung stehen. Mal abgesehen davon, daß die Flüchtlinge (abgesenkte) Sozialleistungen nur für die begrenze Zeit ihres Asylverfahrens beziehen könnten, wird auf diese Weise massenhaft "Asylmißbrauch" produziert: Wer nicht ausreisen kann oder will, wird gezwungen, einen "offensichtlich unbegründeten" Asylantrag zu stellen, wenn er oder sie zumindest minimale Sozialleistungen beziehen, untergebracht und medizinisch versorgt werden will.

Kein Existenzrecht

für Flüchtlinge

Die geplante 2. Novelle des AsylbLG ist ein sozialpolitischer Skandal allererster Ordnung. Mit dieser besonders brutalen Variante von Hunger- und Einsparpolitik schlägt die Quantität der Kahlschläge in einem sozialen Leistungsgesetz in eine neue Qualität um. Frau Hübner im Bundesrat: "Heute ist für einen bestimmten Personenkreis von Ausländern allein die tatsächliche Anwesenheit im Bundesgebiet als Anspruchsvoraussetzung ausreichend, um Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu beziehen. Das, meine Damen und Herren, können wir wohl niemandem mehr plausibel machen." Knapp fünf Jahre nach Inkrafttreten des AsylbLG am 1.11.1993 wird jetzt das Existenzrecht für Flüchtlinge komplett negiert. Zum ersten Male in der BRD-Geschichte wird die materielle Existenz für eine Bevölkerungsgruppe durch die sozialen Sicherungssysteme nicht mehr garantiert. Zum ersten Male wird per Gesetz eine Bevölkerungsgruppe definiert, die keinerlei soziale Ansprüche an die "Gemeinschaft der Steuerzahler" stellen darf und die sozialpolitisch gewissermaßen für vogelfrei erklärt wird. Dies ist der Systembruch, der sozialpolitische Skandal und gleichzeitig die ungeheure Drohung des Gesetzentwurfs.

Damit wird die innere Logik des AsylbLG als sozialpolitisches Sondergesetz auf die Spitze getrieben. Mit diesem Gesetz waren 1993 - für die BRD ebenfalls ein Novum - für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Existenzminima gesetzlich festgeschrieben worden. Das Recht auf materielle Existenzabsicherung wurde geteilt und gleichzeitig hierarchisiert. Für Flüchtlinge gelten seitdem die Prinzipien der "individuellen Bedarfsdeckung", der "Sicherung einer menschenwürdigen Existenz" und der "Teilhabe am gesellschaftlichen Leben" nicht mehr. Sie werden sozialpolitisch sonderbehandelt, ihr "individueller Bedarf" wird willkürlich um 25% gegenüber dem Existenzminimum des BSHG abgesenkt, ihnen wird qua Gesetz nur eine gesundheitliche Minimalversorgung zugestanden, und prinzipiell werden ihnen Geldleistungen vorenthalten.

Das AsylbLG war nicht nur der erfolgreiche Versuch, über die Schiene des Rassismus massive Sparmaßnahmen im sozialen Sicherungssystem durchzusetzen. Es war gleichzeitig das Pilotprojekt für gesetzlich verankerte Aussonderung, Sonderbehandlung und offen rassistische Sozialpolitik. Es war (und ist) ein Modell für die Teilbarkeit und die kalkulierte Hierarchisierung des Existenzrechts von Menschen. Das Asylbewerberleistungsgesetz übernahm darüber hinaus eine Vorreiterfunktion, indem es sozialpolitische Aussonderung mit dem Primat fiskalischer Kalküle über jegliche Bedarfsorientierung kombinierte. Mittlerweile führt die Dominanz angeblicher Sparerfordernisse in nahezu allen sozialpolitischen Bereichen dazu, daß über den tatsächlich notwendigen Bedarf, über Bedürfnisse, inhaltlich bestimmte Sinnhaftigkeit von Projekten etc. überhaupt nicht mehr diskutiert wird. Gleichzeitig wird mit Hilfe der "Sparerfordernisse" ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die repressive und selektierende Umgestaltung der Sozialpolitik hergestellt. Immer unverschämter und vor allem unumstrittener wird erstmal gefragt: "Was kostet ein Mensch?" Immer unverhüllter werden besonders kostenträchtige Bevölkerungsgruppen identifiziert und ihr Existenzrecht eingeschränkt.

Es waren vor allem die Länder, die relativ frühzeitig darauf drängten, das Asylbewerberleistungsgesetz noch weiter zu verschärfen und auf Kriegsflüchtlinge auszuweiten. Die Sozialhilfeträger erwarteten von einer weiteren Gesetzesverschärfung eine nochmalige finanzielle Entlastung der Kommunal- und Länderhaushalte. Dabei verfolgten sie das Kalkül, daß eine solche Sanierung politisch leichter durchzusetzen sei als z.B. eine massive Veränderung des BSHG. (Handelsblatt, 11.9.1994)

Vom AsylbLG zum Bundesratsbeschluß

Noch nicht einmal zwei Jahre nach dem 1.11.1993 erschien am 6.2.1995 ein Referentenentwurf aus dem Bundesgesundheitsministerium für ein "Gesetz zur Neuregelung von Leistungen an Ausländer bei vorübergehendem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland (Ausländerleistungsgesetz)". Dieser Entwurf kam dem Ansinnen der Länder in vollem Umfang nach: Vor allem sollten die Leistungen für AsylbewerberInnen, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, FolgeantragstellerInnen und geduldete MigrantInnen auf dem niedrigen Niveau des AsylbLG vereinheitlicht werden. Sachleistungen sollten ausdrücklich den Vorrang gegenüber Geldleistungen bekommen. In der Summe waren mit dem neuen Ausländerleistungsgesetz Einsparungen im Umfang von 1,3 Mrd. DM veranschlagt worden. Ansonsten orientierte sich der Entwurf im wesentlichen an den Bestimmungen des AsylbLG, auch wenn er in einigen Details erhebliche Verschärfungen vorsah.

Nach der Sommerpause des Jahres 1995 tauchte der Entwurf am 5.10.1995 in leicht überarbeiteter Fassung wieder auf, jetzt als Referentenentwurf für ein "Erstes Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetz und anderer Gesetze". Wichtigste Neuerung war die Ausdehnung der Leistungsabsenkungen bei AsylbewerberInnen für die gesamte Dauer des Asylverfahrens. Insgesamt wurden den Ländern und Kommunen jetzt Einsparungen in Höhe von 940 Mio. DM versprochen. Allerdings sollten sie im Tausch die Abschaffung der originären Arbeitslosenhilfe und damit weitere Belastungen der Sozialhilfeetats schlucken. Von der Sache her waren sich auch die SPD-regierten Länder mit der Bundesregierung einig. Es war letztlich nur die Feilscherei zwischen Bund und Ländern über die tatsächlichen finanziellen Belastungen, die die Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs bis zum Juni 1997 verzögerte.

Am 1.6.1997 ist das "Erste Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und anderer Gesetze" in Kraft getreten. Es brachte die Vereinheitlichung der verschiedenen Flüchtlingsgruppen unter die niedrigen AsylbLG-Leistungen, es brachte die absolute Priorität des Sachleistungsprinzips, und es brachte die Verlängerung der Leistungskürzungen für die Dauer von drei Jahren. Gleichzeitig wurde der 1.6.1997 zum Stichtag gewählt. Damit waren auch die Flüchtlinge betroffen, die vor diesem Datum bereits länger als drei Jahre in der BRD gelebt hatten und so eigentlich volle Sozialhilfeleistungen hätten bekommen können. Allein die Freie und Hansestadt Hamburg hat auf diese Weise mit einem Schlag 20 Mio. DM einsparen können.

Hungerpolitik stoppen!

Mit der vollständigen Streichung jeglicher Rechtsansprüche auf Existenzabsicherung durch den Bundesratsbeschluß vom 6.2.1998 ist die sozialpolitische Aussonderungspolitik durch das Asylbewerberleistungsgesetz zum logischen Abschluß gebracht worden. Wie bereits 1993 und 1997 gibt es auch jetzt keinerlei Anzeichen für eine breite Massenbewegung, die dieses Gesetzesvorhaben durch den

Druck der Straße blockieren könnte. Die Hoffnungen und Anstrengungen müssen sich von daher auf eine Lobbypolitik in Bundestag und Bundesrat richten. Die entschiedensten (zumindest im öffentlichen Raum wahrnehmbaren) Stimmen des Protests kommen von den Wohlfahrtsverbänden. Schon im Dezember 1995, während der Bundestagsanhörung zur ersten AsylbLG-Novelle, haben die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und der Caritas-Verband heftig gegen die geplante Ausdehnung der Leistungskürzungen und gegen den Aussonderungscharakter des Gesetzes protestiert. Und auch im Vorfeld der jetzigen Bundesratsentscheidung haben sie klar gegen die geplante Hungerpolitik Stellung bezogen: In einer gemeinsamen Erklärung vom 3.2.1998 plädierten die Evangelische Kirche und die Katholische Kirche in Berlin und Berlin-Brandenburg sowie das Diakonische Werk (DW) und der Caritas-Verband für die Ablehnung des geplanten Gesetzentwurfs. Der UNHCR äußerte am 4.2. "schwere Bedenken". (FAZ, 6.2.1998) Mit Schreiben vom 4.2. und 5.2. forderten das Diakonische Werk Hamburg und die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein (Caritas, DW, Arbeiterwohlfahrt, Rotes Kreuz, DPWV und Jüdische Gemeinde) die jeweiligen Landesregierungen auf, dem Gesetzentwurf im Bundesrat nicht zuzustimmen. Von der weiteren Haltung dieser Verbände und von der Fähigkeit antirassistischer Initiativen, hier tragfähige Bündnisse zu schließen, wird es abhängen, ob genügend Druck auf die Bundestagsabgeordneten ausgeübt werden kann, um den Gesetzentwurf scheitern zu lassen oder ihn zumindest über diese Legislaturperiode hinaus zu verzögern.

Dirk Hauer

14. Castor-Alarm in Ahaus! Kann Gorleben tatsächlich überall sein?

Autor: Bernd Schmidt · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:32

In der Woche vom 23. März ist der nächste Castor-Transport in ein bundesdeutsches Zwischenlager geplant. Doch diesmal nicht nach Gorleben, sondern ins Münsterländische Ahaus. Sechs Castor-Behälter sollen dort eingelagert werden, je drei aus dem AKW Gundremmingen und dem AKW Neckarwestheim. Und es regt sich Widerstand! Die örtliche Bürgerinitiative bereitet sich gemeinsam mit der bundesweiten Anti-Atom-Bewegung auf einen Tag-X wendländischen Ausmaßes vor.

Eine festungsartig gesicherte Castor-Halle, hundertschaftenweise Polizei, davor über 4.000 Menschen, hauptsächlich Einheimische. Über hundert Trecker sind aufgefahren. Transparente verkünden: "Wir stellen uns quer!" Gelbe Xe werden aufgestellt. RednerInnen bezeugen die gemeinsame Entschlossenheit, Widerstand gegen einen geplanten Castor-Transport zu leisten. Ein bekanntes Bild! Nur, daß der Ort des Geschehens nicht Gorleben heißt. Die beschriebene Szene spielte sich Mitte Februar in Ahaus ab, und wäre vor einem Jahr weder von seiten der Anti-Atom-Bewegung noch der BetreiberInnen ernsthaft für möglich gehalten worden. Die verstaubte Parole der Anti-Atom-Bewegung, daß Gorleben überall sei, scheint in Ahaus Realität zu werden.

Paradoxerweise hat vor allem die Atomlobby dazu beigetragen, daß sich auch in Ahaus ein breiter Widerstand formiert. Unter dem überwältigenden Eindruck der Proteste gegen den dritten Castor-Transport nach Gorleben im März letzten Jahres hatte sie angekündigt, der nächste Transport werde, wenn er in Gorleben nicht durchsetzbar sei, halt nach Ahaus gehen. Da gäbe es nämlich keinen Widerstand! Womit sie damals auch weitgehend Recht hatte. Während sich in Gorleben über zehntausend Menschen querstellten, den Transport trotz des größten Polizeiaufgebots in der BRD (30.000 BeamtInnen) immer wieder stundenlang zum Stehen brachten und so die Frage nach dem Ausstieg aus der Atomenergie auf die politische Tagesordnung brachten, beteiligten sich in Ahaus selten mehr als hundert Menschen an den monatlichen Anti-Atom-Spaziergängen rund um das Brennelemente Zwischenlager Ahaus (BZA).

Mit ihrer Ankündigung bewirkten die AtommanagerInnen vor allem zwei Dinge. Zum einen schufen sie in der bundesweiten Anti-Atom-Bewegung Einigkeit darüber, daß der Castor-Transport nach Ahaus einem nach Gorleben gleichzusetzen ist, und damit der vierte Tag-X in Ahaus stattfinden wird. Erst durch die öffentliche Ankündigung, den Gorlebener Widerstand einfach durch ein Ausweichen nach Ahaus umgehen zu wollen, fühlen sich alle im Wendland Beteiligten provoziert. Sie sind somit öffentlich aufgefordert zu beweisen, daß es ihnen um mehr geht als nur darum, die Transporte nach Gorleben zu verhindern.

Zum anderen fühlen sich viele Menschen im Münsterland öffentlich beleidigt. Nach dem Motto: "Wir haben ja noch die dummen MünsterländerInnen, die nehmen auch was sonst keineR will. Den Castor!" Die BI-Ahaus hatte mit der Kampagne "Wir stellen uns Quer!" schon länger Unterschriften von Menschen gesammelt, die öffentlich erklärten, den nächsten Castor nach Ahaus blockieren zu wollen. Doch erst die Arroganz der BetreiberInnen brachte das Faß zum überlaufen und der Kampagne einen völlig neuen Schwung.

Situation in Ahaus

Ahaus ist 1977, also im gleichen Jahr wie Gorleben, als Atomstandort benannt worden. Und die Ahauser Standortbenennung war auch inhaltlich an Gorleben gekoppelt. Im Sinne des Lastenausgleichs sollte neben dem damals CDU-regierten Niedersachsen auch ein SPD-regiertes Bundesland einen Teil des Atommüllproblems tragen. In einem Vertrag zwischen Bund und Land wurde dabei festgelegt, daß in Ahaus erst Castoren eingelagert werden dürfen, wenn feststeht, daß der Gorlebener Salzstock als Endlager geeignet ist. Der örtlichen Bevölkerung wurde darüber hinaus versprochen, nur Atommüll aus NRW im BZA einzulagern. Lange Zeit blieb es relativ ruhig um Ahaus.

Während in Gorleben der Widerstand massiv auch auf die Straße getragen wurde, wurde hier vor allem der Klageweg beschritten; durchaus mit Erfolgen. So konnte z.B. der 1984 begonnene Bau der Halle für drei Jahre gestoppt werden, bevor sie 1989 fertiggestellt wurde. Im Sommer 1992 rollte dann der erste Transport. 305 Behälter kamen insgesamt nach Ahaus. Der Widerstand dagegen war nur schwach. Unter anderem deshalb,

weil es sich bei dem eingelagerten Atommüll um Brennstoffkugeln aus dem endgültig stillgelegten THTR in Hamm-Uentrop handelte. Diese Transporte dienten also nicht dem Weiterbetrieb einer Atomanlage.

Erst mit der Genehmigung einer zweiten Halle für Wiederaufarbeitungsabfälle im Jahr 1993, der Ausweitung der Genehmigung der ersten Halle auf die doppelte Lagerkapazität und der Einlagerung von Atommüll, der nicht aus NRW stammte im Jahr 1997, und der sich gleichzeitig immer deutlicher abzeichnenden Entwicklung, daß der Gorlebener Salzstock als Endlager nicht geeignet sei, merkten viele Menschen, daß Ahaus auf dem besten Wege war, Gorleben als real existierendes Endlager abzulösen.

Ahaus hat also, obwohl es als Zwischenlagerstandort genauso alt ist wie Gorleben, nicht dessen Erfahrungen mit direktem Widerstand und bundesweiten Protestbewegungen. Es ist zu großen Teilen noch das konservative Hinterland, das Gorleben vor zwanzig Jahren war. Die "Auswärtigen" werden oft noch mißtrauisch beäugt und nicht gleich in alle Häuser eingeladen. Viele AhauserInnen haben noch das von Polizei und Medien vermittelte Bild der "ReisechaotInnen" im Kopf. Und vor denen haben sie oft mehr Angst als vor Castor-Transporten und Polizeieinsätzen. Oder wie es ein Ahauser Pfarrer ausdrückte: "Die Ahauser sind zu 80 Prozent gegen das BZA, aber wenn es zu Gewalt kommt, kippt das ganz schnell." Und für ihn sind auch Schienendemontagen, Vermummung und kleine Rangeleien Gewalt. Aktionsformen also, die im Wendland schon normal sind.

Die Ahauser Kriminalisierungsfalle

Das Konzept der Anti-Atom-Bewegung für den Ahauser Tag-X setzt, bis auf die große Sitzblockade x-tausendmal quer, vor allem auf dezentrale Blockadeaktionen entlang der Transportstrecken in und um Ahaus. Die Polizei verfolgt eine harte Linie und will alle Aktionen in 50 m Umkreis um die Schienen verhindern. Es wird also viele unübersichtliche und konfrontative Situationen geben, die eskalieren können. Was von der Polizei sicherlich oft gewollt sein wird.

Es ist zu befürchten, daß sich die Ahauser Bevölkerung vom Widerstand distanziert, wenn es der Polizei gelingt, den Medien genügend Bilder von "Feldschlachten" zu liefern, die ihren harten Einsatz scheinbar legitimieren. Dann wäre der Tag-X für die Anti-Atom-Bewegung ein Mißerfolg.

Andererseits steht die Anti-Atom-Bewegung auch unter Erfolgsdruck. Für die Dynamik der "Stop Castor!"-Kampagne ist es wichtig, daß der Transport nicht reibungslos durchkommt. Für die AktivistInnen heißt es also am Tag-X, die für Ahaus angemessenen Aktionsformen zu finden und sorgfältig zwischen Aktionseffektivität und Rücksicht auf die örtliche Bevölkerung abzuwägen. Ziel am Tag-X ist es nicht, den Transport um jeden Preis zu stoppen, sondern den politischen Preis dafür in die Höhe zu treiben, den Widerstand in Ahaus zu stärken und die mehrheitliche Ablehnung der Atomkraft in der BRD auszubauen. Die Gegenseite wird voraussichtlich versuchen, dies vor allem mit der - schon von den letzten Transporten bekannten - öffentlichen Kriminalisierungs- und Chaotenkampagne zu verhindern. Das sollte ihr so schwer wie möglich gemacht werden!

Die Grünen,

der Castor und die Macht

Für die Grünen kann der Ahaus-Castor aus zwei Gründen zum politischen Offenbarungseid werden: Zum einen sitzen sie in NRW nicht - wie in Niedersachsen - in der Opposition, sondern in der Regierung. Und diese Regierung hat eine bessere Handhabe gegen die Castor-Transporte, als Niedersachsen sie jemals hatte. Sie hat den rechtsverbindlichen Vertrag zwischen Bund und Land aus dem Jahr 1979, der es ihr ermöglicht, die Einlagerung von Castor-Behältern in Ahaus zu verweigern, solange der Gorlebener Salzstock nicht eindeutig als Endlager geeignet ist. Dies ist nicht der Fall, da die Erkundung des Salzstocks nicht vor 2.008 abgeschlossen sein wird.

Würde sich die Regierung von NRW also auf den Vertrag berufen, würde den Betreibern nicht einmal Merkels Weisungswut was nützen. Die Grünen können sich also nicht hinter Bundesregierung und Merkels Weisungsbefugnis verstecken. Das einzige ehrliche Argument, den Transport zuzulassen, ist der Machterhalt. Fragt sich nur, um welchen Preis sie die Macht erhalten, und wozu sie sie einsetzen wollen. Der Antwort auf diese Frage versuchen die nordrhein-westfälischen Landesgrünen aus dem Weg zu gehen, indem sie alle Hinweise auf den Vertrag von 1979 einfach ignorieren.

Zum anderen ist der für Ahaus zuständige Polizeipräsident, Hubert Wimber, ein Grüner. Der erste grüne Polizeipräsident der Republik. Mensch würde erwarten, daß er das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit mindestens mit dem Recht der BZA-BetreiberInnen auf einen Transport gleichsetzt. Außerdem, daß er zivilen Ungehorsam achtet und gewaltfreie BlokkiererInnen ohne Einsatz von Wasserwerfern und Schlagstöcken räumen läßt. Und, wenn es zum Wegtragen selbst für seine 18.000 BeamtInnen zu viele sind, öffentlich erklärt, daß der Transport mit demokratischen Mitteln nicht durchsetzbar ist.

Er tut aber das krasse Gegenteil! Alles, was er bisher in Ahaus gemacht hat, hätte jedem CSU-Polizeipräsidenten zur Ehre gereicht. Beim Schienenaktionstag im Oktober gab es Knüppeleinsätze und nicht nur einen Kessel, sondern gleich vier. In den Gefangenensammelstellen wurden gezielt die Jüngsten, nicht selten Kinder, zur erkennungsdienstlichen Behandlung und Vernehmung gebracht.

Auch für den Tag-X plant er eine harte Linie. Die Ankündigung, fünf der acht an den Castor-Tagen angemeldeten Camps verbieten zu wollen, wurde erst aufgrund des massiven öffentlichen Druckes zurückgenommen. Die im Wendland regelmäßig für grundgesetzwidrig befundene Verbotszone 50 m links und rechts der Schienen will er nicht nur übernehmen, sondern sogar ausbauen. Neben Bauernhöfen mit Feldern und einigen Wohnstraßen soll auch das gesamte Ahauser Industriegebiet in der Verbotszone liegen. Die Betriebe bekamen Briefe von der Polizei, in denen sie aufgefordert wurden, ihren MitarbeiterInnen am Tag-X freizugeben, da diese aufgrund der polizeilichen Absperrung nicht zu ihrem Arbeitsplatz gelangen könnten.

Zwar werden die Leitlinien für den Einsatz im SPD-geführten Innenministerium erstellt, das Einsatzkonzept selbst legt aber Polizeipräsident Hubert Wimber fest. Und dafür ist er auch politisch verantwortlich. Die Grünen müssen sich fragen lassen, warum sie so jemanden auf diesen Posten gesetzt haben, und warum sie ihn nicht aus der Partei ausschließen.

Grüne Quer-Strategie

Weder die Tatsache, daß sie an der Landesregierung, die den Transport verhindern könnte, beteiligt sind, noch daß derjenige, der den Transport durchknüppeln lassen wird, einer der ihren ist, hält die Grünen davon ab, gegen den Transport zu demonstrieren. Auf der Auftaktdemo zu den X-Tagen planen sie einen eigenen Grünen-Block mit einem großen Leittransparent. Und ursprünglich wollten sie auch ein eigenes Camp in Ahaus - so wörtlich - "unter grüner Fahne" haben. Dieses wurde ihnen von der Anti-Atom-Bewegung aber nicht überlassen. Der Grünen-Basis - vor allem der im Münsterland - mag mensch das Engagement gegen den Castor abnehmen. Beim Landesverband und der Fraktion aber hinterlassen die aufwendig betriebene Mobilisierung auf den Tag-X und die penetrante Suche nach Medienöffentlichkeit den Eindruck von Vernebelungstaktik und Wahlkampf.

Der Versuch, das eigene politische Einknicken durch eine Teilnahme an den Demonstrationen gegen die eigene Politik zu kaschieren, macht das Ganze nur noch peinlicher. Zu befürchten ist, daß sich das Bild der vor dem Castor sitzenden Landtagsfraktion besser in der Öffentlichkeit festsetzen wird, als die Tatsache, daß sie den Transport - im Gegensatz zu allen anderen, die davor saßen - wirklich hätte verhindern können. Weil Bilder mediengerechter sind als Inhalte. Vielleicht ist es an der Zeit, die nordrhein-westfälischen Grünen zum Ziel öffentlichkeitswirksamer direkter Aktionen zu machen?

Bernd Schmidt

Aktionen * Aktionen * Aktionen * Aktionen

Planungen zum

Tag-X in Ahaus ...

Die heiße Phase wird in Ahaus schon eine Woche vor dem Transport eingeläutet.

Am 15.3.98 findet der letzte Sonntagsspaziergang rund um das BZA statt. Zu der Demonstration mit Aktionscharakter werden mehrere tausend TeilnehmerInnen erwartet. Treffpunkt ist 14.00 Uhr vor dem BZA.

Auftakt der Castor-Tage selbst ist die X-minus Demo, die am Samstag vor dem Transport, dem 21. März, um 12.00 am Hauptbahnhof in Münster losgeht. Im Anschluß an die Demo geht es einzeln oder im Konvoi nach Ahaus, wo dann ab Donnerstag (19. März) acht Camps bezugsfertig sind. Die Camps liegen rund um das BZA

und an den Bahnstrecken nach Ahaus. Entlang des 4 km langen Zubringergleises vom Bahnhof Ahaus zum BZA und der beiden nach Ahaus führenden Bahnstrecken wird es viele dezentrale Aktionen geben. Ein erster Aktionsschwerpunkt wird der Sonntag Nachmittag sein, dann wird sowohl eine große Aktion in Dülmen laufen, als auch zwischen Dülmen und Ahaus an die Strecke gegangen werden. Am Tag-X, voraussichtlich Mittwoch den 24. März, gibt es einen Treffpunkt am Bahnhof, für alle, die sonst nirgendwo auf die Schienen gekommen sind, oder schon wieder unten sind, um gemeinsam zu versuchen, die Schienen zu begehen.

Für die große Sitzblockade von x-tausendmal quer wird es schon das ganze Wochenende über eine Struktur geben. Der erste SprecherInnenrat von x-tausendmal quer wird am Freitag Abend um 20.00 Uhr im BI-Camp direkt gegenüber des BZA stattfinden. Ein weiterer ist für Samstag um dieselbe Zeit geplant. Am Sonntag Vormittag wird es ein Blockadetraining geben, und am Sonntag Nachmittag wird bei gutem Wetter das BZA-Gleis mit x-tausend Menschen besetzt, ansonsten erst am Montag.

x-tausendmal quer ist eine öffentliche Aktion zivilen Ungehorsams, die nicht auf den Überraschungseffekt setzt, sondern auf die Erfahrung, daß es selbst für eine Polizeiarmee, wie sie in Ahaus aufgefahren werden soll, nicht möglich sein wird, x-tausend Menschen, die beharrlich und gewaltfrei versuchen, ein 4 km langes Gleisstück zu besetzten, davon abzuhalten. Innerhalb von x-tausendmal quer wird es keine Demontagen an der Schiene geben, wohl aber werden sich Menschen an den Gleisen festschließen.

... und in Neckarwestheim und Gundremmingen

Nicht nur nach Ahaus, sondern auch zu den AKWs, an denen die Castoren abfahren, wird am Tag-X mobilisiert.

In Neckarwestheim ist am Sonntag, dem 15. und 22. März, jeweils eine große Demonstration geplant. Treffpunkt ist jeweils 14.00 Uhr am Bahnhof von Kirchheim am Neckar. Da das AKW Neckarwestheim keinen Gleisanschluß hat, müssen die Castoren 6 km auf der Straße nach Wahlheim transportiert werden, wo sie auf die Schiene verladen werden. Mit dem Straßentransport wird in der Woche vom 16. März gerechnet. Ab dem 15. März gibt es Camps vor Ort. Der Straßentransport soll mit einer großen Blockade vor dem Tor verhindert werden. Beim Schienentransport, der ab dem 23. März erfolgen wird, gibt es dann ein dezentrales Aktions- und Blockadekonzept entlang der Strecke.

In Gundremmingen geht es ebenfalls am Sonntag dem 15. März, um 14.00 Uhr mit einer Demonstration los. Hier ist Bahnhof Günzburg der Treffpunkt. Ab dem 20. März ist eine Dauerpräsenz vor dem AKW geplant.

Kontakte:

BI Kein Atommüll in Ahaus, Bahnhofstr. 51, 48683 Ahaus, Tel.: 02561/961791, Fax: 691792, Infoline: 691799;

Aktionsbündnis Castor-Widerstand Neckarwestheim c/o DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsburg, Infotel.: 07141/903363;

Mahnwache Gundremmingen, Carl-Kabat-Haus, Schulstr. 7, 73557 Mutlangen, Tel.: 07171/74263, Fax: 796384

15. Unabhängigkeit für Kanaky. Probleme des Befreiungskampfes in einer der letzten französischen Kolonien

Autor: Vo · Rubrik: Frankreich; Kanaky · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:10

Es ist schon ziemlich lange her, daß wir in dieser Zeitung über den Unabhängigkeitskampf auf Kanaky/Neukaledonien(1) berichtet haben (ak 307 vom 29.5.1989). In diesem Jahr steht dort eine politisch äußerst bedeutsame Entscheidung an: Vor zehn Jahren wurde im sog. Matignon-Abkommen festgelegt, daß es 1998 ein Referendum über die Unabhängigkeit Neukaledoniens geben solle. Ende Februar hat es in Paris Verhandlungen zwischen der französischen Regierung, der kanakischen Unabhängigkeitsbewegung und der Vertretung der französischen Siedler auf Neukaledonien über die Ausgestaltung dieses Referendums gegeben. Wir erläutern Hintergründe, Geschichte und aktuellen Stand der politischen Auseinandersetzungen um die Unabhängigkeit Kanakys.

Eine der letzten französischen Kolonien

Die Inselgruppe Neukaledonien hat insgesamt eine Landmasse von rund 19.000 Quadratkilometern. Sie besteht aus der Hauptinsel Grande Terre (knapp 17.000 Quadratkilometer), den 100 km östlich von Grande Terre liegenden Loyalitätsinseln (Ouvea, Lifou, Mare) sowie der Ile des Pins an der Süd- und der Belep-Insel an der Nordspitze von Grande Terre. 1774 "entdeckte" der Engländer Cook Grande Terre und gab ihr, da die dunklen bewaldeten Hügel ihn an Schottland erinnerten, den Namen New Caledonia. 1853 wurde Grande Terre von den Franzosen annektiert, 1864/65 folgten die Loyalitätsinseln. Zu dieser Zeit lebten etwa 60.000 indigene Kanaken auf den Inseln. Ihre Zahl nahm in Folge der französischen Kolonialherrschaft dramatisch ab und erreichte in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts den Tiefstand von rund 27.000 Menschen. Die Kanaken wurden von ihrem Land vertrieben und in Reservaten zusammengezwängt; sie wehrten sich in mehreren großen Aufständen zwischen 1878 und 1917 gegen die französische Unterdrückung. Erst 1957 erhielten die Kanaken volle Gleichberechtigung als französische Staatsbürger.

Die Franzosen nutzten Neukaledonien ursprünglich als Sträflingskolonie. Zwischen 1864 und 1897 wurden mehr als 21.000 Sträflinge (neben Kriminellen übrigens auch Pariser Kommunarden) dorthin deportiert. Zudem kamen freie Siedler und Bergarbeiter. Später wurden auch Arbeitskräfte aus Indochina und Java geholt, und in den letzten Jahrzehnten gab es auch eine bedeutende Zuwanderung aus Französisch-Polynesien (Tahiti), Wallis und Futuna sowie Vanuatu. Diese verschiedenen Bevölkerungsgruppen leben weitgehend voneinander getrennt auf Kanaky. Dabei stellen die indigenen Kanaken in der Gesamtbevölkerung von 190.000 Menschen heute wieder die stärkste Gruppe (ca. 44,8% der Gesamtbevölkerung), gefolgt von den französischen Zuwanderern und ihren Nachkommen, den sog. Caldoches(ca. 33,6%). Außerdem gibt es noch jeweils einige Tausend Wallis-und-Futuna-Stämmige, Indonesier, Tahitianer und Vietnamesen in Kanaky. Die Mehrheit der Kanaken lebt im Zentrum und Norden von Grande Terre und auf den Loyalitätsinseln. Die anderen Bevölkerungsgruppen siedeln dagegen vor allem in der Hauptstadt Noumea und ihrer Umgebung. Hier konzentrieren sich rund 60% der Gesamtbevölkerung Neukaledoniens. Noumea selbst hat 80.000 Einwohner (davon nur 15.000 Kanaken).

Diese Zusammensetzung der Bevölkerung macht die Gestaltung der politischen Zukunft der Inseln schwierig. Vereinfacht gesagt sind die Kanaken für die Unabhängigkeit; sie wollen die Kolonialherrschaft endlich abschütteln und ihr Recht auf Selbstbestimmung in Anspruch nehmen. Die Caldoches hingegen wollen unbedingt beim "Mutterland" bleiben, und die anderen Gruppen sind unentschieden, tendieren in ihrer Mehrheit aber eher zur französischen Seite, weil sie sich davon größere Vorteile versprechen. Frankreich will seine Kolonie im Prinzip ebenfalls behalten. Neben der Verpflichtung gegenüber den Caldoches sind hierfür vor allem ökonomische und strategische Interessen ausschlaggebend.

Es geht um Nickel

Der den Kapitän Cook noch so faszinierende Waldbestand ist durch Brandrodung und Abholzung stark dezimiert worden; nur 15% der Inseln sind heute noch mit Wald bedeckt. Ein Drittel Grande Terres besteht aus Savanne. Der Wald mußte landextensiver Rinderzucht der Caldoches weichen. Doch nicht die Rinderzucht

macht Neukaledonien wirtschaftlich interessant, sondern die reichhaltigen Bodenschätze: Neben Kobalt, Chrom, Eisenerz, Mangan, Kupfer, Blei, Gold, Quecksilber und Phosphat vor allem Nickel. Die Nickelvorkommen auf der Insel Grande Terre werden auf über 50 Mio Tonnen geschätzt, das sind etwa 40% der weltweiten Nickelvorkommen. Schon seit über einem Jahrhundert wird auf Grande Terre im Tagebau Nickel abgebaut; die Reserven sollen noch für weitere 200 Jahre reichen. Für Neukaledonien ist die Nickelproduktion der mit großem Abstand wichtigste Wirtschaftszweig (90% der Exporte).

Vom Nickelabbau haben jahrzehntelang nur die französischen Kolonialherren profitiert, während er für die Kanaken nur negative Auswirkungen hatte. Die Minen waren in französischer Hand, und selbst als Arbeitskräfte fanden Kanaken auf ihnen nur in unverhältnismäßig geringer Anzahl die Möglichkeit, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und so Einkommen zu erzielen; die Bergwerksbetreiber zogen die Einstellung zugewanderter Arbeitskräfte vor. Überdies haben Abbau und Weiterverarbeitung des Nickels zu umfassenden Umweltzerstörungen geführt und damit den Kanaken vielerorts die materielle Basis ihrer Subsistenzwirtschaft genommen. Große Inselflächen sind mit wüsten Terrassen und Gruben, Hinterlassenschaft des Nickel-Tagebaus, bedeckt. Die bisher einzige Nickel-Raffinerie auf der Insel bei Doniambo (jährliche Produktionskapazität: 50.000 Tonnen) ist eine der berüchtigtsten und giftigsten Dreckschleudern der Welt, in deren unmittelbarer Umgebung in der vorherrschenden Windrichtung die Wohnquartiere der kanakischen Armen von Noumea liegen. Der französische Staat hat bisher so gut wie kein Interesse am Umweltschutz gezeigt.

Der Kampf um Unabhängigkeit

Seit Mitte der 70er Jahre entwickelte sich unter den Kanaken eine starke Unabhängigkeitsbewegung, deren verschiedene Organisationen sich 1984 zur FLNKS (Sozialistische Front zur Nationalen Befreiung Kanakys) zusammenschlossen. Seit Anfang der 80er Jahre kam es immer wieder zu gewaltsamen Konfrontationen zwischen Militanten der FLNKS, Sicherheitskräften der französischen Regierung und rechtsgerichteten Caldoches. Einen ersten Höhepunkt erreichte die Gewalt Ende 1984/Anfang 1985, als es zahlreiche Tote gab, u.a. beim Hienghene-Massaker, bei dem zehn Kanaken ermordet wurden. Die französische Regierung verhängte den Ausnahmezustand über die Kolonie und verstärkte Polizei und Militär auf 6000 Mann. Bis 1988 kam es gleichwohl immer wieder zu Kämpfen zwischen FLNKS, weißen Siedlern und Sicherheitskräften, wobei die Minenstadt Thio zu einer Hochburg der Rebellen wurde, denen es gelang, die Nickelminen zeitweilig stillzulegen.

Einen zweiten Höhepunkt der gewaltsamen Auseinandersetzungen gab es im Frühjahr 1988. Die französischen Sicherheitskräfte wurden zu dieser Zeit auf 8500 Mann verstärkt, und die FLNKS startete eine umfassende militante Kampagne. Bei mehreren Gefechten gab es zahlreiche Tote. Ein Kolonial- bzw. Befreiungskrieg begann sich zu entwickeln. Höhe- und Wendepunkt der Kämpfe wurde das Massaker von Ouvea. Beim Angriff von kanakischen Militanten auf einen Gendarmerieposten auf der Insel Ouvea wurden am 22. April 1988 vier Gendarmen getötet, die restlichen Polizisten als Geiseln genommen. Daraufhin riegelten Sicherheitskräfte die Insel hermetisch von der Außenwelt ab und überzogen die kanakische Bevölkerung auf der Suche nach den Geiseln mit einer Terrorkampagne: Felder und Hütten der Kanaken wurden zerstört, zahlreiche Kanaken willkürlich inhaftiert und geschlagen. Am 5. Mai 1988 schließlich stürmten Spezialeinheiten die Höhle, in der sich die kanakischen Militanten mit ihren Geiseln versteckt hielten. Alle 23 Geiseln wurden unverletzt befreit, zwei Soldaten und alle 19 kanakischen Geiselnehmer getötet. Spätere Untersuchungen ergaben, daß einige der kanakischen Militanten ermordet wurden, nachdem sie sich bereits ergeben hatten.

Wenige Tage später setzte sich in Frankreich der Sozialist Mitterrand bei den Präsidentschaftswahlen gegen Chirac durch. Mitterrand und die neue sozialistische Regierung unter Premierminister Rocard bemühten sich - aufgeschreckt von der Eskalation der Gewalt auf Neukaledonien - um eine Verständigung mit den verschiedenen politischen Kräften in Kanaky und um eine politische Lösung der Krise - zumal Frankreich auch außenpolitisch zunehmend unter Druck geriet: Auf Antrag der im South Pacific Forum zusammengeschlossenen südpazifischen Staaten wurde Neukaledonien von der UNO auf die Liste der zu dekolonisierenden Gebiete gesetzt. Die FLNKS bestand zwar weiterhin auf der Unabhängigkeit Kanakys, rang sich aber zu der Einschätzung durch, daß die Fortsetzung der militanten Kampagne zu Krieg mit den Caldoches und der Kolonialmacht führen würde und daß ein solcher Krieg für unzählige Kanaken den Tod bedeuten würde. Und so erklärte sich denn die FLNKS ebenso wie die Hauptpartei der Caldoches, die RPCR (Rassemblement Pour la Caledonie dans la Republique), auf Einladung der französischen Regierung zu

Gesprächen in Paris bereit. Unter Vermittlung des Premierministers Rocard kam am 26. Juni 1988 das Matignon-Abkommen zwischen FLNKS und RPCR zustande (2). Das Abkommen sah u.a. eine Übergangszeit von zehn Jahren vor, an deren Ende im Jahr 1998 ein Referendum über die Unabhängigkeit Kanakys stehen sollte. Für den 11. Juni 1989 wurden Wahlen zu den Parlamenten der drei auf Kanaky neu zu schaffenden Provinzen angesetzt; die Provinzen sollten weitgehende Autonomie erhalten. Nachverhandlungen im August in Paris führten am 20. August zum Abschluß einer Reihe von Zusatzvereinbarungen (u.a. Amnestie für Kanaken, die im Zusammenhang mit den Kämpfen vom Frühjahr 1988 verhaftet worden waren, finanzielle Unterstützung Frankreichs für die Entwicklung der Infrastruktur in den mehrheitlich von Kanaken bewohnten Gebieten).

Am 6. November 1988 wurde in ganz Frankreich eine Volksabstimmung über das Matignon-Abkommen und die Zusatzvereinbarungen vom August durchgeführt. Die FLNKS hatte auf einem solchen Referendum bestanden, um sicher sein zu können, daß auch eventuell wechselnde politische Mehrheiten in Frankreich sich an das Abkommen gebunden fühlen müßten. Während die neogaullistische RPR in Frankreich zur Stimmenthaltung aufrief, plädierte ihre Schwesterpartei RPCR auf Neukaledonien für Annahme der Abkommen. Im "Mutterland" beteiligten sich nur 37% der Stimmberechtigten an dem Referendum, von diesen votierten aber immerhin 80% für das Matignon-Abkommen. In Neukaledonien betrug die Beteiligung am Referendum 63%. Davon stimmten 57% mit Ja. Die Ja-Stimmen kamen überwiegend von den Kanaken, die damit der FLNKS folgten(3), während die meisten europäischen Siedler nicht der Empfehlung der RPCR folgten und gegen das Abkommen stimmten.

Aber auch unter den Kanaken gab es Unmut über die in Paris erzielten Verhandlungsergebnisse. Radikale Kräfte kritisierten, daß die FLNKS-Führung das Ziel der Unabhängigkeit leichtfertig preisgegeben habe und sich habe kaufen lassen. Opfer dieser Kritik wurde der charismatische und bis dahin unbestrittene Führer der FLNKS, Jean-Marie Tjibaou. Er wurde zusammen mit seinem Stellvertreter Yeiwene Yeiwene am 4. Mai 1989 auf Ouvea bei einer traditionellen Zeremonie zum Gedenken an den Tod der 19 im Vorjahr bei der Geiselbefreiung ermordeten Kanaken von einem Mann aus den eigenen Reihen getötet(4). Von diesem Schlag hat sich die FLNKS bis heute nicht wieder erholt.

Einbindung

und Ausgrenzung

Gemäß Matignon-Abkommen wurde Neukaledonien 1989 in drei Verwaltungsbezirke, die Provinzen, eingeteilt: die Nord- und Südprovinz von Grande Terre und die Loyalitäts-Inseln. Die Provinzen verfügen über je eigene Parlamente, Regierungen und Verwaltungen, und die Entwicklungszusammenarbeit erfolgt direkt zwischen Provinzregierungen und Zentralregierung in Paris. Entsprechend der Bevölkerungsverteilung sind die Nordprovinz und die Loyalitätsinseln kanakisch dominiert und werden seit den Wahlen zu den Provinzparlamenten im Juni 1989 von der FLNKS regiert (nach den Wahlen von 1995 gibt es auf den Loyalitätsinseln eine Koalitionsregierung); in der Südprovinz mit der Hauptstadt Noumea lebt die Mehrheit der französischstämmigen Bevölkerung sowie der anderen Bevölkerungsgruppen; hier regiert die RCPR.

Durch das Matignon-Abkommen und die daraus resultierenden Reformen hat die FLNKS zwar einerseits ihr politisches Gewicht steigern können, hat sich aber andererseits auch in die nach wie vor kolonialen Strukturen einbinden lassen. Zudem ist ihr politischer Einfluß auf die zwei eindeutig ökonomisch zurückgebliebenen Provinzen beschränkt. Die wirtschaftlich besser gestellte Südprovinz wird nach wie vor von den Caldoches beherrscht. Das wirtschaftliche Leben wird von ihnen weiterhin dominiert. Das soziale Gefälle zwischen französischstämmigen Neukaledoniern und der Masse der indigenen Kanaken ist weiterhin enorm.

Frankreich hat nach der Annahme des Matignon-Abkommens eine Politik der massiven finanziellen Unterstützung der Kolonie verfolgt, um diese Disparitäten zumindest oberflächlich zu bearbeiten und damit die Konflikte zu entschärfen und den Unabhängigkeitsbestrebungen der Kanaken den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das hat u.a. dazu geführt, daß die öffentliche Verwaltung enorm aufgebläht wurde und sich so zu einem der wichtigsten Wirtschaftssektoren entwickelte, in dem rund ein Drittel aller Beschäftigten arbeiten. Die Gehälter werden weitgehend von der Regierung in Paris gezahlt, "entweder direkt wie beim Lehrpersonal oder indirekt über die Subventionierung der Budgets von Territorium und Provinzen. Rechnet man die staatlichen Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen, von denen die lokale Bauwirtschaft profitiert, die Stützpreise für das

nach Frankreich exportierte Nickel und für eine Reihe von Agrarprodukten hinzu, so bietet sich das Bild einer Wirtschaft, in der große Teile künstlich auf einem Niveau gehalten werden, das aus eigener Kraft nicht zu erreichen wäre... Vieles weist darauf hin, daß Neukaledonien trotz seines Reichtums an natürlichen Ressourcen dabei ist, sich in eine Transferökonomie zu verwandeln, eine Entwicklung, welche die anderen französischen Überseeterritorien und Überseedepartements schon vorweggenommen haben" (5).

Nutznießer dieser Entwicklung sind durchaus auch Teile der kanakischen Gesellschaft. In dieser werden zusehends Spaltungen wirksam. Es bildet sich auf der einen Seite eine kanakische Elite, die im modernen Sektor Beschäftigung findet, sei es in der öffentlichen Verwaltung, sei es in den politischen Institutionen oder sei es im Nickelbergbau (und dort nicht allein als Arbeiter, sondern auch im Management, s.u.). Auf der anderen Seite bleibt die Mehrheit der Kanaken aus dem modernen Sektor der Wirtschaft ausgeschlossen. Viele Kanaken leben in den Dörfern des Nordens noch von der Subsistenzlandwirtschaft. Die Arbeitslosigkeit, vor allem unter der kanakischen Jugend, ist sehr hoch (mehr als 30%, unter den Jugendlichen über 50%). Das Erziehungs- und Schulwesen in den kanakischen Gebieten ist extrem schlecht. Der moderne Wirtschaftssektor und damit das Arbeitsplatzangebot konzentriert sich auf Noumea; die Abwanderung - insbesondere von jungen Leuten - aus den Dörfern nach Noumea ist folglich groß. In Noumea landen die meisten Kanaken dann allerdings als Arbeitslose in den stetig wachsenden Elendsvierteln der Stadt. Dort nehmen Probleme wie Alkoholismus, Drogenmißbrauch und alltägliche kriminelle Gewalt zu. Die entwurzelte kanakische Jugend ist perspektivlos und desorientiert. Die Jugendlichen sind nicht mehr in die traditionalen Zusammenhänge der Dörfer und Clans eingebunden, können aber auch in der modernen urban geprägten Gesellschaft nicht Fuß fassen, weil sie schlecht ausgebildet sind und ihre Arbeitskraft nicht gebraucht wird. Von der alten politischen Führung der kanakischen Unabhängigkeitsbewegung sind diese Jugendlichen zusehends enttäuscht. Die FLNKS kann ihnen keine attraktive Perspektive bieten, ja mehr noch: Die FLNKS wird als in das System integriert, als Teil des Establishments wahrgenommen. Relevante politische Kräfte unabhängig und links, von der FLNKS, die den Frust der Jugendlichen positiv wenden und politisieren könnten, sind allerdings nicht in Sicht.

Die Stellung der FLNKS ist prekär. Sie hat sich auf den Weg der Reformen eingelassen. Sie hofft, so für die kanakische Bevölkerung am meisten bewirken zu können. Für sich selbst und eine gewisse Klientel ist dabei tatsächlich schon etwas "rumgekommen". Für die Mehrheit der Kanaken und insbesondere der nachwachsenden kanakischen Generation allerdings bisher (zu) wenig. In aller Deutlichkeit zeigt sich dieses Dilemma auf dem die Wirtschaft in Neukaledonien nach wie vor bestimmenden Gebiet, der Nickelproduktion.

Eine Mine (und eine Raffinerie) für die Kanaken

Größte Minengesellschaft auf Neukaledonien ist die staatliche Societe Le Nickel (SLN). Die SLN betreibt auch die Nickelschmelze in Doniambo in der Südprovinz. Im Zusammenhang der Konfliktregulierung im Gefolge des Matignon-Abkommens wurde allerdings eine andere Bergwerksgesellschaft, die Societe Miniere du Pacifique Sud (SMSP) im April 1990 an die Kanaken (genauer: die von der FLNKS dominierten Regionalräte der Nordprovinz auf Grande Terre) verkauft. Die SMSP wurde in der Folge zum führenden Exporteur von Nickel nach Japan. Management und Belegschaft der SMSP-Minen sind kanakisch. Seither sind Klagen über die ökologischen Folgen des Nickelbergbaus denn auch deutlich zurückgegangen. In der "kanakischen" Nordprovinz soll es um den Umweltschutz sogar noch schlechter stehen als in der "französischen" Südprovinz. Umweltzerstörungen sind offensichtlich kein Thema mehr, weil es sich ja um "gute", da "kanakische" Minen handelt, die diese Zerstörungen verursachen (irgendwie fühlt man sich an die "guten", da "sozialistischen" AKW's in der DDR erinnert...). Der Konflikt geht jetzt nicht mehr um die mit dem Nickelabbau verbundenen ökologischen Zerstörungen, sondern um die noch bessere Ausnutzung der mit der Nickelförderung und -verarbeitung verbundenen ökonomischen Chancen. Dieser Konflikt hatte sich 1996/1997 derart zugespitzt, daß er Fortschritte in den zentralen politischen Fragen ernsthaft gefährdete.

Worum ging es? Die von der FLNKS kontrollierte Regierung der Nordprovinz will eine neue Nickelschmelze im Norden Grande Terres einrichten, um das SLN-Monopol zu brechen. Davon verspricht man sich zusätzliche Profite und Arbeitsplätze für die Kanaken. Die Minengesellschaft der Nordprovinz, die SMSP, hat mit dem kanadischen Bergbaumulti Falconbridge ein Übereinkommen über den Aufbau einer solchen Schmelze ausgehandelt. Die Bauarbeiten sollen spätestens im Jahre 2005 beginnen. Damit dieses Projekt lebensfähig ist, müssen Nickelvorkommen zwischen der SMSP und der SLN bei Poum im Norden und bei Koniambo im

Süden getauscht werden. Die Entscheidung über diesen Transfer wurde von der Muttergesellschaft der SLN, der französischen ERAMET, die zu 55% der französischen Regierung gehört, immer wieder hinausgezögert.

Die FLNKS-Führung nun weigerte sich, die Verhandlungen über die politische Zukunft Neukaledoniens weiterzuführen, solange dieser Transfer nicht geregelt wäre. Um zusätzlichen Druck zu machen, blockierten AktivistInnen der FLNKS im Oktober 1997 zehn Tage lang die fünf SLN-Minen auf Grande Terre und brachten die Produktion dort zum Erliegen. Demonstrationen der FLNKS in Noumea führten dazu, daß Vorstand und Aufsichtsrat von SLN nur noch unter Polizeischutz zusammentreten konnten. Die FLNKS warf ERAMET/SLN vor, das Projekt einer zweiten Nickelschmelze in Kanaky sabotieren zu wollen, um das Monopol der Nickelverarbeitung zu behalten. Die Blockadeaktionen wurden vom 13. bis 16. Dezember 1997 bei vier Minen wiederholt. Daraufhin erklärte sich die Leitung von ERAMET am 16.12. schlußendlich zu dem Austausch der Nickelvorkommen bereit. Das war dem Politischen Büro der FLNKS jedoch nicht genug, es verlangte ein förmliches Abkommen von ERAMET und nicht bloß eine Absichtserklärung. Im Januar setzte die FLNKS dann ein Ultimatum zum 31.1., bis zu dem die leidige Frage endgültig geklärt sein müsse(6). Erst Anfang Februar kam eine Einigung dann endgültig zustande.

Mittlerweile drängt die Zeit, denn das Matignon-Abkommen sieht die Abhaltung eines Referendums irgendwann zwischen März und Dezember 1998 vor.

Ein Referendum - worüber?

Über die Form des im Matignon-Abkommen vereinbarten Referendums gibt es nach wie vor Unklarheiten und Streit. Eine strittige Frage ist die nach den Abstimmungsberechtigten. Während einige radikale Protagonisten der Unabhängigkeitsoption auf dem Standpunkt stehen, daß nur die indigene Bevölkerung Kanakys abstimmungsberechtigt sein soll (ein Standpunkt, der von den UN-Standards für Dekolonialisierungsprozesse gestützt wird), hat man sich im Matignon-Abkommen eigentlich darauf verständigt, daß alle jene Bewohner Neukaledoniens, die auch bei dem Referendum von 1988 abstimmungsberechtigt waren (sowie ihre in der Zwischenzeit volljährig gewordenen Nachkommen), 1998 am Referendum teilnehmen dürfen. Dadurch fühlen sich allerdings jene europäischen Einwanderer, die nach 1988 nach Neukaledonien gekommen sind (immerhin mehr als 10.000 Menschen), benachteiligt (7).

Eine weitere strittige Frage ist jene nach dem Gegenstand der Abstimmung. Ein Teil der Unabhängigkeitsbefürworter verlangt nach wie vor eine klare Ja/Nein-Abstimmung über die Unabhängigkeit. Ein Teil der rechtsgerichteten Caldoches lehnt dagegen ein Referendum weiterhin generell ab. Die dominierenden Kräfte in FLNKS und RCPR tendieren ebenso wie die französische Regierung zu einer sog. konsensualen Lösung, d.h. einer Form des Referendums, mit der die Mehrheiten aller Bevölkerungsgruppen leben könnten. Auf der kanakischen Seite ist bestimmend für diese Kompromißbereitschaft zum einen die Unsicherheit über den Ausgang eines Ja/Nein-Referendums, bei dem alle jene abstimmungsberechtigt sind, die es auch 1988 waren. Denn schließlich stellen die Kanaken mittlerweile nurmehr eine Minderheit von knapp 45% der Bevölkerung im eigenen Land. Und selbst bei positivem Ausgang des Referendums wäre äußerst ungewiß, ob die FLNKS und die Kanaken die Kraft hätten, die Entscheidung auch durchzusetzen. Die rechten Kräfte unter den Caldoches haben mehr als deutlich gemacht, daß sie ein positives Ergebnis eines Unabhängigkeitsreferendums nie und nimmer akzeptieren würden und daß sie sich auch mit Gewalt gegen die Unabhängigkeit stemmen würden. Krieg wäre mithin die wahrscheinliche Folge eines positiv ausgehenden Ja/Nein-Referendums. Und nicht zu vergessen ist schließlich auch, daß gegenwärtig ein unabhängiges Kanaky ohne die Subventionierungen aus Paris kaum auf dem derzeitigen ökonomischen und sozialen Niveau lebensfähig wäre. Ein unabhängiges Kanaky müßte seinen BürgerInnen zunächst einmal materielle Opfer abverlangen.

Angesichts dieser Lage bemühen sich nun FLNKS, gemäßigte Vertreter der Caldoches und französische Regierung um einen allseits tragfähigen Konsens, der die große Mehrheit aller Bevölkerungsgruppen einzubinden ermöglicht.

Die FLNKS-Führung plädiert mittlerweile für die Schaffung eines unabhängigen, gleichwohl mit Frankreich assoziierten Staates, mit gleichen Rechten für Kanaken und Caldoches. Die von der FLNKS gebrauchte Formel der "Unabhängigkeit in Assoziation mit Frankreich" ist selbstverständlich äußerst auslegungsfähig. Ein Modell, an dem man sich orientieren könnte, liefert das Verhältnis der Cook-Inseln zu Neuseeland. Die

Cook-Inseln genießen "Selbstverwaltung in freier Assoziation mit Neuseeland" - wobei sie das Recht haben, diese "freie Assoziation" einseitig zu lösen. Von "freier" Assoziation ist in Hinsicht auf das Verhältnis Kanaky-Frankreich allerdings nicht die Rede; die konkrete Form der Assoziation müßte vielmehr noch ausgehandelt werden und würde wohl eben nicht das Recht auf "freie" Lösung des Assoziationsverhältnisses beinhalten. Zur Zeit sieht es so aus, als ob sich die Mehrheit der FLNKS und der kanakischen Bevölkerung selbst darauf einlassen könnte.

Zudem soll es wieder eine längere Übergangsperiode (die Rede ist von 24 Jahren!) geben, in der die politischen Kompetenzen schrittweise von Paris nach Kanaky übertragen werden sollen. Außerdem verlangt die FLNKS, daß Paris sich für das den Kanaken durch die Kolonialherrschaft angetane Unrecht und Leid offiziell entschuldigt und Wiedergutmachungen für die kolonialen Enteignungen leistet.

Internationale Unterstützung erhält die kanakische Unabhängigkeitsbewegung nach wie vor von den Nachbarstaaten im Südpazifik. Die Abschlußerklärung des 28. Südpazifikforums vom September 1997 unterstrich explizit das "Recht des Volkes von Neukaledonien auf Selbstbestimmung". Bei Treffen mit dem FLNKS-Führer Rock Wamytan erklärten u.a. die Präsidenten der Solomon-Inseln und Vanuatus ihre volle Unterstützung für das Unabhängigkeitsstreben Kanakys.

Die RPCR lehnt Unabhängigkeit für Neukaledonien, auch in Form der Assoziation mit Frankreich, nach wie vor ab. Sie votiert für eine "erweiterte Autonomie", die am status quo wenig ändern würde.

Die französische Regierung schließlich will Neukaledonien behalten. Denn auch wenn die Kolonie gegenwärtig eher ein Zuschußgeschäft ist, so will man sich den Zugriff auf die strategisch äußerst wichtigen Nickelvorkommen auf alle Fälle sichern.

Dieser koloniale, von ökonomischen, strategischen und machtpolitischen Interessen bestimmte Anspruch Frankreichs muß selbstverständlich zurückgewiesen werden. Anders liegt das Problem bei den französischstämmigen Zuwanderern (und den anderen nicht-kanakischen Bevölkerungsgruppen) in Kanaky. Auch wenn die Caldoches in ihrer großen Mehrheit heute politisch (z.T. extrem) rechts stehen und sich in großer Zahl Rassisten der schlimmsten Sorte unter ihnen finden, wird man sie nicht einfach ins Meer jagen können. Auch die FLNKS erkennt an, daß es sich bei diesen Leuten - immerhin großteils Nachfahren von Sträflingen und Pariser Kommunarden - um "Opfer der Geschichte" handelt.

Das große Problem besteht mithin darin, das Recht der kanakischen Bevölkerungsmehrheit auf Befreiung und Selbstbestimmung in Einklang zu bringen mit den Bedürfnissen der großen französischstämmigen Minderheit sowie der kleineren asiatischen und polynesischen Bevölkerungsgruppen auf Kanaky. Bei der Lösung dieses Problems müssen die verschiedenen Seiten in diesem Jahr entscheidende Fortschritte machen. Die bisherigen ersten kleinen Schritte erlauben noch keine Aussage darüber, ob das gelingen wird.

Nach Vor-Gesprächen zwischen einigen Gruppierungen der Befürworter und der Gegner der Unabhängigkeit im Januar in Noumea, in denen man sich wechselseitig die je eigenen Positionen erläuterte, kehrte man im Februar zum Ausgangspunkt des gegenwärtigen Prozesses zurück, in die Pariser Rue Matignon.

Bei den dortigen Verhandlungen vom 24. bis 26. Februar zwischen FLNKS, kanakischen Gewerkschaften und RPCR sowie französischer Regierung, die vom französischen Premierminister Jospin eröffnet wurden, kam letztlich nur eine Verständigung darüber heraus, daß man tatsächlich ein Referendum in diesem Jahr abhalten will und daß man über dessen Ausgestaltung weiter verhandeln will. Klar scheint, daß es kein Referendum über Selbstbestimmung und Unabhängigkeit geben wird, sondern ein Referendum über den vorher von den Parteien ausgehandelten Konsens. Ende März soll es eine neue Verhandlungsrunde in Paris geben.

Vo

Anmerkungen

1) Neukaledonien werden die Inseln im Südpazifik von den Kolonialherren genannt; die indigene Bevölkerung - die Kanaken - bezeichnen ihr Land als Kanaky.

2) Matignon-Abkommen nach der Rue Matignon, dem Ort des Amtssitzes des französischen Premierministers.

3) Lediglich eine der in der FLNKS zusammengeschlossenen Gruppierungen, die FULK, lehnte das Matignon-Abkommen ab und rief zum Boykott der Volksabstimmung auf.

4) Der Attentäter, Djoubelly Wea, wurde seinerseits von den Leibwächtern Tjibaous getötet.

5) Jadin, S.9.

6) Allerdings gab es innerhalb der FLNKS durchaus Meinungsverschiedenheiten über das Vorgehen. Während einige Gruppierungen unbedingt erst die Nickelfrage geklärt sehen wollten, bevor sie gewillt waren, die politischen Verhandlungen wieder aufzunehmen, vertraten andere Gruppierungen die Auffassung, man solle auch ohne endgültige Klärung der Nickelfrage an den Verhandlungstisch zurückkehren. Letztere waren es denn auch, die im Januar mit den Gesprächen wieder begannen.

7) Bei diesen Neuzuwanderern handelt es sich großteils um qualifizierte Arbeitskräfte, die in Frankreich keine Arbeit finden und bereit sind, auf Neukaledonien zu niedrigeren Löhnen als im "Mutterland" zu arbeiten. Aus kanakischer Sicht nehmen diese Neuzuwanderer den Kanaken Arbeitsplätze weg, weswegen die kanakische Gewerkschaft einen Einwanderungsstop fordert.

Quellen:

Jadin, Pierre: Neukaledonien. Eine aktuelle Landeskunde. Neuendettelsau 1994 (= Pazifik-Informationsstelle, Dossier Nr. 35)

Kanaken. Ein Südsee-Volk kämpft um sein Land und seine Kultur. Göttingen 1989

Pacific News Bulletin, Januar 1998

Frankfurter Rundschau, 26.2.1998

Vortrag von Jacques Boengkih, Agence Kanak de Developpement, Brüssel, Oktober 1997

16. "Ich bin ein Champion der Demokratie". Daniel arab Moi bleibt weiter Präsident Kenias

Autor: ch. · Rubrik: Kenia · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:29

Daniel arab Moi hat Ende Dezember 1997 zum vierten Mal die Präsidentschaftswahlen Kenias gewonnen. Wie schon bei der Wahl 1992 profitierte der seit 1979 amtierende Präsident von einer zerstrittenen Opposition. Allerdings konnte diese bei den Parlamentswahlen an Stimmen gewinnen, die starke Mehrheit der Regierungspartei Kenia Africa National Union (KANU) ist wesentlich geschrumpft. Kurz nach den Wahlen kam es erneut zu gewalttätigen Auseinandersetzungen im Rift Valley.

Moi konnte sein Wahlergebnis im Vergleich zu den letzten Wahlen 1992 entgegen den Prognosen und Hoffnungen der oppositionellen Kräfte sogar noch verbessern. Landesweit gewann er 40,4,% der Stimmen, vor fünf Jahren kam er nur auf 36,4% der Stimmen. Sein stärkster Konkurrent, der Vorsitzende der Demokratischen Partei (DP) Mwai Kibaki, kam auf rund 31% . Der verbleibende Stimmenanteil von fast 30 Prozent entfiel auf die weiteren 13 Kandidaten für das Präsidentenamt.

Wie schon vor fünf Jahren war die Opposition sich selbst der stärkste Gegner. Der einflußreiche Oppositionspolitiker Kenneth Matiba boykottierte die Wahlen. Und die Vertreter der einflußreichen Parteien, neben der DP sind das die National Development Party (NDP), die Social Democratic Party (SDP) und SAFINA (ein Zusammenschluß unterschiedlichster oppositioneller Kräfte) und das Forum for the Restoration of Democracy-Kenia (FORD-K), waren unfähig, sich auf ein Bündnis zu einigen. Im Gegenteil, die Opposition ist gespaltener denn je. Gab es bei den Präsidentschaftswahlen 1992 "nur" sieben Kandidaten, so traten nun fast doppelt so viele Kandidaten an.

Daß die Chancen zur Ablösung Mois und der KANU nicht schlecht waren, zeigten die gleichzeitig durchgeführten Wahlen zum Parlament. Hier konnten die Oppositionsparteien erheblich an Boden gewinnen. Von den 222 Sitzen im Parlament konnten sie 109 gewinnen. Die Mehrheit der KANU schrumpfte auf nur 4 Sitze. Stärkste der insgesamt neun Oppositionsparteien wurde die DP mit 41 Sitzen. Unregelmäßigkeiten am Wahltag - durch starke Regenfälle wurde die Verteilung der Wahlunterlagen erheblich verzögert - führten zu Protesten der oppositionellen Parteien. Sie wollten auf Grund des knappen Ergebnisses die Wahlen erst nicht anerkennen. Da aber die internationalen Wahlbeobachter trotz der Verzögerungen von "fairen Wahlen" sprachen, zogen die meisten ihre Reklamationen zurück. Nur Mwai Kibaki blieb bei seiner Kritik.

Moi, der seit 1978 an der Macht ist, ist seit Mobutus Sturz der dienstälteste Präsident auf dem Kontinent. Seit Jahren verhindert er erfolgreich die Reform des politischen Systems. Die Einführung eines Mehrparteiensystems 1992 lehnte er lange Zeit ab, da sie nach seiner Ansicht die "ethnischen Konflikte" im Land verstärkte. Den Völkermord in Ruanda führt Moi gerne an, um zu zeigen, wohin eine zu weitgehende Demokratisierung führen kann. Mois Widerwille konnte nur durch Druck von außen überwunden werden. Der IWF sperrte zugesagte Kredite, da Moi und die KANU die versprochene Demokratisierung des Landes nicht umsetzten.

Bis zum Sommer 1997 gab es seitens des KANU-Regimes keine weiteren konkreten Schritte in Richtung demokratischer Umgestaltung. Im Gegenteil: oppositionelle Kräfte waren verstärkt Repressionen und Verfolgung ausgesetzt. Amnesty international stellte im letzten Jahr die Verletzungen der Menschenrechte durch das autoritäre Regime in den Mittelpunkt einer Kampagne.

Moi, von seinen Gegnern auch Moi-butu genannt, erweist sich im Kampf um die Macht als ein geschickter Taktierer, dem alle Methoden recht sind, um das KANU-Regime an der Macht zu halten. Der Vergleich mit dem ehemaligen zairischen Potentaten Mobutu kommt deshalb nicht von ungefähr. Autoritäre Herrschaftsmethoden, weit verbreitete Korruption und die Inszenierung von "ethnischen Konflikten" lassen viele KritikerInnen und VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen befürchten, daß in Kenia schon bald ähnliche Verhältnisse herrschen könnten, wie sie seinerzeit zum Sturz Mobutus führten. Daß es Moi so ergehe wie Mobutu mit Kabila, wurde während Protestveranstaltungen im Wahlkampf schon von Protestierenden angedroht.

Vom Friedensparadies zum Hort der Unruhen

Bis zum August 1997 galt Kenia trotz der ständigen Verletzung von Menschenrechten und der immer wiederkehrenden Unruhen als politisch stabiles Land - besonders bei Investoren. Dieses Bild änderte sich im Zuge der gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Küstenregion um Mombasa. In den touristischen Zentren Kenias, den Küstenstädten Mombasa und Malindi, wurde Souvenierläden in Brand gesetzt. Randalierende zogen durch die Städte und verprügelten Passanten. Bei dem Überfall auf eine Polizeistation erbeuteten sie Schnellfeuergewehre und Munition. In den drei Wochen andauernden Unruhen wurden über 40 Menschen getötet. Mehrere Tausend Menschen flohen.

Die Ursache für diese oft als "ethnisch" bezeichnete Auseinandersetzung ist ein Konflikt zwischen der alteingesessenen Bevölkerung dieser Region und Zugezogenen. Erstere werden seit langer Zeit faktisch benachteiligt. Um die Tourismusbranche aufzubauen, wurden ihnen von den Behörden Grundstücke weggenommen. Auch fanden nicht sie, sondern Zugezogene Jobs in dem neu entstandenen Wirtschaftszweig. Ein in Mombasa kursierendes Flugblatt rief zur Vertreibung der "Neuen" auf: "Für uns Einheimische ist die Zeit gekommen, unsere Rechte einzufordern. Wir müssen die Invasoren von unserem Land vertreiben."

Das KANU-Regime kochte die Konflikte herunter. Für den regionalen Polizeichef Francis Gichuki handelte es sich schlicht um Vandalismus. "Wir können kein politisches Motiv erkennen", kommentierte er die Vorfälle, trotz der eindeutigen Hinweise. Oppositionelle Kräfte warfen dem Regime vor, das Chaos zu schüren, um sich hinterher als Stabilitätsfaktor profilieren zu können. Dies konnte belegt werden: Unter den festgenommenen Verursachern der Unruhen befanden sich mehrere Funktionäre der KANU.

Daß die KANU aus wahltaktischem Kalkül Interesse an den Konflikten hatte, läßt sich leicht nachvollziehen. Die Küstenregion gehörte "traditionell" zu den Hochburgen der KANU. Erst seit der Zuwanderung von Arbeitsuchenden aus Zentral- und Westkenia ändert sich dies. Das Monopol der KANU geriet ins Wanken. Mit der Vertreibung von mehreren Tausend Zugezogenen wurden potentielle Stimmen für die Opposition bei den Präsidentschaftswahlen verhindert. Die Registrierung für die Wahlen lief schon im Mai 1997, und nur an den Orten der Eintragung darf gewählt werden. So wurden die Vertriebenen praktisch von der Wahl ausgeschlossen.

Neben dieser wahlttaktischen Überlegung wird es der KANU auch darum gegangen sein, die Opposition einzuschüchtern. Moi und sein Regime waren seit Wochen in der Defensive. Einerseits mußten sie der Opposition Zugeständnisse machen und einige Gesetze ändern. Andererseits wurde von den internationalen Finanzgebern Druck auf Moi und sein Regime ausgeübt.

Die Opposition macht Druck

Seit dem Frühjahr kam es in verschiedenen Städten Kenias zu Protesten, die einige Male in Straßenschlachten endeten. Bis Anfang Juli nahmen diese Aktionen zu. Der 7. Juli ist seit 1991 der "traditionelle" Protesttag der kenianischen Opposition. Damals wurde eine Demonstration für Reformen in Nairobi von der Polizei gewaltsam aufgelöst.

Wie in den vergangenen Jahren kam es auch 1997 in Nairobi und sechs weiteren Städten zu Demonstrationen oppositioneller Kräfte. Die Polizei und paramilitärische Einheiten gingen mit Schlagstöcken und Peitschen gegen die Protestierenden vor, auch schossen sie in die Menge. Landesweit wurden mindestens zehn Menschen getötet, es gab über 100 Festnahmen. Die Proteste hielten mehrere Tage an. Während die unabhängige Tageszeitung "Daily Nation" vom Kriegszustand sprach, in dem sich das Land befände, kommentierte die regierungstreue "Kenian Times", die Protestierenden hätten bekommen, was sie verdienten.

Im Mittelpunkt der Kritik der oppositionellen Kräfte standen einige Gesetze, die die Oppositionsparteien im anstehenden Wahlkampf gegenüber der regierenden KANU wesentlich benachteiligten. So konnten Versammlungen nur abgehalten werden, wenn sie von den Behörden genehmigt waren. Für alle Parteien und Gruppen außerhalb des KANU-Lagers war es so fast unmöglich, Versammlungen abzuhalten. So wurde z.B. die Präsidentschaftskandidatin der SDP Charity Ngilu 1996 von der Polizei festgenommen und geschlagen, als sie in ihrem Wahlkreis eine Versammlung abhalten wollte. Charity Ngilu war damals Parlamentsabgeordnete - doch Immunität für Abgeordnete gibt es nicht. Auch Protestdemonstrationen waren nicht erlaubt. Damit wurde das harte Vorgehen gegen die Demonstrierenden legitimiert.

Ein Katalog an Forderungen war schon im Frühjahr von einem oppositionellen Bündnis ausgearbeitet worden, dem neben VertreterInnen von Parteien auch VertreterInnen der Kirchen und regierungskritischer Nicht-Regierungs-Organisationen angehörten. Danach sollte neben dem Recht auf Versammlungsfreiheit, den Oppositionsparteien der Zugang zu den beiden Fernsehsendern, die quasi in KANU Hand waren, gewährt werden. Das Wahlgesetz sollte geändert werden, damit es zu einer unabhängigen Wahlkommission kommen könne. Im weiteren sollte die Macht der Leitung der Provinzen gemindert werden. Außerdem forderte das Oppositionsbündnis, daß der Präsident nach dem absoluten Mehrheitswahlrecht bestimmt werden sollte. Bislang wurde der Kandidat Präsident, der in fünf der acht Provinzen über 25 Prozent und die relative Mehrheit der Wählerstimmen bekam.

Nach den Unruhen von Anfang Juli zeigte sich Moi großzügig und räumte das Recht auf freie Versammlung ein. Ende Juli konnten die oppositionellen Kräfte in Mombasa eine Großkundgebung abhalten. Bei kleineren Auseinandersetzungen am Rande schritt die Polizei zum erstenmal seit Jahren ein, indem sie sich zwischen KANU-Anhänger und Demonstranten stellte.

Erst sechs Wochen vor den Wahlen verkündete Moi dann eine Änderung der Verfassung, in der er den meisten Forderungen der Opposition nachkam. Daß Moi an einer innenpolitischen Entspannung gelegen war, wird auch auf internationalen Druck zurückgeführt.

IWF sperrte Kredite

Nach den heftigen Unruhen im Juli stand das Regime auch in der Kritik der internationalen Finanzgeber. So verurteilten 22 Botschafter in einer Protestnote das Vorgehen des KANU-Regime gegen die Demonstrierenden. Sie forderten das Ende der Gewaltanwendung und riefen das Regime zu Toleranz und einem Dialog auf. Kurz darauf wurde bekannt, daß der IWF zugesagte Kredite gesperrt hatte. Das Ausmaß an Korruption veranlaßte die internationalen Finanzwächter zu diesem Schritt.

Einige Wochen vorher war an die Öffentlichkeit gekommen, daß die Verantwortlichen des bislang größten Korruptionsskandals, des Goldenberg-Skandals, nicht zur Verantwortung gezogen würden. Das zuständige Gericht stellte die Verfahren mit der kuriosen Begründung ein, die Liste der Anklagepunkte sei zu lang. Die Firma Goldenberg hatte zur Förderung des Exports von Gold und Diamanten rund 800 Mio. DM an Subventionen erhalten. Den Vertrag darüber hatte die Firma mit dem Vizepräsidenten Saitoti abgeschlossen. Der Clou an der Sache ist, daß Kenia kaum über Gold verfügt - Diamanten gibt es noch weniger.

Ungefähr zeitgleich wurde die Zuckeraffäre bekannt. Über sechs Tonnen Zucker sollten über den Hafen von Mombasa nach Tansania transportiert werden. Nachforschungen ergaben, daß es die Empfangsadresse in Tansania nicht gab. Der importierte Zucker wurde zwar nach Kenia eingeführt, die Ausfuhr fand aber nie statt. Damit wurden fällige Importsteuern in Millionenhöhe umgangen. Es wurde vermutet, daß einige Firmen mit guten politischen Kontakten den Zucker auf den kenianischen Markt brachten. Der Chef der Zollbehörde wurde daraufhin entlassen. Nicht weil er in den Korruptionsfall verwickelt war, sondern weil er ihn an die Öffentlichkeit gebracht hatte.

Wahlen und Unruhen

Während die Opposition die verlorenen Wahlen beklagte, setzte Moi die Zeichen für seine letzte Amtsperiode. In das neue Kabinett rief er Gefolgsleute, die seine reformfeindliche Hardliner-Politik mittragen. Besonders wurde kritisiert, daß Moi keine VertreterInnen des Kikuyu-Volkes ins Kabinett aufnahm. Mit seiner Linie setze er Zeichen für die "ethnische Spaltung" der Gesellschaft, hieß es.

Wie dies zu verstehen ist, wurde mit den gewalttätigen Unruhen im Rift Valley, die Ende Januar wieder an Brutalität und an Ausmaß zunahmen, deutlich. Dort wurden über 130 Menschen getötet. Die Unruhen begannen in Orten, in denen die Kandidaten der Opposition - zumeist die der DP - Sitze für das Parlament gewinnen konnten. Viele Orte wurden verwüstet, Häuser wurden in Brand gesetzt und Märkte zerstört. Die Bewohner dieser Orte mußten fliehen. Das Blatt "economic review" sprach in seinen Berichten von "ethnischen Säuberungen". Dies mag in diesem Fall überzogen sein, weist andererseits aber auf die lange Geschichte dieser Auseinandersetzungen hin.

Alleine von 1991 bis 1995 haben gewalttätige Konflikte im Rift Valley nach Schätzungen zwischen 2.000 und 4.000 Menschen das Leben gekostet. Rund eine viertel Million Menschen wurden aus dem Gebiet vertrieben.

Die Schuld an dem Konflikt und den Unruhen werfen sich Opposition und das KANU-Regime gegenseitig vor. Die in dieser Region lebenden Kilanjin sehen in den zugewanderten Kikuyu eine Gefahr. Die aus den dicht besiedelten Gebieten um Nairobi und dem Hochland Abgewanderten machen den Einheimischen ihre "traditionellen" Rechte der Bodennutzung streitig. Da es - wie in vielen Ländern Afrikas - kein gesetzlich fest geschriebenes Bodenrecht gibt, kommt es seit Jahren immer wieder zu Streitigkeiten über die Nutzung von Land.

Das KANU-Regime und die Verantwortlichen im Distrikt schauen jeweils zu, wenn der Konflikt eskaliert. So auch vor wenigen Wochen. Die Verantwortlichen schritten erst nach Tagen gegen die wütenden Banden ein. Einige Journalisten erhoben den Verdacht, daß die Polizei mit den Gewalttätigen unter einer Decke stecke.

Daß Moi und die KANU die DP - allen voran Kibaki - beschuldigten, die Aufständischen "aufgestachelt" zu haben, gehört schon zu den Standardfoskeln. Kibaki gab den Vorwurf zurück und rief die Angehörigen der Kikuyu auf, sich zu bewaffnen und ihr Recht auf Selbstverteidigung in Anspruch zu nehmen. Tatsächlich, so wurde später berichtet, hatten die KANU-Minister Ktimama und Kones bei einer Veranstaltung kurz vor Ausbruch der Unruhen davor gewarnt, daß es zu Gewalt kommen könne, wenn Kibaki sein Vorhaben, die Wahlen mit juristischen Mitteln anzufechten, nicht aufgeben würde. Zwar stritten die Politiker jede Verantwortung an den Unruhen ab. Aber wie im Fall der Unruhen in der Küstenregion ein halbes Jahr vorher, wurden später KANU-Funktionäre, darunter zwei Leiter von Distrikten, als Verantwortliche für Auseinandersetzungen festgenommen.

Mittlerweile fordert ein breites Bündnis aus Oppositionsparteien, Kirchen, Nicht-Regierungs-Organisationen und Menschenrechtsgruppen eine unabhängige Untersuchungskommission, um die Vorfälle restlos aufzuklären. Eine Vereinigung der Rechtsanwälte forderte gar den UN-Generalsekretär Annan auf, eine internationale Untersuchungskommission aufzustellen.

Daß Moi dieser Forderung bislang nicht nachkam, ist nicht verwunderlich. Die Strategie, seinen politischen Gegner Kibaki zu isolieren, schlug fehl. Um sich möglichst schadlos aus der Affäre zu ziehen, setzte er eine Untersuchungskommission ein. Auch hat er mittlerweile weitere Verfassungsreformen zu gesagt. Ob die angekündigten Reformen der Opposition ausreichen werden, ist im Moment unklar. Da zur Änderung der Verfassung aber zwei Drittel der Stimmen im Parlament notwendig sind, haben die Oppositionsparteien formell Chancen, ihren Einfluß geltend zu machen. Es sei denn Moi schafft es, kleinere Oppositionsparteien mit Zugeständnissen und Posten auf seine Seite zu ziehen.

ch.

Anmerkung:

Quellen: verschiedene Ausgaben der Frankfurter Rundschau, taz und Süddeutschen Zeitung, Die Zeit (22.8.97), Der Spiegel (25.8.97), Daily Nation (ab 2.1.98), Economic Review (2/98)

17. Mitverantwortung für den Völkermord. Wachsende Kritik an der französichen Politik in Ruanda

Wachsende Kritik an der französischen Politik in Ruanda

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich; Rwanda · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:17

Nach neuen Veröffentlichungen ist die französische Mitverantwortung für den Genozid in Ruanda größer als bisher angenommen. Mitte Dezember 1997 erschien der über 1.000seitige Bericht einer Untersuchungskommission zur belgischen Rolle in Ruanda, welche der belgische Senat - das Oberhaus des Parlaments - 1995 eingerichtet hatte.

Die Pariser Tageszeitung Le Figaro publizierte vom 12. bis 15. Januar 1998 eine vierteilige Serie zum Thema aus der Feder von Patrick de Saint-Exupéry, der 1994 Augenzeuge des ruandischen Genozids war. Für ein konservatives Zentralorgan, das ansonsten als getreues Sprachrohr der bürgerlichen Rechtsparteien fungiert, darf dies als bemerkenswert gelten. Schließlich widmete sich auch die linksliberale Tageszeitung Libération am 2. Februar 98 auf einer Doppelseite dem Thema - über welches das Blatt bereits 1994 kritisch berichtet hatte, stellte den belgischen Untersuchungsbericht vor und kritisierte das Fehlen einer vergleichbaren Enquêtekommission in Frankreich.

In bezug auf Ruanda herrscht im französischen politischen Leben eine auffällige Kontinuität zwischen links- und rechtsgeführten Regierungen. Während der ersten Phase der Geschehnisse, welche in den Genozid zwischen April und Juli 1994 einmündeten, wurde Frankreich von einem sozialistischen bzw. sozial-liberalen Kabinett regiert. Ab März/April 1993 löste eine bürgerlich-konservative Parlamentsmehrheit dieses ab, mußte sich jedoch bis Mai 1995 mit dem sozialistischen Präsidenten Mitterrand arrangieren. Seit Juni 1997 wiederum sind die Linksparteien am Ruder; unter ihrer Leitung weigert sich Frankreich heute, in effektiver Weise mit dem Internationalen Tribunal in Arusha zusammenzuarbeiten, das über die Urheber des ruandischen Genozids zu richten hat. So sprach der sozialistische Verteidigungsminister Alain Richard von einer reinen "Spektakeljustiz", und ein anderer - ungenannt bleibender - Minister erklärte gegenüber dem Figaro (15.1.98): "In der Funktionsweise des internationalen Tribunals dominieren Prinzipien des common law (also angelsächsische Rechtskonzeptionen; Anm. B.S.). Wenn das internationale Tribunal eine Kopie der amerikanischen Gerichte darstellt, ist es kein internationales Gericht."

Frankreich hat aber für die Einrichtung des UN-Tribunals gestimmt. "Paris führt eine heuchlerische Politik. Frankreich will schlicht und einfach keine Rechenschaft ablegen", heißt es dazu in der zitierten Figaro-Serie. Charles Josselin, der aktuelle (und letzte) Amtsinhaber im "Kooperations"ministerium, meinte am 17. Oktober 1997 gegenüber der Regionalzeitung Ouest France erklären zu müssen: "Ich merke an, daß es keine Franzosen waren, die die Macheten in der Hand hielten, welche mehrere hunderttausend Tutsi getötet haben."

Das von Josselin vorgebrachte Argument erscheint zunächst schlüssig: Der Massenmord an geschätzten 850.000 Menschen zwischen April und Juli 1994, Angehörigen der Tutsi-Minderheit wie auch Oppositionellen aus der Hutu-Mehrheitsbevölkerung, wurde überwiegend mit Macheten und anderen einfachen Waffen verübt. Die auf ethnischen Haß gedrillten Todesschwadronen und Milizen des (im Juli 1994 gestürzten) Habyarimana-Regimes und der extremistischen Hutu-Parteien benötigten dafür keine Lieferungen moderner Rüstungstechnik. Aber daraus zu schließen, daß die militärische "Hilfe" Frankreichs keine bedeutende Rolle gespielt hätte, hieße ein ganz wesentliches "Detail" vergessen: Daß nämlich der Genozid sich vor dem Hintergrund eines Krieges zwischen dem Regime, dessen "regulärer" Armee FAR sowie den Milizen einerseits und der Rebellentruppe der "Ruandischen Patriotischen Front" RPF andererseits abspielte. Die französische militärische Unterstützung half die Lebensdauer dieses Regimes zu verlängern, dessen Weiterbestehen das Fortdauern des Genozids ermöglichte.

Eskalation im französischen Hinterhof

Die Feindseligkeiten zwischen dem Habyarimana-Regime und den RPF-Rebellen eskalieren im Jahr 1990. Die RPF besteht aus Angehörigen der Tutsi-Bevölkerung, die in früheren Jahrzehnten vor Konflikten zwischen den Bevölkerungsgruppen ins Nachbarland Uganda geflohen waren, aber auch mehr und mehr aus unzufriedenen

Hutus; letztere bildeten rund 90 Prozent der ruandischen Bevölkerung. Zu diesem Zeitpunkt setzt das Regime zunehmend darauf, die ethnische Karte auszuspielen und den latent schlummernden Haß auf die Tutsi zu schüren, die in vor-kolonialen Zeiten die Adelsschicht stellten und die erst die deutschen, dann die belgischen Kolonialisten als Basis für ihre Herrschaft genutzt hatten. In Paris, wo die "afrikanische Zelle" im Elysée-Palast - ein inoffizielles Machtzentrum, welches direkt dem Präsidentenamt untersteht und in jenen Jahren von François Mitterrands eigenem Sohn Jean-Christophe geleitet wird - die Entscheidungsmacht über die brisantesten Beschlüsse bezüglich des afrikanischen postkolonialen "Hinterhofs" monopolisiert, ergreift man schnell Partei. Nicht nur, daß eine persönliche Freundschaft die Söhne beider Staatsoberhäupter - im französischen Fall Jean-Christophe Mitterrand - miteinander verbindet. Die Positionsnahme entspricht auch, scheinbar jedenfalls, strategischen Interessen: Denn man analysiert auf französischer Seite, die aus dem englischsprachigen Uganda herüberkommenden Tutsi-Rebellen seien "unter angelsächsischem Einfluß", und man wittert ein "Komplott" gegen die französische Einflußsphäre in Afrika (zu deren Abstecken traditionell die Sprachgrenze zwischen anglophonem und frankophonem Raum ein entscheidendes Kriterium darstellt).

Die ruandische Armee, die überwiegend von Franzosen ausgerüstet sowie ausgebildet wird, wächst Anfang der 90er Jahre sprunghaft: Von 5.200 Soldaten am 1. Oktober 1990 über 15.000 (Mitte 1991) erreicht sie eine Stärke von 50.000 zur Jahresmitte 1992. Bereits im Frühjahr 1992, so ist dem belgischen Untersuchungsbericht zu entnehmen, existiert - nach der Formulierung in einer Depesche des belgischen Botschafters in Kigali - "ein geheimer Generalstab, der mit der Vernichtung der Tutsi in Ruanda beauftragt" ist. Die Internationale Vereinigung der Menschenrechtsgruppen FIDH spricht Anfang 1993 in einem Dokument von "Todesschwadronen" und "Vorläufern eines Genozids"; ein am 11. August 1993 publizierter UN-Bericht übernimmt diese Angaben. Frankreich wird jedoch nicht wankend in seiner Unterstützung. Im Wert von offiziell - und es handelt sich, der Figaro-Serie folgend, hier nur um "die sichtbare Spitze eines Eisbergs" - 28 Mio. Francs (rund 8 Mio. DM) binnen drei Jahren liefern die Franzosen Waffen nach Ruanda. Andere Rüstungsgüter werden bei der ägyptischen Armee gekauft, wofür wiederum die damalige französische Staatsbank Crédit Lyonnais einen Ausfallschutz in Höhe von 6 Mio. Dollar übernimmt. Auch nach dem Beginn des Genozids, der unmittelbar auf den Flugzeugabsturz von Präsident Habyarimana am 6. April 1994 folgt, liefert Paris weiterhin Waffen. Der Lieferstopp wird wahrscheinlich erst Ende Mai 1994 angeordnet.

Der französische Staatsbürger Dominique Lemonnier, der einen bedeutenden Teil dieser Kriegsexporte über eine Briefkastenfirma namens DYL-Invest in der Nähe von Annecy abwickelte, wurde zwar am 27. Januar 1995 dem Untersuchungsrichter in Annecy vorgeführt. Das Verfahren gegen ihn scheiterte jedoch an Formfehlern - die Anklageerhebung hätte, laut einem Gesetzestext aus dem Jahre 1939, vom Verteidigungs-, Marine- oder Finanzministerium gefordert werden müssen. Die zuständigen Kabinettsressorts in Paris rührten jedoch keinen Finger; das Verfahren gegen Lemonnier wurde am 23. März 95 eingestellt, dieser drohte sogar mit einer Klage gegen den französischen Staat. Am 11. April 1997 starb er an einem Herzinfarkt.

Retter und Zuschauer

Im April 1994 begann die französische Armee eine Rettungsaktion für die in Ruanda verbliebenen französischen Staatsbürger. Libération (2.2.98) beschreibt das Vorgehen der Retter: "Die Familie liegt am Boden ausgestreckt. Vater, Mutter und Kinder. Sie sind Tutsi oder Freunde von Tutsi. Rund um sie herum übererregte Hutus. Ein Mann nähert sich einem Kind und versucht, ihm den Schädel mit einem Machetenhieb zu spalten. In einigen Metern Entfernung wohnen französische Soldaten der Szene bei. Sie sind bewaffnet, aber rühren sich nicht. Ihr Offizier (...) braucht ihnen die Befehle nicht in Erinnerung zu rufen, die sie erhalten haben: die einzigen Leben, die sie zu retten haben, sind jene von französischen Staatsbürgern. Solche Szenen sind häufig von Zeugen beschrieben worden." Der Autor Gérard Prunier fügt in seinem Buch Rwanda, le génocide hinzu: "Einige Tutsi schaffen es, sich an Bord von (französischen) Lastwagen in Richtung Flughafen einzuschmuggeln. Sie müssen an der ersten Straßensperre aussteigen, wo sie unter den Augen der französischen oder belgischen Soldaten massakriert werden, die sich - gemäß den Befehlen - nicht rühren."

Zahlreiche Militärs haben, anonym oder öffentlich, ihr Scham- und Ekelgefühl über das Verhalten der Truppe ausgedrückt - zumal sie von den Milizen und Regimesoldaten mit offenen Armen begrüßt wurden, die in jedem Dorf, an jeder Sperre französische Flaggen hervorholten und sich innig bei den französischen Militärs bedankten; auch manch altem Haudegen war dies denn doch zuviel. Am 23. Juni 1994 begann dann die "humanitäre" Operation Türkis der französischen Armee, mit der jedoch zugleich Angehörige der ruandischen Regierung und Protagonisten des Völkermords in Sicherheit gebracht wurden.

Präsident François Mitterrand schien dies alles jedoch nicht zu bekümmern. Schenkt man Patrick de Saint-Exupéry Glauben, so äußerte er im Sommer 1994 gegenüber seiner Umgebung: "Ein Genozid in einem Land wie Ruanda ist nicht allzu wichtig." Sollte es nicht wahr sein, so ist es auf jeden Fall gut erfunden - und paßt zum realen Verhalten des Staatsoberhaupts. Auch dies wird die Nachwelt festzuhalten haben, wenn sie die Geschichte der "Linken an der Macht" schreiben will.

Bernhard Schmid, Paris

Berichtigung:

In Bernhard Schmidts Artikeln über die Kämpfe der französischen Erwerbslosen (ak 411, S. 5) sind durch die Datenübertragung Fehler entstanden. Im Vorspann zu "Sieben heiße Wochen" ist eine Zahl falsch: Nicht 83%, sondern nur 63% der Befragten äußerten Ende Dezember ihre Sympathie für die Erwerbslosen. Auch zwei französische Begriffe wurden entstellt; richtig muß es heißen: anarchisant ("anarchisierend") und annualisation (Flexibilisierung der Arbeit mit festgelegter Jahresarbeitszeit). Wir bitten um Entschuldigung.

18. Ausnahmezustand in der Beqaa-Ebene. Armee-Einsatz gegen Hisballah-Abspaltung

Armee-Einsatz gegen Hisballah-Abspaltung im Libanon

Autor: Brigitte al-Jaber, Libanon · Rubrik: Libanon · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:06

Das muslimische al-Fitr-Fest (1) endete für die Bewohner Baalbeks und Umgebung vorzeitig im Ausnahmezustand: Truppen der libanesischen Armee stürmten eine von Scheich Sobhi Tofaili und 30 bewaffneten Anhängern besetzte Religionsschule. Dem Mitbegründer und ehemaligen Generalsekretär der Hisballah gelang die Flucht, während acht Tote und rund 40 Verletzte auf dem Schlachtfeld blieben.

Scheich Sobhi Tofaili hatte im letzten Jahr mit seiner "Revolte der Hungernden" mehrmals für Aufregung im Libanon gesorgt. Von seiner Heimatregion Baalbek in der Beqaa aus, wo er über eine große Anhängerschaft verfügt, rief er nicht nur zum zivilen Ungehorsam gegen die Regierung auf, sondern stellte sich auch gegen Hisballah, die Partei, die er einst selbst gründete.

Der Hintergrund

Wie die meisten Gebiete fern der Metropole Beirut leidet auch die Agrarregion Baalbek-Hermel in der Beqaa-Ebene an einer historisch zu nennenden Vernachlässigung seitens der Zentralregierung. Als anschauliches Beispiel für die ungleiche Entwicklung von Hauptstadt und Land seien die Straßenbahnen in Beirut genannt, die dort schon in den 20er Jahren fuhren, während in der Beqaa noch 1964 der Anschluß der Dörfer ans Stromnetz ein Wahlkampfthema war.

Die 4.200 qkm große Beqaa-Hochebene zwischen dem Libanon- und dem Antilibanon-Gebirge ist aufgrund ihrer natürlichen Gegebenheiten für den landwirtschaftlichen Anbau geeignet. In ihrem nord-östlichen Teil jedoch, zwischen den Städten Baalbek und Hermel, mindern Bodenqualität und Steppenklima den Ertrag.

Vielen Dörfern brachte erst der Anbau von Mohn und Haschisch, der während des Bürgerkrieges intensiviert wurde, lukrative Einkünfte; sowie auch der Schmuggel unterschiedlichster Waren über das Anti-Libanon-Gebirge aus und nach Syrien.

In der Beqaa leben heute 13,6% der libanesischen Gesamtbevölkerung, was der Zahl von rund 540.000 EinwohnerInnen entspricht. Sie gehören verschiedenen muslimischen und christlichen Religionsgemeinschaften an.

Baalbek und Umgebung bilden eines der Hauptsiedlungsgebiete der libanesischen Schiiten (2). Hier entstand 1983 mit maßgeblicher iranischer Unterstützung die Hisballah oder "Gottespartei". Scheich Sobhi Tofaili, einer der beiden Gründer, galt als kompromißloser Anhänger des Khomeini-Regimes und befürwortete die Errichtung einer rein islamischen Republik im Libanon. (3)

Hisballah entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einer Massenpartei der Schiiten nicht nur in der Beqaa, sondern auch im Südlibanon und den südlichen Vororten von Beirut, die nach Ende des Bürgerkrieges vor die Frage gestellt war, ob sie sich in das multikonfessionelle Nachkriegssystem des Libanon integrieren und das Ziel, eine islamische Republik zu errichten, zurückstecken solle. Eine Entscheidung zum Wandel, die nicht ohne Konsultationen mit dem Iran getroffen werden konnte.

Tofaili konnte sich mit seiner Vorstellung von einer außer-parlamentarischen Rolle der Partei nicht durchsetzen. Er ließ aber zu, daß zwei ihm sehr nahe stehende Personen für Hisballah an den Parlamentswahlen 1992 teilnahmen. Einer von ihnen war Scheich Khodr Tlais, der wie Tufail aus Brital in der Beqaa stammte und der für vier Jahre ins Parlament einziehen konnte.

Tofailis Beziehungen zur Partei unter dem neuen Generalsekretär Scheich Hassan Nasrallah verschlechterten sich, so daß er 1993 das führende Gremium der Partei verließ. 1996 stellte Hisballah keinen von Tofailis Gefolgsleuten mehr zu den Wahlen auf. Daß die Partei in einigen Provinzen gemeinsame Listen mit christlichen Kandidaten gebildet hatte, war bei Tofaili auf Kritik gestoßen. Deutliche Signale aus dem Iran, Hisballah möge sich auch jungen Libanesen anderer Glaubensgemeinschaften öffnen (4), unterstrichen dagegen noch einmal die anzustrebende nationale Rolle der Partei.

Auch über die Methoden zur Durchsetzung sozialer Forderungen bestanden Meinungsverschiedenheiten: Während Tofaili militantes Vorgehen nicht ausschloß, orientierte Hisballah auf Formen des Protestes im Rahmen des politischen Systems. Hisballah sei "eine Hauptsäule der korrupten Politik" geworden, warf Tofaili der Parteiführung vor. (5)

Die Haupt-Aktivitäten der Partei waren auf den Widerstand gegen die israelische Besetzung und damit einhergehend auf die Ausweitung ihrer Massenbasis im Süden gerichtet, was sich auch auf die Zusammensetzung der Führungskader der Partei auswirkte, die inzwischen hauptsächlich aus dem Süden stammten - die Beqaai's fühlten sich unterrepräsentiert.

"Revolte der Hungernden"

Im Mai 1997 gelang es Tofaili, die Aufmerksamkeit auf sich und seine Heimatregion zu ziehen, als er seine Kampagne des zivilen Ungehorsams, die "Revolte der Hungernden", ausrief und im Juli zu einer Kundgebung in Baalbek rund 5.000 Anhänger mobilisieren konnte.

Seine Kritik an der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung und der Aufruf, keine Steuern und Gebühren mehr zu bezahlen, sicherten ihm einige Popularität in seinem Heimatort Brital und dessen Umgebung. Auch gelang es ihm, sunnitische Clanführer und Persönlichkeiten aus der Region im "Notabelnrat" der Revolte aufzunehmen.

Wenn auch die Bezeichnung "Revolte der Hungernden" zumindest im wörtlichen Sinne übertrieben ist, so empfindet doch ein Großteil der BewohnerInnen der Beqaa die wirtschaftliche Lage als drückend.

Wie eine Studie des Zentralen Statistischen Amtes 1997 feststellt, kommen 37,6% der Haushalte in der Beqaa mit ihrem Einkommen nicht aus; 77,7% der Familien im Distrikt Baalbek-Hermel sind mit durchschnittlich 3.893.000 Lira (Mitte Februar 98 umgerechnet etwa 4.629,-DM) verschuldet; 32,5% der Familien mußten Geld leihen, um die allernotwendigsten Lebenshaltungskosten decken zu können. Das durchschnittliche Familieneinkommen einer fünfköpfigen Familie von 986.000 Lira monatlich (etwa 1.172,-DM) reicht nicht für Rücklagen.

Im Vergleich zum Vorjahr haben 66,6% der Familien das Gefühl, ihre wirtschaftliche Lage habe sich verschlechtert; nur 3,6% konnten angeben, ihre Situation habe sich verbessert. Obendrein sind 53,1% aller Wohneinheiten in Baalbek-Hermel nicht an die staatliche Trinkwasserversorgung angeschlossen, den meisten Dörfern fehlt der Anschluß ans Telefonnetz, und entgegen allen Versprechungen des zuständigen Ministers ist auch die 24stündige Stromversorgung noch immer nicht gewährleistet. (6)

Wie EinwohnerInnen Baalbeks berichteten, sollen Kürzungen im Gesundheitsbereich zur Einsparung von 41 der 100 staatlich finanzierten Betten geführt haben (7), obwohl es in der Region, in der 225.000 EinwohnerInnen leben, an staatlichen Gesundheitseinrichtungen fehlt.

Besonders die LandwirtInnen fühlen sich von der Regierung im Stich gelassen, denn teure Kredite und mangelnde staatliche Unterstützung für die Landwirtschaft erschweren vielen ehemaligen ProduzentInnen von Mohn und Haschisch die Umstellung auf andere Produkte (8) . Das Empfinden, heute wirtschaftlich schlechter gestellt zu sein als im Bürgerkrieg, ist hier besonders ausgeprägt.

Auf die erste Kundgebung in Baalbek folgten im Juli und August 1997 weitere Demonstrationen auch in der Beiruter Dahia janubiyyah (arabisch für "südlicher Vorort"). Die Regierung zeigte sich alarmiert, fiel doch die "Revolte der Hungernden" in eine Periode wachsenden öffentlichen Protestes gegen die Einschränkung der Medienfreiheit. Der Beschluß, der Mehrheit der zahlreichen privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten ein Sendeverbot, gleichzeitig aber Sendern, die Persönlichkeiten der politischen Elite zuzuordnen waren, Genehmigungen zu erteilen, war in der Öffentlichkeit auf unüberhörbare Kritik gestoßen (9). Das seit 1993 bestehende Demonstrationsverbot war bereits mehrmals durchbrochen worden. Im September 1997 erschossen Sicherheitskräfte in Tripolis zwei Demonstranten. Auch der Sender Tofailis in Duris bei Baalbek stand auf der Liste der illegalisierten Sender.

Während die Regierung über ein 150-Mrd.-Lira-Entwicklungspaket (etwa 178 Mio. DM) für die Beqaa abstimmte, verschärften Armee und Sicherheitskräfte dort ihre Kontrollen. In Maqneh bei Baalbek starb ein

junger Mann ebenfalls durch Schüsse. Er habe nicht auf das Zeichen zum Anhalten reagiert, begründete die Armee den Vorfall. (10)

Eine großangelegte Operation gegen Autodiebe und Drogenhändler wurde von Tofailis Gefolgsleuten als Vorwand gesehen, die Mobilisierung zur "Revolte" zu verhindern. Die Armee verhaftete 23 Menschen. (11) Tofaili drohte, zu den Waffen zu greifen, falls die friedlichen Mittel seines Protestes keinen Erfolg brächten und erklärte Anfang November die Beqaa zur Sperrzone für Abgeordnete und Minister, was spätestens jetzt zu der Frage nach den syrischen Interessen in dieser Sache führen mußte.

Syrische Armee und Geheimdienste haben in der Beqaa de facto das Sagen in allen sicherheitsrelevanten Angelegenheiten, so daß ihre Zurückhaltung im Falle Tofailis zunächst als Duldung oder gar stillschweigende Übereinkunft gedeutet werden konnte. (12)

Doch Ministerpräsident Hariri, der sich zwecks Absprache weiterer Schritte gegen die "Revolte" nach Damaskus bemühen mußte, kam mit grünem Licht für ein härteres Durchgreifen zurück.

Am 12. November 1997 wurden die Region Baalbek-Hermel zur Militärzone erklärt und zusätzliche Truppen dorthin entsandt.

Bruch mit Hisballah

Wie in jedem Jahr plante Hisballah zum "Jerusalem-Tag", dem dritten Freitag im Fastenmonat Ramadan, der in diesem Jahr auf den 23. Januar fiel, eine regionale Veranstaltung in Baalbek. Tofaili rief zu einer Gegenkundgebung auf, was den Bruch mit Hisballah besiegelte. Die Partei schloß ihn und 30 Anhänger aus.

Der Ausschluß, von Hisballah im Hinblick auf die Konsequenzen lange hinausgezögert, mußte zu einer Spaltung der Parteibasis und zum Streit über die Kontrolle der parteieigenen religiösen und sozialen Einrichtungen führen.

Am 30.1. nach dem Freitagsgebet besetzte Tofaili mit 30 bewaffneten Anhängern die Religionsschule al-Hawza bei Ain Burdai nahe Baalbek. Diskussionen mit Hisballah, in die sich auch Offiziere einer nahe gelegenen Garnison einschalteten, konnten Tofaili nicht bewegen, die Besetzung aufzugeben. Die Vertreter Hisballahs zogen sich zurück und überließen es der Armee, das durch das öffentliche Auftreten der bewaffneten Gruppe entstandene Sicherheitsproblem zu lösen.

Während Tofailis Vertrauter, Scheich Khodr Tlais, mit einem Offizier vor der Schule über einen Rückzug verhandelte, fielen Schüsse. Wer sie abgab, ist bis heute ungeklärt. Tlais, der Offizier und deren zwei Begleiter starben. Die inzwischen um die Schule herum postierten Armeekräfte schossen auf das Gebäude, das nur kurz vorher von den Schülern verlassen worden war. Nach Ablauf eines Ultimatums setzte die Armee am Abend den Beschuß auch mit schweren Waffen fort, Mörser und Panzerkanonen kamen zum Einsatz; "völlig unangemessen", wie ein Angestellter der Schule meinte, denn Tofaili sei zu jenem Zeitpunkt längst nicht mehr im Gebäude gewesen.

Der Tod von Scheich Khodr Tlais rief bei seinen Anhängern und Angehörigen äußerste Erbitterung hervor und bewirkte, daß sich die Kämpfe über Ain Burdai hinaus ausweiteten und bis zum frühen Morgen des Samstags andauerten. Insgesamt acht Menschen, darunter mehrere ZivilistInnen, kamen ums Leben; zwei Wohnhäuser und viele Fahrzeuge wurden zerstört. Um 5.30 Uhr wurden auch die al-Hawza-Schule eingenommen, 15 Leute verhaftet und Wohnhäuser in der Nähe der Schule nach Aufständischen durchsucht.

Der Herkunftsort Tofailis und Tlais', Brital, wurde von 3.000 Soldaten umzingelt und bis auf eine wurden alle Zufahrtsstraßen mit Erdwällen versperrt. Schiitische Persönlichkeiten wie der oberste Mufti Schams ad-Din und Parlamentssprecher Berri vermittelten, um den Einmarsch der Armee in Brital zu verhindern, der unweigerlich zu einer Konfrontation zwischen DorfbewohnerInnen und Armee geführt hätte.

Indessen flüchtete Tofaili mit einigen Gefolgsleuten in die Berge; sein Radiosender wurde abgebaut, sein Wohnhaus in Duris durchsucht und zum Teil gesprengt.

Insgesamt 54 Menschen wurden nach den Ereignissen festgenommen, vierzig davon nach kurzer Zeit wieder entlassen. Über Baalbek und Umgebung verhängte die Armee eine 24stündige Ausgangssperre.

Gab es, wie viele Zeitungen vermuteten, eine Zustimmung Irans zu diesem Vorgehen gegen Tofaili? Schon im August hatte die iranische Führung Besorgnis über die negativen Auswirkungen von Tofailis Politik auf den islamischen Widerstand und Hisballah geäußert. Anscheinend wurde Tofaili schon damals fallengelassen, nachdem er eine Einladung von Außenminister Velayati in den Iran abgelehnt hatte. (13) Der iranische Parlamentspräsident Nateq-Nuri bedauerte zwar den Ausgang der Ereignisse, meinte aber, Libanon müsse "diese Angelegenheit intern lösen". (14)

Auf Druck von Präsident Hrawi beschloß der Ministerrat, die Akte Tofaili und 19 seiner Anhänger einem Sondergericht für spezielle Strafsachen mit politischem Hintergrund zu übergeben. Sollte Tofaili wegen des "Angriffs auf die innere Sicherheit des Staates" verurteilt werden, träte das Amnestiegesetz außer Kraft, welches nach Ende des Bürgerkrieges die Befriedung des Landes herzustellen half. 1983 war Tofaili wegen Anstiftung zum Bürgerkrieg und Mord, unerlaubter Waffentransporte, terroristischer Aktivitäten und Gründung einer bewaffneten Bande von einem Militärgericht zum Tode verurteilt worden. Dieses Verfahren würde noch einmal aufgerollt werden müssen. Vor Gericht stünde dann auch die Vergangenheit Hisballahs, was deren Rolle als etablierte Partei und Hauptkraft des Widerstandes gegen die israelische Besetzung empfindlich treffen würde. Daran können weder der Iran noch Syrien ein Interesse haben. Auch die libanesische Regierung könnte in eine heikle Lage geraten, sollten die USA ein Auslieferungsersuchen stellen. Daher käme ein Wiederauftauchen Tofailis vielen Seiten ungelegen.

Auch wenn die "Revolte der Hungernden" nicht ausschließlich auf ökonomische Ursachen zurückzuführen ist, sollten die Ereignisse der Regierung eigentlich die Wichtigkeit von Problemlösungen für die Randregionen deutlich vor Augen geführt haben. Doch auf die vor fünf Monaten versprochenen 150 Mrd. Lira zur Entwicklung der Region warten die EinwohnerInnen von Baalbek-Hermel noch heute.

Brigitte al-Jaber

Libanon, Februar 1998

Anmerkungen:

1) Das "Fest des Fastenbrechens" bildet den Abschluß des Fastenmonats Ramadan.

2) Die Schiiten sind nach den Sunniten die zweitgrößte Glaubensgemeinschaft des Islam. Im multikonfessionellen Libanon stellen sie jedoch die größte Glaubensgemeinschaft. Ihr Anteil an der armen Bevölkerungsschicht ist überproportional. Erst in den 70er Jahren entstanden schiitische politische Organisationen mit Massenbasis. Aus dem Bürgerkrieg gingen sie von allen Gemeinschaften mit dem größten Zuwachs an politischer Macht hervor. Ihre Hauptsiedlungsgebiete sind der Südlibanon, die Beqaa und die südlichen Vororte von Beirut.

3) Hisballah entstand einerseits als Reaktion auf die israelische Invasion 1982, zum anderen aus Ablehnung der ebenfalls schiitischen Amal-Bewegung, die sich in erster Linie als nationale Organisation verstand und begonnen hatte, sich von der iranischen Bindung zu lösen.

4) The Lebanon Report, No.4, Winter 1997, Hg. LCPS, Beirut; chronology S.60. In Übereinstimmung mit dieser Linie hat Hisballah vor wenigen Monaten damit begonnen, multikonfessionelle Brigaden aufzustellen, die an der Seite des "Islamischen Widerstandes" gegen die israelische Besetzung kämpfen sollen.

5) Interview mit Sobhi Tofaili in: al-Masira, Nr.640, 2.2.98

6) Studie über Lebensverhältnisse der Familien im Libanon, Zentrales Statistisches Amt, Beirut, 1997; Auszüge davon in: as-Safir, 12.11.1997 und 12.2.1998

7) as-Safir, 5.1.98

8) Das Anbauverbot für Drogen wurde nach dem Ende des Bürgerkrieges von libanesischen und syrischen Sicherheitskräften durchgesetzt, was im September 1997 zur Streichung beider Länder von der US-amerikanischen Liste drogenproduzierender Staaten führte.

9) Viele der lokalen aber auch landesweit ausstrahlenden Sender waren während des Bürgerkriegs entstanden. Von der Schließung betroffen war z.B. der der Kommunistischen Partei nahestehende NewTV, wohingegen die Sender, die dem Ministerpräsidenten Hariri (Future-TV) und dem Bruder des Innenminister

Murr (MTV) gehörten, sowie ein noch gar nicht existierender Sender des Parlamentspräsidenten Berri (NBN) Genehmigungen erhielten.

10) as-Safir, 28.8.1997

11) The Lebanon Report, No.4, 1997, S.60

12) Ein typischer Schachzug syrischer Politik, um die libanesischen Regierung und in diesem Fall auch Hisballah die Angewiesenheit auf syrisches Wohlwollen fühlen zu lassen.

13) as-Safir, 2.2.98

14) Interview mit Nateq-Nuri in: as-Safir, 9.2.98

19. Trouble in Paradise - Tourismus in die Dritte Welt. Buchrezension

Autor: SE · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:33

Buchrezension: Tourismus in die Dritte Welt

"Adam und Eva wurden aus dem Paradies vertrieben, wir fliegen Sie jeden Tag hin", so wirbt der größte europäische Reiseveranstalter TUI für seine Flugreisen in die Dritte Welt. Das Geschäft mit den Fernreisen boomt, auch wenn die Reisebranche wegen der anhaltenden Rezession seit Mitte der 90er Jahre über Wachstumseinbußen klagt, der Trend zu den Zielen in der Dritten Welt ist ungebrochen. Daß die Zustände dort, wenn es um Tourismus geht, auf keinen Fall so paradiesisch sind, wie die Werbung suggeriert, darum geht es in dem von Christian Stock herausgegebenen Buch "Trouble in Paradise - Tourismus in die Dritte Welt". Über 20 Autoren aus acht verschiedenen Ländern beleuchten den Ferntourismus aus ganz verschiedenen Blickwinkeln. Das Buch ist in fünf Teile gegliedert. Im ersten Teil stehen die wirtschaftlichen und politischen Aspekte des Tourismus im Vordergrund. Statistisches Material führt in die Problematik ein: Jeder neunte deutsche Urlauber steuert mittlerweile ein Ziel außerhalb von Europa an, und seit Ende der 80er Jahre hat sich die Zahl der Fernreisen fast verfünffacht, ein Ende des Wachstums ist nicht in Sicht. 59% aller Urlauber wollen bloß raus aus dem Alltag. In den Beiträgen werden nicht nur abstrakte Analysen geliefert, sondern auch die konkreten wirtschaftlichen Auswirkungen der unbegrenzten Reisefreiheit der westlichen Welt auf die Bevölkerung in den Ferienregionen aufgezeigt. Der Preiskampf tobt. Die großen westlichen Reiseveranstalter diktieren die Preise; für die Bevölkerung in den bereisten Ländern bleibt, neben den Folgeerscheinungen wie Umweltverschmutzung, Prostitution und Kinderarbeit, nur wenig übrig (zum Teil kommen nur 20% der Kosten einer Pauschalreise der Wirtschaft der Zielländer zu gute, 80% der Kosten verbleiben in der westlichen Heimat).

Der zweite Teil befaßt sich mit den Auswirkungen des Tourismus auf die Umwelt und der Frage, ob "Ökotourismus", den immer mehr Reiseveranstalter in ihr Programm aufnehmen, eine wirkliche Alternative zum üblichen Tourismus sein kann. Da An- und Abreise allein 90% des Ressourcenverbrauches beim Reisen ausmachen und bei Reisen in die Dritte Welt zu 98% das Flugzeug benutzt wird, nimmt die Auseinandersetzung mit dem stetig wachsenden Luftverkehr einen großen Platz ein. Der Flugverkehr, an dem insgesamt nur 5% der Weltbevölkerung teilnehmen, die aber fast ausschließlich aus den Industrieländern stammen, hat einen sehr großen Einfluß auf den Treibhauseffekt, so wird auf der Strecke Frankfurt-Auckland-Frankfurt pro Passagier fast 6.500 Kilogramm Kohlendioxid ausgestoßen.

Die Schwierigkeiten, denen interkulturelle Begegnungen im Dritte-Welt-Tourismus unterliegen, werden in dem dritten Teil des Buches thematisiert. Noch immer hält sich in der Öffentlichkeit der Mythos, Tourismus sei per se ein Beitrag zur Völkerverständigung. Aber die in der langen Tradition des Kolonialismus entstandenen Denk- und Handlungsmuster verhindern oder erschweren bis heute einen gleichberechtigten Austausch. Allerdings bringt der Tourismus klassische Rollenverteilungen bisweilen auch gehörig durcheinander, wie die Autorinnen Deborah Pruitt und Suzanne LaFont in ihrem Beitrag "Liebe, Geld und Rastafari - Der Romanzen-Tourismus auf Jamaika" beschreiben. Während Sextourismus (z.B. in Thailand) Geschlechterrollen verfestigt und das Machtverhältnis von männlicher Herrschaft und weiblicher Unterwerfung zementiert, liefert der Romanzen-Tourismus in Jamaika eine Arena für Veränderungen. Europäischen und amerikanischen Frauen, die im Urlaub auf Jamaika eine Beziehung mit einem Jamaikaner anfangen, bietet sich die Möglichkeit, neue Formen von Geschlechterverhältnissen und Rollenverhalten zu erkunden. Die Autorinnen untersuchen die verschiedenen Wünsche und Vorstellungen der westlichen Frauen und jamaikanischen Männer und zeigen die Probleme, dieser Beziehungen auf.

Im vierten Teil werden verschiedene Formen des "alternativen Tourismus" diskutiert. Der Anspruch der Rucksackreisenden, es besser als die "Neckermänner" zu machen, wird von den wenigsten "Alternativen" eingelöst. Die Autoren stellen diverse "alternative" Tourismusformen, wie die Rucksackreisenden, die Techno-Tripper in Goa, die Esoterik-Touristen und den Solidaritätstourismus etc. vor und zeigen die jeweiligen Grenzen dieser angeblichen Alternativen auf.

Der fünfte Teil ist eine selbstkritische Bestandsaufnahme der Tourismuskritik. Tourismuskritiker der Dritten Welt, z.B. aus Indien, kommen in Interviews ausführlich zu Wort, damit erschließt sich den LeserInnen ein wohl oft ungewohnter Blickwinkel.

Durch die große Bandbreite von Beiträgen und damit auch von unterschiedlichen Meinungen zu den jeweiligen Themengruppen regt das Buch zum Nachdenken und zu einer Diskussion an. Die AutorInnen lassen sich grob in zwei Richtungen aufteilen: Die einen halten verträglichere Tourismusformen auch unter den gegebenen Rahmenbedingungen des Nord-Süd-Konflikts prinzipiell für möglich. Sie wollen durch Aufklärung der Reisenden und durch Druck auf die Tourismusindustrie Besserung erreichen. In ihren Beiträgen zeigen sie Modelle eines verträglicheren Tourismus an diversen Beispielen auf. Die andere Gruppe glaubt, daß es bei den jetzigen Weltwirtschaftsverhältnissen, frei nach Adorno, "kein richtiges Leben im falschen" gebe. Sie stehen dem alternativen Tourismus skeptisch gegenüber, weil dieser vornehmlich das Gewissen der Reisenden beruhige. Die Spannung zwischen den beiden Gruppen regt ein weiteres Nachdenken und eine Diskussion an. Besonders hervorzuheben ist für Menschen, die sich eingehender mit der Thematik beschäftigen wollen, daß das Buch ein sehr gutes weiterführendes Literaturverzeichnis bietet und darüberhinaus auch einen umfangreichen Serviceteil mit Adressen von Organisationen und Gruppen, die weltweit zum Thema "Dritte-Welt-Tourismus" arbeiten.

Aber Tourismus kritisch zu betrachten, ist heute auch ein Allgemeinplatz, wie zum Beispiel ein Umfrage der Zeitung Die Woche belegt, derzufolge zwei Drittel der Deutschen angeben, mindestens einmal das Gefühl gehabt zu haben, ihr Tourismus habe dem jeweiligen Urlaubsort geschadet. So bieten manche Beiträge nichts Neues. Aussagen wie die, da Hotels Wasser verbrauchen, obwohl es knapp ist, hat man schon oft genug gehört.

Weniger wäre manchmal mehr gewesen.

SE

Christian Stock (Hrsg.): Trouble in Paradise. Tourismus in die Dritte Welt. Verlag Informationszentrum Dritte Welt (iz3w); 1997; 29,80 DM

20. Barricada eingestellt! Die Zeitung der FSLN gibt es nicht mehr - ein neues Projekt soll her

Autor: Falko Malessa · Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:11

Die erste Ausgabe der Barricada erschien eine Woche nach dem Sturz Somozas. Sie war eines der Symbole der sandinistischen Revolution. Mit dem Ende der Regierungszeit der Sandinisten ging auch ihre Bedeutung zurück.

Als Ende Januar FSLN-Vizegeneralsekretär Tomas Borge, Direktor von Barricada, die vorläufige Einstellung der traditionsreichen Tageszeitung verfügte, schien die Regierung Alemán ihr Ziel erreicht zu haben: die wirtschaftliche Strangulierung des FSLN-Organs. Nach seinem Amtsantritt vor einem Jahr untersagte Präsident Alemán allen staatlichen Institutionen, Bekanntmachungen und Anzeigen in den sandinistischen Medien zu veröffentlichen. Auch die meisten Unternehmer zogen es vor, aus Furcht vor Repressalien und Benachteiligungen durch Regierung und Unternehmerverband, nicht mehr in Barricada zu annoncieren. Da auch die Zahl der Abonnenten drastisch gesunken war, geriet Barricada an den Rand des Bankrotts. Der FSLN-Verlag "El Amenecer" war nicht mehr in der Lage, die Gehälter und Sonderzuschläge der Redakteure zu bezahlen. Diesbezügliche Zusagen wurden nicht eingehalten. Kurz vor Weihnachten traten zwei Journalisten in den Hungerstreik. Daraufhin verpflichtete sich Borge, die ausstehenden Gelder in Höhe von fast 82.000 Dollar bis zum 31. Januar auszuzahlen. Zu diesem Zweck sollten das Gebäude und das Grundstück von Barricada verkauft werden. Wenige Stunden, bevor die vereinbarte Frist abgelaufen war, kündigte Borge die zeitweilige Einstellung von Barricada und die Entlassung von 54 Journalisten an. Gleichzeitig verhinderte die Geschäftsführerin von "El Amenecer", Soraya Montoya, daß am nächsten Tag noch eine Ausgabe mit vier Seiten erscheinen konnte. Die Journalisten fühlten sich hintergangen und blieben auf ihren Arbeitsplätzen. Das Arbeitsministerium erklärte die Entlassung der Journalisten für ungesetzlich, da die Schließung des Unternehmens nicht genehmigt war.

Während einer Zusammenkunft mit den betroffenen Journalisten sicherte der FSLN-Generalsekretär Daniel Ortega zu, daß die FSLN die Zahlung der Gelder übernehme. Wenige Tage später begann die Führung der FSLN ihr Wort einzulösen. Borge bedauerte seinen "voreiligen Schritt" und versicherte, daß Barricada in Kürze wieder erscheinen werde. "Wir können es uns nicht leisten, daß die revolutionären Kräfte dieses Landes über kein Massenmedium verfügen. Unsere Gegner schließen Wetten ab, daß wir von der politischen Bühne verschwinden. Sie vergessen aber, daß wir Sandinisten uns bei Schwierigkeiten zu vereinen wissen, unabhängig von unseren Differenzen", sagte er. Der Konflikt um Barricada ist nicht allein auf den politischen Revanchismus der Regierung Alemán zurückzuführen. Er ist auch ein Indiz dafür, daß die Widersprüche in der FSLN noch nicht überwunden sind. Ende 1994, als die Auseinandersetzungen zwischen den "Orthodoxen" und den "Erneuerern" innerhalb der FSLN auf dem Höhepunkt waren, wurde der Gründer und langjährige Direktor der Zeitung, Carlos Fernando Chamorro, abgelöst. Barricada erschien erstmalig am 25. Juli 1979, eine Woche nach dem Sturz der Somoza-Diktatur. Unter Chamorros Leitung wurde sie während des Contra-Krieges zur Legende, sie war in Lateinamerika das, was die Prawda in Europa war, meinte ein amerikanischer Kommunikationswissenschaftler. Nach der Wahlniederlage 1990 und dem Ende des revolutionären Prozesses wandelte sich das offizielle FSLN-Organ in eine "unabhängige" sandinistische Zeitung , die für die "nationalen Interessen" eintrat. Außerdem war unverkennbar, daß Barricada mit der sandinistischen Erneuerungsbewegung sympathisierte, die sich schließlich von der Partei abspaltete. Das entsprach nicht den Vorstellungen von einem "kämpferischen" FSLN-Organ und so übernahm die FSLN in der Person ihres Mitbegründers Tomas Borge die "Kontrolle" über die Zeitung. Von diesem Zeitpunkt an gingen die Verkaufszahlen drastisch zurück. Selbst in Kreisen der Sandinisten wurde Barricada mangelnde Professionalität und Unglaubwürdigkeit vorgeworfen.

Die Einstellung der Zeitung bedeutete auch zugleich den Beginn eines Dialogs zwischen der Nationalleitung und den JournalistInnen. "Es war das erste Mal, daß die Probleme offen diskutiert wurden. Bisher spielte nur eine Rolle, ob man der FSLN gegenüber loyal war. Das war die Zeitung der FSLN und Comandante Borge repräsentierte die Interessen der Partei. Letztlich wurde es aber seine Zeitung, die von vielen nicht mehr angenommen wurde. Nun aber wird gemeinsam überlegt, wie ein alternatives Projekt aussehen könnte, denn das Land benötigt eine glaubwürdige, pluralistische und linke Tageszeitung, die breite Schichten erreicht",

meinte Juan Ramon Huera, leitender Redakteur bei Barricada. Die Zeitung soll noch spätestens ab dem 1. März mit neuem Profil wiedererscheinen. Die FSLN müsse ihr bisheriges Konzept von einer Parteizeitung aufgeben. Darin sehen die Journalisten von Barricada eine Chance für einen Neubeginn, die Möglichkeit für ein alternatives linkes Zeitungsprojekt, das mit Billigung der Nationalleitung nicht mehr ausschließlich im Besitz der FSLN sein wird. Die Beschäftigten von Barricada erhalten einen Teil der Aktien. Entsprechend einer neuen Konzeption, die gegenwärtig von einer Kommission unter Leitung des Soziologen Orlando Nuñez ausgearbeitet wird, können sich sandinistische Unternehmer, Kooperativen, der Bereich des assoziierten Arbeitereigentums, ausländische Solidaritätsorganisationen und Einzelpersonen als TeilhaberInnen an Barricada beteiligen. Erste Angebote, darunter auch von sandinistischen Unternehmen, stimmen hoffnungsvoll. "Die alte Barricada ist gestorben, wir machen eine neue", sagte Huerta.

Falko Malessa

21. The WTO kills people - kill the WTO. Globale Aktion gegen "Frei-Handel" und Welthandelsorganisation

Globale Aktion gegen "Frei-Handel" und Welthandelsorganisationen

Autor: Stefan Armborst, Tom Kucharz · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:42

In Genf, einer der geistigen Geburtsstätten des Kapitalismus - aber auch Zufluchtsort von Rousseau, Voltaire und Lenin, versammelten sich vom 18. bis 27. Februar über 350 Delegierte aus ca. 90 Ländern. Das Spektrum der Anwesenden war sehr breit gefächert: Basisgruppen aus dem Frauen-, Umwelt-, Studierenden- und Kulturbereich, Bauern-, Arbeiter- und Indigena-Organisationen, VertreterInnen von Alternativmedien und Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen und Besetzerkollektiven.

Uns erwartet ein "heißer" Konferenzfrühling, der unter der Ägide von WTO, Internationalem Währungsfond, Weltbank, G-7, OECD, EU und anderen regionalen Integrations- und Freihandelsverträgen eine neue weltweite Deregulierungs- und Privatisierungsoffensive einleitet. Als Beispiele seien hier das "Multilaterale Abkommen über Investitionen" (MAI), das Wirtschaftsabkommen zwischen EU und Mexiko und die Europäische Währungsunion genannt. Die 1. Konferenz von "Peoples Global Action against ‚Free Trade` and WTO" (PGA) hat deutlich gemacht, daß nur eine globale Allianz des Widerstands immer mehr Menschen ermutigen und mobilisieren kann, sich von den Marktgesetzen und von der Sucht nach privatem Profit zu befreien.

Im Entwurf der politischen Selbstverständniserklärung, die von den 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus aller Welt über drei Tage hinweg diskutiert wurde und jetzt als offenes Dokument weltweit verteilt und unterzeichnet werden soll, heißt es: "Die WTO, der IWF, die Weltbank und andere Institutionen, die die Globalisierung und Liberalisierung vorantreiben, wollen uns glauben machen, daß globale Konkurrenz segensreiche Auswirkungen für alle besitzt. Angesichts der breiten Palette von Forderungen, die in unseren vielfältigen Kämpfen erhoben werden, antworten sie auf eine immergleiche Art und Weise: ‚Fahrt fort, eure menschlichen Bedürfnisse den Bedürfnissen des globalen Marktes unterzuordnen.` Die Konkurrenz zwischen Ländern, Industriezweigen, Regionen und Städten spielt jedoch nur die Menschen gegeneinander aus. Wir haben genug gesehen von dieser inhumanen Philosophie. Wir sagen: ‚Es reicht!` Wir sind es, die die Folgen erleiden müssen. Wir verweigern uns den Prinzipien der Konkurrenz und der Wettbewerbsfähigkeit als vermeintliche Lösungen für die Probleme der Menschheit. Statt dessen unterstützen wir die Prinzipien gegenseitiger Solidarität im Rahmen von Würde, Gleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit."

Ziel ist der Aufbau eines wirksamen Internationalen Koordinierungsnetzes mit dem entschiedenen Willen, neue autonome, demokratische und an den lokalen Interessen der Menschen orientierte wirtschaftliche und soziale Alternativen zu gestalten. Damit die zerstörerische Logik kapitalistischer Durchdringung, Ausbeutung, Enteignung und die dadurch verursachten unsäglichen Leiden beendet werden. "Wir sind uns der Verpflichtung und der Notwendigkeit bewußt, eine neue Welt zu schaffen", heißt es im letzten Abschnitt des Manifests. In den Arbeitsgruppen sowie in vielen informellen Gesprächen wurde wohl den meisten TeilnehmerInnen bewußt, wie produktiv und hilfreich es sein kann, voneinander zu lernen, sich gegenseitig zuzuhören und ganz neue Erkenntnisse und Perspektiven zu gewinnen. Wie? Durch die gemeinsame Reflexion, die gemeinsame Aktion und das gemeinsame Feiern. Nichts symbolisiert besser die "Produktivität" dieses Dreiklangs als die bewegende, kämpferische, bunte und rhythmenreiche Demonstration am 25. Februar, die für Stunden den Verkehr in Genf lähmte und so den politischen Willen der PGA-Konferenz hinausposaunte. Am WTO- Gebäude ging die Polizei gewaltsam gegen DemoteilnehmerInnen vor, um zu verhindern, daß diese der WTO eine Resolution überbringen konnten.

Widerstand weltweit

"The WTO kills people - kill the WTO!", schrien alle so energisch, daß es von den Fenstern der Globalisierungsstrategen zurückschallte. Mit dem gleichen Slogan kündigten Delegierte der "National Alliance of Peoples Movements for Just and Sustainable Development" (Indien) an, daß am 18. Mai, dem Tag des Beginns der 2. Ministerialkonferenz der WTO in Genf, sich mehr als eine halbe Million Menschen aus Protest gegen Vertreibung, soziale und ökologische Zerstörung, Ausbeutung und Repression auf den Straßen Indiens

zusammenfinden werden. Für den gleichen Tag kündigt das Weltforum der Ernte- und Fischereiarbeiter Aktionen in 35 Ländern an. Gleichzeitig werden die TextilarbeiterInnen aus Bangladesch an diesem Tag in einen landesweiten Streik treten, um gegen die WTO zu demonstrieren. Das offizielle WTO-Treffen, das eine neue Runde von Verhandlungen und weit über die Uruguay-Runde hinausgehende Handelsliberalisierungen einleiten soll, wird nicht in Ruhe gelassen werden. Es sind die vielfältigen Aktionen am Konferenzort selbst, die von einem breiten städtischen Bündnis getragen werden. Zum Beispiel soll zu den derzeit 60 besetzten Häusern in Genf am 18. Mai noch eines hinzukommen: Mit internationaler Beteiligung soll ein Haus besetzt werden, daß dann u.a. als Koordinierungsbüro für die PGA dienen soll. Es wird alles versucht werden, um es den WTO-Delegierten so schwierig wie möglich zu machen, sich in der Stadt zu bewegen. Schwerpunkt bleiben aber die dezentral auf dem Globus stattfindenden Aktionen. Ein auf dieser PGA-Konferenz ausgewähltes Presseteam wird den internationalen Medienvertretern ein authentisches Bild aller weltweit stattfindenden Protest- und Widerstandsaktionen vermitteln. Die Genfer Konferenz von PGA, die von einer Reihe von Roundtable-Gesprächen und Koordinationstreffen begleitet wurde, stand im Zeichen der kontinentübergreifenden Verknüpfungen. So wollen Vertreter aus der Ukraine vom 8. bis 11. Mai in Kiew gegen die Jahrestagung der "Europäischen Bank für Entwicklungs- und Wiederaufbau" (EBRD) vorgehen. Dazu suchen sie dafür mit ihnen solidarische Menschen und Gruppen, die gleichzeitig vor der Bankzentrale in London sowie in den anderen europäischen Vertretungen Präsenz zeigen. Koordiniert wurde auch eine Internationale Kampagne gegen das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) sowie gegen die Ölmultis. Ein Vertreter der argentinischen Erziehungsgewerkschaft CETERA rief dazu auf, am 2. April, dem Jahrestag des Beginns eines rotierenden Hungerstreiks der argentinischen LehrerInnen gegen die von der Weltbank auferlegten Budgetkürzungen und Privatisierungen im Erziehungssektor des Landes, Zeichen der Solidarität zu setzen. Weltweit mobilisiert die Bauern-Koordination "Via Campesina" am 17. April zu Aktionen für Ernährungssicherheit, Rechte der Kleinbauern und genetische Vielfalt sowie gegen "Freihandel" und Agrarmultis. Die 70 VertreterInnen aus Lateinamerika beschlossen die gemeinsame Mobilisierung gegen den amerikanischen Freihandelsgipfel vom 15.-18. April in Santiago de Chile. Die Teilnehmer aus dem afrikanischen Kontinent - eine ganze Reihe von VertreterInnen konnten wegen nicht erteilter Visa nicht anwesend sein - betonten die Forderung nach einer Allianz zwischen technischer Entwicklung und kultureller Identität und nach endgültiger Streichung der Auslandsverschuldung. Viele Organisationen haben ihre Unterstützung bei der Entschuldungskampagne "Erlaßjahr 2000" zugesichert.

Was passiert in Europa?

Globalisierung hat Namen und Adressen. Diese gilt es aufzudecken und öffentlich zu machen. Das von Eurobürokraten, Nationalbanken und industriellen Lobbygruppen geschmiedete EU-Projekt ist das Projekt der Globalisierung für Europa. Der Vorschlag der spanischen "Anti-Maastricht-Bewegung", sich am 1. Mai dezentral in alle Demos zum "Tag der Arbeit" einzumischen, um die am selben Tag im Wirtschafts- und Sozialrat der EU (ECOFIN) hinter verschlossenen Türen und im kleinen Kreis der Elite stattfindende Entscheidung über die Zugehörigkeit zum Euro zu verurteilen, ist als gesamteuropäische Aktionsperspektive ebenso interessant wie der EU-Alternativgipfel vom 9. bis 12. Juni in Cardiff. Die Idee ist, europaweit - nach französischem Vorbild - gleichzeitig mehreren Orten Arbeitsämter, Handelsministerien, Börsen und Medienzentren zu besetzen bzw. zu blockieren. Mitglieder französischer Arbeitsloseninitiativen fahren am 5. März ohne Ticket mit dem Zug in Richtung Deutschland los, um mit den Leuten dort gemeinsam gegen die Arbeitslosigkeit zu protestieren und um zusammen als gemeinsames Zeichen der Solidarität an den großen Sozialdemos in Brüssel sowie in Paris, Rennes und in anderen französischen Städten am 7. März teilzunehmen. Eine Fahrradkarawane mit internationaler Beteiligung will vom 2. bis zum 16. Mai die Strecke von der zukünftigen "Eurobankstadt" Frankfurt zum WTO-Sitz in Genf zurücklegen, um die Verknüpfung von EU-Projekt und weltweiter Deregulierung deutlich zu machen. Es existiert ein Aktionskalender der internationalen "A Seed-Gruppen", der die verschiedenen Kampagnen gegen die EU-Konferenzriege in diesem Frühjahr und deren politischen Inhalte unter dem Titel "Hot Spring" zusammenfaßt und bündelt. Es geht darum, "normale" Arbeitsprozesse zu stören und sie in Frage zu stellen: ISDN-Leitungen von Zeitungen zu unterbrechen oder Großmärkte zu blockieren. Am 16. Mai werden weltweit in mehreren Städten "Global Street Partys" nach dem Vorbild von "Reclame the Streets" in London stattfinden, um gegen den Autowahn, die zunehmende Umweltzerstörung und für die Rückgewinnung sozialer Räume einzutreten. Während dieser Aktionen soll die Anti-WTO-Kampagne thematisiert werden.

Politische Einschätzung

Die Aktionskonferenz war der Anfang einer länder- und regionenübergreifenden Koordinierung des Widerstands gegen die kapitalistische Globalisierung. In den regionalen Koordinationstreffen Lateinamerikas sowie der USA bzw. Kanadas wurden regionale Folgekonferenzen der Peoples Global Action (PGA) beschlossen. Es ist geplant, die eigenen politischen Inhalte in eine Sprache zu bringen, die auch den Selbstorganisationsansätzen der Marginalisierten und Ausgeschlossenen der Überflußgesellschaften zugänglich ist. Hilfreich dazu wird das PGA-Bulletin sein, was jeden Monat neu über die Widerstände weltweit informieren soll und regional in den jeweiligen Sprachen verbreitet wird. Erstellt wird es von einem Komitee, das aus Organisationen aller Kontinente besteht und auf der Konferenz in Genf gewählt wurde. Dieses Komitee wird die wichtige Aufgabe haben, das Netzwerk von Peoples Global Action bis zur nächsten Konferenz zu koordinieren, die Informationsarbeit abzudecken und die nächste Konferenz vorzubereiten. Das Treffen in Genf zeigte: Es ist etwas in Bewegung. Die Menschen, die sich dort versammelten, verfolgen eine konfrontative Strategie, keine reformistische. Das bedeutet, eine frontale Haltung gegen die internationalen Institutionen und Transnationalen Konzerne einzunehmen und nicht nur Papierberge und Laberrunden zu produzieren. Ziviler Ungehorsam und lokale Alternativen stehen deshalb stellvertretend für den Grundkonsens der PGA. Zum ersten Mal hat sich ein "formeller" Rahmen gebildet für eine weltweite Koordination, um sich gemeinsam gegen die unmenschlichen Machtverhältnisse zur Wehr zu setzen. Er ist entstanden auch im Zusammenhang mit den beiden Interkontinentalen Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus - die von der EZLN vorgeschlagen wurden. Die erste Konferenz von PGA war dafür eine gelungene Aktion, trotz einiger Schwächen. Jetzt kommt es darauf an, wirklich zusammenzuwirken. Oder, wie ein Delegierter aus Indien auf die Frage eines Journalisten antwortete, ob es weiterhin solche Treffen geben werde: "Wir werden so lange weitermachen, bis die WTO tot ist." Dieses Zitat nahm die linke Tageszeitung "Le Courrier" (Genf) auf , die regelmäßig über PGA berichtete, um das Resultat der Konferenz zu formulieren, und es soll auch für uns der treffende Abschluß sein.

Stefan Armborst und Tom Kucharz

Homepage: http://www.agp.org. Weitere Informationen: Zeitung YA BASTA c/o Oiz, Kreuzstraße 7, 01057 Dresden, email: gtrabajo@hotmail.com oder webmaster@agp.org.

22. Politiker, Polizisten und Killer. "Susurluk- Report" soll Verbindungen aufdecken

Autor: Jan Keetmann · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:44

Ein Autounfall in der Nähe des westtürkischen Ortes Susurluk am 3. November 1996 brachte es ans Tageslicht: Es gibt sie doch, die immer wieder bestrittenen Verbindungen zwischen Politikern, Polizisten, Drogenhändlern und staatlich bezahlten Killern. In dem Unfallauto saß außer Abdullah Ç atli (ein seit 18 Jahren international gesuchter rechtsradikaler Killer), Hüseyin Kocadag (früherer Chef der Anti-Terror-Abteilung der Istanbuler Polizei und danach Leiter der Polizeiakademie) sowie Gonca Uz (eine türkische Schönheitskönigin, der Geheimdienst- und Mafia-Connections nachgesagt wurden), die alle drei ums Leben kamen, auch der Parlamentsabgeordnete Sedat Bucak, der den Unfall überlebte. Im Kofferraum des Mercedes befanden sich Kokain, Schußwaffen mit Schalldämpfern (für Attentate geeignet), Abhör-Wanzen und jede Menge gefälschte Pässe (siehe auchak 398 und 404). Seitdem taucht immer wieder die Frage auf, was diese illustre Runde mit dem Inhalt des Kofferraumes vorhatte. Der im Auftrag von Ministerpräsident Mesut Yilmaz erstellte "Susurluk-Report" sollte nun die Hintergründe aufklären und die Öffentlichkeit beschwichtigen. Mesut Yilmaz hatte nach Fertigstellung des Reports im Januar 1998 erklärt, er werde den Report veröffentlichen, soweit er keine Staatsgeheimnisse enthalte. Daraufhin wurden einige Seiten aus dem Report herausgenommen. Eine offizielle Veröffentlichung des Reports gibt es trotzdem bis heute nicht. Statt dessen sickerten Kopien an JournalistInnen durch, aus denen seitdem in der türkischen Presse zitiert wird. Eine dieser zensierten Kopien liegt auch dieser Dokumentation zugrunde.

Über den Anfang der mit dem Wort Susurluk umschriebenen Ereignisse heißt es in dem Report: "Der Beginn der Ereignisse von Susurluk ist vielleicht in einem Satz der damaligen Ministerpräsidentin Tansu Ç iller versteckt. ‚Die Liste der Geschäftsleute, die die PKK unterstützen, ist in unserer Hand.`" Das war im November 1993. Im Sommer hatte Ç iller - kurz nach ihrem Amtsantritt als Ministerpräsidentin - Mehmet Agar nach Ankara geholt und ihn zum obersten Polizeichef gemacht. Unter ihm sollte die Polizei bei der Bekämpfung der PKK, die vorher hauptsächlich Sache des Militärs war, eine aktivere Rolle übernehmen. Es wurde eine besondere Polizeitruppe gebildet, die "Spezialteams". 8.400 Mann bekamen eine spezielle Ausbildung und besondere Bewaffnung. 2.000 Mann schieden später wieder aus dieser Truppe aus. Die Spezialteams wurden in Gruppen zu je 20 Mann eingeteilt. Bei vielen Vorfällen im Zusammenhang mit Susurluk waren Leute aus den Spezialteams beteiligt, viele davon waren ehemalige PKK-Kämpfer, die nach ihrer Festnahme die Seite gewechselt hatten.

Die neue Truppe und andere Sicherheitskräfte gingen nun verstärkt und außerhalb aller gesetzlichen Regelungen auch gegen nicht kämpfende mutmaßliche Unterstützer der PKK vor. Z. B. waren in Istanbul der Geschäftsmann Behcet Cantürk und die Zeitung Özgür Gündem Ziele solcher Angriffe. Der Report gibt zunächst eine "Geheimdienstinformation" über Behcet Cantürk wieder: "Er gehörte zu den Leuten, die am 16.6.1983 einen armenischen Terroranschlag auf den geschlossenen Bazar in Istanbul organisierten. (...) Im April 1992 brachte er sechs Tonnen Morphinbase und fünf Tonnen Haschisch aus Pakistan in die Türkei. (...) 1992 gehörte er zu denen, die Özgür Gündem finanzierten ..." Dann fährt der Report fort: "Diese spezielle Information dürfte ausreichen, um die Persönlichkeit der genannten Person genügend aufzuklären. Aber obwohl klar war, wer er war und was er tat, wurde der Staat mit Cantürk nicht fertig. Da die legalen Wege nicht ausreichten, wurde die Zeitung Özgür Gündem mit Plastiksprengstoff in die Luft gejagt, während man nun erwartete, daß Cantürk sich dem Staat unterwerfen würde, war die genannte Person dabei, eine neue Niederlassung zu errichten. Deshalb wurde von der türkischen Polizeiorganisation beschlossen, Cantürk zu töten. Und der Beschluß werde vollstreckt.` So wurde von der Liste, von nahezu 100 Personen, von der die Ministerpräsidentin gesagt hatte, ‚die Liste der Geschäftsleute, die die PKK finanzieren, ist in unseren Händen` eine Person ausgestrichen. In die Diskussion, ob es richtig war, Behcet Cantürk zu töten oder nicht, ob es notwendig war oder nicht, mischen wir uns nicht ein."

Anders als über Behcet Cantürk spricht der Report über den Journalisten und Publizisten Musa Anter, der 1992 im Alter von 74 Jahren in Diyarbakir auf der Straße erschossen wurde. Zunächst nennt der Report die Namen von vier getöteten Kurden, darunter den des 1991 ermordeten Politikers Vedat Aydin: "Sie machten Aktionen, die mit der Einheit und Ganzheit des Landes unvereinbar waren, (und) sie hatten eine harte Strafe

verdient. Bei dem, was gemacht wurde, gab es unter uns (1) nur bezüglich der Form und der Konsequenzen der Durchführung Differenzen. Es war jedoch festzustellen, daß wegen der Tötung Musa Anters - diejenigen eingeschlossen, die alle Ereignisse billigten - Reue empfunden wurde. Musa Anter war nicht mit bewaffneten Aktionen befaßt, er beschäftigte sich eher mit der Philosophie der Sache. Die Wirkung, die sein Tod hervorbrachte, überstieg seine eigene Wirkung, und es wurde gesagt, daß die Entscheidung, ihn zu töten, falsch war. Es wurden auch andere Journalisten getötet."

Nach diesem Satz fehlt eine Seite. Nach der fehlenden Seite setzt der Report mitten in einer Aussage von Ibrahim Babat ein. Babat war 1996 wegen einer anderen Sache ins Gefängnis gekommen. Seine Aussage gegenüber der Untersuchungskommission bezieht sich auf den Nachrichtendienst der paramilitärischen Polizeitruppe Jandarma, genannt JITEM: "... darauf vertrauend ging ich nach Diyarbakir. Inzwischen ließ man sich unter dem Dach des JITEM auf einen illegalen Zustand ein. Wir hatten die Befugnis, jeden in Diyarbakir und Umgebung, den wir verdächtigten, er hätte Beziehungen zur PKK, sofort zu töten. Die Leute wurden festgenommen, es wurde festgestellt, ob sie schuldig waren, und anstatt sie der Justiz zu übergeben, hatten wir uns eine Tötungsmethode nach Art der Morde mit unbekanntem Täter zueigen gemacht. Das war es, was man von uns wollte, in diese Richtung hatten wir Weisung bekommen. (...)"

Nicht nur weil sie Weisung hatten, mordeten die Sicherheitskräfte. Interessant ist der Fall des Mahmut Yildirim, bekannter unter seinem Codenamen "Yesil" ("Grün"). Yesil ist die Person, die am häufigsten im Susurluk-Report genannt wird. An zwei Stellen wird auch auf seine Motivation eingegangen. Zitat aus einer Aussage: "Yesil sagte seinen Leuten ständig, er mache diese Dinge schon 23 Jahre und, daß die Leute, die er töte und töten lasse, Kommunisten seien. In dieser Weise drückte er allen Leuten, die getötet werden sollten, den Stempel auf, sie seien Kommunisten und wusch so die Gehirne der um ihn versammelten Überläufer und anderen Personen."

An anderer Stelle wertet der Report den Gegensatz zwischen dem strengen Islam der schafiitischen Richtung und der liberaleren alewitischen Glaubensrichtung als Motiv: "Yesil war schafiitischer Kurde. Diese Gruppe sieht die alewitischen Kurden als ihren schlimmsten Feind. Yesil, der von Kindheit an in dieser Atmosphäre geatmet hatte, wandte sich nicht nur für Gewinn, wegen Erpressungsgeld und dergleichen Begierden, sondern auch aus religiösen Motiven gegen alewitische Kurden." Das Bindeglied zwischen beiden Aussagen ist die Tatsache, daß Alewiten in der türkischen und der kurdischen Linken immer stark vertreten waren. Auch Yesil hatte ein eigenes Konto eingerichtet, auf das Erpressungsgelder gezahlt werden, und nicht nur er bereicherte sich nebenher. Der Report resümiert: "Die in der Region (kurdisches Gebiet, jk) Diensttuenden betrachteten das Leben und das Eigentum der PKK-Terroristen als etwas, das zu nehmen rechtmäßig ist."

Die Sicherheitskräfte raubten ihre Opfer häufig aus, und einige nützten ihre Macht für Erpressungen. Eine Methode war es, im Namen der PKK und unter Verwendung von beschlagnahmten Stempeln dieser Organisation "Steuern" einzutreiben.

Zu denen, die diese Methoden im großen Stil betrieben, gehörte Abdullah Ç atli. Ç atli war in den 70er Jahren zweiter Vorsitzender der "Idealisten-Clubs", einer faschistischen Jugendbewegung, die auch als "Graue Wölfe" bekannt sind. Ç atli wurde seit 1978 wegen mehrerer Morde gesucht. Er war zwischenzeitlich in der Schweiz wegen Drogenhandels im Gefängnis, brach dort aber aus. Verwickelt war er in das Attentat auf Johannes Paul II. (1980) und sehr wahrscheinlich auch in einen Putschversuch in Aserbaidschan (1995). (2) Abdullah Ç atli leitete in den 90er Jahren eine Firma, die lukrative Staatsaufträge erhielt. Er verkehrte in der Cafeteria des türkischen Parlaments und betrieb wie gewohnt Erpressung und Mord. Manchmal ging es dabei wohl auch um die Ausschaltung von Konkurrenz.

Ein solcher Fall könnte der Mord an Ömer Lütfü Topal gewesen sein. Topals Name wurde mehrfach von gefaßten Drogenkurieren genannt. Topal besaß einen turkmenischen Diplomatenpaß. Ihm gehörten in der Türkei, Turkmenistan, Aserbaidschan und auf Türkisch-Zypern insgesamt 17 Spielsalons. Der Report veranschlagt seine täglichen Einnahmen mit über drei Mill. Dollar. Weiter heißt es über Topal: "Die Verbindungsleute zur Polizei und dem MIT (türk. Geheimdienst, jk) waren keine Mafiaorganisation nach amerikanischem Typ. Sie waren um ein paar Haudegen versammelt, die mit 10, 20, 40, 50 Leuten eine Bande gebildet hatten, die Bestechungen machten, Zwang gebrauchten, die mit Wissen der staatlichen Institutionen viele illegale Sachen taten (...) Aber eine mit dem Staat ein Ganzes bildende, in die Institutionen des Staates integrierte Struktur, die unter den regionalen Gouverneuren, den Polizeipräsidenten, in Regierung und

Parlament genügend mit ihr verbundene Mitglieder hat und quasi in die Lage gekommen ist, diesen Leuten Befehle geben zu können, bestand nicht. Die Person, die bei dieser Sache in der Geschichte der Republik am weitesten fortgeschritten war, war Ömer Lütfü Topal."

Obwohl der Report betont, daß Topal sicher nicht die PKK unterstützte, gerät er unter Druck: "Im Mai 1996, in der Zeit als Mehmet Agar Justizminister war, wird er plötzlich in einem Nachrichtenmedium erwähnt. Es heißt, daß Mehmet Agar bezüglich Topal ein Dossier über kurdische Gesinnung angelegt und die notwendigen Befehle erteilt habe."

Topal gerät in Aufregung. Schließlich werden "von Ankara 17 Mill. Dollar verlangt". Topal zahlt, aber anscheinend wird das Geld von den Überbringern unterschlagen. Jedenfalls wird Topal ermordet. Drei tatverdächtige Polizisten werden festgenommen. Alle drei gehören zum Personenschutz von Sedat Bucak und werden freigelassen. Der Report zitiert dazu einen Polizisten: "Unsere Vorgesetzten hatten Angst, und wir haben sie unter dem Vorwand, Ankara habe sie angefordert, uns vom Halse geschafft." Später werden auf einem Magazin am Tatort die Fingerabdrücke von Abdullah Ç atli identifiziert.

Drei Monate nach dem Mord an Topal fährt bei dem Ort Susurluk ein Mercedes mit überhöhter Geschwindigkeit auf einen einbiegenden Lastwagen. Im Wagen sitzen der Abgeordnete Sedat Bucak, der als einziger überlebte, Hüseyin Kocadag, Gonca Uz und der seit 18 Jahren mit Haftbefehl gesuchte Abdullah Ç atli. Außer verschiedenen Waffen fanden sich in dem Wagen auf Ç atli unter einem falschen Namen ausgestellte Papiere, darunter ein Polizeiausweis, ein Diplomatenpaß, ein normaler Waffenschein und ein Dokument, auf dem stand: "Dokument über die Erlaubnis Waffen zu tragen für Sicherheitsexperten. Es wird gebeten behilflich zu sein." Dieses Dokument trug die Unterschrift des damaligen Innenministers Mehmet Agar.

Mit dem Unfall von Susurluk haben nach Meinung des Reports dann auch die danach benannten Vorfälle aufgehört: "Was ist Susurluk? Vom November 1996 an haben die Morde mit unbekanntem Täter wie mit dem Messer abgeschnitten aufgehört. Das ist Susurluk."

An einer anderen Stelle wird das Ende von Susurluk anders diskutiert: "Wer kann einer ‚Hinrichtungsgruppe` den Befehl geben? Wer kann eine solche Gruppe bilden? Zu welchem Zweck kann dieses System in Gang gesetzt werden? (...) Im Gebiet im Ausnahmezustand war diese Befehlskette bis zu Wachtmeistern, Hilfskommissaren und, was noch wichtiger ist, bis zu Leuten, die gestern noch als Terroristen agierten und anderen die kurz davor standen, straffällig zu werden. 1996 hat die Armeekorpskommandantur (3), um jede Art von Regellosigkeit zu beenden, dieser Willkür beim Töten von Menschen bis zu einem gewissen Punkt vorgebeugt."

Weiter heißt es über die Tötung eines pensionierten, hohen Offiziers durch Leute aus dem Sicherheitsapparat: "Daß Cem Ersever und seine Freunde Opfer eines Mordes mit unbekannten Tätern in Ankara wurden, ist ein Beispiel, welches beweist, daß Dimensionen erreicht waren, die nicht Nutzen, sondern Schaden für die Allgemeinheit hervorbrachten."

Drei Wochen nach dem Unfall von Susurluk reiste Yesil zusammen mit drei anderen Personen nach Beirut aus. Sie hatten Diplomatenpässe und verließen das Flugfeld durch den VIP-Ausgang. Danach verliert sich die Spur von Yesil, ein Gerücht besagt, er sei tot.

Am Ende des Reports wird betont, daß es nicht Aufgabe der Untersuchungskommission war, durch Befragungen gerichtsverwertbare Beweise zu liefern, sondern daß hauptsächlich offizielle Dokumente aus Archiven ausgewertet werden. Das Ziel sei gewesen, dem Ministerpräsidenten Material an die Hand zu geben, um Maßnahmen zu ergreifen. Dazu werden 27 Vorschläge gemacht. U.a. wird empfohlen eine Koordinationsgruppe bei der Generaldirektion der Polizei zu bilden und eine besondere Kronzeugenregelung zu verabschieden sowie eine Reihe spezieller Untersuchungen anzustellen.

An dieser Stelle kann man sich fragen, warum in einer Untersuchung erst weitere Untersuchungen vorgeschlagen werden müssen und warum nicht gleich, wie es ein Parlamentsausschuß vorher mit einigem Erfolg getan hatte, statt größtenteils in Akten zu wühlen, Verantwortliche auch regelrecht vernommen wurden. Deniz Baykal, Vorsitzender der sozialdemokratischen Oppositionspartei CHP, warf deshalb Yilmaz Verzögerungstaktik und den Versuch, die Geschehnisse zu- statt aufzudecken, vor.

Der Bericht enthält kaum Belege, nennt meist weder Namen noch Quellen und geht an vielen Stellen auch bekannten Ereignissen nicht weiter nach. Z. B. ist bekannt, daß Mehmet Agar einem Mann Namens Yasar Öz ähnliche Papiere wie Abdullah Ç atli, also ebenfalls einen Diplomatenpaß und einen Waffenschein "für Sicherheitsexperten", ausstellte. Yasar Öz wurde später vom FBI in New York gestellt, als er versuchte, für 1,2 Mill. Dollar 20 kg Heroin zu verkaufen. Der Report beschäftigt sich nicht weiter mit dem Fall. Statt dessen enthält er einige völlig allgemein gehaltene Passagen, darüber, wie Herstellung, Schmuggel und Vertrieb von Drogen organisiert sind.

Ganz offensichtlich ist der Versuch zu vertuschen auch bei dem zeitlichen Rahmen, den der Report den Ereignissen überstülpt. Sicherlich hatte Ç illers Auftritt im Istanbuler Hotel Holiday Inn im November 1993, bei dem sie die oben zitierten Worte über die kurdischen Geschäftsleute sprach, eine besondere Bedeutung wie auch die Ernennung Mehmet Agaes zum obersten Polizisten einige Monate davor. Doch der Mord an Vedat Aydin wurde zwei Jahre davor verübt, die Morde an den Journalisten begannen im Frühjahr 1992 mit der Ermordung zweier Journalisten innerhalb einer Woche. 1991 war allerdings nicht Ç iller, sondern schon einmal Mesut Yilmaz Kabinettschef, und 1992 war es der jetzige Staatspräsident Süleyman Demirel. Außerdem läßt der Report völlig außer acht, daß die staatskriminelle Karriere von Leuten wie Abdullah Ç atli und Mahmut Yildirim, alias Yesil, bereits in den 70er Jahren begann.

Der Susurluk-Report weist zu recht mehrmals darauf hin, daß das bewußte Wegschauen und Vertuschen durch staatliche Stellen selbst ein wesentliches Element der Ereignisse um Susurluk ist. So gesehen ist allerdings auch der Susurluk-Report selbst ein Teil von Susurluk.

Jan Keetmann

Anmerkungen:

1) Dem Report ist nicht zu entnehmen, auf wen sich dieses "unter uns" genau bezieht.

2) An einem Vorfall aus Ç atlis Leben hängt auch die vieldiskutierte Verbindung zwischen Susurluk und Gladio. 1982 reiste Ç atli aus Südamerika in die USA ein. Im gleichen Flugzeug saß Stefano delle Chiae, genannt "Il Coccolo", der 1970 versuchte, die italienische Regierung zu stürzen und als Chef der NATO-Struktur "Gladio" in Italien galt.

3) Vermutlich ist nicht die Armee, sondern die parallel organisierte Polizeitruppe Jandarma gemeint.

23. Tödliche Barriere. Südgrenze der USA ähnelt einer Free Fire Zone (Interview mit Roberto Martinez)

Rubrik: US-Imperialismus; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:09

Nach dem Inkrafttreten des NAFTA-Abkommens über eine Freihandelszone zwischen Kanada, den USA und Mexiko dürfen sich Waren und Kapital zwischen den Länder weitgehend frei bewegen. Für die Menschen gelten andere Gesetze. In Tijuana, der größten mexikanischen Grenzstadt zu den USA, warten Tausende MexikanerInnen in Elendsvierteln auf eine Gelegenheit, der Armut zu entfliehen und die Grenze zu den USA zu überqueren. Doch für sie ist die Grenze eine oft tödliche Barriere. Sonderprogramme der Grenzpolizei wie Gatekeeper, Guardian oder die Verstärkung der Grenzanlagen um eine dreifache Mauer sollen den Strom der Flüchtlinge aufhalten, den die schwerste Wirtschaftskrise in Mexiko seit 60 Jahren in Gang gesetzt hat. In San Diego, der Grenzstadt auf der US-Seite, interviewten Dario Azzellini und Boris Kanzleiter im September 1997 Roberto Martínez. Er ist Direktor des American Friends Service Committee, einer Organisation, die Menschenrechtsverletzungen an den MigrantInnen dokumentiert und ihnen Hilfe leistet.

Die Behörden der USA richten an der Grenze zwischen den USA und Mexiko Befestigungsanlagen auf, die uns an die Berliner Mauer erinnern. Welche Auswirkung hat die Politik der US-Regierung, sich gegen die Hunderttausende von Armutsflüchtlingen aus dem Süden abzuschotten?

Wir haben gemeinsam mit der Universität Houston eine Studie verfaßt, aus der hervorgeht, daß von 1993-1996 1.185 Leute an der Grenze umgekommen sind. Das schlimmste Gebiet war die Region San Diego mit 193 Toten in diesem Zeitraum. 1997 sind allein bis September 60 Personen hier gestorben. Es ist eine sehr gefährliche Grenze.

Spezialoperationen wie etwa Gatekeeper drängen die Leute vom Grenzgebiet zwischen Tijuana und San Diego weiter nach Osten, nicht nur in die Wüste, sondern auch in die Berge, in eine Region, die an einigen Punkten bis beinahe 2.000 m ansteigt. Viele MigrantInnen sterben beim Versuch, die Grenze zu überqueren aufgrund der extremen Temperaturen. In der Wüste steigt die Temperatur im Sommer bis auf 49 Grad Celsius, sogar in den Bergen steigt sie noch auf 44 Grad. Im Winter aber sinkt sie dort unter den Gefrierpunkt, es schneit ab 700 m Höhe. Die MigrantInnen, die aus Mexiko und Zentralamerika kommen, wissen nicht, daß nicht das gesamte Grenzgebiet Flachland ist. Sie denken, daß alles wie in Texas und Arizona aussieht. Im Dezember, Januar und Februar, wenn es schneit, haben sie keine Chance, weil sie normal angezogen kommen. Und im Sommer nehmen sie oft kein Wasser mit, sie wandern manchmal tagelang ohne Wasser. Wir haben zum Teil Gruppen von fünf oder zehn Personen gefunden, alle tot.

Doch die Kontrollen sollen weiter verschärft werden. Es gibt momentan eine Gesetzesvorlage im Kongreß, die vorsieht, 10.000 Soldaten an die Grenze zu verlegen. Sie stammt aus Ohio. Das kann verheerend für die Grenzregionen werden. Gemeinden wie die unsere würden komplett vom Militär besetzt werden. Bereits jetzt patrouillieren in San Isidro Helikopter, die Nationalgarde und die Grenzpolizei. Es ist bereits beschlossen worden, daß in den nächsten drei Jahren jedes Jahr 35 neue Helikopter an der Grenze entlang bis nach Miami eingesetzt werden. In Miami leben ja auch viele MittelamerikanerInnen und MexikanerInnen.

Wir haben an der Grenze zwischen Tijuana und San Diego bereits jetzt Soldaten gesehen ...

Das waren Nationalgardisten, sie unterstehen nationalen Autoritäten und sind Zivilisten, die eine bestimmte Zeit in der Armee dienen. Die Nationalgarde wird durch die US-Army ausgebildet und trägt ihre Uniformen, ist aber eine Art zivile Miliz mit nationalen Befugnissen. Es handelt sich um eine sehr komplizierte und komplexe Rechtslage. Ihre Hauptfunktion ist eigentlich, die Zollbehörden bei der Drogenfahndung an der Grenze zu unterstützen, aber sie fahren auch mit Autos der Grenzpatrouille herum, nehmen MigrantInnen fest und übergeben sie der Grenzpatrouille.

Während der letzten Wahlkampagne propagierten Demokraten und Republikaner in Kalifornien eine härtere Politik gegen die ImmigrantInnen. Wie hat sich die Stimmung in der weißen Bevölkerung verändert?

Es ist unter Politikern sehr populär, MigrantInnen als Sündenböcke zu benutzen, und das reicht hundert Jahre weit zurück. Viele Politiker fahren an die Grenze, deuten nach Mexiko und sagen, daß es angeblich eine Invasion aus Mexiko gebe, daß die MexikanerInnen den Steuerzahler Millionen Dollar kosten würden, daß sie

für die Kriminalität verantwortlich seien und so weiter. Der kalifornische Gouverneur Pete Wilson kandidierte auf dieser Plattform für die Präsidentschaft, scheiterte damit allerdings. Aber viele Politiker agieren ähnlich. Sie versuchen, politische Karriere zu machen, indem sie Gesetze verabschieden, die beispielsweise 5.000 zusätzliche Grenzpolizisten und einen dreifachen Grenzzaun vorsehen.

Menschenrechtsorganisationen in Mexiko weisen auf das brutale Verhalten der US-Grenzpolizei hin. Nehmen die Menschenrechtsverletzungen durch US-Behörden mit der Verschärfung der Gesetzeslage und dem weiteren Aufbau der Grenzbefestigungen zu?

In den 80er Jahren gab es eine Spezialeinheit, die sich jeweils zur Hälfte aus regulärer Polizei und Grenzpatrouille zusammensetzte. Eigentlich bestand ihre Aufgabe darin, die MigrantInnen vor Verbrechen zu schützen, denn sie werden oft überfallen und ausgeraubt, auch durch ihre eigenen Leute. Aber diese Einheit verletzte und erschoß mehr MigrantInnen als Banditen, so daß sie schließlich 1989 aufgelöst wurde. Sie schossen praktisch täglich auf MigrantInnen, töteten von 1984 bis 1989 mindestens 40 Personen und verletzten mindestens dreimal so viele, darunter ein Dutzend Kinder zwischen 12 und 16 Jahren. Die letzten Erschießungen erfolgten 1993, als drei MigrantInnen von der Grenzpatrouille umgebracht wurden. Seitdem hat es zwar keine Erschießungen mehr gegeben, aber Mißhandlungen und Vergewaltigungen stehen auf der Tagesordnung, etwa ein Dutzend Personen sind täglich davon betroffen.

Die Menschenrechtsverletzungen, die wir zur Zeit erfahren, gehören zu den schlimmsten. Wir stellen immer mehr Vergewaltigungen von Frauen durch die Grenzpolizei und den INS (Immigration and Naturalization Service) fest. Kürzlich wurden drei Grenzpolizisten und INS-Agenten zu Strafen zwischen 25 Jahren und lebenslänglich wegen Vergewaltigung und einer wegen Entführung und Vergewaltigung von Migrantinnen verurteilt. Wir erleben zunehmend Verstöße gegen den vierten Verfassungsartikel, also illegale Durchsuchungen. Sie schlagen Türen ein, durchsuchen Wohnungen ohne Durchsuchungsbefehl, verhaften und schlagen Leute überall im Landkreis, aber auch in anderen Teilen des Landes. Wir sehen immer öfter körperlichen und psychologischen Mißbrauch, wie Folter in den Verhaftungszentren. Dort müssen die Männer nackt in den Zellen stehen, während der Nacht werden die Klimaanlagen so kalt wie möglich gestellt, und tagsüber, während der Hitze des Tages, machen sie alles aus. Das sind alles Formen psychischer Folter.

Viele illegalen MigrantInnen schaffen es trotz der Abschottungspolitik zumindest vorübergehend, Arbeit in den USA zu finden. In welchen Sektoren arbeiten sie, und wie sind ihre Arbeitsbedingungen?

Zunächst ist anzumerken, daß die beiden Hauptfaktoren, die die Leute Richtung Norden in die USA ziehen, Arbeit und Familienzusammenführung sind. Viele von ihnen haben Jobs, die auf sie warten: in der Landwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe. Viele arbeiten in der Produktion, sie gehen nach Los Angeles. Viele gehen Richtung Osten, nach Florida und New York, aber wir bekommen auch Anrufe aus dem mittleren Westen, aus Nebraska, Ohio und Wyoming, wo die MigrantInnen in Fleisch- und Wurstfabriken arbeiten. Das ist dort ein großer Industriezweig. Die meisten wollen wegen der starken Präsenz der Migrationspolizei und anderer Polizeieinheiten nicht im Grenzgebiet bleiben. Sie ziehen es vor, weiter nach Norden, nach Los Angeles, San Francisco, Central Valley zu gehen. Viele arbeiten in Oregon und Washington in der Apfelindustrie. In der Region von San Diego arbeiten die meisten im Hotel- und Gaststättengewerbe sowie in der Kleinindustrie. Dort verdienen sie mehr, und die Jobs sind längerfristig. Gleichzeitig sind sie aber auch größeren Gefahren, z.B. Razzien durch die Migrationspolizei, ausgesetzt. In der Landwirtschaft sind hier in der Region San Diego weniger als 10% der MigrantInnen tätig, viele davon Indígenas aus Guatemala. Sie bilden die größte Gruppe in der Landwirtschaft, der Rest sind Indigenas aus den armen südlichen Staaten Mexikos, wie Chiapas und Oaxaca. Die meisten sind SaisonarbeiterInnen, die kommen und gehen, viele haben Greencards und können ein- und ausreisen. Sie leben meist in den Armenstadtteilen von Tijuana, gleich über der Grenze auf der mexikanischen Seite und fahren jeden Tag rüber, da es für sie zu teuer ist, dort zu leben, wo sie arbeiten. Oft bekommen sie auch nicht genug Arbeit, um sich eine Wohnung leisten zu können. Manchmal tun sich mehrere zusammen, um eine Wohnung zu mieten. Die meisten wohnen in MigrantInnen-Camps, in ärmlichen Verschlägen mit vier Pappwänden oder in Höhlen, wo immer sie Platz finden. Manche leben auch einfach wie Obdachlose im Freien.

Wie wirkt sich der Rassismus gegen die MexikanerInnen auf das Alltagsleben in Kalifornien aus?

Er spaltet die Gesellschaft, er hetzt Nachbarn verschiedener Hautfarben gegeneinander auf. Diese Operationen, wie Gatekeeper hier in San Diego oder Blewing up in Süd-Texas, zwingen die Leute, 60 Meilen östlich von San Diego die Grenze zu überqueren und in Privatland einzudringen. Die AnwohnerInnen bewaffnen sich und schießen auf die MigrantInnen. Es hat viele Fälle gegeben, in denen MigrantInnen angeschossen oder zusammengeschlagen wurden. Es hat viele sogenannte Haß-Verbrechen gegeben. Die Geschichte solcher Übergriffe reicht bis in die 70er Jahre zurück. MigrantInnen, die als WanderarbeiterInnen tätig sind, wurden oft erschossen. Sie sind ein leichtes Ziel, sie leben unter freiem Himmel, bewegen sich viel draußen. Hier weiter im Norden, in Fallbrokes, hat der White Arian Resistance - WAR (Weißer Arischer Widerstand), ehemals Ku-Klux-Klan, seinen Sitz. Dieser ist für viele Erschießungen von MigrantInnen verantwortlich, ich habe auch schon einige Morddrohungen von ihnen bekommen. Ebenso vom Ku-Klux-Klan und den Milizen. In San Diego gibt es jetzt auch eine Miliz, die mir kürzlich zwei Morddrohungen zugeschickt hat, da ich die Regierung und Grenztruppen usw. kritisiert habe.

In Orange-County existiert eine Gruppe namens American Spring (Amerikanischer Frühling), in der Nazis, Nazi-Skins und Klan-Leute organisiert sind. Sie kamen bewaffnet und mit Baseballkeulen hier zur Grenze gefahren und griffen die MigrantInnen an, die die Grenze überquerten. Wir haben allerlei Gegendemonstrationen organisiert und viele Auseinandersetzungen mit ihnen gehabt, bis sich die Polizei und Grenztruppen entschieden haben, gegen sie vorzugehen, so daß sie nun nicht mehr kommen.

In Ihrer persönlichen Lebensgeschichte spiegelt sich die Geschichte der Diskriminierung wider ...

Ich bin in der fünften Generation US-Bürger. Meine Familie kommt aus Texas, sie waren schon dort, bevor eine Grenze gezogen wurde. Die Grenze wurde 1848 nach dem Krieg mit Mexiko markiert nachdem der Vertrag von Guadelupe Hidalgo zwischen den USA und Mexiko abgeschlossen wurde, in dem Mexiko über die Hälfte seines Territoriums an die USA abgab. Das heißt, den ganzen Südwesten: Texas, Arizona, Kalifornien, Nevada, Idaho und Teile Oregons. Alle MexikanerInnen, die sich auf dieser Seite der Grenze befanden, als der Vertrag abgeschlossen wurde, wurden automatisch US-BürgerInnen. Der Vertrag garantierte ihnen Landrechte, kulturelle Rechte und das Recht auf ihre Sprache. Aber kaum war der Vertrag unterzeichnet, kamen US-Siedler, die den MexikanerInnen das Land raubten. In diesem Prozeß wurden MexikanerInnen nach Mexiko vertrieben, erschossen, getötet, gelyncht, erhängt und die Frauen vergewaltigt. Es gab damals Massaker an Mexikanern, die denen an den Indianern während der Indianerkriege ähnelten.

Leute wie ich, die sich als Chicanos verstehen und nicht als Mexikaner oder US-Bürger, akzeptierten nicht, wie wir behandelt wurden. Obwohl ich ein US-Staatsbürger bin, wurden mir die Bürgerrechte verweigert. Es war üblich, daß ich geschlagen und ins Gefängnis eingesperrt wurde, nur aufgrund meines Aussehens. Was wir heute in bezug auf Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen sehen, ist für Leute wie mich nach 150 Jahren institutionalisiertem Rassismus und institutionalisierter Gewalt überhaupt nichts Neues. Kalifornien hat eine der schlimmsten Geschichten. In den 30er Jahren wurde begonnen, alle MexikanerInnen zu jagen und zu deportieren, die man finden konnte. Wie heute schob man die Schuld für die Arbeitslosigkeit, die Kriminalität und alle möglichen sozialen sowie wirtschaftlichen Probleme irgendeinem Sündenbock in die Schuhe, den sie finden konnten.

Alle zehn Jahre wiederholten sich diese Wellen. In den 40ern und 50ern, als ich jung war, und von der Schule nach Hause, zu meiner Freundin oder in die Innenstadt lief, nahmen sie mich fest und wollten mich deportieren. Sie haben mich sogar auf der Arbeit festgenommen. Aber da ich gut Englisch sprach, konnte ich mich zur Wehr setzen. Damals existierte keine Bürgerrechtsorganisation wie heute, ich konnte zu niemand gehen und niemand anrufen. Die Polizei inhaftierte mich einmal pro Woche, verprügelte mich, brachte mich ins Gefängnis und ließ mich dort für ein oder zwei Tage. Dies ging so lang, bis ich fast 20 Jahre alt war, heiratete und wegzog in ein anderes Stadtviertel von San Diego. Aber dort erwarteten mich schon Ku-Klux-Klan-ähnliche Leute, die in mein Haus einbrachen, die Wände mit Hakenkreuzen beschmierten und mich aufforderten, die Stadt zu verlassen. Aber ich kämpfte und blieb mit meiner Familie dort, und bald kamen andere MexikanerInnen und organisierten sich. Es war immer ein Kampf für Leute wie uns.

Nur aufgrund unseres Aussehens, unserer Sprache und Kultur wurden uns gleiche Rechte verwehrt. Und wir kämpfen noch immer dieselbe Schlacht. Und weil wir noch immer die zahlenmäßig größte Gruppe sind - es leben über 25 Mio. Latinos in den Vereinigten Staaten, über zehn Mio. davon in Kalifornien - werden wir zu Sündenböcken gemacht.

24. Medizin gegen die Menschlichkeit. NS-Ärzte werden zu angesehenen Medizinern, die Opfer werden vergessen

Autor: at. · Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:12

Im September 1952 starb der Arzt Hermann Stieve. In einem Nachruf auf Stieve führte der Gynäkologe Prof. W. Stoeckel aus: "Er war der revolutionäre Anatom unseres Faches ... ein waidgerechter, die Schönheit von Wald und Wild freudig genießender Jäger... Es ist unsere Pflicht und unsere Freude, sehr dankbar an ihn zu denken und sehr stolz darauf zu sein, daß er der Unsere war". Und der Pathologe Robert Rössle: "Als leidenschaftlicher Jäger holte er sich seine Objekte aus manchen Ländern Europas. Was er tötete und was die Anatomie ihm bot, machte er durch Deutung in Wort und Schrift wieder lebendig." Auch das "einzigartige Untersuchungsgut, wie es in dieser Zahl, Güte und Vollständigkeit noch keinem Forscher zur Verfügung stand" wurde bei dem selben Anlaß, also 1952, von Prof. Benno Romeis gerühmt. Im September 1946 prahlte Stieve selber schon wieder mit der Einzigartigkeit seiner "Objekte": "Zusammen mit Fräulein Laeschke und Künell habe ich die Nebenieren von 421 gesunden Erwachsenen untersucht ... Sie wurden in den ersten Stunden nach dem Tode seziert ... keines der Präparate (wurde) länger als höchstens drei Stunden nach dem Tode fixiert". Bei dem Untersuchungsgut, auf das Stieve "Jagd" machte, handelte es sich um Menschen, um menschliche Leichen.

Stieve war ab 1935 im "Anatomischen und anatomisch-biologischen Institut" der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin beschäftigt. Er forschte an den Opfern der Nazi-Justiz, den Menschen, die in Berlin Plötzensee und im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet wurden. Forschungsgegenstand war unter anderem, wie sich der Angstzustand unmittelbar vor der Hinrichtung auf den Hormonhaushalt und die Keimdrüsenfunktionen der Betroffenen auswirkt.

Im Einzelnen läßt sich sogar nachvollziehen, welche Menschen seziert wurden, welche WiderstandskämpferInnen zu Gewebeschnitten verarbeitete wurden. So stammen zum Beispiel Präparate von Cato Bontjes van Beek, die am 5. August 1943 zusammen mit 15 weiteren WiderstandskämpferInnen in Plötzensee im Alter von 22 Jahren durch das Fallbeil ermordet wurde. Sie hatte an der Erstellung von Flugblättern der Roten Kapelle mitgearbeitet und wurde des Landesverrates für schuldig gesprochen. 1946 veröffentlichte Stieve in einem Aufsatz die "wissenschaftlichen Erkenntnisse" dieser Hinrichtung: "Nach dem die Menstruation elf Monate ausgeblieben war, trat plötzlich im Anschluß an eine Nachricht, die die Frau sehr stark erregte (Anm: gemeint ist hier das Todesurteil), eine Schreckblutung ein. Am folgenden Tag starb die Frau plötzlich durch äußere Gewalteinwirkung ..."

Stieve wurde 1950 in den Beirat der deutschen Gesellschaft für Sexualforschung gewählt, 1952 erschienen wissenschaftliche Veröffentlichungen, die auf seiner Forschung während der NS-Zeit beruhten. 1952 wurde Stieve post mortem die Ehrenmitgliedschaft der Deutschen Gynäkologischen Gesellschaft verliehen.

Ein typisches Beispiel einer deutschen Medizinerkarriere. Eine Beteiligung an Verbrechen oder der Ermordung von Menschen ist dem beruflichen Werdegang in Nachkriegs-Deutschland durchaus nicht hinderlich gewesen, wie Ernst Klee in dem neuen Buch "Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer" darlegt, dem die obengenannten Angaben und Zitate entstammen. Mit diesem Buch, das am 50. Jahrestag des sogenannten Nürnberger Ärzteprozesses erschien ist, hat Klee nach der 1983 erschienen Studie "Euthanasie im NS-Staat" eine weitere umfangreiche Dokumentation zur Rolle der Medizin im deutschen Faschismus erstellt.

Ernst Klee schildert die Rolle der NS-Medizin, die Karrieren der Täter in Ärztekitteln, die PatientInnen, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge zu Menschenversuchen mißbrauchten. Anhand einer detaillierten Quellenaufarbeitung beschreibt er in zehn Buchkapiteln das System der medizinischen Forschung und der untereinander um "Menschenmaterial" konkurrierenden Organisationen: das SS-Sanitätswesen, das SS-Ahnenerbe, die Wehrmacht, und die Kaiser-Wilhelm-Institute (heute Max-Planck-Gesellschaft). Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat die meisten Medizinverbrechen der Nazizeit finanziert.

Die mit 526 Seiten sehr umfassende Studie beruht auf der Aufarbeitung zum Teil neuer Quellen, auf Justizakten und Verhörprotokollen, auf Archivmaterial der KZ-Gedenkstätten und persönlichen Aussagen einiger Überlebender. Sie kann aber trotzdem natürlich nicht vollständig sein. Sehr hilfreich sind das Personen- und Sachregister, die einen schnellen Überblick ermöglichen.

Freiheit der Forschung radikal umgesetzt

Das oben beschriebene Beispiel ist mir besonders nahe gegangen, dies wohl aus dem Grund, weil es überhaupt noch nachempfunden werden kann. Viele der anderen Beispiele, in denen Klee die Unmenschlichkeit der Mediziner belegt, sind (selbst beim Lesen) nicht zu ertragen. Daß Mediziner die Rolle von Schlächtern übernahmen, ist gut vorstellbar; das Ausmaß und die Durchführung der die Menschen bis zum Tode quälenden Versuche sind es kaum. Klee räumt endgültig mit der Vorstellung auf, die immer noch weit verbreitet ist, daß Ärzte gezwungen oder unter Druck gesetzt wurden und dann taten, was man (die Nazis) von ihnen verlangte. Bestimmend für das Handeln waren der eigene Forscherdrang und das Interesse an der eigenen Karriere. Während der zwölf Jahre NS-Herrschaft konnten deutsche Ärzte ungehindert das tun, was sie immer schon wollten und schon lange vor dem Faschismus gefordert hatten. "Der Großteil der Täter waren keine Nazis. Sie haben die Versuche praktiziert, weil ihnen erstmals unbegrenzt Menschen zur Verfügung standen. Menschen wurden wie Meerschweinchen verbraucht. Die Freiheit der Forschung wurde hier radikal umgesetzt", so Ernst Klee in einem Interview (taz, 22./23.11.97). Es wurde alles durchgeführt, was möglich war, die Schranken einer Moral oder Ethik waren aufgehoben, nachdem die Opfer als rassisch, sozial oder ökonomisch minderwertig und lebensunwürdig abqualifiziert worden waren. Klee weist nach, daß die Elite der deutschen Medizin an den Verbrechen beteiligt war oder davon Kenntnis hatte.

Klee weist an Beispielen nach, daß die Medizin in den KZs nahezu ausschließlich der Ausrottung der Häftlinge diente. Die KZ-Ärzte haben nicht Menschen behandelt, sondern die Selektion der Häftlinge durchgeführt, Mißhandlungen, Folter und Hinrichtungen überwacht. Sie haben auch selber Ermordungen durchgeführt, z.B. durch das "Abspritzen", das Töten durch Injektionen. Auch inhaftierte Mediziner oder Medizinstudenten wurden als Häftlingsärzte eingesetzt. Viele von ihnen standen den KZ-Ärzten an Grausamkeit nicht nach, sie handelten zum Teil sogar noch "perfekter". Die polnischen Häftlinge Alfred Stössel und Mieczyslaw Panszczyk sollen beispielsweise in Auschwitz 10.000 bis 12.000 Mitgefangene mit Spritzen getötet haben.

Einige der KZ-Ärzte wurden von den Allierten zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Mehrzahl der abgetauchten oder begnadigten KZ-Ärzte ließ sich aber, wie Klee recherchierte, als praktische Ärzte nieder. Klee führt z.B. einen Dr. Hans Einsele auf, der 1945 sowohl im Dachau-Prozeß als auch im Buchenwald-Prozeß zum Tode verurteilt wurde. 1952 kam er frei und erhielt - mensch kann es kaum glauben - in München eine Kassenzulassung. Klee veröffentlicht eine bisher wohl einmalige Liste von KZ-Ärzten, sie umfaßt 266 Mediziner und kann damit sicher trotzdem nicht vollständig sein. In zahlreichen Fußnoten schildert er den weiteren Werdegang dieser Ärzte.

Ärzte waren aber auch bei der Erfassung von Menschengruppen nach rassistischen bzw. "rassenbiologischen" Gesichtspunkten beteiligt. Robert Ritter beispielsweise hatte sich zur Aufgabe gestellt sämtliche "Zigeuner" in Deutschland zu erfassen. Die Mediziner haben, als Forschung getarnt und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert, Menschen flächendeckend erfaßt und sie somit der späteren Vernichtung preisgegeben. Auch die Anträge für diese "Forschungen" sind wohl über den Schreibtisch des Fachspartenleiters Medizin der DFG, Prof. Ferdinand Sauerbruch, gegangen. Der 1951 verstorbene Chirurg gilt auch heute noch als einer der angesehensten seines Standes. Sauerbruch hat in seinem autobiographischen Roman "Das war mein Leben" unter dem Stichwort Drittes Reich nur eine Anekdote zu bieten: Er habe einem befreundeten jüdischen Arzt die Flucht in die Türkei ermöglicht. Sauerbruch gliedert sich damit in die Reihe der deutschen Biedermänner ein, die behaupten, nichts gewußt zu haben, für nichts verantwortlich zu sein - nein, im Gegenteil, sogar Einzelnen geholfen zu haben. In der Realität war er - wie Klee eindrucksvoll belegen kann - an der Zustimmung zu allen Menschenversuchen, die von der DFG finanziert wurden, beteiligt. Und Menschenversuche bedeutet hier Versuche an Menschen, deren Tod nicht nur in Kauf genommen wurde, sondern deren Tötung, deren Sterbeprozeß gerade Untersuchungsgegenstand war.

In einem dieser DFG-geförderten Projekte war Prof. Otto Schaltenbrand federführend. Ab 1940 versuchte Schaltenbrand, Menschen künstlich mit Multipler Sklerose anzustecken, in dem er PsychiatriepatientInnen den Liquor von MS-infizierten Affen injizierte. Diese Versuche endeten vorzeitig. Die Opfer wurden in die

Gaskammern deportiert. Im 1948 erfolgten Gerichtsverfahren wurde Schaltenbrand in mehreren Aussagen von Ärtze-Kollegen bescheinigt, daß es "bei keinem der durchgeführten Menschenversuche zu einer durch das Experiment bedingten nachfolgenden Erkrankung gekommen" sei. Wie auch, wenn Schaltenbrands Versuchsopfer noch während der Versuchsreihe abtransportiert und vergast worden sind. Schaltenbrand - ein weiteres Beispiel für eine gelungene Karriere - wurde nach dem Krieg einer der führenden Neurologen und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Neurologie. 1953 übernahm er den Vorsitz des Ärztlichen Beirats der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft.

Wie sehr die durchgeführten Versuche von dem bestimmt wurden, was als notwendig und dem angeblich "höheren Ziel" dienend erachtet wurde, wird in dem Kapitel zu den Menschenversuchen der Wehrmacht deutlich. Hier wurde Forschung betrieben, die für kriegsrelevant gehalten wurde. In den sogenannten Höhentod- und Kältetod-Versuchen wurden die Opfer wissenschaftlich begleitet ermordet. Die Luftwaffe untersuchte den Sterbeprozeß bei Einwirkung von Unterdruck und sauerstoffarmer Luft. Ziel dieser Versuche war, die Belastbarkeit von Fliegern herauszufinden. Die Folgen: Krämpfe, Lähmungen, Blindheit, Wahnsinn, Tod. Den gestorbenen oder noch sterbenden Menschen wurden die Organe zur medizinischen Untersuchung entnommen. Diese Versuche wurden an ausgewählten, möglichst noch gesunden, kräftigen KZ-Häftlingen in Dachau ausgeführt. Auch die Kältetod-Versuche, bei denen die Überlebensfähigkeit in kaltem Meerwasser, mit und ohne schützendem Fliegeranzug, untersucht wurde, fanden im KZ-Dachau statt. Verantwortliche dieser Versuche - wie Hubertus Strughold, 1935 Professor und Leiter des Luftfahrtmedizinischen Forschungsinstitutes des Reichsluftfahrtministeriums - wurden nach 1945 vom amerikanischen Geheimdienst gezielt "abgeworben". Strughold wurde z.B. zum texanischen Fliegerhorst gebracht und konnte dort seine Erfahrungen in die US-Weltraumforschung einbringen.

Viele Täter dieser Unmenschlichkeiten sind mittlerweile in Amt und Würden verstorben, leider zumeist eines natürlichen Todes: Wenige wurden bestraft oder hingerichtet. Jetzt können viele von ihnen - auch nach der gründlichen Recherchearbeit Klees - nicht mehr der gerechten Strafe zugeführt werden. Aber die mangelnde Bestrafung scheiterte auch vorher nicht an fehlendem Wissen: Sie wurde nicht nur nicht politisch gewollt, sondern die in den Versuchen gewonnenen Kenntnisse sollten gezielt weiter genutzt werden, wie u.a. das Abwerben von Forschern zur NASA oder die steilen Karrieren im eigenen Land belegen. Auch verschwand belastendes Material aus den KZs schon bald wieder in den Archiven der verantwortlichen Firmen z.B. bei Hoechst, Bayer und den Behring-Werken (FR, 8.8.97).

Ansätze der Justiz, die Verbrechen der Ärzte zu verfolgen und zu ahnden, scheiterten auch daran, daß sich die Kollegen gegenseitig sogenannte Persilscheine ausstellten, sich gegenseitig ihre Unschuld bescheinigten oder die Menschenversuche verharmlosten und zum Beispiel als "notwendige Therapiemaßnahmen" an den "PatientInnen" deklarierten. Auch dies ein Aspekt, den Klee immer wieder mit Fakten belegen kann.

Dieses Herangehen ist bis heute üblich, nicht nur im Umgang mit den Tätern, sondern auch den Opfern gegenüber. Überlebende der sogenannten Deserteursversuche, in denen die Haut der Opfer verbrannt und die betroffenen Hautstücke später zur Untersuchung herausgeschnitten wurden, wurden verhöhnt. Klee beschreibt, daß eines der Versuchsopfer, Thomas Bardy, vom Bundesministerium der Finanzen (für die Entschädigung von NS-Verbrechen zuständig), die Antwort bekam: "Medizinische Versuche, wie sie von Ihnen ... geschildert wurden, sind nach amtlichen Unterlagen nicht im Lager Auschwitz ... durchgeführt worden. Die Krankheitserscheinungen, über die Sie heute noch klagen, können daher keine Folgen eines von Ärzten angeordneten und in seinen Ergebnissen verwerteten medizinischen Experiments sein. Es erscheint vielmehr wahrscheinlich, daß es sich in Ihrem Falle um therapeutische Maßnahmen gehandelt hat."

In einem anderen Verfahren wird behauptet, "daß die Folgen von Menschenversuchen nach sieben Jahren in der Regel abgeklungen" seien, mit den geschilderten Spätfolgen nicht mehr zu rechnen sei. Die Opfer werden weiter gedemütigt oder für Verrückt erklärt. Es wird behauptet, daß die von ihnen durchlittenen Versuche nie stattgefunden haben.

Sprachliche Ausrutscher

Einer meiner größten Kritikpunkte an dem vorliegenden Buch ist der Zynismus, mit dem berichtete wird; Klees sprachlicher Umgang mit den Opfern. So rutscht Klee in eine relativierende und beleidigende Sprache ab, wenn er von Versuchskaninchen, Versuchstieren oder Menschenmaterial schreibt - wohl gemerkt ohne

Anführungsstriche -, gemeint sind jeweils die Opfer der Menschenversuche. Sätze wie "Wie viele der Versuchskaninchen ums Leben gekommen sind, ist unbekannt" ziehen sich durch das gesamte Buch. Klee baut mit dieser Wortwahl eine Distanz auf, die das Schreiben und auch das Lesen zwar leichter machen kann, aber völlig deplaziert ist.

Auffallend ist bei der Durchsicht der genutzten Quellen, daß Klee anscheinend nicht oder höchstens am Rande auf vorherige Studien - zum Beispiel von Götz Aly, Susanne Heim, Gerhard Aumüller, Angelika Ebbinghaus, Gerhard Baader oder Karl-Heinz Roth - zurückgegriffen hat. So bleibt auch nicht ganz durchschaubar, was wirklich neu ist. Sicher ist aber, daß in der wissenschaftlichen Primärliteratur, in der die Mediziner ihre Versuchsergebnisse veröffentlicht haben, noch viel Ungeheuerliches schlummert.

Klee trägt mit dem vorliegenden Buch auf jeden Fall dazu bei, die Verbrechen der NS-Mediziner aufzuarbeiten und bekannt zu machen. Welchen Stellenwert dem Buch beigemessen wird, zeigt unter anderem die Reaktion der DFG-Pressesprecherin, die sich kurz nach Erscheinen genötigt sah, daraufhinzuweisen, daß die DFG zur Zeit an einer eigenen Studie arbeite, die diesmal auch die Zeit während des Faschismus kritisch betrachte.

at.

Ernst Klee. Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer. 526 Seiten, 58 DM, S. Fischer Verlag, ISBN 3-10-039306-6

25. Die Republik von Salò. Zur Geschichte des Faschismus, Teil 6: "Neubeginn" und Untergang

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:03

Die Legende lebt, und nicht nur in Italien: Mit der im September 1943 ausgerufenen "Sozialrepublik" (RSI) hätten die italienischen Faschisten an ihre "revolutionären" Ursprünge angeknüpft, den moralischen Verfall des Regimes hinter sich gelassen und eine Art "Republik der kleinen Leute" geschaffen. Träger dieser Legende waren und sind zum einen die Faschisten selbst, u.a. der langjährige MSI-Sekretär Almirante, seinerzeit Staatssekretär im Kultur- und Propagandaministerium; zum anderen bürgerliche Historiker wie Renzo De Felice, aber auch Politiker aus der Linken wie Parlamentspräsident Luciano Violante (PDS), die heute zur nationalen Versöhnung aufrufen.

Nach den "45 Tagen" seit Mussolinis Sturz wurde am 8. September 1943 der Waffenstillstand verkündet, den die Badoglio-Regierung mit den Westalliierten ausgehandelt hatte. Deutsche Truppen besetzten über Nacht den größten Teil des Landes. Die anglo-amerikanischen Streitkräfte hatten Sizilien erobert und setzten am 3. September auf das Festland über; weitere alliierte Truppen landeten bei Tarent und Salerno. Italien war geteilt: Zwei Drittel hielten die Deutschen besetzt, das südliche Drittel kam unter alliierte Militärverwaltung. Am 9. September flohen König Vittorio Emanuele III. und Ministerpräsident Badoglio in den befreiten Süden, wo sich 400.000 italienische Soldaten den Alliierten ergaben. Weitere 600.000 italienische Soldaten, die meisten auf dem Balkan stationiert, wurden von den Deutschen gefangen genommen und im Reich interniert.

Der weitere Verlauf des Krieges wird in diesem Artikel nur gestreift (wesentliche Daten siehe Kasten); der Kampf der Resistenza soll in einem späteren Artikel dargestellt werden. Hier geht es vor allem um die Repubblica Sociale Italiana (RSI), die faschistische "Sozialrepublik" von deutschen Gnaden. Deren designierter Regierungschef, Benito Mussolini, wurde seit Anfang September in einem Skihotel auf dem Gran Sasso (nahe Pescara) gefangen gehalten. Um seine Befreiung am 12. September 1943 rankt sich bis heute die von Goebbels geschaffene Legende, SS-Offizier Skorzeny hätte den Duce quasi im Alleingang und unter Einsatz seines Lebens gerettet. Tatsächlich waren an dem Unternehmen fast 100 deutsche Soldaten beteiligt; italienische Gegenwehr gab es nicht, und statt des riskanten Anflugs auf den Gran Sasso hätte man Mussolini auch per Seilbahn abholen können.

Das Comeback des Duce

Die Aktion hatte vor allem propagandistischen Wert. Mussolini, über Wien nach München gebracht, war nach eigenen Aussagen "müde und krank" und mußte zunächst wieder "in Form gebracht" werden. Schon am 14. September, zwei Tage nach seiner Befreiung, flog er ins "Führerhauptquartier" Wolfsschanze bei Rastenburg in Ostpreußen. Ein Rückzug ins Privatleben, über den er während seiner Gefangenschaft nachgedacht hatte, stand nicht zur Debatte. Ob Mussolini eine Rückkehr in die Politik hätte verweigern können, ist umstritten. Filippo Anfuso, der im September 1943 zum Botschafter in Berlin ernannt wurde, behauptet in seinen Erinnerungen (1), Mussolini sei von Hitler zum Mitmachen erpreßt worden: Wenn er sich weigere, werde Italien wie Feindesland behandelt und unter deutsche Militärverwaltung gestellt. Daraufhin, schlußfolgern Renzo De Felice und andere Apologeten des Faschismus, habe Mussolini mitgemacht, um Schlimmeres zu verhindern - "in der Überzeugung, dies sei die einzige Möglichkeit, sich in den Dienst des Vaterlandes zu stellen." (2)

Selbst unterstellt, bei Mussolinis Comeback habe "Patriotismus" als Motiv eine Rolle gespielt - entscheidend war, daß ein faschistischer Staat nur weiterbestehen konnte, wenn Deutschland den Krieg gewann. Hitler versprach denn auch, Italien werde "nach dem Endsieg ... wieder in alle seine früheren Rechte eingesetzt werden" - vorausgesetzt, "daß der Faschismus zu neuem Leben erweckt und jeder Verräter seiner gerechten Strafe zugeführt wird." (3) Hitler seinerseits brauchte den Begründer des Faschismus vor allem, um den Durchhaltewillen der Deutschen zu stärken. Daß der Neuaufbau einer schlagkräftigen italienischen Armee unwahrscheinlich war, hatte Hitler in einer Rundfunkansprache am 10. September als nebensächlich heruntergespielt: "Der Ausfall Italiens bedeutet militärisch nur wenig." (4)

Angebote, ja dringende Bitten der faschistischen Führer, ein italienisches Heer aufstellen zu dürfen, wurden von deutschen Stellen mehr oder weniger schroff zurückgewiesen. Sie hielten die Aufstellung einer - aus

deutscher Sicht - "vertrauenswürdigen" italienischen Streitmacht nach den Erfahrungen des "Verrats" vom 8. September schlicht für unmöglich. Erst auf hartnäckiges Drängen Mussolinis wurden aus den im Reich internierten italienischen Soldaten vier Divisonen, insgesamt 16.000 Mann, zusammengestellt und von der Wehrmacht für die Entscheidungsschlacht ausgebildet. Die massenhafte Weigerung der Wehrpflichtigen, sich einziehen zu lassen, und die zunehmenden Desertionen bereits Eingezogener ließen das deutsche Mißtrauen berechtigt erscheinen.

Persönlich enttäuscht war Hitler über die politische Schwäche des Faschismus. Schon bei seinem Antrittsbesuch am 14. September 1943 mußte sich Mussolini Hitlers Vorhaltungen anhören, auf die er keine Antwort wußte: "Was war das für ein Faschismus, der sich wie Schnee in der Sonne auflöste? Jahrelang habe ich meinen Generälen garantiert, der Faschismus wäre der sicherste Verbündete für das deutsche Volk. Ich wollte mich nie von meinem Mißtrauen gegen die Monarchie leiten lassen; auf Ihren Wunsch ist von meiner Seite nie etwas getan worden, um die Anstrengungen zu behindern, die Sie zum Vorteil des Königs unternommen haben. Ich muß gestehen, daß wir Ihre Haltung in dieser Frage nie verstanden haben." (5) In der Tat hatte sich der von den Faschisten proklamierte "totalitäre Staat" als Propagandaformel erwiesen - auch wegen des Weiterbestehens der Monarchie und des königlichen Privilegs, den Regierungschef zu ernennen und zu entlassen.

"Neubeginn" unter deutscher Aufsicht

Für Durchhalteappelle an seine Landsleute schien Mussolini immerhin noch brauchbar. In seiner ersten Rede über Radio München rief er sie zu den Waffen, um die "Schmach" des 25. Juli auszulöschen und Italien den ihm zustehenden "Platz in der Welt" zurückzugeben. Gleichzeitig kündigte er die Gründung der italienischen Sozialrepublik (Repubblica Sociale Italiana - RSI) an: "Bauern, Arbeiter und kleine Angestellte, der Staat, der unter ungeheuren Mühen entsteht, wird der eure sein, und als solchen werdet ihr ihn gegen jeden verteidigen, der von unerträglichen Rückschritten träumt." (6)

Große Mühen kostete allerdings allein schon die Bildung der neuen Regierung. Die Opportunisten waren abgetaucht, bekannte Persönlichkeiten kaum aufzutreiben. Der 71jährige Feldmarschall und "Kriegsheld" Rodolfo Graziani konnte nur mit einigem Druck dazu bewegt werden, das Kriegsministerium zu übernehmen. Die übrigen Minister waren kaum bekannt und zeichneten sich vor allem durch Servilität gegenüber ihren deutschen Auftraggebern aus. Das gilt insbesondere für Innenminister Buffarini Guidi, der von SS-Standartenführer Dollmann für diese Schlüsselstellung ausgesucht wurde. Als "Macher" der neuen Regierung galt neben Parteisekretär Pavolini auch der "Reichsbevollmächtigte", Botschafter Rudolf Rahn, Hitlers Statthalter in Italien.

So war schon an der Auswahl und Berufung der Minister erkennbar, daß es sich um eine reine Marionettenregierung handelte. Viele Italienerinnen und Italiener waren darüberhinaus überzeugt, daß Mussolini gar nicht mehr am Leben sei. Dem Ansehen der faschistischen "Republik" besonders abträglich war die Tatsache, daß sie keine Armee, keine Hauptstadt, keine Verfassung und kein klar definiertes Staatsgebiet besaß. Die deutschen "Operationszonen" im Norden und Nordosten des Landes wurden de facto vom Deutschen Reich annektiert. Die Macht im "Alpenvorland" (mit den Provinzen Bozen, Trento und Belluno) und im "Adriatischen Küstenland" (Friaul, Gorizia, Triest und Teile Jugoslawiens) lag bei den Gauleitern Hofer und Rainer. Den Reichsbevollmächtigten Rahn kostete es einige Mühe, auf beide mäßigend einzuwirken, um das Prestige der italienischen Regierung nicht noch weiter zu untergraben. In einem Bericht an das deutsche Außenministerium schrieb Rahn: "Bei sämtlichen Verordnungen der Gauleiter steht grundsätzlich die Frage zur Diskussion, ob mehr oder weniger verhüllt die Annexion dieser Provinzen zum Ausdruck gebracht werden soll. Meines Erachtens sollte dies der Zeit nach dem Sieg vorbehalten bleiben." (7)

Mächtigster Mann neben Rahn war der SS-General Karl Wolff; beide zusammen waren, wie Giorgio Bocca treffend schreibt, "Mussolinis Gefängniswärter und zugleich die Säulen seiner Macht." (8) Die Wehrmachtstruppen standen unter dem Oberbefehl der Feldmarschälle Rommel (im Norden) und Kesselring (im Süden). Blitzkrieger Rommel, der bis heute als "Widerstandskämpfer" verehrt wird, tat sich beim Abtransport italienischer Soldaten ins Reich besonders hervor. Den ihm unterstellten Soldaten suchte er per Befehl die "sentimentalen Hemmungen gegenüber den Badogliohörigen Banden in der Uniform des ehemaligen Waffenkameraden" auszutreiben. (9)

Kesselring, der nach Rommels Versetzung an die Westfront alleiniger Oberbefehlshaber im besetzten Italien wurde, galt zunächst als vergleichsweise "moderat". Wegen der unter seinem Kommando begangenen Kriegsverbrechen wurde er 1947 in Italien zum Tode verurteilt, dann begnadigt und aus der Haft entlassen. In seinen Memoiren mit dem bezeichnenden Titel "Soldat bis zum letzten Tage" rechtfertigte er die Massaker an der Zivilbevölkerung als notwendige "Repressalien" im Kampf gegen die Partisanen. (vgl. ak 394)

Regierungsgeschäfte am Gardasee

Die Deutschen verfolgten mit ihrer Besatzungspolitik mehrere Ziele. Vor allem sollte der Vormarsch der Alliierten zumindest aufgehalten werden. Neben der kriegsentscheidenden "Wunderwaffe" war das Auseinanderbrechen der Anti-Hitler-Koalition die letzte Hoffnung, Zeitgewinn also von größter Bedeutung. Darauf setzte auch Mussolini, der allerdings mit der Italien dabei zugedachten Rolle keineswegs zufrieden sein konnte: Das Land sollte dem Reich die dringend benötigten Arbeitskräfte, aber auch Industriegüter und sogar Nahrungsmittel liefern. Die Ausplünderung wurde organisiert von der Hauptabteilung Rüstung und Kriegsproduktion (RuK) unter dem Kommando von Kriegswirtschaftsminister Speer und nahm gigantische Ausmaße an. Zusammen mit eigenmächtigen Plünderungen durch deutsche Truppen schädigten sie das Ansehen der Besatzungsmacht und der republikanischen Regierung zusätzlich.

Mussolini blieb nichts anderes übrig, als vor den unerwünschten Nebenwirkungen dieser Art Besatzungspolitik zu warnen. Auch die elenden bis mörderischen Lebensbedingungen der nach Deutschland verschleppten Soldaten ("Militärinternierten") und zivilen ArbeiterInnen, insgesamt etwa 800.000 Menschen, beklagte er vergeblich. Seine Einmischungen in die Politik waren unerwünscht. Mit Bedacht hatten die Deutschen einen "Regierungssitz" ausgesucht, der ihnen vollständige Kontrolle über jeden Schritt Mussolinis ermöglichte: das Örtchen Gargnano am Ostufer des Gardasees. Daß sein "Staat" bis heute unter dem Namen Republik von Salò bekannt ist, hat einen schlichten Grund: In dem 15 km von Gargnano entfernten Salò befand sich das Außenministerium; von dort aus schickten die Pressevertreter ihre Meldungen ("Salò, den soundsovielten ...") hinaus in die Welt. Die übrigen Ministerien waren über etliche andere Städte verstreut, bis hin nach Bergamo, Verona und Venedig.

Von den in Rom ansässigen Regierungsbeamten kamen nur die wenigsten der Aufforderung nach, zum Arbeitsantritt am Gardasee zu erscheinen. Die Region füllte sich vielmehr mit faschistischen Funktionären und ihren Familien, mit deutschen Soldaten und SS-Männern. Mussolini, unter ständiger Beobachtung, verbrachte seine Tage mit Audienzen, Tennis, Besuchen bei seiner Geliebten Clara Petacci und Artikelschreiben. Vor allem die täglich bis zu sieben Stunden in Anspruch nehmenden Gespräche mit Parteifunktionären, deutschen Würdenträgern und allerhand Bittstellern, vermutet Erich Kuby, hätten "ihm das Gefühl vermittelt, er regiere noch." (10) Es sind allerdings auch Äußerungen überliefert, die belegen, daß er sich seiner Ohnmacht bewußt war.

Weniger für ihn und seine Regierung als für die deutsche Besatzungsmacht war von Bedeutung, daß das Gebiet der RSI sich über die reichsten, industriell am meisten entwickelten und am dichtesten besiedelten Gebiete erstreckte. In den Regionen Piemont, Ligurien, Lombardei, Veneto und Venezia-Giulia lebten mehr als 17 Millionen Menschen. Hinzu kamen etwa 2,6 Millionen in den deutschen Operationszonen.

Die Wiederbelebung der Partei

Da die Regierung keine wirkliche Macht besaß, konnte der Faschismus nur über den Neuaufbau der Partei wiederbelebt werden. Damit sollte zugleich der weitgehend zusammengebrochene Massenkonsens zurückerobert werden. Insbesondere in der Arbeiterschaft hatte der Faschismus kaum noch Anhänger: Er war zum Synonym für militärische Niederlagen, Bombenangriffe, mangelhafte Versorgung und Zwangsarbeit im Deutschen Reich geworden. Durch Rückbesinnung auf die "anti-bourgeoisen", "sozialistischen" Ursprünge der Bewegung wollten die Faschisten neue Opferbereitschaft wecken. Den Massen sollte das Gefühl vermittelt werden, sie selbst würden von ihrer Arbeit und ihrem Widerstand gegen den Vormarsch der Alliierten profitieren - nach dem Sieg an der Seite des deutschen Verbündeten.

Die Partei versprach den Arbeiterinnen und Arbeitern aber auch sofortige Verbesserungen; "Sozialisierung" war das Zauberwort, das die Massen begeistern sollte. Für den Parteikongreß im November 1943 wurde ein 18 Punkte umfassendes Manifest ausgearbeitet, dessen Artikel 12 Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung in Aussicht stellte: "In jedem (industriellen, privaten, halbstaatlichen, staatlichen) Betrieb arbeiten die

Vertretungen der Techniker und der Arbeiter - mittels direkter Kenntnis der Geschäftsführung - eng zusammen bei der gleichen Aufteilung der Gewinne zwischen dem Reservefonds, dem Ertrag des Aktienkapitals und der Gewinnbeteiligung der Arbeiter."

Artikel 12 war der Köder, mit dem die Arbeiter für das - alles in allem keineswegs neue - Programm des Faschismus gewonnen werden sollten: für das Privateigentum, für den starken Staat mit dem "steuerzahlenden Arbeitersoldaten" als Staatsbürger, für den Kolonialismus ("Zusammenarbeit mit den afrikanischen Völkern"), für den Katholizismus als Staatsreligion, für die Entrechtung der Juden, die während des Krieges wie Angehörige von "Feindnationen" zu behandeln seien.

Kernpunkt war die Fortsetzung des Krieges gegen "die versklavende Invasion der anglo-amerikanischen Plutokratien, die das Leben der Italiener noch kümmerlicher und elender machen wollen." (Artikel 18) (11) Daß es um den Kampf bis zum letzten ging, betonte auch Mussolini, der an dem Kongreß nicht teilnahm, in seiner Grußbotschaft: "Wir müssen so schnell wie möglich von einem wehrlosen zu einem kämpfenden Land werden. (...) Das wiederbewaffnete Volk muß unsere Republik, die sozial ist, d.h. faschistisch im ursprünglichen Sinne der Revolution, aus der Taufe heben." (12)

Der Kongreß verlief für Mussolini zutiefst enttäuschend. Der "Geist der Revolution" von 1922 äußerte sich vor allem in Tumulten und Geschrei. Als die Nachricht verlesen wurde, in Ferrara sei ein führender Faschist erschossen worden, konnte Parteisekretär Pavolini einen sofortigen Rachefeldzug der Delegierten nur mit Mühe verhindern. Die kurze Diskussion über die Sozialisierungsforderung des Manifests zeigte die tiefen Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage. Mussolini bezeichnete die Versammlung als "totales Chaos" mit "viel Geschwätz und wenigen klaren Ideen", darunter gar "philo-kommunistischen Tendenzen." (13)

Die Zahl der Parteimitglieder wuchs in den folgenden Monaten zwar auf 487.000 (März 1944), aktiv waren aber nur die wenigsten. Von sich reden machten vor allem halbkriminelle Banden und bewaffnete Gruppen, die in der "Republik der 100 Polizeien" (Bocca) weitgehend autonom agierten. Gedeckt wurden sie von deutschen Besatzungstruppen, die zum Zwecke der Bereicherung mit ihnen zusammenarbeiteten. Lebensmittel, Kunst- und andere Wertgegenstände wurden nach Deutschland und in die Schweiz verschoben, auch der Handel mit Kokain gehörte zu den einträglichen Geschäften.

Formal wurden die Reste der Miliz, der Carabinieri, der Kolonialpolizei, Wehrpflichtige und Freiwillige in der Guardia Nazionale Repubblicana (GNR) unter dem Oberbefehl Renato Riccis zusammengefaßt. Innerhalb eines Jahres desertierte fast die Hälfte der GNR-Truppen, so daß sie im April 1945 nur noch 72.000 Mann unter Waffen hatten. Im Juli 1944 wurden die Brigate Nere gegründet, über die Pavolini das Kommando führte. Auch einige Bataillone und Regimenter der ehemaligen königlichen Armee gruppierten sich neu. Zur Elitetruppe der faschistischen Republik wurde die Decima Mas oder X Mas unter dem Befehl des Fürsten Junio Valerio Borghese, die nach 1945 den Kern der antikommunistischen Konter-Guerilla Gladio bildete.

An der Konkurrenz der einzelnen Polizeitruppen änderte sich dadurch wenig. Der ehemalige Parteisekretär Roberto Farinacci kritisierte das in der von ihm herausgegebenen Zeitung Regime fascista: "Die Republikanische Garde, die Decima Mas, die Schwarzen Brigaden und oft die SS marschieren überall auf eigene Rechnung." (14)

Gegen Kommunisten und Verräter

Bis heute suchen die alten Kämpfer der RSI ihre Taten mit dem Vorwurf zu entschuldigen, nicht sie, sondern die Antifaschisten, insbesondere die Kommunisten, hätten den Bürgerkrieg entfesselt. Richtig ist, daß die Resistenza, der bewaffnete Widerstand, als Reaktion auf den Terror der deutschen Besatzungsmacht ihrerseits zum Angriff überging. Die mehr schlecht als recht bewaffneten antifaschistischen Gruppen hatten im Herbst 1943 nicht mehr als 4.000 KämpferInnen organisiert. Sie erhielten aber schnell Zulauf, vor allem von Soldaten, die sich ihrer Deportation nach Deutschland entziehen wollten.

Ihre bewaffneten Aktionen gegen faschistische Funktionäre werden heute von interessierter Seite als "persönlich motivierte Racheakte" diffamiert; in Wahrheit hatten sie, neben der militärischen Schwächung des Feindes, auch einen wichtigen politischen Effekt: Sie schüchterten die Mitläufer ein und hemmten so den Wiederaufbau der faschistischen Partei.

Bei Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung taten sich neben der SS und deutschen Wehrmachts- und Polizei-Einheiten auch faschistische Sturmtrupps hervor - oft in einer Weise, die selbst Mussolini als "dumm und bestialisch" bezeichnete. Giorgio Bocca schildert eine "Vergeltungsaktion", bei der im Dezember 1943 mitten in Mailand mindestens 5.000 Schüsse abgefeuert wurden - gegen einen einzigen Kommunisten, der den Trauerzug für einen am Vortag getöteten faschistischen Funktionär beschossen hatte.

Nicht nur solche maßlosen "Repressalien" gegen proletarische Wohnviertel trieben den antifaschistischen Gruppen neue UnterstützerInnen zu. Die Ermordung der "Verräter" aus der faschistischen Führung brachte auch Menschen gegen den Faschismus auf, die dem Regime treu gedient hatten. Der deutsche Wunsch, die Palastrevolutionäre des 25. Juli (vgl. ak 411) zu "liquidieren", war Mussolini Befehl. Auch gegenüber seinem Schwiegersohn Galeazzo Ciano kannte er keine Gnade - trotz hartnäckiger Versuche seiner Tochter Edda, das Leben ihres Mannes zu retten. Nach einem grotesken "Prozeß" wurden im Januar 1944 Ciano, der 78jährige Marschall De Bono und drei weitere "Verschwörer" erschossen.

Die Deportation der Juden

Die Verfolgung der Juden kostete den Faschismus weitere Sympathien. Mussolinis 1937 begonnener Versuch, die italienische "Nation" gegen die "fremdrassigen" angesehenen Juden zu einen, war gescheitert. Schon vor dem 25. Juli 1943 waren Juden interniert und zur Zwangsarbeit herangezogen worden. Daß die Faschisten sich - ohne deutsche Besatzungsmacht - mit diesem Grad der Unterdrückung begnügt hätten, ist nicht völlig von der Hand zu weisen, bleibt aber Spekulation. Tatsache ist, daß sie den Deutschen bei den Deportationen wichtige Hilfe zukommen ließen, vor allem durch die Überlassung von Listen, in denen die italienischen Jüdinnen und Juden bei der Volkszählung 1938 erfaßt worden waren: 58.000 Menschen, entsprechend den sehr weit gefaßten Definitionen der "Rassengesetze".

Umstritten ist, ob die von den faschistischen Behörden vorgenommene Internierung der Juden als bewußte Beihilfe zum Holocaust bewertet werden muß. Der Schriftsteller Primo Levi, der Auschwitz überlebte, entlastet zumindest die Bewachungsmannschaften, die ihm und anderen Juden im Sammellager Fossoli bei Modena versicherten, sie würden für die Dauer des Krieges in Italien interniert: "Ich bin überzeugt, daß sie es ehrlich meinten." (15)

Die Mittäterschaft der faschistischen Führer steht dagegen fest. Nach Aussage des Historikers Michele Sarfatti wußte Mussolini spätestens seit Anfang 1943 vom Massenmord an den Juden. (vgl. Interview in ak 410) Gegenüber Himmler billigte er schon 1942 die Erschießung auch von jüdischen Frauen und Kindern an der Ostfront, da sie allesamt "Informanten der Partisanen" seien, schreibt Giorgio Bocca. Und nicht zuletzt: Die Polizei der RSI schickte auch dann noch Juden ins Lager Fossoli, als klar war, daß die Deutschen, denen sie übergeben wurden, sie ermorden würden.

Sicherlich hatte Mussolini im Unterschied zu Hitler kein persönliches Interesse an der Ermordung der Juden. Aber auch in dieser Frage lavierte er zwischen den Strömungen in der faschistischen Partei und gestand dem pathologischen Judenhasser Giovanni Preziosi das Amt eines "Rassen-Inspekteurs" zu. Preziosi verfügte zwar nur über vier Angestellte und geringe Finanzmittel, verursachte aber ungeheuren Wirbel. Überall entdeckte er Juden und Freimaurer, die sich gegen Italien verschworen hätten. Der von ihm vorgelegte Gesetzentwurf hätte Millionen von Italienerinnen und Italienern dem Verdacht ausgesetzt, "jüdischer Abstammung" zu sein. In abgeschwächter Form wurde das Gesetz dennoch von Mussolini gebilligt.

Falsche Ideale und Durchhalteparolen

Die faschistische Agitation der "Rückkehr zu den revolutionären Ursprüngen" war nicht völlig erfolglos. Giorgio Bocca, der ehemalige Partisan, gesteht zu, daß etliche der Militanten von Salò an dieses Ideal glaubten und dafür starben. Auch der Historiker Mirco Dondi, Mitarbeiter verschiedener Resistenza-Institute, sieht neben dem "harten Kern" alter Kämpfer, die den Faschismus "reinigen" wollten, die jungen Leute, die ebenfalls "an einen erneuerten, ursprünglichen Faschismus" glaubten. (16) Die große Masse aber rückte vom Faschismus ab - und sei es nur aus dem legitimen Interesse, zu überleben, statt für eine verlorene Sache in den Kampf zu ziehen. Auch die mächtigsten Kapitalisten, unter ihnen Agnelli (FIAT) und Pirelli, unterstützten jetzt die Resistenza. Nachdem die Deutschen im Juni 1944 Rom räumen mußten, war die Niederlage des Faschismus nur noch eine Frage der Zeit - auch wenn die folgenden Kämpfe viele Opfer kosteten.

Neben den 232.000 Kämpferinnen und Kämpfern der Resistenza, die nach 1945 offiziell anerkannt wurden, leisteten auch unzählige andere Widerstand, insbesondere die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Großindustrie des Nordens. Sie durchschauten die faschistische "Sozialisierung" (Mitbestimmung plus Gewinnbeteiligung bei unveränderten Eigentumsverhältnissen), die den Deutschen Sorgen bereitete, als Bluff und boykottierten die Wahlen zu den betrieblichen Leitungsgremien. An den Streiks im März 1944 beteiligten sich mehr als eine halbe Million Menschen; die zentrale Parole lautete: "Kein Arbeiter, kein Jugendlicher, keine Maschine nach Deutschland!" (17)

Mussolini konnte nur noch im Kreise seiner Getreuen Triumphe feiern. Seine letzte öffentliche Rede hielt er am 16. Dezember 1944 im Teatro Lirico in Mailand - am selben Tag, als die Deutsche Wehrmacht an der Westfront ihre Ardennen-Offensive begann. Die versammelten Faschisten bejubelten Durchhalteparolen, mit denen die Massen längst nicht mehr zu mobilisieren waren: "Wir wollen das Tal des Po mit Zähnen und Klauen verteidigen; wir wollen, daß das Tal des Po Republik bleibt, in Erwartung, daß ganz Italien republikanisch wird..." (18)

Erschossen, aufgehängt, bespuckt

Mussolinis Ende wurde in etlichen romanhaften "Tatsachenberichten" geschildert. Erich Kuby stellt in seinem verdienstvollen Buch "Verrat auf deutsch" (19) besonders heraus, daß der Duce des Faschismus vor seinem Tode ein letztes Mal von seinen deutschen "Freunden" verraten wurde. Zeitgleich mit dem Vorrücken der alliierten Truppen über den Po (24. April 1945) begann der nationale Aufstand gegen den Faschismus. Zwischen dem 23. und dem 28. April wurden Genua, Turin, Mailand und Venedig befreit; als Tag der Befreiung (Liberazione) gilt der 25. April, bis heute Nationalfeiertag.

Während sich die führenden Nazis nach Norden absetzten, versuchte Mussolini mit wenigen Getreuen und geringem deutschem Geleitschutz zu entkommen. Noch am 25. April hatte er in Mailand mit dem Komitee der Nationalen Befreiung in Oberitalien (CLNAI) verhandelt - ohne Ergebnis. Nun gab es für ihn nur noch zwei Alternativen: Flucht in die Schweiz oder heroischer "Kampf bis zum Untergang" in den Bergen. Bis zuletzt konnte er sich nicht entscheiden. Am 27. April wurde er, auf einem Lkw der Wehrmacht und als deutscher Soldat verkleidet, bei einer Straßensperre von Partisanen erkannt und festgenommen. Seine deutschen Begleiter leisteten keinerlei Gegenwehr und konnten bei den Partisanen für sich freien Abzug aushandeln.

Am 28. April wurden Mussolini, seine Geliebte Clara Petacci sowie 16 Minister und Parteifunktionäre, unter ihnen Pavolini, von Partisanen erschossen. Ihre Leichen wurden einen Tag später auf dem Piazzale Loreto in Mailand mit dem Kopf nach unten aufgehängt, später von amerikanischen Soldaten abgenommen. Auf demselben Platz hatten die Faschisten im August 1944 15 zu Tode gefolterte Partisanen zur Schau gestellt.

Das Nationale Befreiungskomitee, das Mussolini zum Tode verurteilt hatte, begründete seine Entscheidung so: "Das CLNAI erklärt, daß die von ihm befohlene Erschießung Mussolinis und seiner Komplizen der notwendige Abschluß einer historischen Phase ist, die unser Land mit materiellen und moralischen Trümmern bedeckt zurückläßt. Es ist der Abschluß einer Aufstandsbewegung, welche die Vorbedingung für die Wiedergeburt und den Neuaufbau des Vaterlandes darstellt. Das italienische Volk könnte kein freies und normales Leben beginnen - das ihm der Faschismus zwanzig Jahre vorenthalten hat -, wenn das CLNAI nicht sofort seine feste Entschlossenheit gezeigt hätte, ein bereits von der Geschichte gefälltes Urteil auszuführen." (20)

Die gescheiterte Entfaschisierung

Einen "Nürnberger Prozeß" hat es in Italien nicht gegeben; die Resistenza rechnete selbst mit den Faschisten ab. Über die Zahl der dabei Getöteten gibt es stark abweichende Angaben. Die Neofaschisten operieren bis heute mit Phantasiezahlen, um ihre Idole, die Kämpfer der RSI, als Opfer roten Terrors und als nationale Märtyrer zu glorifizieren.

Was immer sich Kritisches über die 1945 ausgeübte "Volksjustiz" sagen läßt - berücksichtigt werden muß, daß die offizielle Entfaschisierungspolitik der folgenden Jahre kaum nennenswerte Ergebnisse brachte. Zum einen hatten es viele Faschisten beizeiten verstanden, sich "Alibis" zu verschaffen, indem sie hier und da Antifaschisten halfen oder sie zumindest nicht denunzierten. Zum anderen setzten der nach 1945 entstandene demokratische Staat und seine mächtigen Verbündeten in den USA auf personelle Kontinuität. Ganze

Ministerialbürokratien wurden übernommen, insbesondere die bewährten Kräfte der Geheimdienste schienen angesichts der "kommunistischen Gefahr" unentbehrlich.

Schon im Dezember 1946 konnte sich auch die faschistische Partei neu gründen. Ihr Name, Movimento Sociale Italiano (MSI), sollte deutlich machen, daß sie sich in die Tradition der Repubblica sociale stellte - in die Tradition der "Republik Mussolinis" (Bocca). Das ein Jahr später beschlossene Gesetz, das die Fortsetzung faschistischer Bestrebungen mit Haftstrafen zwischen zwei und 20 Jahren bedrohte, blieb Papier.

Angewendet wurde statt dessen ein Gesetz, das faschistische "Mitläufer" amnestierte. Federführend war Justizminister Palmiro Togliatti, der langjährige Sekretär der Kommunistischen Partei und Begründer des "italienischen Weges zum Sozialismus". Aber das ist wieder eine andere Geschichte.

Js.

Anmerkungen:

1) Filippo Anfuso: Da Palazzo Venezia al Lago di Garda; Bologna 1957

2) Renzo De Felice, Interview in L'Espresso, 11.9.1995

3) zitiert bei Ivone Kirkpatrick: Mussolini, Westberlin (Propyläen) 1965, S. 509

4) zitiert bei Erich Kuby: Verrat auf deutsch. Wie das Dritte Reich Italien ruinierte; Frankfurt am Main/ Berlin (Ullstein) 1987, S. 268

5) zitiert bei Giorgio Bocca: La Repubblica di Mussolini; Milano (Mondadori) 1994, S. 23

6) zitiert ebd., S. 27

7) zitiert bei Kuby: a.a.O., S. 325

8) Bocca: a.a.O., S. 46

9) zitiert bei Kuby: a.a.O., S. 481

10) Kuby: a.a.O., S. 355

11) zitiert bei Bocca: a.a.O., S. 90

12) zitiert ebd., S. 91

13) zitiert ebd., S. 95

14) zitiert ebd., S. 201

15) Primo Levi im Gespräch mit Ferdinando Camon: "Ich suche nach einer Lösung, aber ich finde sie nicht"; München (Piper) 1993, S. 17

16) Mirco Dondi: La Resistenza italiana; Milano (Fenice 2000) 1995, S. 48

17) zitiert bei Dietmar Stübler: Geschichte Italiens 1789 bis zur Gegenwart; Westberlin (deb) 1987, S. 182

18) zitiert bei Giovanni De Luna: Mussolini; Reinbek (Rowohlt) 1987, S. 137

19) vgl. Anm. 4

20) zitiert bei Kuby: a.a.O., S. 344

Italien zwischen Sommer 1943 und Mai 1945

1943

10.7. Landung der Alliierten auf Sizilien

24./25.7. Mussolini abgesetzt und verhaftet. Regierungschef Badoglio: "Der Krieg geht weiter."

August Schwere Bombenangriffe der Alliierten. Streiks für Brot und Frieden

3.9. Alliierte Truppen landen in Kalabrien.

8.9. US-General Eisenhower gibt den Waffenstillstand bekannt.

9.9. Der König, Badoglio und 600 hohe Beamte und Generäle fliehen nach Brindisi; Komitee der Nationalen Befreiung (CLN) in Rom gegründet; deutsche Truppen besetzen Rom; alliierte Truppen landen bei Tarent und Salerno.

12.9. Mussolini wird von deutschen Fallschirmjägern am Gran Sasso befreit.

23.9. "Verfassung" des neuen faschistischen Staates, ab Dezember: Repubblica Sociale Italiana

28.9.-1.10. siegreicher Aufstand in Neapel gegen die deutsche Besatzung

13.10. Kriegserklärung der Regierung Badoglio an Deutschland.

16.10. Gestapo-Chef Kappler läßt 2.091 römische Jüdinnen und Juden gefangen nehmen und deportieren.

14.11. Kongreß der Faschisten in Verona, 18-Punkte-Manifest

November Die alliierten Truppen stellen die Offensive ein.

1944

11.1. Ciano und seine "Mitverschwörer" werden erschossen.

22.1. Die Alliierten landen bei Anzio und Nettuno;; monatelanger Kampf um die "Gustav-Linie"

28./29.1. Kongreß der antifaschistischen Parteien in Bari

3.-8.3. Generalstreik im besetzten Italien

13.3. Anerkennung der Regierung Badoglio durch die UdSSR

22.-24.3. Anschlag der Partisanen in der Via Rasella in Rom, zur "Vergeltung" Massaker der Deutschen in den Fosse Ardeatine

29.3. Togliatti (PCI) kündigt den befristeten Kompromiß mit den Monarchisten an.

22.4. dritte Regierung Badoglio aus sechs Parteien

Mai Niederlage der Wehrmacht am Monte Cassino

4.6. Die ersten alliierten Panzer ziehen in Rom ein.

5.6. König Vittorio Emanuele III. verzichtet zugunsten seines Sohnes Umberto auf den Thron.

18.6. Koalitionsregierung unter Bonomi (bis 21.6.1945)

11.8. Siegreicher Aufstand in Florenz

29.9.-18.10. Massaker der Deutschen in Marzabotto: 1.800 tote Zivilisten

10.11. Aufruf zur Einstellung der Partisanenaktionen durch den britischen General Alexander

7.12. Abkommen von Rom zwischen CLNAI und US-General Wilson

1945

9./10.4. Die Alliierten durchbrechen die "Gothen-Linie" (Rimini-Florenz-Pisa).

21.4. Bologna wird befreit

25.4. Beginn des nationalen Aufstands in Norditalien, u.a. in Mailand, Genua und Turin

28.4. Mussolini wird bei Dongo von Partisanen gefangen genommen und hingerichtet.

29.4. Kapitulation der deutschen Truppen in Italien (gültig ab 2.5.)

26. Die Revolution von 1848 und das Recht auf Arbeit

Die liberale Antwort des Parlaments auf die soziale Frage

Autor: Gunter Hildebrandt · Rubrik: Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:15

Am 8. und 9. Februar 1849 diskutierte die Frankfurter Nationalversammlung die Lage der arbeitenden Klasse in Deutschland. Seit der Konstituierung des Parlaments am 18. Mai 1848 hatten die Abgeordneten der Paulskirche etwa 7.000 sozialpolitische Petitionen erhalten. Die Welle der Eingaben trug dazu bei, die Arbeiterfrage vor die Nationalversammlung zu bringen. Doch das "Professorenparlament" - es wurde so auf Grund seiner sozialen Zusammensetzung genannt - fand nur eine liberale Antwort auf die sozialen Herausforderungen.

In der Debatte der Nationalversammlung wurde unter anderem vorgeschlagen, das Recht auf Arbeit in die künftige Verfassung aufzunehmen. Denn ein zentrales Problem der Bevölkerung war die Arbeitslosigkeit, die in vielen deutschen Regionen bei etwa 20 Prozent lag. Der Arbeitstag war damals ca. 14 Stunden lang. Neue Arbeitsplätze hätten also allein schon durch eine einschneidende Reduzierung der Arbeitszeit geschaffen werden können. Doch die Forderung, die vorhandene Arbeit aufzuteilen, wurde nur in wenigen Eingaben an die Nationalversammlung erhoben.

Die Kommunistische Partei hatte in einem Flugblatt vom März 1848 die "Errichtung von Nationalwerkstätten", "Garantien des Staates für die Existenz der Arbeiter" und die "Versorgung der zur Arbeit Unfähigen" verlangt. Die Flugschrift hatte aber bei weitem nicht die von Marx und Engels erwartete Resonanz.

Die Arbeiterbewegung von 1848 steckte in einem differenzierten Lernprozeß, der weithin an "überkommene, in der handwerklichen Gesellenbewegung bewährte Formen und Inhalte anknüpfte". (1) In einer Petition an das Frankfurter Parlament, die die Namen von über 4.000 Hamburger Handwerksgesellen trug, hieß es: "Die gewerbliche Frage, d.h. die Frage nach Arbeit kann aber nicht gelöst werden, wenn man den nach Brot verlangenden Arbeiter niederschießt. ... Der gesamte Gewerbestand Deutschlands muß zugleich durch Ausgleichung seiner konkurrierenden Interessen den Grund zu der Einheit Deutschlands legen. Für diese Einheit sind aber wir Gesellen die besten Streiter, denn niemand hat mehr als wir unter der Zerstückelung Deutschlands gelitten." (2)

Arbeitsbeschaffung durch Selbstorganisation

Sozial viel deutlicher profiliert, wenn auch reformistisch orientiert, waren die Forderungen des "Berliner Arbeiterkongresses" bzw. der "Arbeiterverbrüderung" unter dem Vorsitz von Stefan Born. Sie setzte auf Selbsthilfe und Selbstorganisation. Arbeitsbeschaffung durch Selbstverwaltung hieß eines ihrer wichtigsten Prinzipien, d.h. ein Lokal-, Regional- oder Zentralkomitee sollte Arbeit vermitteln. Außerdem verlangte die "Arbeiterverbrüderung" Steuerfreiheit für Arbeiter und einen zehnstündigen Arbeitstag sowie das Wahlrecht für alle männlichen Bürger ab 21 Jahren.

Viele sozialpolitische Petitionen an die Paulskirchenversammlung enthielten vor allem Klagen über die "fortschreitende Massenverarmung" oder die "Nahrungs- und Eigentumslosigkeit" und "Proletarisierung" weiter Bevölkerungskreise. Das häufigste Verlangen war der "Schutz vaterländischer Arbeit", eine Forderung, in der sich die Interessen von Arbeitern und Handwerksgesellen, aber auch von Handwerksmeistern und Fabrikbesitzern bündelten.

Schutzzölle - ein Damm gegen das Proletariat

Aus Langenbielau im schlesischen Eulengebirge, dem Orte des Weberaufstandes von 1844 (vgl. ak 411), schrieb der "Verein zum Schutze vaterländischer Arbeit" am 31. Januar 1849 nach Frankfurt: "Unterzeichnete Gewerbetreibende und Fabrikanten jeder Art, Spinner, Weber und Arbeiter haben mit großer Freude und Beruhigung vernommen, daß die hohe Reichsversammlung sich für zuständig und bereit erklärt hat, das Handels- und Gewerbeinteresse Deutschlands gegen die Konkurrenz des Auslandes in Schutz zu nehmen. ... Wir sind zum größten Teile verarmt, immer mehrere von uns werden es von Tag zu Tag, die wenigen so harte Schläge noch aushaltenden Fabrikanten und Arbeitgeber müssen ihre Weber wegen gänzlichen Stockens der Geschäfte, besonders der Baumwollenfabrikation, entlassen, die meisten von uns können ihre zahlreichen Familien nicht ernähren, wir müssen Steuern und Abgaben schuldig bleiben. ... Der deutschen Arbeit und

Industrie kann nur aufgeholfen werden durch das Prinzip der Schutzzölle, wodurch allein der inländische Markt vor der Überflutung mit fremdländischen Gewerbe-, Industrie- und Handelsartikeln gesichert wird. Erst durch das System der Schutzzölle ist Hoffnung da, daß dem weiter und weiter in fast allen Wirkungskreisen um sich greifenden Proletariat ein Damm gesetzt und deutscher Gewerbefleiß wieder zu Ehren kommen werde." (3)

Die Absender solcher sozialpolitischen Petitionen waren oft in unterschiedlichen Bevölkerungsschichten zu finden, und ihre Zielsetzungen waren nicht selten recht widersprüchlich. So verlangten viele Arbeiter und Handwerksgesellen eine materielle Verbesserung ihrer Lage, aber sie machten sich oft auch bestimmte wirtschaftspolitische Forderungen der Meister und jungen Unternehmer wie z.B. die nach Zünften oder Schutzzöllen zu eigen. In den meisten Eingaben zeigte sich kein Streben "nach einer grundsätzlich veränderten Produktionsform", sondern nach Verbesserungen "innerhalb der ... modifizierten Ordnung". (4)

Die Forderung nach einem Recht auf Arbeit mit entsprechenden Garantien finden sich in den Bittschriften höchst selten, viel häufiger ist das Verlangen nach einem menschenwürdigen Einkommen, nach elementaren sozialen Absicherungen, nach Steuerminderungen, Armenfürsorge usw., auch nach guten wirtschaftlichen "Rahmenbedingungen". In mancher Zuschrift wurde auch darauf verwiesen, daß in die französische Verfassung von 1848 zwar keine Garantie, aber ein Recht auf Arbeit aufgenommen worden war.

Grenzen liberalen Denkens

Die Zahl der Petitionen signalisierte das große öffentliche Interesse an der sozialen Frage, und der Druck der Petitionswelle trug dazu bei, die Arbeiterfrage vor die Frankfurter Nationalversammlung zu bringen. Allerdings hat sich die liberale Mehrheit dieses Parlamentes mit diesem Thema äußerst schwer getan.

Am 3. Februar 1849 sprach sich der "Volkswirtschaftliche Ausschuß" der Frankfurter Nationalversammlung in einer internen Sitzung einstimmig dafür aus, "daß hinsichtlich des Rechtes und des Schutzes der Arbeit keine Bestimmung" in die künftige Verfassung aufgenommen werden solle. (5) Angesichts der Tatsache, "daß die Arbeiterfrage für ganz Deutschland sehr wichtig (ist) und daß sie eine Hauptaufgabe für den Ausschuß für Volkswirtschaft bildet, daß endlich jede sich darbietende Gelegenheit benutzt werden muß, um die sehr auseinandergehenden Ansichten in dieser Frage durch Darlegung des wahren Sachverhaltes zu vereinigen", sei dieser Gegenstand jedoch zur parlamentarischen Beratung geeignet. (6)

Frappierend für den heutigen Interessenten ist, wie wenig sich das liberale Denken in den letzten 150 Jahren bewegt hat. Noch einmal der "Volkswirtschaftliche Ausschuß": "Das Prinzip des Eigenthums ist die Arbeit, aber die Triebfeder der Arbeit ist der Besitz; wird der Besitz in Frage gestellt, so hört die Triebfeder der Arbeit auf, die sich weder mit Gewalt, noch künstlich dauernd in Bewegung erhalten läßt. Wollte der Staat jedem eine seinen Kräften angemessene Arbeit und dieser entsprechenden Lohn verbürgen, so würden die Arbeiter zur Unmündigkeit herab- und in gänzlicher Erschlaffung versinken. Jeder Sporn zur Thätigkeit, des Vorwärtsstrebens, jede Anstrengung zu Ueberwindung von Schwierigkeiten würde vermieden, der Trieb zur Selbsthülfe, Selbstsorge, die ganze Intelligenz würde vernichtet werden, die große Masse würde sich mit dem täglichen Brote begnügen, den Staat als Vormund betrachten und diesem die Sorge überlassen, es herbeizuschaffen." (7)

Keine Eingriffe oder Reglementierungen, keine sozialen Sicherungssysteme zugunsten der Armen oder Arbeitslosen - darin bestand Konsens zwischen den verschiedenen liberalen Fraktionen in der Paulskirche - auch zwischen Befürwortern von Schutzzöllen und Anhängern des Freihandels.

Schutz der "vaterländischen Arbeit"

Allerdings entsprach die zeitgenössische Losung vom Schutz vaterländischer Arbeit den Interessen der deutschen Arbeiter von 1848 weit mehr als jedwede freihändlerische Parole. Das hatte freilich nichts mit Nationalismus oder nationaler Demagogie zu tun, sondern allein mit den Entwicklungsmöglichkeiten der jungen Industrie, die Zollschutz genoß und sich dadurch belebte. Eine prosperierende Industrie aber schuf mehr Arbeitsplätze als wirtschaftliche Stagnation.

Der Abgeordnete Bernhard Eisenstuck (1805-1871), ein Chemnitzer Textilfabrikant und gleichzeitig Vorsitzender des "Volkswirtschaftlichen Ausschusses" der Nationalversammlung, wiederholte in der Debatte am 8. Februar den Gedanken, daß wirtschaftliche Prosperität die einzig mögliche Garantie der Arbeit sei: "Wenn ich nun sage: ich bin für die Garantie der Arbeit, so bin ich der Ansicht, daß die Gesammtheit der

Gesellschaft ... verpflichtet sein soll, diesen Teil der Arbeit so weit zu gewähren und den Vorrath dieser Arbeit so hoch aufzustapeln, als es erreichbar ist, um womöglich alle Ansprüche auf Arbeit befriedigen zu können, und das, meine Herren, ist die naturgemäße, die einzig mögliche Garantie der Arbeit." Besonders wichtig hierfür sei der "Schutz der Arbeit nach Außen". Dem Recht auf Arbeit sollte Genüge getan sein, wenn freier Zugang zur Arbeit gewährt wurde.

Eisenstuck - einer der wenigen republikanischen Bourgeois in der Paulskirche - ergänzte seine These, die auch von der liberalen Mehrheit mitgetragen wurde, immerhin durch die Forderung nach einem besseren Steuersystem "zu Gunsten der Arbeit".

Franz Joseph Buß (1803-1878), ein Freiburger Professor für Kirchenrecht, entwickelte das Modell einer katholisch-konservativen, staatlich geprägten Sozialpolitik, das in der Paulskirche allerdings nur wenig Anklang fand: Die Garantie eines Rechtes auf Arbeit wie in Frankreich sei "lichtlose Schwärmerei", meinte Buß. "Allein der Staat soll indirect auf die Wohlfahrtspflege wirken und dadurch auch für das Wohl der arbeitenden Klassen, und zwar soll er dieß auf allen Gebieten der Cultur, und zuerst auf dem der religiösen Cultur tun." (9)

Vom Geldstaat zur menschlichen Gesellschaft

Zwei Abgeordnete der äußersten Linken, der Mainzer Redakteur Friedrich Schütz (1813-1877) und der Trierer Advokat Ludwig Simon (1810-1872), gaben mit ihren Beiträgen der bis dahin vor allem wirtschaftspolitisch geführten Debatte auch eine gesellschaftliche Dimension. "Wir verlangen in unserm Antrag" - so Schütz - "daß dem unfreiwillig Arbeitslosen von der Gemeinde und beziehungsweise vom Staat die Arbeit gesichert werde. ... Ich, meine Herren, gebe Ihnen nicht das Recht auf Arbeit als das Mittel aus, augenblicklich in unserm Vaterlande alles Elend verschwinden zu machen; ... aber was ich in dem Recht auf Arbeit finde, was ich durch die Aufnahme dieses Artikels in unsere Verfassung erstrebe, das ist der Beginn einer neuen Epoche, die Möglichkeit, daß der Staat, der früher Militärstaat, Priesterstaat oder bloß königlicher Staat war, der nun bloß Geldstaat ist, daß die menschliche Gesellschaft endlich werde, was sie sein soll, d.h. eine Gesellschaft, welche jedem Menschen die Möglichkeit eröffnet, durch Anwendung seiner geistigen oder physischen Fähigkeiten den seiner Thätigkeit gebührenden Gewinn zu finden." (10) Schütz meinte, daß eine wirkliche soziale Reform - wozu er auch die Verankerung des Rechtes auf Arbeit in der Verfassung zählte - einem gewaltsamen Umsturz vorbeugen könne. Seine Voraussage hatte allerdings, wie wir heute wissen, nie Gelegenheit, ihre Probe zu bestehen.

Die Debatte über die Lage der arbeitenden Klasse gehörte in bezug auf das Niveau und die Gewichtigkeit der vorgetragenen Argumentationen nicht zu den schlechtesten der Paulskirchenversammlung. Sie ging gleichwohl am Ende mit einem in der Form nichtssagenden Beschluß zu Ende. Mit 317:114 Stimmen entschieden die Abgeordneten, keinen der vorwiegend von der Linken vorgelegten Anträge über die Garantie eines Rechtes der Arbeit in die Grundrechte der künftigen Verfassung aufzunehmen. Zu den 337 Stimmen hatten vor allem die breite Mehrheit der Liberalen, aber auch die Konservativen gehört. Ihrem Willen gemäß sollte dem "Schutz der Arbeit" durch den vom Reichshandelsministerium zu erarbeitenden Schutzzoll-Tarif Genüge getan werden.

Das Wichtigste an der Debatte über das Recht auf Arbeit war aber nicht das Ergebnis der Abstimmung, sondern daß sie Probleme ins Licht der Öffentlichkeit gerückt hatte, die von vielen Menschen als drückend empfunden wurden.

Gunther Hildebrandt

Anmerkungen:

1) Dieter Dowe, Toni Offermann: Deutsche Handwerker- und Arbeiterkongresse 1848-1852. Protokolle und Materialien, Berlin/Bonn 1983, S.XIII.

2) Werner Conze, Wolfgang Zorn (Hrsg.): Die Protokolle des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der deutschen Nationalversammlung 1848/49. Mit ausgewählten Petitionen. Bearb. v. R. Moldenhauer, Boppard 1992 (= Forschungen zur deutschen Sozialgeschichte, Bd.6), S.428ff.

3) A.a.O., S.420ff.

4) Dowe, Offermann, a.a.O., S.XV.

5) Conze, Zorn, a.a.O., S.256.

6) Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, hrsg. v. F. Wigard, Frankfurt am Main, 1849, Bd.VII, S.4921.

7) A.a.O., S.5101.

8) A.a.O., S.5114ff.

9) A.a.O., S.5113.

10) A.a.., S.5129.

Die Lage der Arbeitenden vor 150 Jahren

1848 erlebte Deutschland eine soziale Krise. Nach einem konjunkturellen Zyklus von nur vier Jahren hatte die frühindustrielle Entwicklung einen Tiefpunkt erreicht. Der aufstrebende Maschinenbau und die Textilindustrie mußten sich gegen die durch den Freihandel begünstigte ausländische Konkurrenz wehren. Der Eisenbahnbau erlebte einen Einbruch. Die industriewirtschaftlichen Probleme wurden durch eine Mißernte noch verschärft: 1846/47 wurde nur wenig mehr als die Hälfte der üblichen Kartoffel- und Roggenerträge eingebracht.

Große Teile der städtischen, aber auch der ländlichen Bevölkerung waren von diesen Krisenerscheinungen betroffen. Die materiellen Existenzbedingungen der Arbeiter und Gesellen, aber zum Teil auch der Handwerksmeister und kleinen Gewerbetreibenden waren gefährdet, zumindest jedoch beeinträchtigt.

Die Realeinkommen der Arbeitnehmer gingen von 1845 bis 1846 um drei Prozentpunkte (bezogen auf den Index von 1913) zurück, gleichzeitig stiegen die Lebenshaltungskosten um sechs Punkte an. In Berlin mußten die Ausgaben für das Armenwesen deutlich erhöht werden: 1845 wurden hier 295.009 Reichsthaler für die Armenfürsorge verwendet, 1847 waren es fast 100.000 Reichsthaler mehr.

Die Lage der Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden verschlechterte sich: Viele Betriebe wurden verkleinert, die Zahl der Abhängigen pro Meister bzw. Kleinunternehmer sank. In Preußen z.B. verminderte sich die Zahl der abhängig Beschäftigten in den Holzhandwerken von 1846 bis 1849 um ca. 10 Prozent. Die Entwicklung in der gesellschaftlich bedeutenden Gruppe der Fuhrunternehmer war ähnlich.

Entsprechend hoch war die Zahl der Arbeitslosen, für die es zwar keine exakten Belege gibt, die aber einigermaßen zuverlässig geschätzt werden kann: Sie schwankte, je nach Region, zwischen 6 und 20 Prozent. In Norddeutschland und im Rheinland war etwa ein Fünftel der Arbeitsfähigen erwerbslos. Da es keinerlei staatliche Unterstützung gab und die Einrichtung von Unterstützungkassen erst in den Anfängen steckte, waren die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit für die meisten Betroffenen weitaus drückender als heute.

G.H.

27. Der neue Kohl heißt Schröder. Gelungener Auftakt des Wahljahres 1998 - fragt sich nur: für wen?

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Wahlen; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:43

Die SPD hat sich als lernfähig erwiesen: Nach der internen Urabstimmung über den Parteivorsitz vor vier Jahren, die Scharping für sich entschied, ließ sie ihren diesjährigen Kanzlerkandidaten per "Volksbefragung" ermitteln. Der überraschend deutliche Wahlsieg von Gerhard Schröder läßt eine Abwahl Kohls nach 16 Jahren in greifbare Nähe rücken. Bei der Union und der FDP steigt die Nervosität.

Sozialdemokratische Wunschträume werden wahr: Ein "Volksentscheid für den Wechsel" war die Landtagswahl in Niedersachsen aus Sicht der Frankfurter Rundschau. Das niedersächsische Wahlergebnis verschafft der SPD gute Ausgangsbedingungen für die Bundestagswahl im September. Über 180.000 Stimmen konnte die SPD gegenüber der Landtagswahl vom März 1994 hinzugewinnen. Das entspricht 47,9 Prozent (1994: 44,3 Prozent). Die absolute Mehrheit im Landtag wurde damit verteidigt, was allerdings, wie vor vier Jahren auch, dem Scheitern der FDP zu verdanken ist. Trotz leichter Zugewinne (plus 0,4 Prozent auf 4,9 Prozent) schafften die niedersächsischen Liberalen, die mit einer klaren Koalitionsaussage zugunsten der CDU angetreten waren, den Einzug in den Landtag nicht und ermöglichten so die SPD-Alleinregierung.

Ob damit eine Vorentscheidung hinsichtlich der Bundestagswahl verbunden ist, darf zum gegenwärtigen Zeitpunkt bezweifelt werden. Ein Sieg Kohls ist, wenn überhaupt, nur möglich, wenn die FDP den Einzug in den Bundestag schafft. Doch daß die Liberalen immer noch auf das taktische Stimmensplitting der WählerInnen vertrauen können, zeigt die Wahl in Niedersachsen. Mehr als 60.000 FDP-WählerInnen gaben ihre Erststimme den Kandidaten einer anderen Partei.

Diese Erststimmen dürften vor allem der CDU zugute gekommen sein. Bei den Zweitstimmen konnte die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Christian Wulff einen leichten Zugewinn (3.000 Stimmen) verbuchen. Im Endeffekt entsprach das aber lediglich 35,9 Prozent, und damit rund einem Prozent weniger als bei der letzten Landtagswahl. Der "junge Wilde" Wulff, der zur Clique der angeblichen Reformer in der CDU zählt, hatte während des Wahlkampfes gegenüber dem populistischen "Landesvater" Schröder kaum Punkte machen können. Selbst die eigenen Leute überzeugte Wulff nur bedingt. Lediglich 14 Prozent der CDU-AnhängerInnen sahen in Wulff, 51 Prozent dagegen in Schröder einen "Sieger-Typ". Die Inszenierung der Wahl als Volksabstimmung über den Kanzlerkandidaten der SPD hatte dem Wahlgang eine eigene Dynamik verliehen: Die Hälfte der CDU-AnhängerInnen im Lande fanden, ein Niedersachse solle Kohl bei der Bundestagswahl im September herausfordern.

Obwohl die Bündnisgrünen von 7,4 Prozent (1994) auf 7,0 Prozent fielen, herrschte in ihren Reihen eitel Sonnenschein. Dabei wollten sie eigentlich die absolute Mehrheit der SPD brechen und mit Schröder eine Koalition eingehen. Das wäre allerdings nur möglich gewesen, wenn die FDP die Fünf-Prozent-Hürde übersprungen hätte. Daß dennoch kein Katzenjammer ausbrach, lag an Schröders Sieg im Duell der Kandidaten. Wenig wäre den Grünen ungelegener gekommen als Oskar Lafontaine als SPD-Kanzlerkandidat, der, so die Befürchtung, ähnlich wie 1990 einen Teil der rotgrünen WählerInnen von den Grünen weg, hin zur SPD hätte ziehen können.

Hansdampf

in allen Gassen

Der Auszug von Hintze, Protzner und Westerwelle aus der "Bonner Runde" am Wahlabend zeigte deutlich, daß bei CDU/CSU und FDP die Nerven blank liegen. Die Niederlage der FDP und das schlechte Abschneiden der CDU sind kein optimaler Start ins Wahljahr. Vor allem aber zerschlug sich Kohls Hoffnung, die SPD werde ihren Parteivorsitzenden Lafontaine zum Kanzlerkandidaten machen. "Lagerwahlkampf" war für die CDU angesagt. Daß die SPD nun Schröder auf den Schild hob, paßt der Bonner Koalition ganz und gar nicht ins Konzept. Aus irgendeinem Grund glaubt sie, gegenüber Schröder weniger gut von Rekordarbeitslosigkeit und Sozialabbau ablenken zu können, was wohl hauptsächlich an dessen "wirtschaftskompetentem" und agilem Image liegt.

Vor allem fürchtet die Koalition aber, daß die SPD mit ihrem Kandidaten Schröder in der "politischen Mitte" WählerInnen gewinnt. Bei seinem Heimspiel ist es Schröder jedenfalls gelungen, den seit langem schwelenden Konflikt zwischen modernistischem und traditionalistischem Milieu in der SPD-Wählerschaft zu versöhnen. Erfolge erzielte die SPD in Niedersachsen sowohl in ihren traditionellen Hochburgen als auch in den Quartieren der "neuen Mitte". 61 Prozent der Arbeiter und 74 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten wählten Schröder. Sogar die LehrerInnen und BeamtInnen, die er als "faule Säcke" beschimpft hatte, votierten überwiegend für die Sozialdemokratie. Einen Stimmenanteil von 60 Prozent hatte die SPD bei den Erwerbslosen.

Aus allen Richtungen hat die SPD in Niedersachsen WählerInnen zu sich herübergezogen: 142.000 Stimmen aus dem Lager der früheren NichtwählerInnen, fast 55.000 Stimmen von den Grünen, fast 30.000 von der CDU und 22.000 von den Republikanern. Diese Zahlen zeigen, daß es der SPD mit der Person Schröder gelungen ist, die verschiedensten Milieus anzusprechen und zu mobilisieren: WählerInnen aus dem traditionellen SPD-Milieu, die auch schon mal Republikaner wählen, ebenso wie diejenigen, die sich in den städtischen Dienstleistungsberufen verdingen. Den einen gefallen die markigen Worte gegen "kriminelle Ausländer" oder symbolische Aktionen wie der Aufkauf eines von der Schließung bedrohten Stahlwerks durch das Land. Die anderen fühlen sich von Schlagworten wie Innovation und Modernisierung angezogen.

Rotgrüne Konturen

Lange Zeit wurde der Eindruck erweckt, in der SPD ständen sich in den Personen Lafontaine und Schröder verschiedene politische Strategien und Zielsetzungen gegenüber. Die schnelle Kandidatenberufung durch den SPD-Vorsitzenden noch am Wahlabend und der nun vorliegende Entwurf des SPD-Regierungsprogramms beweisen das Gegenteil.

Die besten Autos der Welt bauen, Faulenzern keine Sozialhilfe mehr zahlen, Verbrecher hart bestrafen, die Polizei aufstocken und Fußball für alle - so brachte die Bild-Zeitung den Programmentwurf, der von Lafontaine und Schröder gemeinsam ausgearbeitet wurde, auf den Punkt. Und auf wen setzt die SPD? Auf die "Leistungsträger unserer Gesellschaft", auf "hochqualifizierte und motivierte Arbeitnehmer, die vorausschauenden und engagierten Manager, die innovativen Mittelständler, Handwerker und Freiberufliche und auf mutige Existenzgründer". Als oberstes Ziel taucht der Abbau der Arbeitslosigkeit auf. Neben einem Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit hat sich die SPD eine Wiedervorlage des "Bündnisses für Arbeit", dieses Mal mit dem Zusatz "für Innovation und Gerechtigkeit", vorgenommen. Arbeitsfähigen SozialhilfeempfängerInnen sollen Arbeit, Umschulungen oder Weiterbildung angeboten werden. Und wer sich dem nicht fügen will, dem droht die SPD schon mal: "Wir werden dafür sorgen, daß Sozialhilfeempfänger angebotene Arbeitsplätze auch annehmen."

Alles in allem ist das ein Programm so recht nach dem Geschmack Schröders. Für anti-rotgrüne Hysterie gibt das wahrlich nicht viel her. Trotzdem wird die Union in den nächsten Monaten natürlich permanent das rotgrüne Schreckgespenst an die Wand malen. Ob dies in der Bevölkerung verfängt, ist offen. So dumm, wie die Wahlstrategen in Bonn glauben, sind die WählerInnen aber nicht unbedingt. Die vorherrschende Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung entspricht dem Angebot der SPD: Sie wollen den Wechsel, lehnen aber einschneidende Veränderungen ab.

Wer nimmt denn Schröder ernst, wenn er wenige Tage nach seiner Nominierung vollmundig ankündigt, ihm ginge es "um einen Machtwechsel und um einen Politikwechsel in Bonn". Da kann er getrost ankündigen, er wolle eine rotgrüne Koalition bilden, selbst wenn diese nur eine Stimme Mehrheit haben sollte. Weiß mensch doch, daß er gleichzeitig ebenso für eine große Koalition in Bonn stehen könnte. Führende Grünen-Politiker zeigten sich begeistert von Schröders Ja zu Rotgrün. Fragt da noch irgend jemand nach dem Programm?

Stimmen aus dem Off

Ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl ist noch nichts entschieden. Für die Union sieht es zwar zur Zeit so schlecht aus wie noch nie. Daß sie die Bundestagswahl verlieren wird, ist aber noch nicht ausgemacht. Auch 1994 lag Rotgrün ein halbes Jahr vor der Wahl in Umfragen vorne. Die Themen Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsentwicklung, Sozialstaatsreform und Steuerreform werden absehbar eine bedeutende Rolle im Wahlkampf spielen. Keiner der beiden großen Parteien wird von der Mehrheit der WählerInnen großes Vertrauen auf diesen Gebieten entgegengebracht. Die SPD hat aber den großen Vorteil, als noch nicht

verschlissene, modernisierte Kraft in den Wahlkampf zu gehen - mehr auch nicht. Von Reformeuphorie ist selbst im rotgrünen Milieu nichts zu spüren.

Das Ergebnis der niedersächsischen Landtagswahl zeigt, daß die Stimmung "Kohl muß weg" weit verbreitet ist. Schröder erschien als derjenige Bewerber um den Posten des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten, dem am ehesten zugetraut wird, einen Regierungswechsel in Bonn herbeizuführen. Damit es nicht bei einem Austausch von Personen bleibt, wäre gesellschaftlicher Druck von links notwendig. Von der außerparlamentarischen Linken ist da momentan wenig zu erwarten.

Und wie steht es mit der PDS, die ja damit wirbt, eine rotgrüne Bundesregierung brauche auch im Parlament Druck von links? In Niedersachsen hat sie in elf Wahlkreisen DirektkandidatInnen aufgestellt. Insgesamt 6.502 Stimmen konnte sie auf sich vereinigen und damit ihre Bundestagswahlergebnisse von 1994 durchschnittlich um ein Drittel verbessern. Anlaß zu großen Hoffnungen gibt das nicht.

mb., Berlin

Das Ergebnis der Niedersachsenwahl, +, +, +, +, +, +, +

, 1998, +, , , 1994, +,

Wahlberechtigte:, 5.926.772, +, , , 5.851.720, +,

WählerInnen:, 4.378.758, +, , , 4.316.428, +,

Wahlbeteiligung:, 73,9%, +, , , 73,8%, +,

Ungültige Stimmen:, 61.868, +, , , 67.407, +,

SPD:, 2.068.960, -, 47,9%, , 1.880.623, -, 44,3%

CDU:, 1.550.523, -, 35,9 , , 1.547.610, -, 36,4

GRÜNE:, 304.254, -, 7,0 , , 314.344, -, 7,4

FDP:, 209.170, -, 4,9 , , 188.691, -, 4,4

DKP:, 8.681, -, 0,2 , , , -,

Deutsche Partei:, 6.263, -, 0,1 , , , -,

Republikaner:, 118.730, -, 2,8 , , 159.026, -, 3,7

Die Frauen:, 6.777, -, 0,2 , , , -,

ÖDP:, 4.768, -, 0,1 , , 4.347, -, 0,1

PBC:, 8.026, -, 0,2 , , 8.152, -, 0,2

Statt Partei:, 30.198, -, 0,7 , , 55.605, -, 1,3

Sitze: SPD 83 (81) / CDU 62 (67) / GRÜNE 12 (13), +, +, +, +, +, +, +

28. Polizeispitzel in Antirassismusgruppen. Sozialdemokratische Eiertänze

Spezialdemokratische Eiertänze

Autor: j., Hamburg · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror; Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:30

Ein dummer Zufall ließ alles platzen: Bei einer privaten Feier außerhalb Hamburgs traf ein Hamburger Anti-Rassismus-Aktivist auf seinen vermeintlichen Genossen "Stefan". Nur: "Stefan" war den anderen Gästen dort als Polizeibeamter bekannt. Seine mehr als zweijährige Karriere als "Undercover-Agent" war damit abrupt zu Ende.

Angefangen hatte alles im Oktober 95. Bei einer öffentlichen Veranstaltung wurde Kontakt geknüpft, "Stefan" schloß sich der Glasmoorgruppe an. Diese Gruppe unterstützt Gefangene im Hamburger Abschiebeknast Glasmoor durch die Vermittlung von RechtsanwältInnen, durch Telefonkarten und andere Dingen des täglichen Bedarfs. Regelmäßige "Sonntagsspaziergänge" zum Knast ermöglichen die Kontaktaufnahme durch Zurufe. Nur wenn der vollständige Name von Gefangenen bekannt ist, können diese im Knast besucht werden.

"Stefan" beteiligte sich an den Sonntagsspaziergängen, an Demos und an sonstigen Aktionen gegen den Knast. Gefangenenbesuche hat er dagegen nie gemacht. Von der Glasmoorgruppe ausgehend baute er Kontakte zu anderen Gruppen aus, die MigrantInnen-Arbeit machen: Er arbeitete im Café Exil (ein Treff- und Anlaufpunkt gegenüber der Ausländerbehörde), begleitete MigrantInnen auf die Behörde und vermittelte Kontakte zu Rechtsanwälten und Beratungsstellen. Er wurde Mitglied des Hamburger Bündnisses zur Unterstützung der Überlebenden des Lübecker Brandanschlags und hatte Kontakte zu den Überlebenden und den Anwältinnen. Als Prozeßbesucher knüpfte er Kontakte zu Lübecker UnterstützerInnen, die ihm als Mitglied des Hamburger Bündnisses Vertrauen entgegenbrachten. Darüber hinaus wurde er Mitglied der Druckgruppe in der Roten Flora. Der verdeckte Ermittler beteiligte sich sehr aktiv an der Vorbereitung eines Schutzraums für bosnische Flüchtlinge, deren Abschiebung letzten Sommer bevorstand. Dabei hatte er Kontakt zu IZI, der Interessengemeinschaft der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Er war von Anfang an über diese Aktion informiert und nahm an vielen Vorbereitungstreffen teil. (Nach einer Presserklärung der Glasmoorgruppe vom 3.2.98)

"Stefan" war in allen Gruppen für Hilfsbereitschaft und praktischen Einsatz bekannt. An inhaltlichen Auseinandersetzungen beteiligte er sich nicht. "Er machte nicht den Eindruck, daß er mit besonderem Einsatz an Informationen gelangen wollte oder ein besonderes Interesse an bestimmten Papieren hatte. Er begnügte sich damit, was ihm zugänglich war. Unser ‚Privatleben` hat er nicht erfragt; er hat einfach keine ‚dummen Fragen` gestellt. ... Unserer Meinung nach ging es bei ‚Stefans` Einsatz um die Ausspähung und Kontrolle unserer Strukturen und Verbindungen, das Kennenlernen unserer Art zu arbeiten, zu kommunizieren, Politik zu machen." Von den verdeckten Strukturen in der Flüchtlingsarbeit habe "Stefan" "nur sehr wenig mitbekommen". (Aus einem Flugblatt der bespitzelten Gruppen)

Auf einer Pressekonferenz wurde herausgearbeitet, daß dieser Einsatz sich ganz gezielt gegen Menschen richtete, die Flüchtlinge gegen staatlichen Druck und Terror unterstützen, und gegen Ansätze dieser Flüchtlinge zur Organisation einer Abwehr. Die Betroffenen betonten besonders, daß der Spitzeleinsatz "eine Gefährdung für alle Nicht-Deutschen darstellt, zu denen er über unsere Gruppen Kontakte knüpfen konnte".

Eine Rechtsgrundlage für die Bespitzelung gab es nicht: Die Strafprozeßordnung läßt den Einsatz verdeckter Ermittler nur bei Tatbeständen organisierter Kriminalität zu. Daß solche Tatbestände vorlagen, wurde nie behauptet. Das Hamburger Landesrecht erlaubt den Einsatz polizeilicher Undercover-Agenten "bei unmittelbar bevorstehender Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person" - absurd bei zweijährigem Einsatz und flächendeckender Ausforschung ganz verschiedener Gruppen. Wie nicht weiter verwunderlich, gab es auch keine staatsanwaltschaftliche oder richterliche Absegnung für den Spitzeleinsatz. "Rechtsstaatliche Grenzen polizeilicher Arbeit", faßte der GAL-Politiker und kritische Polizist Manfred Mahr zusammen, "spielen offenbar keine Rolle mehr."

Der Undercover-Einsatz des Spitzels war seinerzeit auf Vorschlag der Staatsschutzabteilung vom damaligen Polizeipräsidenten angeordnet worden. Seither sei "die Notwendigkeit, die Maßnahme fortzusetzen, kontinuierlich erörtert worden", so der heutige Polizeichef (und Ex-VS-Leiter) Uhrlau. SPD-Innensenator Wrocklage will dennoch "über den konkreten Einsatz des Beamten nicht informiert" gewesen sein. Dafür weiß er jetzt, daß der Staatsschutzbeamte keineswegs als (illegaler) verdeckter Ermittler gehandelt habe. Vielmehr habe es sich um "eine verdeckte Maßnahme zur Gefahrenerforschung" gehandelt, ganz legal selbstverständlich: "Stefan" sei als "nicht offen ermittelnder Polizeibeamter" eingesetzt gewesen. Solche abstrusen Haarspaltereien wurden offenbar selbst dem Hamburger Datenschutzbeauftragten zuviel. Er will prüfen, ob die angebliche Rechtsgrundlage, das Hamburgische Gesetz zur Datenverarbeitung der Polizei, zu Recht angeführt wurde.

j., Hamburg

29. Maulkörbe gegen linke ASten

Autor: Peter Nowak · Rubrik: CDU/CSU; Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:25

"Es ist soweit. Der Maulkorb ist angeschnallt. Jetzt hat die bundesweite Kampagne gegen das allgemeinpolitische Mandat der Verfaßten Studentenschaften auch Berlin erreicht." Mit diesem Alarmruf meldete sich Mitte November der Allgemeine StudentInnenausschuß (AStA) der Freien Universität Berlin (FUB) in einer Presseerklärung zu Wort. Was war geschehen?

Mit einem Anwaltsschreiben vom 3. November 1997 wurde der AStA im Namen von zehn Studierenden aufgefordert, sich zur Unterlassung allgemeinpolitischer Tätigkeit zu verpflichten. Gleichzeitig wurde mit einer Klage gedroht, falls die Unterlassungserklärung dem Anwalt nicht bis zum 11.11.97 unterzeichnet zurückgeschickt werde. Diese Ankündigung war kein Faschingsscherz. Wenige Tage nachdem diese Frist verstrichen war, reichten drei CDU-nahe Mitglieder des StudentInnenparlaments gemeinsam mit sieben weiteren Studierenden die Unterlassungsklage ein. Bis zur rechtskräftigen Entscheidung darüber hat das Verwaltungsgericht Berlin dem AStA am 22.1.98 jegliche nicht hochschulpolitische Äußerung und Aktivität verboten. In der Begründung heißt es: "Der vorliegende Antrag, mit dem die Antragsteller vorläufigen Rechtsschutz erstreben, hat Erfolg. Zwar ist vorbeugender Rechtsschutz nur ausnahmsweise gegeben. Das ist jedoch der Fall, wenn erhebliche Verletzungen von Grundrechten drohen, die bei der Entscheidung in der Hauptsache nicht beseitigt werden können."

Als "Beweise" für die angebliche Kompetenzüberschreitung legten die klagenden Studierenden dem Gericht Artikel aus der Hochschulzeitung Neues Dahlem vor. Einige der inkriminierten Texte wurden vom Gericht gebilligt, da sie Bezüge zu Sozialkürzungen herstellen würden, die sich auch auf die Hochschulen auswirkten. Der größte Teil der Beiträge im Neuen Dahlem sei hingegen nicht mit den Aufgaben der Verfaßten Studierendenschaft vereinbar. Dazu zählten Beiträge über faschistische Umtriebe in der sächsischen Kleinstadt Wurzen, Proteste gegen ein Bundeswehrgelöbnis in Berlin-Charlottenburg 1996, ein Aufruf mit dem Titel Für eine solidarische Gesellschaft, eine Einladung zu den bundesweiten Innenstadt-Aktionstagen und ein Aufruf zur Verhinderung eines Naziaufmarsches in Berlin.

Begonnen hatte die Klagewelle Anfang der 90er Jahre in Münster. Dort wollten 1992 rechte Studierende dem AStA verbieten lassen, sich für die Einführung eines Semestertickets zu engagieren. Zwei Jahre später verbot das Oberverwaltungsgericht Münster dem AStA, "politische Erklärungen, Forderungen und Stellungnahmen abzugeben, die nicht spezifisch und unmittelbar hochschulbezogen sind". Auf diese Entscheidung stützten sich die nachfolgenden Klagen.

Bundesweite Kampagne

Ein erstes Ordnungsgeld in Höhe von 3000 DM wurde gegen den AStA verhängt, weil er in einer Hochschulzeitung einen Artikel mit der Überschrift "Das Pogrom von 1938" veröffentlicht hatte. Dem Beitrag schloß sich ein von allen Münsteraner Stadtratsfraktionen unterstützter Demoaufruf an. Diese Entscheidung stieß auf großes Unverständnis, und das Gericht machte einige Wochen später einen Rückzieher, das OVG-Urteil sei "zu eng interpretiert worden". Im April 1997 wurde erneut ein Ordnungsgeld verhängt. Diesmal hatte die Fachschaft Geschichte unter dem Titel Zeitzeugengespräche eine Veranstaltungsreihe mit ehemaligen KZ-Insassen durchgeführt. Ein Interview mit dem ehemaligen Buchenwald-Häftling Emil Carlebach war in einer AStA-Publikation abgedruckt. Das Gericht bestritt den Fachschaften in der Urteilsbegründung das Recht, sich inhaltlich wertend mit den Inhalten der Studienfächer auseinanderzusetzen.

In Bonn und Köln drohten die Gerichte gegen die dortigen ASten nicht nur hohe Ordnungsgelder an, sondern auch Ordnungshaft für die AStA-Vorsitzenden. Der AStA der Justus-Liebig-Universität in Gießen war im August 1997 an der Reihe. Weil er eine Studierendendelegation zu den Weltfestspielen der Jugend nach Kuba entsandt hatte, wurde er zur Zahlung eines Ordnungsgeldes von 10.000 DM verurteilt. Die Förderung der Völkerfreundschaft zähle nicht zu den Aufgaben der ASten, urteilten die Richter.

In Marburg waren es studentische Mitglieder der Republikaner, die den AStA verklagten. Aufgrund von Veröffentlichungen in der Unizeitung wurde der AStA daraufhin zu hohen Ordnungsgeldern verurteilt: 4.000 DM kostete der Aufruf kurdischer StudentInnenverbände zu einer Demo "Gegen die Invasion in Südkurdistan",

5.000 DM ein Flugblatt mit dem Titel: "Tod auf Raten - Bayer-Pestizid-Werbung in Lateinamerika" und ebenso viel ein Artikel über die CastorTransporte nach Gorleben. Aus Angst vor erneuter Verurteilung verweigerte daraufhin der AStA die Unterschrift unter einen Aufruf gegen Naziaufmärsche während der Wehrmachtsausstellung.

In Bremen sahen liberale Medien im September 1997 schon eine Wende im ASten-Streit. Das Verwaltungsgericht lehnte einen Antrag auf Einstweilige Verfügung ab und konzedierte, daß der Bildungsauftrag der Verfaßten Studierendenschaften auch einen Brückenschlag zu allgemeinpolitischen Themen erlaube. Zwei Monate später wurde dieses liberale Urteil in der nächsten Instanz widerrufen. Nun wurde auch dem Bremer AStA der Maulkorb umgehängt. Anfang Januar gab es sogar drei Hausdurchsuchungen gegen ein ehemaliges AStA-Mitglied. Grund war die Klage eines rechten Studenten, der sich in einem Flugblatt als Denunziant bezeichnet sah und Anzeige wegen übler Nachrede stellte.

In Kaiserslautern forderte der damalige Hochschulpräsident Klaus Landfried, heute Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Studierende auf, gegen den AStA zu klagen. Er verurteilte unter anderem eine Veranstaltungsreihe der Kritischen Universität. Daraufhin mußte das rheinland-pfälzische Wissenschaftsministerium Landfrieds Verfolgungseifer per Rundschreiben zügeln.

JuristInnen kommen nach der Analyse der unterschiedlichen Urteile zu dem Schluß, daß die widersprüchlichen Entscheidungen bei den ASten eine totale Unsicherheit darüber zurücklassen, wie hochschulpolitische Belange zu definieren seien. In den rosa-grün regierten Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Hessen sollen die Befugnisse der ASten per Gesetz ausgeweitet werden. Dagegen hat die oppositionelle CDU in NRW schon eine Verfassungsklage angestrengt.

Altes Problem

Der Streit über das allgemeinpolitische Mandat ist nicht neu. Er begann in den 50er Jahren. Damals nahmen die rechten ASten das politische Mandat ganz selbstverständlich wahr. So faßte 1950 der FU-Konvent (Vorläufer des heutigen Studierendenparlaments) folgenden allgemeinpolitischen Beschluß: "Die Studentenvertretung der FU hat den bisher von der Bundesregierung eingeschlagenen Weg aufmerksam verfolgt und ist der Meinung, daß sie sich der Haltung der Bundesregierung anschließen kann". Der heutige CDU-Abgeordnete Lorenz sagte als studentischer Vertreter auf dem 2. FU-Konvent 1951: "Die Studentenvertretung dürfe sich nicht im Formalen verlieren, sondern müsse ... die großen Probleme des Alltags anzupacken versuchen. ... Als solche Probleme im Rahmen der Studentenschaft erscheinen heute die Fragen: Deutscher Beitrag zu einer westeuropäischen Verteidigung und andere."

Von der Regierung wurde dieses zustimmende Engagement sehr begrüßt. So schrieb der damalige Bundesinnenminister Schröder am Vorabend des 17. Juni 1954 an den Verband Deutscher Studentenschaften (VDS): "Der Tag der deutschen Einheit kann seine Bedeutung nur erhalten, wenn er wesentlich von der deutschen Jugend getragen wird. Ich wäre deshalb dankbar, wenn durch alle Verbände, in denen die deutsche Jugend sich zusammengefunden hat, am Abend des 16. Juni gemeinsam Veranstaltungen aus Anlaß des Tages der deutschen Einheit (Kundgebungen, Fackelzüge) durchgeführt werden würden."

Noch Anfang der 60er Jahre finanzierte der FU-AStA unter seinem damaligen Vorsitzenden Eberhard Diepgen illegale Fluchthilfeaktionen aus Ostberlin. Doch schon damals war nicht jedes studentische Engagement gern gesehen. Am 12.2.1959 beschloß der Konvent eine Unterschriftensammlung, in der die Bundesregierung aufgefordert werden sollte, nationalsozialistische Richter, Staatsanwälte und Ärzte aus ihren Ämtern zu entlassen. Daraufhin richtete der Akademische Senat einen Ausschuß für politische Meinungsäußerung akademischer Gremien ein, dem jegliche Publikation des AStA zur Zensur vorgelegt werden mußte.

Auch heute zeigt die CDU-Jugend, wie sie das allgemeinpolitische Mandat wahrnehmen würde, wenn sie die Mehrheit an den Universitäten hätte. Am 11. Februar 1998 referierte auf Einladung des RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) Innenminister Kanther vor geladenen Gästen in einem auf dem FU-Gelände gelegenen Restaurant über Innere Sicherheit. Schon Stunden vorher wurde die Cafeteria vorzeitig geschlossen, Wachschutz und Polizei riegelten mehrere Unigebäude ab. Auf dem Campus fanden willkürlich Personen- und Taschenkontrollen statt, Platzverweise wurden ausgesprochen und mehrere Personen festgenommen, die den Anweisungen der Polizei nicht sofort Folge leisteten.

Peter Nowak

30. Gründen wir "ne Mega-Gewerkschaft. Wann kommt die "Dienstleistungsgewerkschaft"

Fusionsfieber: Wann kommt die "Dienstleistungsgewerkschaft"?

Autor: Susanne Fröhlich und Günter Frech · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:19

Seit einigen Jahren wird die Fusion von Einzelgewerkschaften als geeignetes Mittel gegen Mitgliederschwund und mangelnde Kampfkraft gepriesen. Wird die geplante "Dienstleistungsgewerkschaft" Wirklichkeit, dann ist die IG Metall bald nur noch die "zweitgrößte Einzelgewerkschaft der Welt". In dem folgenden Artikel geht es um den Stand der Verhandlungen und die Probleme, die mit der Fusion zur Mega-Gewerkschaft verbunden sind.

Renovierungsarbeiten kosten Geld. Dazu braucht man noch einen Architekten, der die Arbeit koordiniert und überwacht. Beides hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) nicht. Derzeit sind 8,6 Millionen Menschen Mitglied einer DGB-Gewerkschaft. Das bedeutet einen historischen Nachkriegstiefstand des gewerkschaftlichen Organisationsgrades von unter 30 Prozent. Weniger Mitglieder bedeutet auch weniger Geld in der Kasse.

Der 1994 verstorbene DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer hatte durch seine "Hattinger Initialrede" vom November 1990 den Organisations-Erneuerungsprozeß eingeläutet. Von ehemals 17 Einzelgewerkschaften existieren derzeit noch 13. Von dem ehemaligen Vorsitzenden der IG Chemie, Hermann Rappe, stammt die Idee, die Zahl der Gewerkschaften bis zur Jahrtausendwende auf sechs bis acht zu reduzieren.

Binnen drei Jahren soll nun eine neue "Supergewerkschaft" mit rund 3,8 Millionen Mitgliedern aus dem Dienstleistungsbereich, der dienstleistungsnahen Industrie sowie dem Medien-, Kultur- und Bildungsbereich entstehen. Das wurde am 24. Februar auf einer Pressekonferenz in Stuttgart verkündet. Die Beteiligten sind: Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV, Margret Mönig-Raane), Deutsche Postgewerkschaft (DPG, Kurt van Haaren), IG Medien (Detlef Hensche), ÖTV (Herbert Mai) und Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW, Eva-Maria Stange) sowie die nicht zum Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) gehörende Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG, Roland Issen). Die Eisenbahnergewerkschaft (GdED) ist - wie schon einige Monate zuvor die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) - ausgestiegen. Die NGG zieht es zur IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), und um die Eisenbahner buhlt die IG Metall.

Ob der gewerkschaftliche Super-Zug weiter mit der GEW fährt, ist zur Zeit offen: Einen Tag nach Bekanntwerden des Plans sagte die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange, sie wolle keine Mammutgewerkschaft, sich aber weiter an der Diskussion um die Neustrukturierung der Gewerkschaften beteiligen. Einerseits beteuern alle Gewerkschaften die Notwendigkeit der organisatorischen Erneuerung, andererseits beschwören sie gleichzeitig die eigene Identität und den Willen zur Eigenständigkeit. Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) und die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) überführen ihre Mitglieder bekanntlich in die IG Metall. Gisbert Schlemmer (GHK) und Willi Arens (GTB) hielten bis zum bitteren Ende die Fahne der Eigenständigkeit hoch. Diese Ambivalenz ist allen Gewerkschaften eigen: Schließlich geht es bei Zusammenschlüssen auch um Machtverlust der Funktionäre.

Mehr Mitglieder -

mehr Einfluß?

Nachdem der Prozeß seit 1990 über sieben Jahre mehr oder weniger zäh verlief, überstürzen sich nun die Ereignisse. "Die Entwicklung hat Gründe. Zum Beispiel: Der industrielle Großbetrieb, in dem die Gewerkschaften groß und durchsetzungsfähig geworden sind, und der mit freigestellten Betriebsräten die gewerkschaftliche Arbeit prägt, ist auf dem Rückzug. An seine Stelle treten Klein- und Mittelbetriebe; viele davon sind Service-, Logistik- und sonstige Dienstleistungs-Unternehmen", sagt IG Medien-Chef Detlef Hensche zu dem ehrgeizigen Projekt "Supergewerkschaft".

Gleichzeitig schränkt er aber auch ein, daß Fusionen auf Grenzen stoßen: "Nicht nur, daß mit wachsender Größe die Nähe zu den Mitgliedern zum Problem werden kann. Es ist zweifelhaft, ob Fusionen überhaupt eine Lösung bieten." Credo einer neuen Gewerkschaft sei deshalb, daß es keine aufnehmende und keine

aufgehende Organisation geben soll. Die neue Gewerkschaft - Arbeitstitel "Dienstleistungsgewerkschaft" - möchte Hensche als "Holding gleichberechtigter Partner" verstanden wissen. Größtmögliche Nähe zum Beruf und zur Branche sind für die IG Medien Bedingung.

Nach soziologischen Erkenntnissen spricht einiges gegen Großorganisationen. Viele Menschen - hauptsächlich Jugendliche, junge Erwachsene beiderlei Geschlechts und Frauen jeder Altersklasse -, die sich in die tägliche Politik einmischen, wünschen sich eine "partizipatorische" Organisationskultur. Demgegenüber steht das hierarchische Gebilde der Großorganisation Gewerkschaft. Was die Psychologin Barbara Stiegler in ihrer Studie "Das Geschlecht als Bremse" über die Erwartungen von Frauen an die Gewerkschaften sagt, trifft auch auf andere Gruppen zu: Sie wollen flache Hierarchien, kooperative Arbeitsformen, projektorientierte Arbeitsweisen, Transparenz, vernetztes Denken und stringente Arbeitsprozesse.

Nun werden die Gewerkschaften nicht müde zu betonen, daß man sich ändern müsse. Es mangelt nicht an Organisationsentwicklungsprogrammen. Viele Regalmeter Bücher wurden geschrieben, die von den Vorstandsverwaltungen verfaßten Positionspapiere sind nur noch in Kilo zu messen. Und landauf, landab finden Tagungen statt. Mit der Namensgebung "Workshop" für solche Veranstaltungen scheint aber schon das Ende der Modernität erreicht. Das Beharrungsvermögen der Apparate ist stabiler als das Fundament so mancher Denkmäler der Arbeiterbewegung.

In der Mega-Gewerkschaft sollen sich Ärzte und Krankenschwestern, Straßenbahn- und Zugführer, Drucker, Briefträger, Müllwerker, Staatsanwälte und Richter, Sparkassenangestellte, Lehrer und Kindergärtnerinnen, Orchestermusiker, Theaterhandwerker, Kameraleute, Gleisbauarbeiter, Friseurinnen, Verkäuferinnen, Journalisten und Redakteurinnen, Toningenieure, Telefonistinnen, Künstler und Schriftstellerinnen, Croupiers, EDV-Operateure und Kinovorführer, Verwaltungsangestellte, Hochschullehrer und viele andere wiederfinden.

Unbestritten ist, daß das gewerkschaftliche Organisationsprinzip überholt ist. Die Formel "Ein Betrieb - Eine Gewerkschaft" ist obsolet. Noch orientieren sich die Gewerkschaften an den Strukturen der vierziger- und fünfziger Jahre. Anstatt aber nun das Ganze vom Kopf auf die Füße zu stellen, werden noch abstraktere Gebilde gebastelt, meistens an der Mitgliedschaft vorbei. Angeblich interessiert es die Mitglieder gar nicht, wie der Verein heißt. Die einfachste Lösung, nämlich die direkte Mitgliedschaft im DGB, ist angeblich nicht durchsetzbar. Dabei könnte - so es gewollt wäre - die widerspenstige IG Metall überstimmt werden. Diese Lösung favorisierte einst auch der erste Vorsitzende des DGB, Hans Böckler; er scheiterte damit aber am Einspruch der Alliierten.

Mit einer gewissen Logik wurde Ende der achtziger Jahre die IG Medien gegründet. Sie entstand aus der Kartellgewerkschaft Kunst und der IG Druck und Papier. Unter dem Dach der Gewerkschaft Kunst waren Fachverbände mit wechselnden Namen versammelt: Rundfunk- Fernseh- und Filmschaffende, Bühnenangehörige, Artisten, Orchester- und Solomusiker, Schauspielerinnen, Maler und Bildhauer, Musiklehrer und Angehörige anderer kreativer Berufe. In der IG Druck und Papier waren neben den "klassischen" Beschäftigten im Druck- und Druckvorstufenbereich auch der Verband Deutscher Schriftsteller (VS) und die Deutsche Journalisten Union (dju) organisiert. Der Zusammenschluß zur einheitlichen Mediengewerkschaft hatte also Sinn. Spätere Gewerkschaftszusammenschlüsse ließen dies vermissen: Die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) wurde 1993 von der IG Bau, Steine, Erden "insolvenzfusioniert"; das Gebilde bekam den Namen IG Bauen, Agrar, Umwelt (IG BAU). Im letzten Jahr schlossen sich die drei Gewerkschaften IG Chemie, IG Bergbau und Gewerkschaft Leder zur IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) zusammen. Was haben aber Textil- oder Holzarbeiter mit der IG Metall zu tun? Spaßvögel sprechen von der "IG Mieder, Möbel, Metall".

Das Ende der Konkurrenz?

Durch die neue Gewerkschaft soll Konkurrenz aufgehoben werden. Für den Bereich Telekommunikation fühlen sich gleich mehrere Gewerkschaften zuständig und streiten sich um die Mitglieder. Ein anderes Beispiel aus jüngster Zeit: Die Beschäftigten des Warenverteilzentrums der Firma Elba-Bürosysteme werden nach den gültigen Tarifverträgen der Papierverarbeitung bezahlt. Zuständige Gewerkschaft ist die IG Medien. Elba gründete die Firma Häring Logistik GmbH und wollte den günstigeren ÖTV-Tarif annehmen. Die ÖTV war dazu bereit und bot sich an, einen Tarifvertrag abzuschließen und die Mitglieder von der IG Medien zu übernehmen.

Doch die Beschäftigten wollten keinen Tarif- und Organisationswechsel und erreichten mit zwei Warnstreiks, daß sie den IG Medien-Tarifvertrag behalten konnten.

Ob durch eine gemeinsame Gewerkschaft das unterschiedliche Tarifniveau aufgehoben wird, darf bezweifelt werden. Selbst im Tarifbereich öffentlicher Personennahverkehr innerhalb der ÖTV gibt es ein Stadt-Land-Gefälle. Zum Beispiel bekommen die Pinneberger Busfahrer im Schnitt 15 Prozent weniger Gehalt als ihre Hamburger Kollegen.

Zur Begründung der entstehenden "Supergewerkschaft" heißt es in der Präambel der "politischen Plattform", daß die Arbeitsbeziehungen einem "tiefgreifenden Strukturwandel" unterzogen seien. Von den Gewerkschaften werde erwartet, daß sie den Veränderungsprozeß mitgestalten und positiv beeinflussen. Die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung werde sich an der Frage entscheiden, ob es gelingt, die "immer differenzierter werdenden Interessen" der Beschäftigten angemessen zu erfassen und sachverständig durchzusetzen.

Weiter wird angemerkt, daß der historisch bedingte Streit zwischen dem DGB und der DAG um die bessere Organisationsform beigelegt werden kann. Das Resümee: "Wir werden dieses Ziel nur erreichen, wenn wir Schluß machen mit unfruchtbarer gewerkschaftlicher Konkurrenz." Das Kommunistische Manifest schließt mit der Aufforderung "Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" Davon sind die Gewerkschaften noch Lichtjahre entfernt. Ähnlich wie die Sozialdemokratie aus ihrer Urangst, als "vaterlandslose Gesellen" zu gelten, eine Schandtat nach der anderen - zuletzt beim Großen Lauschangriff - mitmacht, betätigen sich die Gewerkschaften als Feuerwehr des Kapitalismus.

Dabei ist ihnen längst das Löschwasser ausgegangen. Je mehr es den Konservativen im Bündnis mit dem Kapital gelungen ist, eine ideologische Dominanz zu erringen, je tiefer wurden die Gewerkschaften in den Strudel der Anpassung gerissen. Aus Erklärungsnot wurde Rechtfertigungsdruck. Herausgekommen ist jetzt eine "technische" Antwort: Die Fusion zur Mega-Gewerkschaft. Die politische Plattform bietet keine einzige schlüssige politische Antwort auf drängende Fragen. Konkurrenz soll aufgehoben werden, Bewährtes gewahrt und Raum für neue Perspektiven geschaffen werden. So geht es seitenlang weiter.

Was fehlt: die Analyse

des realen Kapitalismus

Daß sich die Welt immer weiterdreht, ist so neu nicht: "Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren... Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnten Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel... Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen." Weise Sätze des Trierer Philosophen! Er legt noch einen drauf: "Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse." Die Frankfurter Rundschau - mitunter als inoffizielles Zentralorgan der Gewerkschaften betitelt - widmete dem Geburtstag des Manifests eine ganze Seite. "Die Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Entwicklungsdynamik hat von ihrer argumentativen Kraft wenig eingebüßt" schreibt Karl Grobe. Recht hat der Mann!

Weil sich die Gewerkschaften aber weniger mit der Analyse des real existierenden Kapitalismus beschäftigen, haben sie auch vergessen, ideologisch auf die Globalisierung und die veränderte Binnenstruktur von Beschäftigungsverhältnissen zu reagieren. Mit offenen Augen sind die Gewerkschaften in die Globalisierungsfalle getappt. Dann haben sie verpennt, daß durch den Wegfall der Systemkonkurrenz das Kapital den sogenannten historischen Klassenkompromiß aufgekündigt hat und immer hemmungsloser agiert.

Die Kämpfe der letzten Jahre waren Abwehrkämpfe. Defensiv agierende Gewerkschaften können letztlich auch nicht vermitteln, warum jemand Mitglied werden soll. Der DGB wirbt gerade mit einem Plakat, auf dem steht: "Was der Airbag für die Sicherheit im Auto, ist der Tarifvertrag im Betrieb." Die Tarifverträge haben mittlerweile so große Löcher, daß jeder ähnlich schadhafte Airbag vom TÜV sofort aus dem Verkehr gezogen würde!

Einer der Gründe, warum die Gewerkschaften so schwerfällig sind, ist das gewerkschaftliche Berufsbeamtentum - sprich der hauptamtliche Apparat. Weniger Mitglieder bedeuten weniger Geld in der Kasse bedeuten weniger Gewerkschafts-Beschäftigte. Für viele Funktionäre ging und geht es um die Sicherung der eigenen Existenz. Man hat sich also mit sich selbst beschäftigt, gewerkschaftliche Einheiten hin und her geschoben, auf Orts-, Bezirks- und Länderebene wurde fusioniert.

Es bleibt abzuwarten, ob der geplante Zusammenschluß von der Basis mitgetragen wird. Alle Beteiligten bekunden, daß die weitere Entwicklung "prozeßhaft" angelegt sei. Durch die Selbstauflösung der sechs Gewerkschaften soll etwas völlig Neues entstehen. Dieses Neue soll von den Mitgliedern gestaltet werden. "Für die an Zentralität gewöhnten Gewerkschaften bedeutet dies freilich ein Umdenken, und zwar mit dem Mut zur Dezentralität", sagt IG Medien-Vorsitzender Detlef Hensche. Es gehört in der Tat Mut dazu, die Mitglieder machen zu lassen: werden doch dadurch auch einige Funktionäre überflüssig. Die spannende Frage ist aber, ob die Mitglieder das Angebot auch annehmen oder ob letztlich ein paar Gewerkschaftstechnokraten ein Kunstgebilde schaffen.

Susanne Fröhlich und Günter Frech

31. Eingekauft und vorgeführt. Grüne an der Regierung - das Beispiel Hamburg

Autor: Dk. · Rubrik: SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:14

Die Hamburger Grünen haben nichts verheimlicht: Frühzeitig haben sie angekündigt, daß sie die "Konsolidierungen" des Haushalts mittragen werden. Ebenso frühzeitig haben sie den Widerstand gegen die umstrittenen Großprojekte wie die Hafenerweiterung in Altenwerder oder den Bau der vierten Elbtunnelröhre eingestellt. Im Wahlkampf schließlich sind sie ohne "Knackpunkte" oder Essentials angetreten, Rot-grün war ihnen Botschaft genug. Die beinharte Haltung der SPD und die Null-Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen haben selbst hartgesottenen Realos und Realas die Tränen in die Augen getrieben, und die ersten 100 Tage der neuen Regierung haben vor allem die migrations- und sozialpolitische Szene der Stadt aufschreien lassen.

Bereits in den Koalitionsverhandlungen ist die GAL nach allen Regeln der Kunst vorgeführt worden. Die Sozialdemokraten gönnten ihnen kein einziges grünes Vorzeigeprojekt. Von der Ökologie (Ausstieg aus dem AKW Brunsbüttel), über die Verkehrspolitik (Rückbau des Flughafens), die Sozial- und Migrationspolitik bis hin zur Ressortverteilung ist die GAL abgeblitzt. Statt dessen wurde sie in allen Ressorts auf einen rigorosen Sparkurs verpflichtet. Darüber hinaus haben sich die Grünen zur sozialdemokratischen Repressionspolitik bekannt: in der Flüchtlings- und Migrationspolitik, in der Frage der "sauberen" Innenstadt, im Umgang mit offenen Drogenszenen.

Die SPD zeigt sich wild entschlossen, die GAL beim Wort zunehmen. Kaum war der Koalitionsvertrag unterzeichnet, wurden minderjährige unbegleitete Flüchtlinge von der Ausländerbehörde massenhaft "per In-Augenschein-Nahme" zu über 16jährigen gemacht. Neben der anschließenden Umverteilung wird gegen sie auch noch wegen mittelbarer Falschbeurkundung ermittelt. Dies ist gegenüber der bisherigen Senatspolitik eine erhebliche Verschärfung. Unter Federführung des grünen Stadtentwicklungssenators Maier plant der Senat die Verpachtung weiter Teile des Hauptbahnhofs, so daß dort private Sicherheitsdienste das Hausrecht der Deutschen Bahn-AG exekutieren können. Das ist ebenfalls eine Maßnahme, die die Grünen bisher immer abgelehnt hatten. Im Dezember beschloß die Sozialbehörde die Streichung von Sozialhilfezuschlägen für Alleinerziehende - was die GAL zwar skandalisierte, aber letztlich mit einem faulen Kompromiß absegnete. Das Korsett des Koalitionsvertrages läßt der GAL bereits in "ihren" Ressorts kaum Profilierungsmöglichkeiten. Ihr Einfluß auf die SPD-Behörden tendiert sogar gegen Null. Unter Berufung auf die Ressortkompetenz und das "Verwaltungshandeln" verweigern diese sozialdemokratischen Festungen jede Zusammenarbeit mit den Grünen. Es ist schon bezeichnend, wenn Krista Sager auch auf drängende Nachfragen von JournalistInnen keinen einzigen Punkt nennen konnte, den der Senat während der ersten 100 Tage auf grüne Initiative hin beschlossen hätte.

Dünne Luft für linke Opposition

Der Spielraum für linke Politik, selbst für kleinste Reförmchen, ist seit der grünen Regierungsbeteiligung kleiner statt größer geworden. Dies liegt nur zum Teil daran, daß die GAL sich in den Koalitionsverhandlungen nicht durchsetzen konnte. Viel entscheidender ist, daß es nun keine linke Opposition im Parlament mehr gibt. In der Opposition ist es der GAL immerhin gelungen, ein auch öffentlich wahrnehmbares politisches Korrektiv zur Senatspolitik zu etablieren. In der Innen-, Rechts- und Bürgerechtspolitik war es i.d.R. die GAL, die angesichts diverser Skandale in den Knästen, bei der Polizei oder der Ausländerbehörde die kritische Öffentlichkeit organisierte. Mit dem rot-grünen Senat ist diese Opposition eingekauft und in die "Regierungsverantwortung" eingebunden worden.

Grün an der Regierung heißt auch, daß die verschiedenen außerparlamentarischen Initiativen ihren parlamentarischen Arm verloren haben. So locker und teilweise distanziert das Verhältnis zwischen den Grünen und der Initiativenlandschaft auch immer war: Letztlich waren die Grünen immer der "natürliche Ansprechpartner" der Initiativen und Bewegungen. Dabei waren die Inis i.d.R. mehr auf die Grünen im Parlament angewiesen als umgekehrt. Die Grünen versorgten sie mit Informationen und transportierten ihre Anliegen in den parlamentarischen und damit oft genug auch in den öffentlichen Raum.
Außerparlamentarische Politik ist in den letzten Jahren häufig nur dann wahrgenommen worden, wenn die Grünen im Parlament ihrer Oppositions- und Vermittlungsfunktion nachkommen sind. Der rot-grüne Senat hat

daher auch linke und demokratische Politik außerhalb des Parlaments geschwächt. Ein Umstand, der nicht so sehr den Grünen als der außerparlamentarischen Linken selbst anzulasten ist.

Die grüne Regierungsbeteiligung hat - zumindest bisher - auch die linkeren Kräfte in der Partei nicht gestärkt oder sie zu einer politischen Umorientierung veranlaßt. Die neue Dynamik des Mitregierens hat die Partei als ganzes gegenüber der Bürgerschaftsfraktion noch weiter und diese gegenüber dem Senat geschwächt. Gleichzeitig gibt es die Tendenz, daß die Partei hinter dem Senat und der "Regierungsverantwortung" eher zusammenrückt, als daß Widersprüche akzentuiert würden. Dieses Zusammenrücken bedeutet gleichzeitig, daß die Reste innerparteilicher Opposition an Einfluß weiter verlieren und teilweise sogar marginalisiert werden: Die Grünen beginnen, sich von ungeliebten "Schmuddelthemen", etwa Flüchtlings- und Migrationspolitik oder Sozialpolitik, zu verabschieden. Die mit diesen Themen verbundenen Personen werden zunehmend parteiintern isoliert.

Düstere Aussichten

Die bisherige Bilanz des rot-grünen Senats läßt für eine grüne Regierungsbeteiligung im Bund nichts Gutes erwarten. Sicher wäre es falsch, die Hamburger Erfahrungen eins zu eins auf ein Bonner Rot-Grün-Szenario zu übertragen. Insbesondere dann nicht, wenn der PDS der Sprung in den Bundestag gelingt. Es würde dann stark von der inneren Verfaßtheit dieser Partei abhängen, ob sie bereit und in der Lage wäre, die Oppositionsrolle zu übernehmen, die bisher die Grünen innehatten. Insbesondere wird entscheidend sein, ob sie sich an Stelle der Grünen als Ansprechpartnerin außerparlamentarischer Initiativen und Bewegungen profilieren kann.

Eine linke Orientierung bei der Bundestagswahl kann vor diesem Hintergrund natürlich nicht darin bestehen, Rot-grün verhindern zu wollen. Aber jegliche Erwartungen sollte man sich gründlich abschminken. Wenn es je gestimmt hat, daß ein Wahlausgang egal ist, dann jetzt. Die einzige Frage, die man diskutieren sollte, ist die, ob und wie eine linke oder demokratische Opposition im Bundestag gestärkt werden kann.

Dk.

32. "Wir wollen etwas ganz Normales." Sieben Monate Streik gegen "Feudalherrschaft"

Autor: Günter Frech · Rubrik: Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:21

Wenn in der Zeit zwischen Redaktionsschluß und Auslieferung dieser Zeitung kein Wunder passiert ist, streiken in Bielefeld 26 Beschäftigte der Schilderfirma Warweg im siebten Monat für einen Haustarifvertrag. Damit hat dieser Arbeitskampf gute Chancen, als einer der längsten in die Geschichte der Bundesrepublik einzugehen. Doch die 26 Frauen und Männer wollen keine Rekorde brechen, sondern lediglich "etwas, was für andere selbstverständlich ist", wie sie immer wieder betonen.

Schilder-Warweg ist ein mittelständischer Familienbetrieb; zu Beginn des Streiks am 18. August 1997 beschäftigte das Unternehmen 47 Menschen. Unternehmen dieser Struktur und Größenordnung gibt es in der Bundesrepublik etwa 44.000 mit insgesamt 2,2 Millionen Beschäftigten. Und weil es davon so viele gibt, sollte man meinen, daß dem Konflikt exemplarische Bedeutung zukommt. Doch bisher nahm kaum jemand außerhalb von Ostwestfalen vom Arbeitskampf Notiz. Und wer interessiert sich in diesem Land schon für 26 streikende Frauen und Männer?

Was veranlaßt diese Menschen, seit Monaten Tag für Tag vor dem Tor zu stehen? "Wir haben das angefangen, und was man einmal angefangen hat, zieht man bis zum Ende durch", sagt eine streikende Schriftsetzerin. Die Betriebsratsvorsitzende ergänzt: "Wir fordern etwas ganz Normales: Eine verbindliche Vereinbarung über Lohn, Arbeitszeit und Krankengeld und keine Feudalherrschaft."

Bisher wurden die Löhne "pi mal Daumen" festgesetzt; sie variieren zwischen 13,50 und 25,- DM, wobei letzterer Betrag die Ausnahme ist. Gearbeitet wird 38 Stunden die Woche, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurde auf 80 Prozent gekürzt, Überstunden werden erst ab der 11. Stunde bezahlt. Wurden neue Computer angeschafft, mußten die Beschäftigten die Kurse an der Volkshochschule - nach Feierabend, versteht sich - selbst bezahlen. Ein Getränke-Automat wurde "mangels Umsatz" demontiert und das Kaffeekochen verboten.

Im Mai 1997 forderten die Beschäftigten ihre Gewerkschaft IG Medien auf, mit der Firma Warweg einen Tarifvertrag zu vereinbaren - doch Herr Warweg weiß bis heute nicht, "was die da draußen von mir wollen", wie er immer wieder gegenüber Journalisten behauptet. Tatsache ist, daß ihm die Forderungen dreimal übermittelt und erläutert wurden. Für den IG Medien-Vorsitzenden Detlef Hensche ist das, was in Bielefeld vor sich geht, "jenseits der Grenze dessen, was rational nachvollziehbar ist." Auch Interventionen und Erklärungen von Geistlichen beider Konfessionen und von Vertretern der CDU-Sozialausschüsse (CDA) und des SPD-Arbeitnehmerflügels (AFA) blieben ohne Wirkung. NRW-Ministerpräsident Johannes Rau besuchte die Streikenden. Ein Manager des Bertelsmann-Konzerns wollte Uwe Warweg zum Einlenken bewegen und mußte unverrichteter Dinge wieder abziehen. Ebenso ist der nordrhein-westfälische Landesschlichter Peter Kraft - wie vor ihm Bielefelds Bürgermeister Rainer Wend - gegen die unsichtbare Warweg-Wand gelaufen.

Zum Jahresbeginn hat Warweg seine Firma in sieben GmbHs mit eigenen Geschäftsführern aufgeteilt und behauptet nun, für einen Teil der Firmen wäre die IG Metall und für einen anderen die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) zuständig. Sieben Streikenden wurde wegen "Arbeitsverweigerung" gekündigt. Im Laufe der Auseinandersetzung gab es um die 25 Verfahren vor dem Arbeitsgericht, die alle zugunsten der IG Medien und der Streikenden ausgingen.

Günter Frech

33. Eine unendliche Geschichte. Interview mit Monika Haas

Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:23

Der Prozeß gegen Monika Haas schleppt sich nun schon seit zwei Jahren hin - und kein Ende ist in Sicht. Die Frauenbeauftragte der Frankfurter Universitätskliniken soll, so will es die Bundesanwaltschaft (BAW), im Herbst 1977 den EntführerInnen der Lufthansa-Maschine "Landshut" die Waffen nach Mallorca geschmuggelt haben. Die Anklage stützt sich in der Hauptsache auf eine Notiz in einer Stasi-Akte und die Aussagen zweier höchst dubioser Zeugen.

Rote Hilfe: Wir haben gerade das 20. Jubiläum des Deutschen Herbstes überstanden. Wie hast du, die die Aktualität des Themas andauernd am eigenen Leibe erfahren muß, dieses Jubiläum erlebt?

Monika Haas: Na ja, irgendwo ist es auch etwas typisches Deutsches, daß man sich seiner Geschichte nicht adäquat stellen kann. Das heißt, die Aufarbeitung der eigenen Geschichte, der eigenen Fehler, der eigenen Irrtümer - das zu leisten ist in unserem Land ja noch nie so sonderlich gut gelungen, und leider glänzt die Linke da auch nicht gerade mit einem positiven Beispiel. Und zwar die gesamte Palette der Linken: Nicht nur die radikale Linke, auch andere, die heute überwiegend bei den Grünen oder in den Universitäten zugange sind, haben ihre Geschichte nicht produktiv aufgearbeitet, und daran krankt es, und da ist meiner Ansicht nach auch die Blockade zu sehen. Aus unverarbeiteten Geschichten kann nichts Neues, Besseres entstehen, und aus Fehlern lernen kann man nur, wenn man sich auch mal eingesteht, daß Fehler gemacht worden sind - und zwar nicht gerade wenige.

Diese ganze "Herbst '77-Orgie" fand ich in anderer Hinsicht aber auch sehr interessant und spannend. Ich habe damals im Jemen gelebt unter völlig anderen Lebensumständen und habe so gut wie überhaupt nichts von diesem Jahr '77 mitbekommen. Teilweise haben die Medien heute ja auch etwas differenzierter berichtet von der Atmosphäre, die damals geherrscht hat, und das war neu und interessant für mich und hat mich natürlich auch vieles verstehen lassen. Ich kann jetzt meinen Prozeß besser einordnen - es war auch ein Stück Orientierungshilfe für mich. Insofern fand ich das ganz gut, aber die Sprachlosigkeit finde ich natürlich ein Manko. Vielleicht ändert sich das beim nächsten Jubiläum, ich weiß es nicht, ich befürchte eher nein.

In deinem Verfahren zaubert die Bundesanwaltschaft immer dann, wenn ihr Hauptanklagepunkt zusammengebrochen ist, einen neuen aus dem Hut. Im Verlauf des Prozesses sind alle ihre Konstrukte eingestürzt. Wie versucht die BAW jetzt eigentlich noch, eine Verurteilung zu erreichen?

Leider stimmt das nicht ganz, denn am Anklagekonstrukt wird weiter festgehalten. Allerdings konnten meine Verteidiger aufzeigen, daß die Glaubwürdigkeit der Hauptbelastungszeugen sehr in Frage zu stellen ist. Dies betrifft zum einen Souhaila Andrawes, die mich auf Mallorca gesehen haben will, nachdem ihr von der Bundesanwaltschaft die "Wohltat der Kronzeugenregelung" in Aussicht gestellt wurde. Ihre Aussage ist nicht nur in sich sehr widersprüchlich, sondern steht darüber hinaus auch im Widerspruch zu den Ergebnissen der Ermittlungen, die das Bundeskriminalamt 1977 auf Mallorca durchgeführt hat. Als Souhaila Andrawes in Hamburg zu 12 Jahren verurteilt wurde, hatte sie während der Urteilsverkündung ausgerufen: "Monika Haas hat die Waffen nicht nach Mallorca gebracht!" Daraufhin wurde zwei Tage später, während der Hauptverhandlung gegen mich, ein neuer Belastungszeuge aus dem Hut gezaubert. Ein Libanese, der derzeit im Libanon im Gefängnis sitzt. Dieser neue Zeuge hat bislang mehrere - sich gegenseitig ausschließende - Angaben über seine angebliche Beteiligung an der Entführung der "Landshut" gemacht. Im Grunde genommen ist es mittlerweile sehr deutlich geworden, daß er in entscheidenden Punkten lügt. Seine Glaubwürdigkeit hat er nicht zuletzt auch dadurch erheblich eingebüßt, daß er kontinuierlich geleugnet hat, Souhaila Andrawes zu kennen. Wir wissen aber genau, daß er 1977 der Verlobte von Souhaila Andrawes war.

Ist er das Pferd, auf das die BAW im Augenblick setzt?

Er war es wohl während der vergangenen Monate. Bei seiner letzten richterlichen Vernehmung im Libanon Ende 1997 wußte er jedoch nicht mehr so richtig, worauf es der Bundesanwaltschaft ankommt und hat seine Aussage ziemlich verpatzt. Es ist nicht mehr zu übersehen, daß er über etwas redet, was ihm fremd ist, weil er es eben nicht selbst erlebt hat. Die Souffleusen vom BKA waren während dieser Vernehmung auch nicht

anwesend. Dadurch ist noch einmal deutlich geworden, daß er in seiner belastenden Aussage nur die Angaben nacherzählt hat, die ihm von den beiden BKA-Beamten als "Tatsachen" zwei Tage lang vorgehalten wurden. Jetzt - ein halbes Jahr später - hat er schon nicht mehr gewußt, was er angeblich gemacht hat.

Warum macht jemand im Libanon überhaupt eine Aussage, die Dich belastet? Fungiert er ähnlich wie Souhaila Andrawes als Kronzeuge?

Ja, als eine Art Kronzeuge - insofern, als sich das für ihn offensichtlich gelohnt hat. Kein Mensch beschuldigt sich selbst ohne Not einer Straftat, es sei denn, er verspricht sich Vorteile davon. Naheliegender ist: Es werden ihm erhebliche Vorteile versprochen. Er war ja ursprünglich zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, und zwar, weil ihm vorgeworfen wurde, mit dem israelischen Geheimdienst Mossad zusammengearbeitet zu haben. Das scheint auch zu stimmen, weil die Libanesen - das ergeben schriftliche Unterlagen - sehr vorsichtig mit diesem Zeugen waren, da er offensichtlich politischen Schutz erhält. Die Strafe wurde auch in der Zwischenzeit auf vier Jahre Zwangsarbeit reduziert. Er wird jetzt wahrscheinlich in diesem Jahr entlassen werden. Was im einzelnen dort verhandelt wurde, weiß ich natürlich nicht. Wir haben nachfragen lassen, mit welcher Begründung die Strafe reduziert wurde: Uns wurde mitgeteilt, aus humanitären Gründen. Das sagt viel und nichts.

Wann wurde diese Strafe reduziert?

Im Dezember 1996. Die BAW ist vermutlich seit dem Sommer 1996 mit ihm zugange.

Dein Prozeß hat kaum noch Öffentlichkeit. Das einzige, was zu lesen war, ist, daß zwei ehemalige RAF-Mitglieder als Zeugen ausgesagt haben, nämlich Monika Helbing und Brigitte Mohnhaupt.

Monika Helbing ist vom Senat geladen worden, weil der "Spiegel" in seiner dreiteiligen Serie über den Herbst '77 geschrieben hat, eine RAF-Aussteigerin hätte mich in jenen Herbsttagen - während der Entführung - in Bagdad gesehen. In der Hauptverhandlung wurde klargestellt, daß das nicht stimmt. Monika Helbing berichtete über ein Vorkommnis in dem Haus in Bagdad, wo sie seinerzeit untergebracht war, nämlich, daß eine deutsche Frau, die mit einem Palästinenser verheiratet war, für ein paar Stunden ihr Baby in die Obhut der dort anwesenden Frauen gegeben hätte. Sie habe zwar das Baby, aber nicht die deutsche Frau gesehen. Monika Helbing war sich sicher, daß sich das nicht in jenen Herbsttagen 1977, sondern Ende 1977 bzw. sogar eher Anfang 1978 zugetragen hatte.

Brigitte Mohnhaupt hat ausgesagt, daß sie nicht wisse, wer im einzelnen an der Entführung der "Landshut" beteiligt war, da es eine Aktion der Palästinenser war und von daher RAF-Mitglieder keinen detaillierten Einblick hatte. Sie sagte auch, daß sie es aber ausschließen kann - aus allem, was sie über mich und meine Lebensgeschichte weiß -, daß ich in irgendeiner Form beteiligt gewesen sei. Daß sich das widerspricht - daß eine Frau, die Verantwortung für Kinder hat, eben nicht an solchen Aktionen teilnimmt, für die sie lebenslänglich ins Gefängnis kommen kann. Brigitte Mohnhaupt hat auch in wesentlichen Punkten der Aussage von Boock widersprochen.

Hat die Verteidigung eigentlich auch Zeugen benannt?

Wir haben bislang erst wenige Beweisanträge gestellt, sie beschränken sich auf Hotelpersonal auf Mallorca. Diese Beweisanträge - obwohl bereits am 9. Mai 1996 gestellt - sind bis jetzt immer noch nicht entschieden worden. Außerdem haben wir einen Rechtsanwalt aus Frankfurt als Zeugen benannt, der in meinem Auftrag auf Mallorca Recherchen angestellt hat. Insbesondere über das Hotel, in dem ich angeblich - laut Aussage von Frau Andrawes - mitten in der Nacht samt Kinderwagen und bepackt mit vielen Bonbondosen die Waffen übergeben haben soll. Die Ergebnisse dieser Recherchen sind eindeutig, denn es wäre völlig unmöglich gewesen, daß jemand dieses Hotel mitten in der Nacht unbemerkt betreten und dann wieder unbemerkt hätte verlassen können.

Wir haben auch noch einmal Souhaila Andrawes als Zeugin laden wollen, weil wir von ihr mehr über ihre Beziehung zu diesem Libanesen, der mich belastet hat, wissen wollten. Das wurde aber vom Gericht abgelehnt. Andere Zeugen sind von uns noch nicht benannt worden.

Wie siehst du denn heute die Zukunft deines Prozesses?

Ich weiß es nicht, es ist auch nicht abzusehen. Der Prozeß wurde zum Großteil bewußt verschleppt. Eine der "Verhandlungen" hat gerade mal vier Minuten gedauert, der Durchschnitt ist maximal eine Stunde und das jetzt schon seit vielen Monaten. Ich habe das Gefühl, keiner - also auch nicht die BAW oder der Senat - ist glücklich mit diesem Prozeß, aber sie finden den Ausstieg nicht. Er ist sehr festgefahren, und sie wollen halt auf Teufel komm raus eine Verurteilung. Gerade weil dieser Prozeß mit so großem Trara angefangen worden ist.

Ein anderer Grund, der mich sehr beunruhigt, ist die Tatsache, daß ja nicht nur die Linke relativ sprachlos ist - es gibt ja auch nicht mehr das, was man bürgerliche, liberale Öffentlichkeit nennt: Es schaut niemand mehr hin, was dort eigentlich gemacht wird, und es will auch niemand mehr hinschauen, weil die Thematik irgendwie allen zu den Ohren raushängt. Diese Entwicklung ist sehr gefährlich für mich, denn dadurch wird es dem Senat relativ leicht gemacht, eine Verurteilung durchzubringen.

Rote Hilfe, Ortsgruppe Hamburg

(Nachdruck aus Ortsmitgliederrundbrief der Roten Hilfe Hamburg. Nummer 4. Februar 1998)

34. Außer Späßen nichts gewesen? Verfahren gegen Berliner Autonomen-Infoblatt "Interim" eingestellt

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:08

Im Juni vergangenen Jahres versuchte der Staatsschutz mit großem Aufwand, dem Berliner Infoblatt Interim den Boden unter den Füßen wegzuziehen. (vgl. ak 404) Ging das Kalkül der Behörden schon nicht auf, das Blatt durch die Kriminalisierung angeblicher MitarbeiterInnen zu zerschlagen - wie nicht zuletzt das pünktliche Weitererscheinen bewies - so mußte die Berliner Staatsanwaltschaft Mitte Februar dann noch die im Zuge der Razzia eingeleiteten Verfahren gegen 13 Beschuldigte einstellen. Ende gut, alles gut, könnte mensch meinen. Aus den Ermittlungsakten wird allerdings deutlich, mit welcher Akribie die Staatsschutzbehörden seit Jahren das Umfeld der Interim beleuchteten und um was es eigentlich ging: das Ausspähen linker Strukturen.

Jahrelang waren Polizei, Staatsanwaltschaft und Geheimdienst in Sachen Interim unterwegs. Aus den Teilen der Ermittlungsakten, welche die Anwälte der angeblichen Interim-MacherInnen einsehen konnten, geht hervor, daß der Berliner Verfassungsschutz bereits seit 1989 Leute beschattet hat, die er mit dem Blatt in Verbindung brachte. Schon 1988, kurz nach dem Erscheinen der ersten Ausgabe, wurde auch ein Mitarbeiter des polizeilichen Staatsschutzes auf die Zeitschrift angesetzt. Ermittlungen in den Jahren 1989, 1991 und 1994 brachten allerdings keinen "Erfolg" im Sinne der Behörden.

Das änderte sich erst, nachdem der Verfassungsschutz der Polizei mit eigenen Observationen beisprang. Im Frühjahr 1996 meinten die Berliner Verfassungsschützer die Druckerei der Zeitschrift ausgemacht zu haben. Nun lief die Zusammenarbeit erst richtig an. Hatten Geheimdienst und Polizei die Observation zunächst von einer Pizzeria aus unternommen, die allerdings erst um 15 Uhr öffnete, mieteten sie später gemeinsam eine konspirative Wohnung gegenüber der Druckerei.

Im August 1996 dann wurde das Druckereigebäude laut einer Aktennotiz zwei Wochen lang "technisch dauerüberwacht". Ob damit Video- oder Fotoaufnahmen gemeint sind, ist derzeit noch unklar - Teile der Ermittlungsakten sind als "vertraulich" gekennzeichnet und werden zurückgehalten. Eines scheint aber festzustehen: Die Staatsschutzbehörden hatten nun ausreichendes Überwachungsmaterial, das wohl nach akribischem Datenabgleich mit den Ermittlungsergebnissen über die Berliner Autonomen zu den Verfahren gegen die 13 Beschuldigten führte. Bis zur Razzia Mitte Juni 1997 überwachten die Ermittler eifrig weiter, so daß Observationsprotokolle den Großteil der mittlerweile fünf Aktenbände ausmachen.

Weiteres angeblich belastendes Material sammelten die Staatsschützer, als sie im November 1996 einen Altpapiercontainer abtransportieren ließen, in den "verdächtige Personen" Pakete geworfen haben sollten. Dabei hätte es sich um Druckabfälle der Interim gehandelt. Fingerabdrücke waren aber nicht feststellbar.

Zwar hatten die Behörden nicht viel in den Händen, ihrer Ansicht nach reichte es aber für den Vorwurf des Straftatbestandes "Belohnung und Billigung von Straftaten", der für die Durchsuchungsaktion im Juni 1997 als Grundlage herhalten mußte. Aber auch die 2.178 Disketten und 16 Computer, die während dieser Aktion beschlagnahmt wurden, konnten den Vorwurf nicht erhärten. Die Berliner Staatsanwaltschaft, die auf Anweisung der Bundesanwaltschaft das Verfahren betrieb, mußte zugeben, daß sich darunter kein strafrechtlich relevantes Material befand. Es sei nicht gelungen, den 13 Beschuldigten eine konkrete Beteiligung an der Herstellung der Zeitschrift nachzuweisen, mußte die Berliner Staatsanwaltschaft zugeben. Daraufhin stellte sie die Ermittlungsverfahren ein.

Damit nahm die Ermittlungen im Ergebnis den gleichen Verlauf wie der erste Prozeß gegen Interim. Im August 1997 sprach das Amtsgericht Berlin-Tiergarten zwei Hamburger Buchhändler von dem Vorwurf frei, sich durch den Verkauf der Interim der Aufforderung zu Straftaten schuldig gemacht zu haben. Im Verlaufe der Verhandlung hatte der Staatsanwalt selbst Freispruch beantragt.

Wovor die KritikerInnen des Großen Lauschangriffes immer warnen, läßt sich am Beispiel der Ermittlungen gegen die Interim veranschaulichen. Die Berliner Staatsschutzbehörden haben gezeigt, daß sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen. Nach eineinhalb Jahren Observation und Sammelwut entsteht der

Eindruck, es wäre bei diesen Aktivitäten weniger um die Zerschlagung der Zeitungsredaktion gegangen als vielmehr darum, genaueren Einblick in linke Strukturen und Zusammenhänge zu erlangen.

Welch herrliche Zeiten brechen für diese Herren und Damen erst an, wenn nach Herzenslust und gerichtsverwertbar gelauscht werden darf!

mb., Berlin

35. "Den Volkszorn ins Rathaus tragen". Rechtes Wahlbündnis in Lübeck

Autor: Peter Nowak und ari · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:16

Bei den Lübecker Kommunalwahlen am 22. März will die neofaschistische Einheitsliste "Bündnis Rechts für Lübeck" (BRL) den "Volkszorn ins Rathaus tragen". Rechtsaußen-Gruppierungen unterschiedlicher Couleur haben sich im November 1997 in dem neuen Wahlbündnis zusammengefunden: Die NPD, die DVU-Abspaltung "Deutsche Liga für Volk und Heimat" und die "Initiative gegen Drogenfreigabe" sind hier ebenso vertreten wie die Stiefelnazis des "Freiheitlichen Volksblocks" sowie Einzelpersonen aus dem sogenannten "nationalen Widerstand". Schützenhilfe im Wahlkampf bekommt das Bündnis von prominenten Neonazis wie beispielsweise den Hamburger Anti-Antifa-Aktivisten Christian Worch und Thomas Wulff. Die Republikaner, selbst im Bündnis nicht vertreten, rufen zur Wahl des Bündnisses auf und haben ihre eigene Kandidatur fürs Lübecker Rathaus zurückgezogen.

Die Gründung des Lübecker Bündnisses fällt in eine Zeit verstärkter Nazi-Aktivitäten in Schleswig-Holstein. Zunächst wurde ein landesweites Rechtsbündnis gegründet, das sich zuletzt im September versammelte und aus dessen Umfeld das Lübecker Bündnis entstammt. Aufmärsche wie in Bad Segeberg im Mai 1997 oder in Lübeck im Oktober 1997 sind Ausdruck der Bemühung, stärker in der Öffentlichkeit präsent zu sein. Daneben stehen die rassistischen und antisemitischen Anschläge, die Lübeck in den vergangenen Jahren immer wieder in die Schlagzeilen gebracht haben.

Das Programm des Rechtsbündnisses ist eine Mixtur aus populistischen Gemeinplätzen, die nicht unbedingt logisch miteinander verknüpft, wohl aber politische Reizthemen sind: Eine Liberalisierung der Drogenpolitik wird strikt abgelehnt, genauso wie eine "autofreie Innenstadt" oder das Kommunalrecht für AusländerInnen. Die Forderung nach Schließung des Jugendzentrums "Alternative" greift ein auch im lokalkonservativen Spektrum verhaßtes Objekt an. Unter dem Motto "Umweltschutz ist Heimatschutz" soll die Autobahn 20 unter "bestmöglicher Einhaltung des Naturschutzes" gebaut werden, damit die "durch die Teilvereinigung unseres Vaterlandes" nähergerückten Städte wie Wismar und Rostock besser an Lübeck angebunden werden. Nach den Vorstellungen des Bündnisses sollen die Überlebenden des Brandanschlags in der Lübecker Hafenstraße vom Januar 1996 wie auch jeder andere abgelehnte Asylbewerber sofort abgeschoben werden. Außerdem dürfe jegliche Form von Kirchenasyl nicht geduldet werden.

Die Wahlkampfzeit nutzte das Bündnis vor allem für öffentliche Auftritte. Ein Marsch von über 150 Neonazis in ihrer Hochburg Lübeck-Moisling am 31. Januar konnte durch eine Blockade von AntifaschistInnen - trotz zahlreicher Festnahmen auf Seiten der Linken - verhindert werden. Schon einen Tag nach der Wahlzulassung des "Bündnis Rechts" störten zwei BRL-Kandidaten mit ca. 25 Skinheads eine Diskussionsveranstaltung des Stadtschülerparlaments zum Thema "Mit 16 wählen - was nun?".

Die lokalen Medien beschränkten sich in ihrer Berichterstattung im wesentlichen darauf, den Bürgermeister Michael Bouteiller (SPD) für die "Ausschreitungen linker Chaoten" verantwortlich zu machen. Mit seinem erst am Vorabend des 31. Januar erfolgten Verbot hätte er es der Polizei verunmöglicht, die richtige Taktik zu wählen. Schon seit längerem versuchen vor allem die Lübecker Nachrichten (LN), den unbequemen Bouteiller, der sich unter anderem für das Bleiberecht der überlebenden Flüchtlinge aus der Hafenstraße eingesetzt hatte, zu demontieren. Damit bläst die LN in das gleiche Horn wie das Nazibündnis, das den nächsten Aufmarsch unter das Motto "Bouteiller muß weg!" gestellt hat. Für diese Demonstration am 14. März in der Lübecker Innenstadt wurde massiv im Internet mobilisiert, unter anderem im rechtsradikalen Thule-Netz.

Lübecker AntifaschistInnen vermuten, daß die rechte Liga auch eine neue politische Qualität ins rechtsextreme Spektrum bringt. Schließlich verhinderte oft nur ein gleichzeitiges Kandidieren mehrerer Naziparteien den Einzug in Stadt- und Landesparlamente. Die Einigung vom DVU-Spektrum bis zu den militanten "nationalrevolutionären" Kadern ist bisher einmalig in der BRD und könnte - mit einem entsprechenden Wahlergebnis - zu einem bundesweiten Modellprojekt avancieren. Daß die Neonazis Lübeck als Testort ausgesucht haben, ist nicht weiter verwunderlich: Ergebnisse von annähernd 20% für die Rechtsparteien in

den vergangenen Jahren in einigen Stadtteilen lassen es gar nicht so unwahrscheinlich erscheinen, daß die rechte Liste ins Stadtparlament einziehen könnte.

Peter Nowak und ari

36. Nie wieder Hetendorf? Schulungszentrum der Neonazis geschlossen

Autor: ari · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:20

19 Jahre lang versammelten sich alte und junge Nazis, Revisionisten, Wehrsportgruppen und die Wiking-Jugend relativ ungestört in einem Schulungszentrum im südniedersächsischen Hetendorf. Mitte Februar wurden die Gebäude von der Polizei durchsucht, das Zentrum versiegelt und die beiden Vereine zur Finanzierung und Organisation des Nazitreffs verboten. Im Mittelpunkt der Verbotsbegründung steht der Hamburger Nazi-Anwalt Jürgen Rieger, Vorsitzender der beiden Heideheim-Vereine.

1979 erwarb der rechtsextremistische Freundeskreis Filmkunst das 7000m2 große Grundstück Nr. 13 vom Bundesvermögensamt Soltau für den Spottpreis von 120.000 DM. Vorher gehörten die vier Gebäude zu einer Behinderteneinrichtung, die das Gelände für 1,2 Millionen Mark an den Bund verkauft hatte, weil ihre BewohnerInnen sich vom Lärm des anliegenden Truppenübungsplatzes gestört fühlten. 1990 versuchten die Nazis ein weiteres Grundstück in Hetendorf zu erwerben, was aber am Widerstand der Dorfbewohner scheiterte.

Zunächst führten der Freundeskreis Filmkunst und die Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung unter dem Vorsitz des Buchholzer Ingenieurs Gerhard Hennig und des Hamburger Anwalts Jürgen Rieger das Schulungszentrum. Beide Vereine transportieren nationalsozialistische Inhalte - der Freundeskreis Filmkunst hat sich das Bewahren von Kultur und Filmen aus der NS-Zeit zur Aufgabe gestellt, die Gesellschaft propagiert die "Überlegenheit und Reinhaltung der nordischen Rasse". Aus steuerlichen Gründen wurde das Grundstück in Hetendorf 1990 in den Besitz des Heide-Heim e.V. (Sitz in Hamburg) und des Heideheim e.V. (Sitz in Buchholz) überschrieben, bei denen ebenfalls Jürgen Rieger den Vorsitz innehatte. Damit ihnen die Gemeinnützigkeit nicht aberkannt wurde, traten die Heideheime politisch nicht in Erscheinung - so verloren sie den steuerlichen Vorteil erst nach massiven Protesten und Unterschriftenaktionen im Dezember 1997.

Hetendorf 13 war von Anfang an ein beliebter Treffpunkt verschiedener faschistischer, neuheidnischer und revisionistischer Gruppen und Personen. Von 1986 bis zu ihrem Verbot 1994 veranstaltete die Wiking-Jugend ihre Zeltlager auf dem Gelände, die umliegenden Truppenübungsplätze der Bundeswehr wurden zu Wehrsportübungen genutzt, Kader militanter Neonaziorganisationen organisierten einige ihrer Treffen in der Südheide, und seit 1991 gab es alljährlich zur Sommersonnenwende die "Hetendorfer Tagungswoche". Schon früh regte sich antifaschistischer Widerstand, sowohl im autonom-antifaschistischen Lager, aber auch bei kirchlichen Gruppen und Parteien in Hetendorf und Umgebung. 1984 zerstörte ein Brandanschlag zwei Gebäude und einen Schuppen, drei Jahre später wurde mit einer größeren Antifa-Demo das Herbstlager der Wiking-Jugend verhindert. Danach konnten die Nazis jahrelang ziemlich ungestört in Hetendorf schalten und walten. Die Aufmärsche der uniformierten und fahnentragenden Wiking-Jugend auf den Hetendorfer Straßen sorgten zwar immer mal wieder für einen Artikel oder Beitrag gegen das braune Treiben, aber der große Widerstand blieb aus.

Erst Ende 1994 wurde von antifaschistischer Seite wieder ein Versuch unternommen, gegen die Nazis in Hetendorf vorzugehen - die Initiative zur Schließung des rechtsextremen Schulungszentrums in Hetendorf wurde gegründet, und 1995 fand die erste große Antifa-Demo nach längerer Zeit statt. Im folgenden Jahr geriet das Nazizentrum erneut in die Schlagzeilen, als zur Sonnenwendfeier der Hetendorfer Tagungswoche etwa 300 Antifas in die Richtung des Geländes stürmten und dort von der Polizei eingekesselt wurden, während die Nazis ihr Sonnenwendfest feierten und nationalistisches Liedgut sangen. Der Aktion folgten 201 Ermittlungsverfahren u.a. wegen Landfriedensbruch, die aber schließlich in der Mehrheit eingestellt wurden. 1997 wurde die Tagungswoche der Nazis vom niedersächsischen Innenministerium zunächst verboten - das Verbot wurde dann aber wieder aufgehoben. Eine Gegendemonstration durfte nur unter der Auflage stattfinden, keine Musik abzuspielen und den Weg nicht zu verlassen, da sonst die Sonnenwendfeier der Nazis gestört werden könnte.

Die Nazis machten aber nicht nur durch ihre Aufmärsche und ideologischen Schulungen auf sich aufmerksam. Mehrmals bedrohten und beleidigten sie Dorfbewohner, die sich gegen Hetendorf 13 oder den Erwerb des

anderen Grundstückes durch die Nazis ausgesprochen hatten, und es kam zu bewaffneten Überfällen auf Protestierende oder Kamerateams. Noch zur Wintersonnenwende im Dezember 1997 hatte die Schlägerschutztruppe von Hetendorf 13 eine antifaschistische Blockade angegriffen. So begannen selbst die eher konservativen BürgerInnen des Landkreises, dem Staat und der Polizei zunehmend Mißtrauen entgegenzubringen.

Der Staat hielt sich gegenüber den Nazis immer zurück. Wenn überhaupt gab es massive Polizeieinsätze nur gegen linke GegendemonstrantInnen - die Aufmärsche der Wiking-Jugend, die zahlreichen Treffen und die Hetendorfer Tagungswoche konnten meistens völlig unbehelligt stattfinden. Noch 1996 behauptete der Präsident des niedersächsischen Verfassungsschutzes: "Durch das Verbot der Wiking-Jugend Ende 1994 ist dem rechtsextremen ‚Heideheim` in Hetendorf eigentlich der Boden entzogen worden." Warum wird dann das Zentrum jetzt nach 19 Jahren unbehelligter faschistischer Schulungs- und Propagandaarbeit verboten?

Zum einen stand die niedersächsische Landtagswahl bevor - mit dem nicht nur von den BürgerInnen der Umgebung lange geforderten Verbot konnte sich die SPD noch einmal profilieren. Innenminister Glogowski als aussichtsreicher Nachfolger für das Schrödersche Ministerpräsidentenamt wußte so zu beweisen, daß er seine Law-and-Order-Politik auch gegen rechts durchsetzen kann.

Aber die Verbotsbegründung weist eher in die Richtung, das Innenministerium habe schon seit mehreren Jahren Materialien über Jürgen Rieger und die verschiedenen ReferentInnen und Referate der Tagungswoche gesammelt und eher zufällig die Recherche so kurz vor den Wahlen beendet. Das Verfahren nachzuweisen, daß für den Hamburger Verein Heide-Heim das niedersächsische Innenministerium und nicht die hamburgische Innenbehörde zuständig sei, scheint ebenso längere Zeit in Anspruch genommen zu haben. Also keine reine Wahlpropaganda?

Vielleicht ist das lange vorbereitete Eingreifen der Staatsmacht in Hetendorf hauptsächlich auf den verstärkten Druck der BürgerInnen und der Antifas in den letzten Jahren zurückzuführen. Immer wieder stand Hetendorf 13 im Blickpunkt der Medien, wenn die Polizei nationalsozialistische Kader und heidnische Riten schützte und auf Linke einprügelte, aber nicht vor Ort war, wenn die organisierten Schlägertruppen der Nazis die BürgerInnen des Landkreises angriffen. Diese Mischung von Mahnwachen, Gottesdiensten und Antifaaktionen könnte zum Verbot maßgeblich beigetragen haben. Insofern wären die Aktionen der vergangenen Jahre und besonders ihre Bandbreite trotz massiver Repression letztlich als Erfolg zu bewerten. Aber wie stichhaltig ist die Begründung vor den Augen der Gerichte? War das Verbot doch nur Augenwischerei, um den angeblichen "guten Willen" des niedersächsischen Innenministeriums zu beweisen?

Schließlich war mindestens fünf Jahre lang der Celler Staatsschützer Peter Garnik für Hetendorf zuständig, der seine Sympathien für rechte Parteien nicht zu verhehlen wußte. In einem Leserbrief an zwei Celler Zeitungen aus dem Jahre 1992 führte er fremdenfeindliche Anschläge durch Jugendliche auf eine verfehlte Asylpolitik zurück, sprach sich gegen die Fortführung der "Wiedergutmachung" an das "jüdische Volk" aus, fragte sich, warum denn jemand als Nazi verteufelt werde, der nur stolz darauf ist, ein Deutscher zu sein, und rügte eine eventuelle Überwachung der Republikaner durch den Verfassungsschutz. Am Ende des Leserbriefes schrieb der Beamte noch: "P.S. Ich bin kein Republikaner".

Es ist also nicht unbedingt nur Zufall, wenn die festgenommenen Antifas 1996 so am Zaun von Hetendorf 13 vorbeigeführt wurden, daß die Nazis später berichten konnten: "Die Polizei war übrigens sehr kooperativ und man merkte ihr sehr an, daß sie alles andere als zeckenfreundlich war. Im Gegenteil. Sehr deutschfreundlich waren sie!!! Sie gaben die Personalien der Zecken so einen Meter von unserem Grundstück durch, weshalb wir fast alle Namen der Verhafteten bekamen. Diejenigen, die wir nicht am Gefangenentransporter fotographieren konnten, wurden freundlicherweise unsere Einfahrt heruntergeführt, wobei unsere Fotographen sie auch aufs Korn nehmen durften."

Der Staatsschutzbeamte Peter Garnik ist zwar mittlerweile an eine andere Stelle versetzt worden, aber es bleibt die Frage, warum gerade jetzt nach 19 Jahren die Staatsmacht in Hetendorf einschreitet. In der Verbotsbegründung heißt es, das Gelände in Hetendorf sei rechtsextremistischen und neonazistischen Gruppierungen als Treff- und Veranstaltungsort zur Verfügung gestellt worden, in der Hetendorfer Tagungswoche seien "im wesentlichen rassistische Auffassungen indoktriniert, die Vernichtung der Juden im nationalsozialistischen 3. Reich geleugnet und die Überwindung der verfassungsgemäßen Ordnung auch mit

‚kämpferischen` Mitteln propagiert" worden. Schließlich umfasse die Vereinstätigkeit das "Bekenntnis zum und die Verherrlichung des Nationalsozialismus". Diese Begründungen scheinen aber nicht besonders neu, denn Naziaktivitäten, -schulungen und Wehrsport hat es seit fast zwei Jahrzehnten in Hetendorf gegeben. Außerdem stellt sich die Frage, ob die Begründung ausreicht, um zwei Vereine zu verbieten und das Vereinsvermögen zu beschlagnahmen. Jürgen Rieger zumindest scheint guter Hoffnung zu sein, wieder einmal ein Verbot erfolgreich anfechten zu können. Es könnte also passieren, daß sich im Juni erneut 250 alte und junge Nazis in Hetendorf treffen, um wie in der Vergangenheit über den "Holocaust von Dresden", die "Rassen der Menschheit und ihre seelischen Wesenszüge" oder "die Verschiebung der deutschen Westgrenze mit dem Aufstieg der westlichen Nachbarn" zu diskutieren.

ari

37. Von Autonomen und HumanistInnen. Hess/Linder: Antirassistische Identitäten in Bewegung

Autor: Michael Hahn · Rubrik: Rassismus-Debatte; Autonome; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:02

Wie wird mensch AntirassistIn? Oder genauer: Durch welche Prozesse kommen weiße Deutsche dazu, in antirassistischen Gruppen aktiv zu werden? Wer kommt zu welcher Art von Praxis? Wie verändern sich diese Praxis und die Selbstwahrnehmung der Aktiven im Lauf der Zeit? Diese Fragen untersuchen die Tübinger KulturwissenschaftlerInnen Sabine Hess und Andreas Linder in einem vor kurzem erschienenen Buch. (1)

Angestoßen von Debatten in den USA und in England ist in den vergangenen Jahren auch in der BRD eine Menge sozialwissenschaftliche Literatur über Rassismus erschienen. Nur selten allerdings, stellen Hess/Linder fest, ist bisher Antirassismus zum Thema geworden. Für ihre Magisterarbeit im Fach Empirische Kulturwissenschaft, auf der das Buch beruht, interviewten die beiden AutorInnen daher 13 Menschen aus Tübingen und Reutlingen (Baden-Württemberg), die in verschiedenen antirassistischen Gruppen aktiv sind oder waren - auch Hess und Linder sind seit mehreren Jahren in der autonomen Flüchtlings-Unterstützungsarbeit aktiv. (2)

Das Buch liefert weder repräsentative Statistiken, noch ist es als Handbuch ("Wie gründe ich eine antirassistische Initiative?") gedacht. Hess/Linders Forschungsarbeit beruht auf ausführlichen Gruppen-Interviews nach dem Konzept der "kollektiven Erinnerungsarbeit" (Frigga Haug). Darin geht es vor allem um "Schlüsselerlebnisse" in der eigenen Biographie, die zu antirassistischem Engagement führten, um die persönlichen Beziehungen der Befragten zu Flüchtlingen, um verschiedene Formen politischer Arbeit (und ihren Bezug zum "Alltag"), sowie um Geschlechterverhältnisse (sowohl in den Beziehungen zwischen deutschen AntirassistInnen und Flüchtlingen als auch innerhalb der antirassistischen Gruppen).

Die 13 Interview-PartnerInnen bringen ganz unterschiedliche Erfahrungen mit: Sie sind zwischen Mitte 20 und über 50 Jahre alt, Männer und Frauen, noch aktiv oder schon wieder ausgestiegen. Hess/Linder teilten sie in drei Gesprächsgruppen ein: eine "humanistische", eine "autonome" und eine Frauen-Gruppe. Daß die Übergänge zwischen den drei Gruppen fließend sind, vor allem in der konkreten Praxis der Flüchtlings-Unterstützung, ist den beiden AutorInnen durchaus bewußt. Trotzdem habe sich die Unterscheidung bestätigt, vor allem wegen der "eindeutig feststellbaren unterschiedlichen Selbstkonstruktionen und identitären Bezüge" (S.227).

So haben Hess/Linder bei den HumanistInnen einen "kulturalisierenden Blick" auf "die Fremden" festgestellt. Das kulturalistische Deutungsmuster "läßt die Verhältnisse und die Individuen in ‚ihrer' Kultur sozusagen erstarren. ... Von dem kulturalisierten ‚Anderen' geht so keine Gefahr einer eigenen Verunsicherung aus: Ist sie/er anders, bzw. wird auf sein/ihr Anderssein festgelegt, mag er/sie etwas Beneidenswertes, Negatives oder sogar Bedrohliches haben, verfügt aber über seinen/ihren eigenen Platz und stellt somit nicht die gewohnte Normalität in Frage" (S.201/202). Damit bewegen sich die HumanistInnen im etablierten "Multikulturalismus"-Diskurs, den Hess/Linder ablehnen.

Ganz anders, so Hess/Linder, die wesentlich selbstkritischeren Autonomen und die Frauen: Sie entwickelten einen "spezifischen Diskursansatz, wie die eigene Positionierung in den Machtverhältnissen und das Verhältnis zu MigrantInnen problematisiert wurde" (S.206). Dabei drängt sich jedoch der Verdacht auf, daß Hess/Linder in ihrer Unterscheidung zwischen HumanistInnen und Autonomen vor allem das gefunden haben, was sie auch vorher schon angenommen hatten. Vielleicht können Autonome und Feministinnen ihre "kulturalisierenden Blicke" nur besser verschleiern? Wer weiß, welche Projektionen und Vorstellungen von Andersartigkeit auch bei Autonomen auftauchen würden, wenn mensch nur richtig nachbohren würde? Auch die von ihnen befragten Autonomen, so haben Hess/Linder beobachtet, bauen mit ihrer selbstkritischen Reflexion am Ende eine scheinbar unüberbrückbare Distanz zu Flüchtlingen auf: "Die Zuschreibungen von ‚Weißsein' und nationaler Verortung wurden so stark verinnerlicht, daß sie wieder zur faktischen Differenz führten" (iz3w, 39).

Die Begriffe Differenz und Identität ziehen sich durch das gesamte Buch. Zwar warnen Hess/Linder zunächst noch vor Identitätspalaver (S. 50), dann versuchen sie aber doch, den Begriff mit Hilfe des britischen

Cultural-Studies-Vordenkers Stuart Hall zu retten. Zentral ist dabei der Begriff einer hybriden Identität von ImmigrantInnen - eine Mischung aus Herkunftskulturen und der Dominanzkultur im neuen Heimatland. Solche anscheinend qualitativ neuen Identitäten seien "Akte des Positionierens" und damit eine - notwendige? - Voraussetzung für emanzipatorischen Widerstand.

Mit ihren Interviews wollten Hess/Linder herausfinden, ob sich Halls Konzept von "hybriden Identitäten" auch auf die antirassistische Bewegung in der BRD anwenden läßt. Am Ende verzichten sie auf eine eindeutige Antwort. Sie räumen ein, daß sich ihr empirisches Material gegen alle theoretische Schemata zu "sperren scheint".

Daß die antirassistische Bewegung positive Gegen-Identitäten brauchen soll, leuchtet mir nach diesem Buch nicht mehr ein als vorher. Antirassistische Arbeit bricht mit den etablierten Ausgrenzungsmechanismen - oder, von mir aus, mit hergebrachten Identitäten. Dabei dürfte der Bruch für manche HumanistInnen und ihr bürgerliches Umfeld viel schärfer sein als für viele Autonome in ihren gesellschaftlichen Nischen. Ob das für einen "Kampf um die kulturelle Hegemonie, wenn auch von einer sehr marginalen Position aus" (S. 239) reicht, ist eine andere Frage.

Trotz der manchmal unnötig akademischen Sprache (muß mensch wirklich "explorieren" statt einfach nur zu untersuchen?) ist das Buch für Leute in der Asyl- und Antirassismus-Arbeit durchaus zu empfehlen. Viele dürften in den Interview-Auszügen an ihre eigenen Biographien erinnert werden - reichlich Futter für eine Reflexion der eigenen antirassistischen Praxis.

Michael Hahn

Sabine Hess und Andreas Linder: Antirassistische Identitäten in Bewegung, Edition Diskord, Tübingen, Oktober 1997, 254 Seiten, 28 Mark.

Anmerkungen:

1) Ihren theoretischen Ansatz und die Ergebnisse ihrer Interviews haben die beiden AutorInnen vor kurzem noch einmal in einem Zeitschriftenaufsatz zusammengefaßt: Hess/Linder: "In between: Die antirassistische Bewegung und hybride Identitäten", in: Blätter des iz3w (Freiburg), Dez. 1997, S. 36- 39. Eine Kritik daran (Felix Kurz: "Hype um Hybridität - Wider die Kulturalisierung der Linken") erschien im folgenden Heft.

2) "Antirassismus" bezieht sich in Hess/Linders Untersuchung nur auf die "neuen" MigrantInnen/Flüchtlinge der letzten 10 bis 15 Jahre. Die früheren "Gastarbeiter" und ihre Familien tauchen in dem Buch ebensowenig auf wie in der Praxis vieler heutiger antirassistischer Initiativen. Interessant wäre es gewesen, zusätzlich deutsche GewerkschafterInnen zu befragen, die schon in den 70er Jahren gegen "Ausländerfeindlichkeit" (von "Rassismus" war damals sicher nur selten die Rede) und gegen Diskriminierung im Betrieb eingetreten sind.

38. Kiel: CDU-Nachwuchs und Neonazis

Autor: Antifa- Uniplenum Kiel · Rubrik: CDU/CSU; Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:24

Am 22. Januar 1998 fand eine Veranstaltung der Hochschulgilde Theodor Storm mit Ökofaschist Baldur Springmann im AudiMax der Christian-Albrechts-Universität (CAU) Kiel statt. Als Saalschutz erschienen sechs Neonazis, angeführt von Sven Lörcher aus Eutin, der Mitglied der Fissauer Kameradschaft, einer dem Freiheitlichen Volksblock (FVB) angegliederte Neonazi-Gruppe, ist. Die Hochschulgilde Theodor Storm stellt zahlreiche Aktivisten des Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS, Studierendengruppe der CDU) in Kiel.

Auf den Mensatischen kündigten Flugblätter der Hochschulgilde Theodor Storm zu Kiel an, daß der bekannte Ökofaschist Baldur Springmann an die CAU kommen würde, um über das Thema "Ökologie und Religiosität" zu referieren. Springmann wurde nicht nur als Mitbegründer der Grünen bekannt, von deren Parteiarbeit er sich schon im März 1980 zurückzog und von der er sich 1981 endgültig trennte, sondern auch als Mitarbeiter im Bündnis konstruktiver Kräfte Deutschlands (BKKD), dem Bund Deutscher Unitarier (BDU), einer rechten Abspaltung der Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft, der Deutschgläubigen Gemeinschaft e.V. (DGG). Darüber hinaus findet man ihn als Interviewpartner in der rechtsextremen Zeitung Junge Freiheit (JF) und als Mitglied der Unabhängigen Ökologen Deutschlands (UÖD), einer "nationalrevolutionären" Abspaltung der ÖDP und des Weltbundes zum Schutze des Lebens BRD e.V. (WSL-D), die 1985 vom rechten Weltverband WSD-I wegen ihrer rechtsextremen Gesamttendenz ausgeschlossen wurde. (1) Über den kürzlich verstorbenen ehemaligen Aufseher des Nebenlagers von Auschwitz, Raisko, und späteren Auschwitzleugner Thies Christophersen (Verfasser des Buches "Die Auschwitzlüge"), äußerte Springmann sich wie folgt: "Thies Christophersen aber schätze ich als aufrechten Menschen." (2)

Ein extra angereister sechsköpfiger Ordnertrupp für den Saalschutz war ausgerüstet mit langen Stahltaschenlampen, die gegebenenfalls auch als Schlagstöcke zu benutzen waren. Lediglich durch die verschiedenen Farben der Sportlederjacken und Stahlkappenschuhe konnten sie dabei das Uniformverbot formal-rechtlich umgehen. Diese im Gleichschritt ins AudiMax einmarschierenden Neonazis waren die Fissauer Kameradschaft um Sven Lörcher, eine dem Freiheitlichen Volksblock (FVB) angegliederte Gruppe, die sich selbst, in der Nachfolge der 1992 verbotenen Nationalistischen Front stehend, als "zeitgemäße" SS betrachtet. Diese Truppe ließ nur ihnen genehme Studierende in den Veranstaltungsraum.

Offizieller Ausrichter war die Hochschulgilde, eine eingetragene rechtsextreme Hochschulgruppe mit guten Kontakten in weite Teile der rechtsextremen Szene außerhalb der Uni. Diese völkisch-nationalistische Verbindung ist in der Deutschen Gildengemeinschaft (DG) organisiert, die DG gilt unter den studentischen Verbindungen als elitäre Kleinstgemeinschaft und ihre Mitglieder nehmen Führungsaufgaben in der Sudetendeutschen Landsmannschaft und dem Witikobund wahr. (3) Maßgeblichen Einfluß hat die DG auf die "neu"-rechten Zeitschriften Criticon und Junge Freiheit. (4) So stammt z.B. Dieter Stein, der Chefredakteur der rechtsextremen Jungen Freiheit, aus der DG-Verbindung Deutsche Hochschulgilde Balmung zu Freiburg. (5)

Die Hochschulgilde Theodor Storm zu Kiel ist fast vollständig in einer aktiven Doppelmitgliedschaft im RCDS organisiert, wofür dieser seit etwa drei Jahren von mittlerweile allen Hochschulgruppen kritisiert worden ist. Im Dezember votierten erstmals auch die FDP-nahen Unabhängigen und die Fachschaftsliste Jura im Studierendenparlament für eine Resolution, die den RCDS zum wiederholten Male aufforderte, seine rechtsextremen Mitglieder auszuschließen. Der RCDS zeigt jedoch bisher wenig Neigung, dies zu tun.

Eines dieser RCDS-Mitglieder hat bereits Schlagzeilen gemacht: Der ehemals stellvertretende Landesvorsitzende des RCDS-Schleswig-Holstein, Rüdiger Dorff, der zugleich "Bundesführer" der rechtsextremen Jugendorganisation Bund Heimattreuer Jugend - der Freibund e.V. ist. (6) Zudem ist im Freibund auch die RCDS-Aktivistin Luise Bünger tätig. Zu den Aktivitäten des Freibunds gehört die Teilnahme an "Singewettstreiten", wobei (wie Dorff gegenüber Mitgliedern der Grünen HSG offen zugab) auch "Wenn alle Untreu werden", das Treuelied der SS-Rekruten, zum Repertoire zählt. Zudem finden sich Anzeigen des Freibunds in der rechtsextremen Zeitung Junge Freiheit. (7) Der JF-Chefredakteur Dieter Stein gab der Freibund Zeitschrift na klar! ein Interview, in dem für die JF als "erfolgversprechender Ansatz, für nationale Kreise etwas zu bewegen" geworben wird. (8)

Als bei der Veranstaltung mit Baldur Springmann klar wurde, daß es sich um eine interne Nazi-Veranstaltung handeln würde, wurde der Rektor der CAU, Prof. Haensel, benachrichtigt, der umgehend erschien und sich beunruhigt zeigte. In einer Diskussion mit mehreren Studierenden äußerte er bezüglich der Organisation, der Hochschulgilde Theodor Storm, "daß jeder, der dies wolle, einen Verbotsantrag stellen könne". Der Verbotsantrag ist inzwischen gestellt!

(Nach einer Pressemitteilung des Antifaschistischen Uniplenums Kiel)

Anmerkungen:

1) vgl. dazu: Handbuch des deutschen Rechtsextremismus, Hrsg. Jens Mecklenburg, Berlin

2) nach: W. Benz (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, 1984, S. 181

3) vgl. Handbuch des deutschen Rechtsextremismus, S. 328f

4) vgl. Handbuch des deutschen Rechtsextremismus, S. 329

5) vgl. H. Kellershohn, das Plagiat, Duisburg 1994, S. 14 und Handbuch des deutschen Rechtsextremismus, S. 532

6) vgl. Handbuch des deutschen Rechtsextremismus, S.227ff

7) vgl. z.B. Junge Freiheit Nr. 12, 1993

8) siehe na klar! - Jugendzeitschrift für Umwelt, Mitwelt, Heimat", Nr. 69, 31.3.1995, S. 18f

39. "Noch einmal Raubbau treiben!" Zum Tode von Ernst Jünger

Zum Tode Ernst Jüngers

Autor: ef. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:41

Der folgende Artikel soll einige Schlaglichter auf den ideenpolitischen Hintergrund von Jüngers Positionen und Wirken während der Weimarer Republik werfen. Ich bin mir bewußt, daß einige Aspekte sträflich vernachlässigt werden, wie sein Verhältnis zu Spengler und vor allem zu Heidegger und schließlich auch die Bedeutung von Jüngers Antisemitismus. ef

"Wenn ein jüngerer Mann an einer verlassenen Straßenecke am Boden liegt, stöhnend, weil er mit einem tödliche Gas ringt, das eine Fliegerbombe in der Stadt verbreitet hat ... dann wird dieser junge Mann mit einem verzweifelten Blick an den Häusern hinauf, zum Himmel empor, fragen ‚Warum'? - Weil, junger Mann, zum Beispiel in einem Buchladen eine sanfte grüne Lampe gebrannt hat. Sie bestrahlte, junger Mann, lauter Kriegsbücher, die man dort ausgestellt hatte; sie waren vom ersten Gehilfen fein um die sanft brennende Lampe herumdrapiert worden, und die Buchhandlung hatte für dieses ebenso geschmackvolle wie patriotische Schaufenster den ersten Preis bekommen. ... Und einer hatte eben diese sanft brennende Lampe aufgebaut, sein Schaufenster war so hübsch dekoriert; da standen Bücher, die das Lob des Tötens verkündeten, die Hymne des Mordes, die Psalmen der Gasgranaten. Deshalb, junger Mann. ... Darf ich deinen Kopf weicher betten? Oh, du bist schon tot. Ruhe in Frieden. Er ist der einzige, den sie dir gelassen haben." (Kurt Tucholsky: Die brennende Lampe. GW Bd.9, S.218 ff)

Es waren die Bücher Ernst Jüngers, die der erste Gehilfe um die grüne Lampe herumdrapiert hatte.

Die Frage nach dem Sinn des Krieges

Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg tauchte notwendigerweise die Frage nach dem Sinn des Krieges auf. Warum mußten wir soviel Leid erdulden? Warum mußten so viele unserer Kameraden sterben - angesichts eines Schandfriedens wie dem von Versailles?

Es gab auf diese Frage höchst unterschiedliche Antworten. Eine Antwort war die des radikalen Pazifismus, literarisch in Remarques Meisterwerk Im Westen nichts Neues dargelegt. Der Krieg ist sinnlos, barbarisch, ein einziges Verbrechen, war die eindeutige Antwort.

Eine zweite Antwort war die Dolchstoßlegende, an der die Militärs bereits in den letzten Kriegsmonaten zu stricken begannen. Der Krieg war demnach berechtigt. Die Soldaten haben heldenhaft gekämpft und sind zum Ruhme der deutschen Nation gestorben. Im Felde unbesiegt hätten sie auch einen ruhmreichen Sieg errungen, wenn sie nicht von den Novemberverbrechern in der Heimat schmählich verraten worden wären. Und diese Verbrecher haben uns auch noch den Versailler Schandfrieden eingebrockt.

Ernst Jünger gab eine dritte Antwort. Und darin lag seine Bedeutung. Er wischte die Frage nach dem Sinn des Krieges vom Tisch; bereits die Frage nach dem Sinn war sinnlos; er machte sich darüber lustig. Für ihn lag die Rechtfertigung des Krieges im Krieg selbst. Nur im Krieg, im Kampf kann man zu sich selbst kommen. Der Krieg ist ein unumgänglicher Teil des Lebens, des Kreislaufs von Tod und Geburt. Der Krieg ist Teil eines größeren "Seinszusammenhanges", wie es ähnlich Rudolf G. Binding 1922 in seinem Gedicht Beweinung formulierte:

"Helden fallen

und Söhne gehen von Müttern

Das sind alles

einfache Gesetze

...

ungeheuren Geschehens."

Krieg und Tod sind das natürlichste auf der Welt; sie sind für Jünger Bestandteil der doppelten Buchführung des Lebens. Deshalb darf man über die Opfer des Krieges nicht lamentieren. Das Leben geht weiter: "Ich mußte an den Trost Condés denken, den er dem über die sechstausend Gefallenen der Schlacht bei Freiburg weinenden Mazarin spendete: ‚Bah, eine einzige Nacht in Paris gibt mehr Menschen das Leben, als diese Aktion gekostet hat.`" Begeistert fügt Jünger hinzu: "Diese Haltung der Schlachtenführer, die hinter der Verbrennung die Veränderung sieht, hat mich von jeher ergriffen, als Zeichen höherer Lebensgesundheit, die den blutigen Schnitt nicht scheut." (Das abenteuerliche Herz, 2. Fassung, S. 61/62).

Im Krieg, im Angesicht des Todes lebt man am intensivsten. Der Krieg ist die Basis für die Möglichkeit einer neuen "Menschwerdung", deren Inkarnation der heroische Krieger war. Und die Pflicht des Kriegers ist es zu töten: "Gestern waren wir Bürger, Bauern, Kinder, friedliche Menschen, heute sind wir Krieger, unsere Sittlichkeit und Pflichten sind andere. Heute heißt es töten, und es ist kein Zweifel, daß wir töten werden: gut, mitleidslos und nach allen Regeln der Kunst."

Den Krieg muß man freudig bejahen. "Der Krieg ist unser Vater. Er hat uns gezeugt im glühenden Schoße der Kampfgräben als ein neues Geschlecht, und wir erkennen stolz unsere Herkunft an. Daher sollen unsere Wertungen auch heroische, auch Wertungen von Kriegern und nicht solche von Krämern sein, die die Welt mit ihrer Elle messen möchten", so Ernst Jünger im Vorwort zum Buch Der Aufmarsch seines Bruders Friedrich Georg Jünger. Nur Krämer können nach der Schuld der Deutschen am Krieg fragen. Bücher wie die von Remarque wurden wegen ihrer Krämergesinnung von den Anhängern der Konservativen Revolution als "reinster Geist der Niederlage" (F.G. Jünger) oder als "Kriegserlebnis eines Untermenschen" diffamiert.

Kampf gegen Weimar und das Bürgertum

Jüngers Streben zielte immer auf das Elementare, das Unmittelbare, das Unbedingte, das Wahre, das Unvermittelte, das Mit-sich-selbst-Identische, das Eigentliche und wie die Schlagwörter alle lauten. "Der wahre Wille zum Kampf, der wirkliche Haß hat Lust an allem, was den Gegner zerstören kann. Zerstörung ist das Mittel, das dem Nationalismus dem augenblicklichen Zustande gegenüber allein angemessen erscheint. ... Dem Elementaren aber, das uns im Höllenrachen des Krieges seit langem zum ersten Male wieder sichtbar wurde, treiben wir zu. Wir werden nirgends stehen, wo nicht die Stichflamme aus der Bahn geschlagen, wo nicht der Flammenwerfer die große Säuberung durch das nichts vollzogen hat. Weil wir die echten, die wahren und unerbittlichen Feinde des Bürgers sind, macht uns seine Verwesung Spaß. Wir aber sind keine Bürger. Wir sind Söhne von Kriegen und Bürgerkriegen, und erst wenn dies alles, dieses Schauspiel der im Leeren kreisenden Kreise, hinweggefegt ist, wird sich das entfalten können, was noch an Natur, an Elementarem, an echter Wildheit, an Fähigkeit zu wirklicher Zeugung mit Blut und Samen in uns steckt. Dann erst wird die Möglichkeit neuer Formen gegeben sein." So Ernst Jüngers Darstellung des Programms des neuen Nationalismus in der linksintellektuellen Zeitschrift Tagebuch vom 21.9.29.

Der Durchbruch des Elementaren wird aber durch zwei Feinde verhindert: durch die liberale Demokratie der Weimarer Republik zum einen und durch das verbrauchte liberal-konservative Bürgertum auf der anderen Seite. Durch den Krieg hatte Deutschland wieder begonnen, als Nation zu sich selbst zu kommen, war man im Kreise der Konservativen Revolution überzeugt. Die Revolution von 1918 und die aus ihr hervorgehende liberale Demokratie verhinderten, daß dieser Weg zu Ende gegangen werden konnte. Jüngers Weggefährte Franz Schauwecker brachte den Standpunkt der Konservativen Revolution, deren "unbestrittener geistiger Führer Jünger" war, auf den Punkt: Die Revolution von 1918 war nur "das Brodeln jenes Abschaums der Nation, der im Läuterungsbade des Weltkrieges durch seinen Mangel an männlicher und völkischer Substanz an die Oberfläche getrieben worden war."

Mit Weimar, so viel war klar, war kein Staat zu machen; es repräsentierte genau das, was man mit dem Krieg im Grunde verändern wollte: einen lauen Staat, der nicht aus sich selbst heraus geboren, sondern den Deutschen von außen aufgezwungen worden war; einen Staat der endlosen Debatten und der Kompromißlerei. Aus der Sicht der aus dem Krieg zurückkehrenden Soldaten und Freikorpsmitglieder war es ein Ersatzstaat, der ihnen die verdiente Anerkennung versagte. Schließlich waren sie es, die unter Federführung der Mehrheitssozialdemokratie alle rätedemokratischen Ansätze mit Hilfe der Bajonette im Blut

ertränkt hatten. Um so enttäuschter waren sie, daß ihre Einheiten nach der Niederschlagung der Revolution aufgelöst wurden. Spätestens nach dem erfolgreichen Widerstand gegen den Kapp-Putsch von 1920 kehrte sich der Haß gegen die "Roten" in den Haß gegen die Republik.

Drang ins Grenzenlose

Weimar als "Ersatzstaat" war aus der Sicht der Konservativen Revolution nicht lebensfähig, nur Fassade. Aufgrund des Friedensdiktats von Versailles fehlte der Weimarer Republik der Wille zur Macht. Machtwille und Lebenswille sind aber nach Ansicht der Konservativen Revolution zwei Grundbedingungen eines neuen Nationalismus. Und aus diesem Machtwillen ergibt sich für Ernst Jünger logisch der Imperialismus. "Wer den Nationalismus bejaht, darf vor seiner logischen Konsequenz, dem Imperialismus nicht halt machen. Da es nur einen Imperialismus geben kann, so kann über kurz oder lang auch nur eine Nation zur Leitung der großen Geschicke berufen sein." Welche Nation derart die Welt beglücken sollte, war für Jünger klar: das Imperium Germanicum. Und in einer anderen Schrift heißt es: "Der Drang ins Weite und Grenzenlose, wir tragen ihn als unser germanisches Erbteil im Blut, und wir hoffen, daß es sich dereinst zu einem Imperialismus gestalten wird, der sich nicht wie jener kümmerliche von gestern auf einige Vorrechte, Grenzprovinzen und Südseeinseln richtet, sondern wirklich aufs Ganze geht."

Der neue Nationalismus aus der Sicht Jüngers soll "beweglich, feurig, und der vitalen Energie unserer Städte verwandt" sein. Hier unterscheidet sich Jünger stark vom alten Nationalismus, der noch sehr von den Traditionen des Landes und des Adels geprägt war.

Außerdem soll er das Soziale, den Arbeiter einschließen, also auf der Masse, nicht auf der Klasse basieren. Masse meint aber hier nicht einen unfaßbaren, diffusen Pöbel, sondern den dynamischen, heroischen Arbeiter. Doch dazu unten mehr.

Der Tatmensch

Jünger strebt den neuen Menschen an; voller Energie und Vitalität, der Zukunft zugewandt, nicht lange räsonierend, sondern dezisionistisch soll er sein. Gefragt ist der entschlußfreudige Tatmensch, der nicht lange nach dem "Warum" fragt. Daß dieser vermeintlich inhaltsleere Dezisionismus, für den der reine Kampf an sich entscheidend ist, so inhaltsleer nun doch nicht ist, sollte aus dem bisher Gesagten bereits deutlich geworden sein. Neben dem Krieger ist Der Arbeiter - so eines der Hauptwerke Ernst Jüngers, geschrieben 1932 - die andere Inkarnation des neuen Menschen.

Jünger will die traditionelle Gegenüberstellung von "rechts" und "links" aufheben. Dazu entwirft er einen Arbeitertypus, der von seinen ökonomischen Funktionen und von allen klassenmäßigen Zusammenhängen gereinigt ist.

Der Arbeiter wird zum Soldaten der Produktion und der Soldat zum Arbeiter des Krieges. Der Gedanke, der dahintersteckt ist nach Krockow folgender: "In der modernen technischen Welt wird der Krieg zur Rüstungsfrage. Er wird nicht mehr durch wenige kurze Schlachten, sondern durch die beharrliche nationale Gesamtleistung entschieden. Damit wird der Krieg total, und die Grenzen zwischen Front und Heimat verwischen sich. Der Soldat wird zum Tagelöhner des Todes, zum Arbeiter im riesigen technischen Apparat, der Arbeiter wird andererseits zum Soldaten, weil seine Leistung unmittelbare militärische Bedeutung gewinnt." Die Arbeit wird also zum Bestandteil des Krieges.

Der Soldat und der Arbeiter: sie sind die Helden Jüngers, die dem krämerischen Händler als Inbegriff der bürgerlichen Welt gegenübergestellt werden. Ob in der Schlacht des Krieges oder in der Produktionsschlacht: sie drängen zur Tat, sie sind voller Elan und Energie. Es drängt sie zum Leben, zum Genuß des Eigentlichen. "Oh Leben du! Noch einmal, einmal noch, vielleicht das letzte! Raubbau treiben, prassen, vergeuden, das ganze Feuerwerk in tausend Sonnen und kreisenden Flammenrädern verspritzen, die gespeicherte Kraft verbrennen vorm Gang in die eisige Wüste. Hinein in die Brandung des Fleisches, tausend Gurgeln haben, dem Phallus schimmernde Tempel errichten."

Lebensphilosophie und Jugendbewegung

Jünger war voller Haß auf die bürgerliche Welt. Ihre Prinzipien von Tradition und Glauben an den linearen Fortschritt, ihr oberflächlicher Rationalismus und ihre materialistische Rechenhaftigkeit ödeten ihn an. Hier wird

ganz deutlich, daß Jüngers Entwürfe mit dem Lob des Kampfes und des Krieges zwei sehr klar zu benennende Vorläufer hatten: Lebensphilosophie und Jugendbewegung.

Die Jugendbewegung entsprang der Krisensituation der 1890er Jahre. Die ökonomische Krise hatte eine tiefe Verunsicherung hinterlassen; sie bedeutete einen Bruch mit dem damals alles beherrschenden Fortschrittsglauben. Für Stefan Zweig hatte das Fortschrittsdenken zu dieser Zeit noch "die Kraft einer Religion; man glaubte an diesen Fortschritt schon mehr als an die Bibel." Die Risse in diesem Glauben zeigten sich vor allem bei der Jugend. Es begann eine Zeit der Unruhe, des Suchens nach neuen Möglichkeiten.

Das Neue zeigte sich auf vielen Ebenen: in der begeisterten Unterstützung des Tirpitzschen Flottenbauprogramms, das auf eine imperialistische Kolonialpolitik zielte; künstlerisch in neuen Ausdrucksformen; innenpolitisch kam es zu einer spürbaren Zunahme des Antisemitismus.

Vor allem begann aber geistespolitisch der große Siegeszug von Nietzsches Zarathustra und dem von ihm propagierten Ideal des Übermenschen. Nietzsche wurde zur Kultfigur.

Nietzsche konstatierte, daß die Vergangenheit wie ein Alp auf der Gegenwart liege, als ob der Wahlspruch der Zeit hieße: "Laßt die Toten die Lebendigen begraben." Überall, wo man hinschaut, nur verkitscht Monumentales oder der verlogene Bezug auf die Klassik, wie etwa der Neoklassizismus in der Architektur; überall nur Verstellung, Verhüllung, Dekoration; überall nur Historienschauspiele und Historienromane; und schließlich - überall nur Kulisse, Kostüm und Antiquarisches; es wimmelt auf den Bühnen von Karolingern, Goten, Staufern und Hohenzollern: für Nietzsche nur Bildungsballast. "Der junge Mensch wird durch alle Jahrtausende gepeitscht", klagt er. Das Ergebnis sei frühreifer Stumpfsinn und blasierte Mittelmäßigkeit. Die stärksten Instinkte der Jugend: Feuer, Trotz, Selbstvergessen und Liebe würden dadurch unterdrückt.

Fast schlagartig änderte sich die Szenerie um 1900. Deutlich wurde dies schon im Habitus. In seinen Erinnerungen beschreibt Stefan Zweig den Typus der "windstillen Epoche". Man versuchte gemächlich zu leben. "Mit vierzig (waren) alle schon beleibte, würdige Männer. Sie gingen langsam, sie sprachen gemessen und strichen im Gespräch sich die wohlgepflegten, oft schon angegrauten Bärte." Man wollte möglichst schnell alt werden. Jungsein galt als unsolide und verdächtig. Mit Hilfe von Bartwuchsmitteln, Brillen, schwarzen Gehröcken und womöglich "etwas Bauchansatz" versuchte man älter zu wirken, als man war.

Dagegen gab sich die Jugendbewegung bewußt leger in der Kleidung. Wenn schon der Alltag einschnürte, so sollte man sich wenigstens in der Kleidung wohlfühlen. Auch Mädchen, die selbst in Frauenbadeanstalten sich nur in weiten Flanellhemden zeigten, schlossen sich in einfacher bequemer Kleidung der Jugendbewegung an. Eine echte Kulturrevolution.

Ihren Ausgangspunkt nahm die Jugendbewegung in der Wandervogelbewegung. Man wollte sich selbst wiederentdecken. Man begab sich auf die Suche nach Kreativität, Einfachheit und Natürlichkeit. Man wollte aus der entfremdeten Welt ausbrechen und das unmittelbare Leben erleben. Das Motto hieß: Ertüchtigung und "weg vom Wirtshaus". Gemeinsamer Bezugspunkt war das Gemeinschaftserlebnis. Es war Teil eines neues Gefühls der Menschwerdung.

Einen ersten Höhepunkt erlebte der Wandervogel im Oktober 1913 beim Treffen auf dem Hohen Meißner bei Kassel, zu dem Tausende von Jugendlichen kamen. Die Zusammenkunft hatte Bekenntnischarakter: Freundschaft, Gemeinschaft, Heimat, Vaterland, Reinheit, Innerlichkeit waren die Inhalte, für die Bekenntnisse abgelegt wurden. Eine schwül-dumpfe Atmosphäre von Echtheit und Tiefsinn lag über dem Treffen. Auf den beiden Druckseiten von Knud Ahlborns Feuerrede finden sich allein zehnmal die Adjektive "innere" oder "innerlich". Esoterische Vertreter waren ebenso zugegen wie Vertreter der bündischen Jugend, die die Anwesenden für deutschvölkische Erziehung und für Rassehygiene im Sinne einer Reinigung des Deutschtums vom Profitstreben gewinnen wollten.

Stand beim Wandervogel noch das "Zurück zur Natur" im Vordergrund, sollten sich bald einflußreiche Strömungen herausbilden, die ihre Kritik an der Fassade und Langeweile des Bürgertums nicht mehr rückwärts gewandt formulierten, sondern die sich ganz der Zukunft und den neuen Techniken verschrieben. Am bekanntesten und einflußreichsten war dabei vielleicht der Futurismus, der auch auf Ernst Jünger einen großen Einfluß ausgeübt hat.

Das Manifest des Futurismus von Filippo Tommaso Marinetti aus dem Jahre 1909 liest sich wie ein Text Ernst Jüngers aus den 20er Jahren. Einige Auszüge: "1. Wir wollen die Liebe zur Gefahr besingen, die Vertrautheit mit Energie und Verwegenheit. ... 7. Schönheit gibt es nur noch im Kampf. Ein Werk ohne aggressiven Charakter kann kein Meisterwerk sein ... 8. Wir stehen auf dem äußersten Vorgebirge der Jahrhunderte! ... Warum sollten wir zurückblicken, wenn wir die geheimnisvollen Tore der Jahrhunderte aufbrechen wollen... 9. Wir wollen den Krieg verherrlichen - diese einzige Hygiene der Welt -, den Militarismus, den Patriotismus, die Vernichtungstat der Anarchisten, die schönen Ideen, für die man stirbt, und die Verachtung des Weibes... Unsere Herzen kennen noch keine Müdigkeit, denn Feuer, Haß und Geschwindigkeit nähren sie." Das Gefühl der Zeitenwende, das relevante Teile der Jugendbewegung beschlich, ist hier unübersehbar.

Im Schatten Nietzsches

In seiner Deutschen Ansprache. Appell an die Vernunft von 1930, mit der er dem traditionell konservativen deutschen Bildungsbürgertum die SPD als eine zu unterstützende Partei empfahl, hält Thomas Mann Rückschau auf die Zeit der Jahrhundertwende und des Ersten Weltkrieges. "Zehntausende Dozenten des Irrationalismus" wuchsen, so Mann, im Schatten Nietzsches "wie Pilze aus dem Boden".

Zu erwähnen bleibt, daß Nietzsche neben Schopenhauer und Wagner selbst einer der geistigen Väter von Thomas Mann war. Für ihn zeigte sich die neue Zeit künstlerisch im "expressionistischen Seelenschrei, philosophisch als Abkehr vom Vernunftglauben, von der zugleich mechanistischen und ideologischen Weltanschauung abgelaufener Jahrzehnte aus, als ein irrationalistischer, den Lebensbegriff in den Mittelpunkt des Denkens stellender Rückschlag, der die allein lebensspendenden Kräfte des Unbewußten, Dynamischen, Dunkelschöpferischen auf den Schild hob, den Geist, unter dem man schlechthin das Intellektuelle verstand, als lebensmörderisch verpönte und gegen ihn das Seelendunkel, Mütterlich-Chthonische, die heilig gebärerische Unterwelt, als Lebenswahrheit feierte". (Th. Mann; Essays. Bd. 2, Politik, S. 114 f). Man wollte nichts mehr zu tun haben mit den Ideen und Prinzipien von 1789, den Ideen von Freiheit, Gerechtigkeit, Bildung, Optimismus, Fortschrittsglaube und Aufklärung.

Für Krockow ist die Jugendbewegung eine Kriegserklärung an alles, was nach Bürgerlichkeit roch. Interessant ist aber, daß das junge Bürgertum selbst der Träger dieser Bewegung war. Deshalb kommt Krockow zu folgender Schlußfolgerung: "Es handelt sich im wesentlichen um einen Kampf des Bürgertums gegen sich selbst, gewissermaßen um einen ideologischen Klassenselbstmord".

Man kann die Jugendbewegung als Anpassungskrise interpretieren, in der sich die Brüche im kapitalistischen Vergesellschaftungsprozeß zeigten. In den zurückliegenden Jahrzehnten war es zu einem enormen Wachstumsprozeß gekommen. Damit einhergegangen war eine rasante funktionelle Ausdifferenzierung der kapitalistischen Gesellschaft mit all den Begleiterscheinungen des Spezialisten- und Expertentums. Man befand sich im kapitalistischen Gehäuse der Hörigkeit, wie es Max Weber ausdrückte. Der Einzelne war nur noch ein Rad im Getriebe eines undurchschauten Ganzen, und als dieses Rad mußte er funktionieren.

Auch Ernst Jünger hat dieses Gefühl des Beengtseins immer wieder beschrieben. "Es läßt sich genau verfolgen, wie diese Bedeutung (des Einzelnen, ef.) allmählich übergegangen ist auf den Organismus des Staates, der die Funktionen des Einzelnen immer rücksichtsloser auf die einer spezialisierten Zelle beschränkt."

Diese Situation kollidierte mit dem humanistischen Ideal des umfassend gebildeten Bürgers. Von den Älteren wurde dieses Ideal nach wie vor als Anspruch aufrechterhalten. Doch für die Jugend war das "eigentliche Ganzseinkönnen" nicht mehr zu erreichen. Sie kompensierte diesen Mangel durch die radikale Hingabe an die Gemeinschaft, die man wie selbstverständlich als nationale Gemeinschaft interpretierte. Durch diese Hingabe hoffte man, am "Sein selbst" unmittelbar teilhaben zu können. Dies ist der zentrale mystische Glaubenssatz der Lebensphilosophie, zumindest in Deutschland.

Pate für diese Philosophie standen die großen deutschen Mystiker des Spätmittelalters, wie Meister Eckhart, oder der Neuzeit, wie Jakob Böhme. Vor allem bei Heidegger ist der unmittelbare Bezug zu diesen unverkennbar. Für die Mystik und die Lebensphilosophie ist es bereits Zeichen einer falschen Einstellung, überhaupt nach Kriterien der Erkenntnis zu fragen, da das Denken, der Geist keinen unmittelbaren und lebensvollen Wirklichkeitskontakt haben könne.

Fortschrittsmythos und leere Zeit

Gegen die Lebensphilosophie hatte die bis dahin vorherrschende rationalistische Philosophie des Neukantianismus absolut keine Chance. Auch die Sozialdemokratie konnte dem nichts entgegensetzen. Krockow wundert sich darüber, daß der Angriff auf die Bürgerlichkeit "eigenartigerweise nicht vom Sozialismus getragen wurde - auf dieser Seite nahm die Feindschaft im Gegenteil, am Ende bis zu völliger Verkehrung der Fronten, eher ab." Die Haltung der Sozialdemokraten offenbarte völliges Unverständnis für das Phänomen der Jugendbewegung. Dies wundert allerdings nicht, wenn man sich die vorherrschenden Werte der Sozialdemokratie ansieht: es waren durch und durch bürgerliche. Nur daß es irgendwann einmal naturnotwendigerweise zum Kladderadatsch des Kapitalismus und damit zur Herrschaft des Sozialismus kommen würde, dessen war man sich sicher. Man brauchte nur in der selbstgewissen Haltung des "revolutionären Attentismus" den notwendigen Anbruch der neuen Zeit abwarten. "Wird doch unsere Sache alle Tage klarer und das Volk alle Tage klüger", so hatte der sozialdemokratische Philosoph Josef Dietzgen den Fortschrittsmythos seiner Partei formuliert.

Auf dieser Basis konnte sich kein Verständnis für die berechtigte Revolte der Jugendbewegung entwickeln, und natürlich auch kein Kampf um die politische und kulturelle Hegemonie innerhalb dieser Bewegung. So hatte der nationale Diskurs mit seinem Geraune von organischer Einheit leichtes Spiel.

Nachdem er die Defizite der Jugendbewegung beschreibt, kommt Ernst Bloch in Prinzip Hoffnung (S. 685) zu dem Schluß: "Die Sehnsucht nach der Gemeinschaft, wie sie unter Erwachsenen nicht vorhanden, hörte schließlich auf bei Hitler."

Keiner hat m.E. die Defizite der Sozialdemokratie besser aufgezeigt als Walter Benjamin in seinen Thesen Über den Begriff der Geschichte, seinem Vermächtnis. "Es gibt nichts," schreibt er da, "was die deutsche Arbeiterschaft in dem Maße korrumpiert hat wie die Meinung, sie schwimme mit dem Strom. ... Die Vorstellung eines Fortschritts des Menschengeschlechts in der Geschichte ist von der Vorstellung ihres eine homogene und leere Zeit durchlaufenden Fortgangs nicht abzulösen. Die Kritik an der Vorstellung dieses Fortgangs muß die Grundlage der Kritik an der Vorstellung des Fortschritts überhaupt sein." Genau diese Kritik hat die Jugendbewegung praktisch geleistet. Sie hat die homogene und leere Zeit des Bürgertums mit einer Jetztzeit aufgefüllt. Aber die Inhalte dieses "Jetzt" waren nicht radikaldemokratisch, sondern nationalistisch und rassistisch.

Die Politisierung des Irrationalismus

Jünger war zutiefst in der Tradition der Jugendbewegung und der Lebensphilosophie verankert, radikalisiert das ganze allerdings noch. Immer wieder Blut, Blut, Blut. "Nur aus dem Blute empfangen die großen Begriffe: Geschichte, Ehre, Treue, Männlichkeit, Vaterland, die in der wechselnden Beleuchtung des Verstandes kalt und seelenlos erscheinen, ihre lebendige Kraft." ',Blut` ist für ihn synonym für das Leben, Volk, Rasse, Empfinden - und als solches dem ‚Gehirn` und dem ‚Verstand` entgegengesetzt", schreibt Ernst Meyer in seiner großen Jünger-Monographie. Und vor allem ist Blut in der faschistischen Literatur Synonym für das richtige Fühlen. Nochmal Jünger: "Wenn das Blut durch Hirn und Adern wirbelte wie vor ersehnter Liebesnacht und noch viel heißer und toller ... Da reißt Begeisterung die Männlichkeit so über sich hinaus, daß das Blut kochend über die Adern springt und glühend das Herz durchschäumt." Theweleit untersucht eingehend in Männerphantasien. Männerkörper. Zur Psychoanalyse des weißen Terrors die Bedeutung des "Blutes" für die Kriegs- und Freikorpsliteraten: es ist die höchste Kategorie überhaupt.

Ein weiterer Beitrag Jüngers zur Nachkriegsliteratur ist der eiskalte Blick auf die Schlächtereien im Krieg. Der Blutrausch des Krieges wird glorifiziert und erhält einen romantisch-heroischen Anstrich. Deutlich wird dies an einem von Jünger geschilderten Ereignis. Als er und seine Leute nach einem Feuergefecht in den feindlichen Gräben mit verwundeten und sterbenden indischen Gefangenen - auf tote oder lebende Gefangene bekam man einen Kopfpreis - triumphierend in die eigenen Gräben zurückkehrten, beschreibt er die Situation folgendermaßen: "Unser Aufzug, bei dem sich das Winseln der Gefangenen mit unserem Jubeln und Lachen vermischte, hatte etwas Urkriegerisches und Barbarisches."

Genau dies ist die Ästhetik des Schreckens (K.-H. Bohrer), die so viele anzog und faszinierte. Zu ihnen gehörten etwa Bert Brecht oder der kürzlich verstorbene Dramatiker Heiner Müller. Für Müller leistete Jünger einen wichtigen Beitrag zur Phänomenologie des Krieges. Der Beschreibung der Somme-Schlacht durch

Jünger kann man laut Müller mit pazifistisch-moralischen Positionen nicht beikommen. Jünger hatte darin geschildert, daß angesichts der Materialschlachten an der Somme "der Angriff so etwas wie eine Erholung, ein geselliger Akt" sei.

Wenn man schon die Beschreibung nicht moralisch beurteilen kann, dann muß man aber den Kontext, die politische Funktion dieser Texte moralisch beurteilen. Jünger verfolgte damit schließlich ganz konkrete Ziele. So wertfrei, wie es manchmal den Anschein haben mochte, war sein Dezisionismus nie. Er wollte die konservative Revolution.

Das Verhältnis zum Nationalsozialismus

Das Verhältnis Jüngers und der anderen Anhänger der Nationalen Revolution zum Nationalsozialismus war nicht konfliktfrei. Man machte sich in diesen Kreisen lange Zeit lustig über das politische und wirtschaftliche Programm der NSDAP und die Primitivität ihrer Führer. Aber im großen und ganzen arrangierte man sich mit der Partei. Auch Jünger setzte durchaus große Hoffnungen in sie. Mitte der 20er Jahre zeigte er Bewunderung für ihren revolutionären Elan. In ihr stecke mehr "Feuer und Blut, als die sogenannte Revolution in den ganzen Jahren aufzubringen imstande war." 1927 machte er ihr ein Angebot zur Zusammenarbeit. Ein Angebot für ein Reichstagsmandat für die NSDAP schlug er aber Ende der 20er Jahre aus, weil er es als verdienstvoller ansah, auch "nur eine Zeile zu schreiben, als sechzigtausend Trottel im Parlament zu vertreten".

Seine dann folgende "innere Emigration" hat aber nichts mit Widerstand oder Einsicht zu tun. Die NSDAP war ihm seit Anfang der 30er Jahre zu wenig radikal, viel zu legalistisch und zu sehr auf den Parlamentarismus fixiert. Darin sah er eine Bestätigung, daß die NSDAP einen "nationalbürgerlichen Staat im Sinne der westlichen Zivilisation" anstrebe. Eine solche "Kehre" aus Enttäuschung über das, was man sich vom deutschen Aufbruch erhofft hatte, vollzogen in diesen Jahren eine Reihe von Intellektuellen, etwa Heidegger oder Gottfried Benn. Selbstkritik gab es von dieser Seite später ebensowenig wie von Jünger, der bis zuletzt die "positiven" Seiten der NS-Diktatur herausstrich.

Gegenüber all jenen, die Jünger mit dem Verweis auf seine ästhetischen Leistungen von politisch-moralischer Verantwortung freisprechen wollen, bleibt festzuhalten: Jünger hat nicht nur den Kriegsdienst mit der Waffe ausgeübt, sondern diesen ab 1920 als "Kriegsdienst mit der Feder" (Th. Mann) effektiv weitergeführt. Er war einer, der mit seiner publizistischen Wühlarbeit den Boden für den Nationalsozialismus bereitet hat, auch wenn ihm einzelne Elemente mißfallen haben mögen.

Von daher ist es mehr als makaber, Jünger aufgrund seiner Experimentierfreudigkeit in Sachen Drogen für die Linke zu reklamieren, wie es Klaus Modick in der taz vom 18.2.98 vorexerziert hat. "... damals war ich der Ansicht - und bin es noch - daß einer wie Jünger, der LSD nahm, gelegentlich zum Joint griff und für eine liberalere Drogenpolitik eintrat, wohl doch eher ‚links` zu verorten wäre." Die Gemeinsamkeit von Drogenkonsum und seinen politischen Schriften liegt in Jüngers Suche nach dem Elementaren.

Dies gilt im übrigen auch für seine Vorliebe für die Zoologie. Immer wieder hat Jünger seinem Staunen über das Elementare und die Zerstörungskraft der Natur Ausdruck gegeben. "Es mußte hier vor kurzem ein Schmetterlingsgehege ausgekrochen sein; die junge Brut hatte sich wie ein Feuerbrand auf dem Nährboden ausgedehnt. Das Seltene dieses Anblicks bestand in der Schmerzlosigkeit der Zerstörung, die er vorspiegelte."

Allerdings macht es wenig Sinn, Jünger zu dämonisieren. Man muß sich mit seinen Schriften auseinandersetzen, wenn man die Entwicklung zum Faschismus verstehen will. Und man muß sich mit Jünger vor allem auseinandersetzen, weil viele theoretische Versatzstücke und Diskursstränge von Jünger und einflußreichen Teilen der Linken oft erstaunlich nahe verliefen oder sich sogar überkreuzten. Doch das ist ein anderes Thema.

ef.

Literaturhinweise:

Breuer, Stefan: Anatomie der konservativen Revolution, Darmstadt 1993.

Hepp, Corona: Avantgarde. Moderne Kunst, Kulturkritik und Reformbewegungen nach der Jahrhundertwende, München 1987.

Krokow, Christian Graf von: Die Entscheidung. Eine Untersuchung über Ernst Jünger, Carl Schmitt, Martin Heidegger, Frankfurt 1990. Erstausgabe 1958.

Meyer, Martin: Ernst Jünger. München 1990.

Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962, 4. Aufl. 1994.

40. "... und sah, daß es nicht gut war..." Gremliza, Bissinger und der Herr, der über uns wohnt

Autor: Js. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:07

In ak 411 dokumentierten wir auf Seite 2 ein Schreiben von Hermann L. Gremliza, widerriefen damit eine Behauptung unseres Autors Christoph Jünke und unterließen wunschgemäß "jegliche redaktionelle Kommentierung". Jünke hatte in seinem "Rückblick auf zehn Jahre konkret" (ak 409) geschrieben, konkret-Herausgeber Gremliza habe Mitte der 80er Jahre seinem Chefredakteur Manfred Bissinger gekündigt. Diese Darstellung, da hat Gremliza recht, ist in der Tat falsch. Mutmaßungen über einen Rausschmiß Bissingers hatten beide, Gremliza und Bissinger, schon in konkret 2/84 widersprochen: "Von interessierter Seite in Umlauf gesetzte Gerüchte, dieser Entscheidung lägen persönliche oder gar politische Differenzen zugrunde, entbehren jeden tatsächlichen Anhaltspunkts."

Manfred Bissinger stellte auf unsere Anfrage hin die Dinge zwar etwas anders dar, bestätigte aber Gremlizas Darstellung betreffs Kündigung oder nicht: "Herr Gremliza hat mir nicht gekündigt. Der Vorrat an Gemeinsamkeiten war einfach aufgebraucht und deshalb haben wir uns friedlich getrennt." So liegt der Fall klar: Christoph Jünke hat in diesem Punkt schlecht recherchiert, die ak-Redaktion hat es ihm durchgehen lassen, und Gremliza darf sich ungerecht behandelt fühlen.

Als mildernder Umstand ist allerdings zu werten, daß ausgerechnet im Hause konkret die 1984 getroffene Sprachregelung anscheinend für Blödsinn gehalten wird. In dem Sammelband "Vierzig Jahre KONKRET" heißt es über Bissingers Abgang: "Den nächsten, weniger üblen als peinlichen Tiefpunkt erreichte KONKRET Anfang der Achtziger bei dem Versuch, aus der Zeitschrift eine linke Illustrierte zu machen. Als er eines Tages die Empfehlung seines Chefredakteurs Bissinger vorfand, die Leser sollten mit ihrer Zweitstimme die Grünen, mit ihrer Erststimme aber den Abgeordneten Duve (‚Freimut statt Sozialismus`) wählen, und an anderer Stelle eine Überschrift, die ‚Neues vom Holzschutz` ankündigte, sah Gremliza, daß es nicht gut war, und brach den auch ökonomisch hoffnungslosen Versuch ab."

Diese Darstellung, insbesondere die originelle Variation der biblischen Schöpfungsgeschichte (Erstes Buch Mose: "Und Gott sah, daß es gut war."), erweckt den Eindruck, Gremliza (der Gott-ähnliche) habe den Frevler aus der Redaktion verjagt - so wie einst der gestrenge Herrgott die sündigen Menschen aus dem Paradies verjagte. Daß diese naheliegende Auslegung der Schrift falsch ist, nehmen wir gläubig zur Kenntnis. Gern würden wir allerdings wissen, welcher bibelfeste Mensch die zitierte Lobpreisung des Herrn verbrochen hat.

Js.

41. Berlinale: RegisseurInnen, Südkorea, Brecht

Autor: Heike Stange · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:22

Berlinale - Berlinale - Berlinale - Berlinale

Vom 11. bis 22. Februar war die Atmosphäre in der Berliner Innenstadt wieder einmal richtig großstädtisch. Die Cafés waren überfüllt, und überall sprach man über Filme. Zehn Tage lang konnte man auf der Berlinale in den Sektionen Wettbewerb, Panorama, Forum des Jungen Films, Kinderwettbewerb, Neuer deutscher Film und Retrospektive insgesamt etwa 300 Filme sehen: Spielfilme, Dokumentarfilme, Varianten von beidem und Kurzfilme. Für 65 Filme waren Regisseurinnen verantwortlich oder an ihnen beteiligt. Die im Forum des jungen Films und Panorama vorgeführten Filme sind bis auf wenige Ausnahmen von Fernsehanstalten produziert oder koproduziert. Die Filme werden bis auf wenige Ausnahmen bald im Fernsehen zu sehen sein. Doch die Anregungen des Festivals kann das Fernsehen nicht reproduzieren. Die Berlinale bietet eben nicht nur die Möglichkeit, sich gemeinsam mit den Regisseurinnen und Regisseuren Filme anzuschauen, sondern auch anschließend über Filminhalte und Ästhetik, über Filmpolitik, Filmproduktionen und die gesellschaftlichen Bedingungen im jeweiligen Produktionsland zu diskutieren.

Heike Stange berichtet.

Filmland Südkorea

Eine Filmreihe des Forums widmete sich dem Filmland Südkorea. Das Auswahlkomitee hatte sich aus dem Angebot des zweiten Internationalen Filmfestival in Pusan (Südkorea) ein breites Spektrum von Filmen ausgesucht. So konnten in Berlin aktuelle Filme vorgestellt werden, die einen Einblick in die koreanische Gesellschaft und ihre Probleme geben.

Die Regisseurin Byun Young-Joo dokumentierte in zwei Filmen die Lebensgeschichten von "comfort women" - so nannten die Japaner die Koreanerinnen, die im Zweiten Weltkrieg von ihnen zur Prostitution gezwungen und verschleppt wurden. 50 Jahre nach Kriegsende begannen diese Frauen, sich zu organisieren und für ihre Anerkennung als Opfer zu kämpfen. Sie brachen damit ein Tabu. In ihrem ersten Film Nazn moksori (Leise Stimmen, 1995), läßt Byun Young-Joo die Frauen über gesundheitliche und persönliche Folgen der Zwangsprostitution berichten, aber auch über die Mühe, die es sie gekostet hat, ihre Erfahrungen mitzuteilen, über persönliche Scham und gesellschaftliche Schande.

In einer Fortsetzung der Dokumentation (Nazn moksori 2, 1997), wirken die ehemaligen "comfort women" weitaus selbstbewußter und freier. Bei den Dreharbeiten zum ersten Film hatten sie noch abgeschirmt in Gemeinschaftshäusern gelebt. Der zweite Teil der Dokumentation zeigt sie in ihrem Landhaus in Kwangju, und es ist nicht mehr nur ihr gemeinsames Leid, das sie verbindet, sondern sie können auch gemeinsam feiern. Anläßlich der Filmvorführungen tagte auch die Koreanische Frauengruppe in Deutschland und diskutierte mit der Regisseurin Byun Young-Joo über ihren Film.

Über Nordkorea und die Schwierigkeit des Filmemachens vor Ort reflektiert die Reportage Pyongyang Diaries der Au-stralierin Solrun Hoaas. Hoaas hat eine der seltenen Gelegenheiten genutzt, sich in Nordkorea umzusehen. Sie zeigt ihre Eindrücke von der staatlichen Propaganda, der monumentalen Architektur, von dem Personenkultut um Kim Il Jong und den Menschen, die ihm mit großen Worten huldigen. Die riesigen Plätze werden permanent von Frauen gefegt - die Sauberkeit muß gewahrt werden. Die kurzen Gespräche mit ihren Begleitern, die Hoaas dokumentiert, zeugen von der Begrenztheit der in diesem Land zugelassenen Erfahrungen. Darüber hinaus kann sie mit ungewöhnlichen Aufnahmen von einer Reise zur Grenze nach Südkorea berichten.

RegisseurInnen im Film

In einigen Filmen, die auf der Berlinale gezeigt wurden, sind die Regisseurinnen und Regisseure selbst die zentralen Figuren, die den Film in Bewegung setzen. Für The Big One hat sich der Komiker Michael Moore - er hat 1990 mit seiner Politsatire Roger And Me im Forum Furore gemacht - ein Filmteam zusammengesucht, das die Promotiontour für sein Buch Downsize This! begleitete. Moore ist ein Entertainer, der mit großer Ausstrahlung seine Zuhörer und Zuhörerinnen in Bann ziehen kann. Gleichzeitig hat er auf seiner Tournee

immer wieder Kapitalisten aufgesucht, die ihre Fabriken schließen, um in Asien und Lateinamerika billiger zu produzieren. Ihnen überreichte Moore Preise für ihre Schließungen und entblößte ihre Reaktionen.

Moore entdeckt in den verheerenden Auswirkungen, die die liberale Wirtschaftspolitik der USA verursacht hat, immer auch das Groteske und Komische, und er zielt mit satirischen Mitteln unter die Gürtellinie des sogenannten "wirtschaftlichen Aufschwungs". Dabei ist er sympathisch parteilich für die Gewerkschaften; trotzdem scheut er keineswegs den Kontakt zum "Klassengegner": Der Film enthält auch ein Interview mit Phil Knight, einem der größten Wirtschaftsbosse der USA. Moore bezeichnet den Leiter von "Nike" (ja, der Turnschuhhersteller) in seinem Bestseller Down-size This! als einen der größten organisierten Kriminellen Amerikas.

"street abuse"

In War Zone geht die Regisseurin Maggie Hadleigh-West mit einer Kamera auf die Straße, um "street abuse" zu dokumentieren, das ist ihr Begriff für anzügliches Grinsen, Pfiffe, kleine unerwünschte Körperkontakte usw. Hadleigh-West wollte den Belästigungen durch Männer mit der Kamera begegnen und die "Anmacher" und ihre "Opfer" mit ihren Verhaltensweisen konfrontieren. Doch der Film bestätigt nur Vorurteile: Frauen sind für Hadleigh-West unsicher und wehrlos, eine differenzierte Analyse der Wirkungen von Anmachen auf die Frauen und deren Gegenstrategien kommen nicht in den Blick. Da die Regisseurin keine Kontrolle über ihre Bilder hat, können sich die Männer im Film gekonnt und witzig inszenieren, während sie selbst nur als Provokateurin erscheint.

Ironie und Subjektivität

In Mes entretiens filmés (Meine gefilmten Gespräche) hat der Belgier Boris Lehman Freunde zu seinen Filmen befragt. In diesem Essayfilm kreuzt sich Geschwätzigkeit, wie Lehman in der Diskussion mit dem Publikum selbst bemerkt hat, mit Persiflage. Der sehr subjektive Film, der zunächst nur für einen privaten Rahmen gedacht war, ist eine Reflexion über Kunst und Intellektualität und überzeugt durch seine Leichtigkeit und Selbstironie.

Johan van der Keuken dreht einen Kurzfilm über den chinesischen Fotografen To Sang, der seit zwanzig Jahren in Amsterdam lebt und arbeitet. In dem Film Leven mit je Ogen (Leben mit deinen Augen) dokumentiert der Regisseur Ramon Gieling die Arbeits- und Wahrnehmungsweise seines Kollegen van der Keuken. Wie nebenbei entsteht dabei auch ein liebevolles Portrait des Ladeninhabers To Sang in einem lebendigen Viertel Amsterdams. To Sang träumt vom Malen als eigentlicher Kunst und lebt von der Fotografie. Mit Sorgfalt setzt er Nachbarn, die zu fotografiert werden wünschen, vor einfarbige Wände oder kitschige Tapeten mit Wasserfällen und Gebirgslandschaften und kümmert sich um deren fotogene Körperhaltung. Gieling dokumentiert nicht nur die Arbeitsweise des Fotografen To Sang und des Regisseurs van der Keuken, sondern auch die Reaktionen und Gespräche von 25 Personen, die an dem Kurzfilm van der Keukens teilgenommen haben.

Drei Schwestern

In A Letter Without Words (Ein Brief ohne Worte) von Lisa Lewenz (USA) dominiert ebenfalls die subjektive Sicht der Regisseurin. Lewenz hat auf dem Dachboden Filmrollen ihrer Großmutter Ella Arnhold gefunden, einer jüdischen Deutschen aus großbürgerlichem Elternhaus, die 1883 in Dresden geboren wurde. Arnholds Filme - alle nach 1933 gedreht, also in einer Zeit, in der unabhängiges Filmemachen verboten war - halten Persönlichkeiten der Berliner Öffentlichkeit wie Liebermann und Einstein fest, zeigen den Pomp der Nazis, Städteaufnahmen von Bremen und Dresden, aber auch Urlaubsreisen nach Venedig. Und das alles nicht nur in Schwarzweiß, sondern auch schon auf Farbfilmen. Leider überfrachtet Lewenz die Bilder so sehr mit Reflexionen über ihre eigene Spurensuche, daß sie von dem interessanten, authentischen Filmmaterial nur ablenkt.

Dagegen nimmt sich die Filmemacherin Tsipi Reibenbach in Shalosh ahayot (Drei Schwestern, Israel 1998) ganz zurück und erzählt behutsam von ihrer Mutter und deren beiden Schwestern. Reibenbach zeigt den unterschiedlichen Alltag und Rhythmus der Frauen und den Stellenwert, den ihre Auseinandersetzungen mit Nazideutschland in ihrem Leben einnehmen. Alle drei waren von den Nazis in Lager deportiert worden und mußten Zwangsarbeit leisten. Die beiden ältesten waren damals Anfang 20, die jüngste gerade 13 Jahre alt.

Heute schreibt Reibenbachs Mutter ihre Erinnerungen in polnischer Sprache auf, die älteste Schwester schweigt und strickt, und die jüngste beklagt ihre geraubte Jugend.

Eine weitere Dokumentation, der Film The Teena Brandon Story von Susan Muska und Gréta Olafsdottir, kommt aus den USA. Die Regisseurinnen haben das Leben von Teena Brandon rekonstruiert, einer Frau, die als Mann lebte. Als jedoch ihre Freunde entdeckten, daß sie eigentlich eine Frau war, vergewaltigen sie sie brutal und brachten sie und zwei ihrer Freunde um. Der Film erzählt chronologisch, läßt Brandons Freundinnen und Angehörige, aber auch die Mörder und Vertreter der staatlichen Organe zu Wort kommen. Dabei wird die beängstigend geringe Toleranz gegenüber anderen Lebensentwürfen in Nebraska deutlich. Dennoch bleibt der Film unbefriedigend, das Thema wird eher angerissen als mit Tiefenschärfe analysiert. Auf der Berlinale erhielt dieser Dokumentarfilm freilich den Teddy, einen Preis, der für den besten Spielfilm, Dokumentarfilm und Kurzfilm im schwul-lesbischen Kontext vergeben wird.

Filme über Brecht

Zum groß gefeierten 100jährigen Geburtstag Bertolt Brechts war zu erwarten, daß sich auch einige FilmemacherInnen seiner Person und seines Werkes annehmen würden. Jutta Brückner hat mit Bertolt Brecht - Liebe, Revolution und andere gefährliche Sachen einen peinlichen Film über den "Menschen" Bertolt Brecht geschaffen, der unfreiwillig komisch wirkte. Im Zentrum von Brückners Arbeit steht die "Entdeckung" des Arztes Prof. Dr. Carl Pietzcker, daß Brechts Werk maßgeblich durch seine Herzschwäche geprägt sei, an der Brecht laut Pietzcker seit seinem 15. Lebensjahr und der gescheiterten Ablösung von der Mutter litt.

Auch Ottokar Runzes Film 100 Jahre Brecht, an dem Brechts Tochter Hanne Hiob als Drehbuchautorin und Schauspielerin mitwirkte, kann keine aktuelle Rezeption der Werke von Brecht vermitteln. Der Film, der auf den Flüchtlingsgesprächen, einzelnen Szenen aus Furcht und Elend des Dritten Reiches und einigen Privatbriefen basiert, ist in so hermetischen, historisierenden Bildern inszeniert, daß er keine Aktualität herzustellen vermag - obwohl in kurzen Einblendungen die von Neonazis beschmierten Grabsteine von Brecht und Weigel zu sehen sind.

42. Zeugnisse zu Asche, Noten zu Staub!

Autor: LiSA, Berlin · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak412/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:13

Am 30. Januar um 12 Uhr fand auf dem Berliner Breitscheidplatz eine Zeugnisverbrennung statt. Ca. 70 Schülerinnen und Schüler verbrannten Kopien ihrer Zeugnisse, um auf die Ungerechtigkeit und die Funktion von Noten aufmerksam zu machen. Die Aktion wurde von der Linken SchülerInnen Aktion (LiSA) Berlin, der SchülerInnengruppe der JungdemokratInnen/Junge Linke, organisiert. Das Verbrennen autoritärer Papiere hat Tradition: Beispiele sind das Verbrennen von Wehrmachtsausweisen in den 50er Jahren aus Protest gegen die Wiederbewaffnung der Bundeswehr, von Einberufungsbescheiden 1990 gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Berlin, von Volkszählungsbögen 1986/87 und von Spezialausweisen für Nichtweiße in Südafrika nach der Unabhängigkeit.

Bereits vor einiger Zeit forderte die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) die Abschaffung der Halbjahreszeugnisse und Ersetzung der Noten durch Berichtszeugnisse. Die LiSA geht aber noch einen Schritt weiter: Wir fordern die Abschaffung jeglicher Art von Bewertung in der Schule!

Diese Bewertungen entscheiden, wer später in welchen Bereichen der Gesellschaft eine Chance eingeräumt bekommt und wer nicht. Bei der Bewerbung um einen Ausbildungs- oder Studienplatz entscheiden Schulabschluß und Notendurchschnitt. In dieser Gesellschaft gibt es unterschiedlich entlohnte und anerkannte Arbeitsbereiche. Die Schule hat die brutale Aufgabe, die Lebenschancen vorzusortieren. Eine Schule, in der alle Schülerinnen und Schüler gefördert werden, ist gar nicht erwünscht.

Um die Interessen, Wünsche und Bedürfnisse der Lernenden geht es nicht. Der Unterrichtsstoff soll geschluckt und bei der nächsten Arbeit ordentlich wiedergegeben werden.

Das wird dann mit guten oder schlechten Noten belohnt. Angeblich zeigen sie den Schülerinnen und Schülern, wie und ob sie den Stoff verstanden haben. Durch den Druck, eine gute Note bekommen zu müssen, geht es nicht darum, den vermittelten Stoff zu verstehen, sondern zu pauken und wiederaufzuschreiben. Was danach passiert, ist egal - Hauptsache, die Eins steht auf dem Zeugnis. Und Schülerinnen und Schüler, die eine Fünf oder Sechs haben, bekommen den Stoff nicht etwa neu erklärt; sie können höchstens beim nächsten Mal versuchen, den "Patzer" wieder auszubügeln. Noten fördern nicht das Verständnis des Lerngegenstands, sondern das Lernen für das Kurzzeitgedächtnis. Es wird immer nur für den nächsten Test oder die nächste Arbeit gelernt.

Auch ungleiche Ausgangsbedingungen werden nicht berücksichtigt. Wer z.B. kein eigenes Zimmer hat, nach der Schule im Haushalt helfen oder arbeiten muß, hat es schwer. Auch wer die deutsche Sprache nicht oder nicht so gut kann, fällt hinten runter. Trotzdem ist der Gradmesser bei der Notengebung der gleiche.

Hinzu kommt, daß Noten nur scheinbar objektiv sind. Sie sind abhängig von denen, die sie geben. Auch Lehrerinnen und Lehrer sind nur Menschen mit Vorlieben und Abneigungen gegenüber bestimmten Schülerinnen und Schülern und lassen diese unbewußt oder auch absichtlich in ihre Noten einfließen.

Noten sichern die Autorität der Lehrerinnen und Lehrer und dienen ihnen oft als Disziplinierungsmittel. Dieses Machtverhältnis wird durch den scheinbar objektiven Charakter der Noten vertuscht, es verliert dadurch aber keinesfalls seine Wirkung. Noten sichern die schulische Hierarchie ab.

Die Zeugnisverbrennung war der erste Schritt, sich dagegen zu wehren: Nicht nur gegen Ungerechtigkeit, verschärfte Auslese und die anderen Schweinereien, sondern auch gegen eine "Gerechtigkeit", die für den Großteil der Schülerinnen und Schüler ein Leben in Konkurrenz und ungewollter Maloche bereithält.

Kritisiert man Noten, wird einem häufig die Forderung entgegengehalten, man solle doch Alternativen zur Benotung aufzeigen. Noten existieren aber nicht im luftleeren Raum - durch sie soll die für unsere gesamte Gesellschaft grundlegende Praxis von Leistung und Zwang vermittelt und verinnerlicht werden. Schülerinnen und Schüler lernen etwas zu tun, dessen Sinn sie nicht einsehen und dessen Inhalt für sie uninteressant ist. Bestehende Herrschaftsverhältnisse werden so aufrecht erhalten, Kritik daran wird verhindert. Noten, ob in Form von Zahlen oder "Worturteilen", als notwendig zu bezeichnen, heißt, Leistungsdruck, Konkurrenz und Ausbeutung als selbstverständlich zu akzeptieren und zu unterstützen.

Dabei ist Lernen auch anders möglich! Natürlich nicht innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen. Deshalb heißt Noten abschaffen: Gesellschaft verändern!

Uns würde vieles einfallen, Lernen anders zu organisieren: fächerübergreifend, nach den Interessen der Schülerinnen und Schüler, ohne Noten (auch nicht verkappt als Lernberichte), ohne Streß, Angst und Auslese.

Was man in der Schule lernt, mag "abgehoben", "uninteressant" oder "lebensfremd" sein. Wie man lernt, ist aber verdammt nah am Leben: Konkurrenz, Auslese, Zeitdisziplin und das Abarbeiten vorgeschriebener Tätigkeiten und Inhalte. Eine Schule, in der Lernen und Leben selbstbestimmt und ohne Zwang möglich ist, braucht überhaupt keine Noten mehr!

LiSA Berlin

Kontakt über:

JungdemokratInnen/Junge Linke

Rosa-Luxemburg-Straße 19, 10178 Berlin

43. Zahlungsgrund: Arbeiterkampf

CD-Datei: daten/aksuche/ak412/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:27

Leserinnenbrief

Zahlungsgrund: Arbeiterkampf

Liebe GenossInnen,

anbei ein eurocheque über DM 90,- zur Deckung der Abokosten für ein weiteres Jahr.

Bis anhin ließ ich den Betrag jeweils via Bank zahlen, um in den Genuß des Hinweises zu kommen: "Zahlungsgrund: Arbeiterkampf". Doch da dies mittlerweile hinfällig geworden ist, überweise ich auf diesem Weg Geld sowie meinen herzlichen Dank für Eure immer wieder spannenden, interessanten und wichtigen Beiträge, die Ihr trotz aller widrigen Umstände zu leisten bereit seid (wenn Ihr uns LeserInnen hinsichtlich Aufmachung die Lektüre auch nicht gerade immer einfach macht).

Mit besten Grüßen

S.E., Rüti

44. Quelldatei 31.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak412/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:31

Delirium Clemens

Wer es fertigbringt, die ersten drei Seiten der neuen Bahamas zu lesen, wird der leidgeprüften ak-Redaktion zumindest in einem Punkt zustimmen: Unsere Entscheidung von 1992, ak künftig ohne die Genossen Justus Wertmüller und Clemens Nachtmann zu machen, war richtig und überfällig. Die beiden haben ihre Talente in der Zwischenzeit konsequent weiterentwickelt und neue Gipfel des Sektierertums erklommen. Schon im Editorial brandmarken sie den Feind: Nicht nur die "Volks-Genossen" von ak, auch andere Linke unterschiedlicher Couleur (Fülberth, Ditfurth, Negt, Bischoff, Gysi u.a.), so ihre scharfe Analyse, variieren nur Themen des Nazi-Winterhilfswerks ("Gemeinnutz vor Eigennutz") und des Antisemitismus ("raffender Kapitalismus"). Fazit: ",Anti-Kapitalismus`, das heißt Anti-Egoismus, heißt Rache für den Betrug am Volke, heißt gerechter Lohn plus Sozialstaat, heißt National-Sozialismus." In dem folgenden Artikel, ",Auschwitzkeule` über Gollwitz", werden Zitate aus ak, junge Welt, Junge Freiheit und Der Republikaner von Wertmüller zu einer braunen Soße verrührt - es soll Leute geben, die solche Fertiggerichte zu schätzen wissen.

Bahamas Nr. 25, Frühjahr 1998, 62 Seiten, 7,50 DM

Europäische Innen- und Rechtspolitik

Das Ziel der 1991 gegründeten britischen Bürgerrechtsorganisation STATEWATCH ist es, Licht in die Dunkelkammern der EU-Vereinbarungen über Inneres und Justiz zu bringen. Die Organisation will die Verhandlungen und Übereinkommen zu diesem Bereich transparent machen und setzt sich für Mitbestimmungsmöglichkeiten der EU-BürgerInnen ein. Der jetzt veröffentlichte erste Band der Key texts on Justice and home affairs ist ein Schritt in diese Richtung. Der Band umfaßt alle wichtigen, zum Teil noch unveröffentlichten Dokumente aus dem Bereich Inneres und Justiz im Zeitraum von 1976 (Trevi-Abkommen) bis 1991 (Maastricht-Abkommen). Die Dokumentation ist in fünf Abschnitte unterteilt: Strukturen, Arbeitsprogramme und TREVI; Zusammenarbeit von Polizei und EUROPOL; Immigration und Asylpolitik; juristische Zusammenarbeit; das Schengen-Abkommen. Die einzelnen Abschnitte bauen aufeinander auf und zeichnen so den Prozeß der Institutionalisierung der europäischen Zusammenarbeit nach. Daß dies z.B. im Bereich der Polizei- und Zollangelegenheiten nicht ganz vollständig geschehen kann, liegt an der Geheimhaltungspolitik der EU-Behörden. Daß im Bereich der Einwanderungs- und Asylpolitik alle Dokumente zugänglich sind, liegt nicht zuletzt am unermüdlichen Einsatz von STATEWATCH. Wer weitere Dokumente, Informationen oder Hintergrundmaterial zur Entwicklung und Gestaltung der europäischen Innen- und Rechtspolitik sucht, sollte sich an das von STATEWATCH aufgebaute Dokumentationszentrum SEMDOC wenden.

Tony Bunyan (Hrsg.): Key texts on Justice and home affairs in the European Union, Vol. 1 (1976-1993) From TREVI to Maastricht, London 1997, 143 Seiten, £16 ; zu bestellen bei: STATEWATCH, PO Box 15 16, London N16 OEW, UK, Tel: 0044-181-8021882/Fax: 0044-181-8801727; e-mail statewatch-off@poptel.org.uk/ homepage:www.poptel.org.uk/statewatch

Neoliberalismus und Widerstand

Die Chile-AG Braunschweig stellt in einer Broschüre die Arbeit der FAC-MLN vor. Die Frente Amplio para la Construcción del Movimiento de Liberación Nacional ("Breite Front für den Aufbau der Bewegung zur nationalen Befreiung") ist ein Dachverband von über 300 Gruppen "vornehmlich aus den sozialen Sektoren Mexikos". In einem zweisprachig (deutsch und spanisch) dokumentierten Interview äußern sich die Vertreterin einer LehrerInnenorganisation und der Sprecher einer Bauernorganisation zur sozialen Situation in Mexiko, zur Arbeit der FAC-MLN, zur EZLN, zur Wahlbeteiligung und zur Repression. Leider ist das sehr lange Interview etwas unübersichtlich geraten, da auf Zwischenüberschriften verzichtet wurde. Die Chile-AG will mit ihrer Broschüre nicht nur eine weitere mexikanische Widerstandsbewegung neben der EZLN bekannt machen; sie erhofft sich von den Erfahrungen der FAC-MLN auch Impulse für die Linke in der BRD.

Mexico. Neoliberalismus und Widerstand. Interview mit Genossinnen und Genossen der FAC-MLN; Chile-AG Braunschweig, c/o Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87, 38106 Braunschweig; 32 Seiten, 7,50 DM plus Versandkosten

Widerstand in Lateinamerika

Nicht nur in Europa, auch in Lateinamerika fällt es immer schwerer, Leute "für ‚alte` Politikkonzepte zu mobilisieren", wird im Editorial der aktuellen ila festgestellt. Daß der Neoliberalismus in Lateinamerika trotzdem noch nicht auf ganzer Linie gesiegt hat, beweisen die Artikel im Themenschwerpunkt "Widerstand" der Februar-Ausgabe. Interessant sind vor allem die Berichte über die autonome gewerkschaftliche Organisierung von Frauen in den Weltmarktfabriken Zentralamerikas, den Maquilas, sowie über die Kämpfe und Organisationsprozesse auf dem Land, die am Beispiel Guatemala erläutert werden. Eine von der Weltöffentlichkeit weitgehend unbeachtete Form von Ausbeutung und Widerstand wird in der Rubrik Ländernachrichten erwähnt: die Inventarisierung des Erbgutes aussterbender indigener Völker durch US-amerikanische Genforscher und die dazu von Indigena-VertreterInnen in Panama verabschiedete Protesterklärung.

ila, Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika Nr. 212, Februar 98; Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn; 59 Seiten, 8 DM

Politik in Banden

Im Februar-Heft der Blätter des iz3w geht es um "Bösewichte jeglicher Couleur". Der Themenschwerpunkt "Politik in Banden" grenzt sich allerdings ab vom Chor der Populisten, die, je nach politischem Standpunkt, das Böse in blutrünstigen Mafiabossen oder mächtigen Konzernherren (Kirch, Gates) personifiziert sehen. Über die Gemeinsamkeiten beider Gruppen von Bösewichten schreibt die Redaktion: "Im Konkurrenzkampf ist dann jedes Mittel recht und rechtens. Konzerne, Ethnien, Clans, Guerillas oder Interessengruppen mutieren zu Banden; aus Generälen, Stammesführern und Politikern werden Warlords, und aus Profit und Gewinn wird Beute, die mit vorgehaltener Kanone oder gezücktem Scheckbuch erpreßt wird. So sind es die ureigensten Normen der kapitalistisch verfaßten Gesellschaft, die die ‚Unordnung` erst begründen." Die Artikel des Schwerpunkts behandeln u.a. das Verhältnis von Staat und Bande; die Privatisierung der inneren Sicherheit; die Kooperation von Staat, Drogenhändlern und Killern in der Türkei und Lateinamerika; den Völkermord in Zentralafrika. Zu den theoretischen Bezugspunkten der Autoren gehören Horkheimers Racket-Theorem und Canettis Arbeit über Masse und Macht.

Blätter des iz3w, Ausgabe 227, Februar 1998; Aktion Dritte Welt e.V. - iz3w, Postfach 5328, D-79020 Freiburg; Tel. 0761/74003, Fax. 0761/709866; 52 Seiten, 8 DM

45. Quelldatei 39.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak412/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:39

Kalender

"Kein Mensch ist illegal!"

Im Rahmen der Kampagne gibt es in verschiedenen Städten Veranstaltungen zum Thema Flucht und Migration:

Göttingen, 16.3., 19h, Theater-Keller: Dia-Vortrag und Vorstellung des Buches "Blinde Passagiere";

Esslingen, 19.3., 19h, Kulturzentrum Dieselstraße: "Heimliche Menschen und ‚Was tun?'" Film und Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen zur Unterstützung Illegalisierter;

Köln, 17.3., 19h, MüTZe, Berliner Str.77 (alle Veranstaltungen in Köln finden in der MüTZe statt): Eröffnung der Ausstellung "Ich möchte nicht mehr sitzen hier für Deutschland";

Köln, 19.3., 20h: "Doppelt bestraft - MigrantInnen im Knast" - Bericht über die Situation inhaftierter MigrantInnen in Köln-Ossendorf;

Köln, 21.3., 20h: "Offensichtlich unbegründet" Premiere des "Theaters ohne Grenzen" über Ausländerpolitik der BRD;

Köln, 22.3., 20h: "Meine Heimat sind meine Überzeugungen" - Vortrag von Tekin Segül, der den Boykott der deutschen Ausländerbehörden propagiert;

Köln, 23.3., 20h: Sans Papiers - "Wir sind schon da" - Film über die Frauen dieser Selbstorganisation von MigrantInnen in Frankreich;

Köln, 24.3., 20h: Dia-Vortrag über den aktuellen Stand von Neo-Nazi-Aktivitäten;

Hanau, 20.3., 19.30h, DGB-Jugendheim, Am Freiheitsplatz: Diskussion mit dem Niedersächsischen Flüchtlingsrat und dem Göttinger Bündnis "Kein Mensch ist illegal";

Stuttgart, 20.3., 20h, Treffpunkt Rotebühlplatz: "Dominanzkultur - Ursachen von Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland" mit Birgit Rommelspacher;

Stuttgart, 21.3., 20h, Treffpunkt Rotebühlplatz: "Kein Leben ohne Risiko";

Stuttgart, 2.4., 20h, AWO Begegnungsstätte, Ostendstr. 77/1: Medizinprojekte. Unterstützung für illegalisierte Menschen mit der Flüchtlingshilfe Berlin;

Essen, 26.3., 20h, Zeche Carl, Asyl/Flüchtlingsrat Essen, "Forschungsgesellschaft Flucht und Migration", Berlin, und "Medizinische Flüchtlingshilfe", Bochum, stellen die Kampagne "Kein Mensch ist illegal" vor.

Antirassismus-Tag in Erfurt

Der Flüchtlingsrat Thüringen organisiert eine Demonstration und mehrere Veranstaltungen zu den Themen "Diskriminierung von Flüchtlingen", "Antirassistische Gewerkschaftspolitik" und "Nicht-rassistische Bildungsarbeit".

Erfurt, 21.3., Demonstration 10h, Bahnhof; Veranstaltungen ab 13h, Juri-Gagarin-Ring 150

Multilaterales Investitionsabkommen (MAI)

Die Soziologin Maria Mies referiert über die Bedeutung und die Konsequenzen des Abkommens, das auf die Konstituierung einer "einheitlichen, globalen Wirtschaft" abzielt. Im Vertragsentwurf erhalten multinationale Konzerne bei Investitionsabkommen quasi den Status von Nationalstaaten. Sozial- und Umweltstandards können auf ein Minimum heruntergeschraubt werden und der Transfer von Gewinnen wird ohne Behinderung durch Steuerauflagen garantiert.

Essen, 16.3., 20h, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt Allee 100

Die Linke in Lateinamerika

Anläßlich des Todestages des salvadorensischen Erbischofs Oscar Arnulfo Romero, der im März 1980 von Todesschwadronen ermordet wurde, haben sich verschiedene Solidaritätsgruppen zusammengefunden, um mit Veranstaltungen über die Situation in Lateinamerika zu informieren. Im Rahmen dieser Reihe stellt der ak-Autor Albert Sterr sein neues Buch über die lateinamerikanische Linke vor.

Hamburg, 20.3., 19.30h, Werkstatt 3, Nernstweg 32, 22765 Hamburg

Guatemala - eine deutsche Kolonie?

Im Rahmen der Romero-Tage wird der Film "Die Zivilisationsbringer" über die Geschichte der deutschen Kolonialisten in Guatemala und ihren ungebrochen mächtigen Einfluß im Land gezeigt. Mit Möglichkeit zur Diskussion mit den Filmemachern.

Hamburg, 24.3. und 25.3., 18h, 3001-Kino, Schanzenstr.75; Veranstaltung: 24.3., 20h, Stadtteil-Etage, Schanzenstr.75

Cuba-Solidarität

Das Netzwerk Cuba lädt zum VII. Bundestreffen der Cuba-Solidaritätsgruppen ein. Diskutiert werden soll über Themen wie "Erneuerbare Energien", "Entschuldung", "Neue Medien", "Internationale Vernetzung der Cuba-Solidarität", "Aktionsformen der Solibewegung", "Materielle Unterstützung im Gesundheitssektor", "Granma International" oder "Cuba aus Frauensicht". Unkostenbeitrag DM 45,- ohne Übernachtung und Verpflegung. Anmeldung bis zum 21.3. bei: Netzwerk Cuba, Reuterstr. 44, 53113 Bonn; E-mail: cubared@link-k.gun.de

Hamburg, 8.-10.5.

Perspektiven national(istisch)er Befreiungsbewegungen

Das ist das Thema eines BUKO-Seminars, das sich mit Konzepten nationaler Befreiung und ihrem Emanzipationsversprechen beschäftigen wird. Anmeldung bei BUKO, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040-393156, Fax: 040-3907520; Teilnahmebeitrag DM 80,- (DM 60,-).

Bonn, 22.-24.5.

Kurdistan-Kongreß

Die Kurdistan AG und der Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften II der FU Berlin veranstalten das Seminar zum Thema "Between Imagination and Denial - KurdInnen als Subjekte und Objekte politischer und sozialer Prozesse". Informationen und Anmeldung bis zum 30.4. bei: Kurdistan-AG AStA FU, Kiebitzweg 23, 14195 Berlin, Tel.: 030-83909124, Fax: 030-8314536

Berlin, 29.-31.5.

European Peace Congress '98

Der diesjährige Peace Congress beschäftigt sich mit den Themen: "Gewissensfreiheit für Kriegsdienstverweigerer - ein Menschenrecht"; "Kriegszustände - sich dem Militarismus widersetzen" und "Pazifistische Handlungsperspektiven". Zu den drei Hauptthemen werden außerdem zahlreiche Arbeitsgruppen angeboten. Teilnahmegebühr ohne Übernachtung DM 80,- (DM 50,-). Informationen und Anmeldungen bei European Peace Congress Osnabrück '98, Postfach 4124, 49031 Osnabrück; Internet: www.dfg-vk.de/peacecongress1998; E-mail: PeaceCongress1998@t-online.de

Osnabrück, 29.-31.5., Stadthalle

46. Jetzt droht Verlängerung!

CD-Datei: daten/aksuche/ak412/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:47

Zwischenstand der ak-Spendensammlung

Jetzt droht Verlängerung!

Es ist eine fast schon lieb gewordene Tradition: Im März müssen wir noch einmal richtig trommeln, um unser Spendenziel zu erreichen. Die internen Spekulationen ob des leichten Schwächeanfalls unserer Spenderinnen und Spender treiben ungeahnte Blüten. Da wird der plötzliche Kälteeinbruch genannt, aber auch die für diese Jahreszeit unüblich warmen Temperaturen, der fehlende Schnee, zu viel Regen, der Sturm und die durch all diese Widrigkeiten ausgelöste Grippewelle. Nach anderen Vermutungen haben sich etliche LeserInnen zu lange mit der Lektüre des "Manifestes" beschäftigt. Wieder andere glauben, daß "der Meister" alle Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. Wie auch immer: Wenn Ihr Zeit findet, nach den Erwerbslosendemos und vor der Ahaus-Blockade, oder auch danach, dann legt noch 'ne Schippe drauf.

Letztes Jahr feierten wir unseren 25. Geburtstag. Mittlerweile sind wir wieder ein Jahr älter, haben aber in der Redaktion gleichzeitig einen "Verjüngungsprozeß" eingeläutet. Um neuen wie alten KollegInnen und GenossInnen einen Arbeitsplatz zu erhalten und um unseren vielen unbezahlten HelferInnen und GenossInnen auch weiterhin eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu ermöglichen, müssen wir unser Spendenziel von 40.000 DM erreichen. Nur dann können wir auch weiterhin alle vier Wochen unseren Leserinnen und Lesern ihre heißgeliebte Zeitung liefern und sie - im Rahmen unserer Möglichkeiten - über linke Debatte und Praxis auf dem laufenden halten.

Allen NachzüglerInnen sei mitgeteilt: Es fehlen noch knapp 10% der benötigten Summe. Als Atheisten, die wir nun mal sind, möchten wir gerne vor dem nächsten Christenfest vermelden: Spendenziel erreicht.

Deshalb hier noch einmal unser Spendenkonto:

Robert Gatermann

Konto Nr. 464 584 - 204 bei der

Postbank Hamburg, BLZ: 200 100 20

47. Krieg und Frieden am Golf

CD-Datei: daten/aksuche/ak412/irak.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:irak

Der Krieg wurde vertagt: Saddam Hussein versprach, auch seine Paläste den Rüstungsinspektoren der UNO zu öffnen; die UNO gestattet dem Irak im Gegenzug, doppelt so viel Erdöl zu exportieren wie bisher. Die irakische Zivilbevölkerung wird davon nur wenig haben; das Embargo hat mehr Opfer gekostet als der Krieg vor sieben Jahren. Aber immerhin: Die Regierungen der USA und Großbritanniens mußten ihren Militärschlag verschieben - bis der irakische Diktator einen neuen Vorwand für den Krieg liefert. In Washington ist man der Ansicht, die nächste Vertragsverletzung seitens des Irak ermächtige die USA zu einem militärischen Alleingang. Schon wird vermutet, der Irak habe einen Teil seiner Massenvernichtungs- waffen in den Sudan oder nach Libyen verschoben. Damit würde sich der Kreis der Oberschurken erweitern, die zum gegebenen Zeitpunkt militärisch zur Räson gebracht werden. Ohne sie läßt sich die Existenz riesiger, ständig modernisierter Militärapparate nicht rechtfertigen.

Seite 4

48. Kein Mensch ist illegal!

CD-Datei: daten/aksuche/ak412/kampagne.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:kampagne

Sollte die geplante Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes Wirklichkeit werden, dann wird rund 250.000 Flüchtlingen in der BRD das Existenzrecht entzogen. Damit hätte die Politik gegen Flüchtlinge und MigrantInnen eine neue Qualität erreicht. Zum erstenmal soll Menschen, die in der BRD leben, jede materielle Grundsicherung verwehrt werden. Noch kann das neue Gesetz verhindert werden. Dies wird aber nur gelingen, wenn ein breites Bündnis von Wohlfahrtsverbänden und antirassistischen Initiativen zustande kommt. Seite 10

Mit der Kampagne kein mensch ist illegal wurden solche Bündnisse auf lokaler Ebene schon initiiert. Ziel dieser Bündnisse ist es, die Lebensbedingungen der von der rassistischen Politik Betroffenen praktisch zu verbessern. So finden z.B. in Köln derzeit über 100 kurdische Flüchtlinge und Illegalisierte Zuflucht in Kirchengemeinden. Unterstützt von einem lokalen Netzwerk widersetzen sie sich ihrer Abschiebung und protestieren gegen die Abschiebepolitik der BRD.

Seite 8

Über den gegenwärtigen Stand der Aktivitäten und Diskussionen berichten wir auf

Seite 9

Für die kommenden Monate plant die bundesweite Kampagne kein mensch ist illegal weitere Aktionen, um im Wahlkampf mitzumischen. Darüber mehr auf Seite 2

49. Kanaky

CD-Datei: daten/aksuche/ak412/kanaky.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:kanaky

Neukaledonien (Kanaky) ist eine der letzten französischen Kolonien. 1988 einigten sich die französische Regierung, die kanakische Unabhängigkeitsbewegung FLNKS und die politische Vertretung der französischstämmigen Siedler darauf, daß es nach zehn Jahren eine Abstimmung über die Unabhängigkeit Kanakys geben solle. Derzeit besteht kaum Aussicht, daß es tatsächlich zu einem Referendum kommt. Die französische Regierung will ihre Kolonie, wo sich die größten Nickelvorkommen der Welt finden, behalten, die Siedler wollen beim "Mutterland" bleiben, und selbst die FLNKS scheint sich auf einen Kompromiß einzulassen.

Seite 12

50. Nach den Wahlen in Kenia

CD-Datei: daten/aksuche/ak412/moi.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:moi

Seit dem Sturz des zairischen Despoten Mobutu ist Daniel arab Moi der dienstälteste Präsident auf dem afrikanischen Kontinent. Nicht nur aus diesem Grund wird Moi von seinen KritikerInnen mit Mobutu verglichen. Die zunehmende Korruption, die ständige Verletzung von Menschenrechten und eine Politik, die ethnische Spaltungen in der Gesellschaft fördert, rufen nicht nur die Kritik der oppositionellen Kräfte des Landes hervor. Der Internationale Währungsfonds sperrte im letzten Jahr Kredite, weil das Ausmaß der Korruption den Währungshütern zu weit ging. Amnesty International be-klagt seit Jahren Menschenrechtsverletzungen und Folter in Kenia. Die oppositionel- len Kräfte des Landes fordern seit langem die Demokratisie- rung des politischen Systems. Daß das Regime noch vor den Wahlen einige dieser Forderungen erfüllte, zeigt, wie stark es unter Druck steht. Dennoch konnte Moi im Dezember die Präsidentschaftswahlen ein viertes Mal gewinnen.

Seite 14

51. Quelldatei spend975.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak412/spend975.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:412:spend975

Eingang bis 6.2.98 31.753,00

R.Sch., Köln 100,00

E.D., Bremen 200,00

G.O., Berlin 100,00

F.G., Bad Herrenalb 501,84

D.M., Buckenhof 50,00

H.H., Wardenburg 100,00

E.C., Braunschweig 200,00

S.K., xy 100,00

P.Sch., xy 100,00

J.v.M., Bonn 90,00

H.K., Hamburg 10,00

B.L., Oberstenfeld 50,00

M.B., Hanau 100,00

St.P.Fans, Hamburg 48,00

P.B., Hamburg 10,00

KB Berlin 1600,00

P.M., Schwäb.Hall 500,00

R.D., Marburg 90,00

J.+I.M., Stade 101,00

Summe 4050,84

Gesamt bis 09.03.98 35.803,84